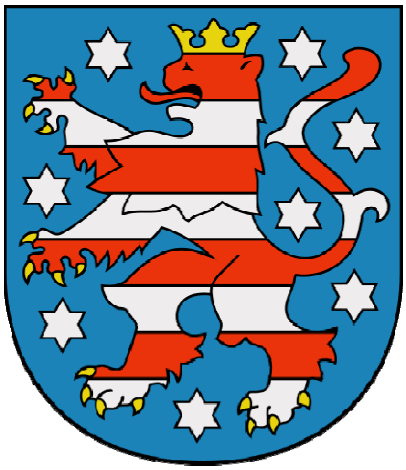
POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Thüringen International: Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz

Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2012

Prof. Dr. Heinrich Best (wissenschaftliche Leitung)
Dr. Axel Salheiser (Redaktion)

Institut für Soziologie
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Mitarbeit am THÜRINGEN-MONITOR 2012

Daniel Dwars

Daniel Gerstenhauer

Dr. Stefan Jahr

Katja Salomo

Franziska Schmidtke

Elena Unruh

Vorwort **7**

I. Einleitung **9**

II. Leben in Thüringen: sozioökonomische und soziodemographische Lage **13**

III. Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz **23**

1. Interkulturelle Kompetenzen und kollektive Identität 23
   1.1 Interkulturelle Kompetenzen 23
   1.2 Kollektive Identität 27
2. Thüringen in Europa und in der Welt 31
3. Zuwanderung und Integration 40
   3.1 Interkulturelles Zusammenleben 40
   3.2 Beitrag gesellschaftlicher Institutionen zur Integration 43
   3.3 Allgemeine Einstellungen hinsichtlich Zuwanderung und Integration 45
   3.4 Zuwanderung aus verschiedenen Herkunftsländern und -regionen 48
   3.5 Zuwanderer als neue Nachbarn 51
   3.6 Spezialfall muslimische Zuwanderung? 53
   3.7 Anwerbung und Akzeptanz ausländischer Arbeitskräfte 55
4. Zusammenfassung 59

IV. Demokratie: Einstellungen und Engagement **63**

1. Einstellungen zur Demokratie 63
2. Repräsentationsverständnis und Institutionenvertrauen 68
3. Politisches Engagement und Partizipation 73
4. Rechtsextremismus 79
   4.1 Rechtsextremismus – ein Einstellungsmuster 83
   4.2 Islamfeindlichkeit – eine neue Dimension des Rechtsextremismus? 84
   4.3 Rechtsextreme Einstellungen im politischen Raum 87
   4.4 Ursachen 89
   4.5 Folgen für die Gesellschaft 95

V. Fazit **99**

Literatur **103**

Anhang: Tabellarische Übersichten 109

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1: Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen (AWL) und der individuellen finanziellen Lage (IFL) 2000–2012 13

Abb. 2: Positive Einschätzung Thüringens im Vergleich mit west- und ostdeutschen Bundesländern 2000–2012 14

Abb. 3: Einheitsbilanz nach eigener finanzieller Lage 15

Abb. 4: Erwerbstätigenquote 2011 im Vergleich der Bundesländer 16

Abb. 5: Erwerbslosenquote 1991–2011 17

Abb. 6: Erwerbslosenquote 2011 im Vergleich der Bundesländer 18

Abb. 7: Natürliche Bevölkerungsbewegung: Lebendgeborene und Gestorbene 1990–2011 19

Abb. 8: Wanderungsbewegung: Zuzüge und Fortzüge 2000–2011 19

Abb. 9: Bevölkerungsentwicklung 1991–2011 20

Abb. 10: Wanderungsbewegung: Zuzüge nach Herkunftsgebiet 2000–2011 21

Abb. 11: Anteil der ausländischen Bevölkerung im Vergleich der Bundesländer 2011 22

Abb. 12: Bereitschaft zum Auswandern nach Alter 25

Abb. 13: Internetnutzung und Kontakt zu Ausländern in sozialen Netzwerken nach Alter 26

Abb. 14: Identifikation 2000–2012 28

Abb. 15: Aspekte der Thüringer Identität 29

Abb. 16: Multiple Identitätsbezüge nach Alter 30

Abb. 17: „Thüringen ist seit der Wende viel internationaler geworden“ 32

Abb. 18: „Wettbewerb führt zu Arbeitslosigkeit“ nach Offenheit und Fremdsprachenkompetenz 34

Abb. 19: Bewertung ausländischer Investitionen im Inland 35

Abb. 20: Bewertung deutscher Investitionen im Ausland 36

Abb. 21: Bewertung der EU-Mitgliedschaft Deutschlands nach Verständnis politischer Fragen 37

Abb. 22: Intensivierung und Extensivierung des Europäischen Vereinigungsprozesses 39

Abb. 23: Kontakte der Thüringer zu Zuwanderern in verschiedenen sozialen Kontexten 40

Abb. 24: Einschätzung interkulturellen Zusammenlebens in Thüringen 42

Abb. 25: Beitrag von Institutionen zur Verbesserung des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und Kulturen 43

Abb. 26: Prägung des Verhältnisses zu anderen Kulturen nach Alter 45

Abb. 27: Zuwanderung als kulturelle Bereicherung 46

Abb. 28: Beibehaltung des Lebensstils von Ausländern 47

Abb. 29: Zuwanderung aus verschiedenen Herkunftsländern bzw. -regionen 49

Abb. 30: Akzeptanz von Zuwanderern als Nachbarn 52

Abb. 31: Symbole des Islams – Vorboten der Islamisierung? 54

Abb. 32: Anwerbung von Arbeitskräften im Ausland 56

Abb. 33: Typologie der Motive für positive und negative Einstellungen zur (Arbeits-)Migration 57

Abb. 34: Politisches Interesse 2002–2012 64

Abb. 35: Demokratieunterstützung und -zufriedenheit 2001–2012 65

Abb. 36: Bewertung der Demokratie nach persönlicher finanzieller Situation 66

Abb. 37: Demokratietypen 67

Abb. 38: Demokratietypen nach Befürwortung von Freiheit bzw. Gleichheit 68

Abb. 39: Responsivität vs. Führung bei Thüringer Landtagsabgeordneten und der ostdeutschen und Thüringer Bevölkerung im Vergleich 69

Abb. 40: Grundüberzeugungen vs. aktuelle Meinungen 70

Abb. 41: Gewünschte Handlungsorientierung von Politikern 71

Abb. 42: Institutionenvertrauen 2000–2012 72

Abb. 43: Politische Partizipation 74

Abb. 44: Mitarbeit in politischer Partei nach Alter 75

Abb. 45: Kontakt zu Politikern nach Bildung 76

Abb. 46: Partizipationsneigung nach Alter 77

Abb. 47: Responsivitätserwartung und Kontakt zu Politikern 78

Abb. 48: Zustimmung zu den Dimensionen des Rechtsextremismus 2001–2012 80

Abb. 49: Zustimmung zu den Fragen der Rechtsextremismusskala 81

Abb. 50: Rechtsextremismus 2001–2012: Harter Kern und Befragte mit nicht verfestigten rechtsextremen Einstellungen 82

Abb. 51: Struktur des rechtsextremen Einstellungsmusters 83

Abb. 52: Operationalisierung und Zustimmung zu Islamfeindlichkeit 85

Abb. 53: Politische Selbsteinstufung rechtsextrem eingestellter Thüringer 87

Abb. 54: Selbsteinstufung auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2000–2012 88

Abb. 55: Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen 93

Abb. 56: Anteil rechtsextremer Thüringer nach höchstem Bildungsabschluss 95

Vorwort

Nach elf Befragungswellen während der vergangenen zwölf Jahre hat sich der THÜRINGEN-MONITOR als ein wertvolles und in dieser Kontinuität in Deutschland einzigartiges Instrument der Dauerbeobachtung einer politischen Region etabliert. Es ermöglicht dank eines im Kern über die Zeit gleichbleibenden Teils des Frageprogramms Erkenntnisse über die langfristigen Linien der Entwicklung von politischen Orientierungen, insbesondere der Demokratieunterstützung der Menschen in Thüringen. Dabei lag von Anfang an ein besonderes Augenmerk auf dem mit dem Begriff „Rechtsextremismus" belegten Einstellungskomplex aus Ethnozentrismus und Demokratiefeindlichkeit.

Auch der THÜRINGEN-MONITOR 2012 setzt die Tradition fort, ein wechselndes Schwerpunktthema mit dem konstanten Frageprogramm zu verbinden. In diesem Jahr stehen die Internationalität, die Weltoffenheit sowie die Akzeptanz von Menschen aus anderen Ländern und Kulturen durch die Thüringer Bevölkerung im Mittelpunkt. Wir hoffen, damit der Öffentlichkeit und den politischen Entscheidungsträgern Hinweise darauf geben zu können, wie die Menschen im Freistaat auf die Herausforderungen reagieren, die mit der Globalisierung, Europäisierung und dem demographischen Wandel verbunden sind. Dabei werden wir differenzierte Analysen der soziodemographischen, ökonomischen und kulturellen Faktoren vornehmen, die darauf einwirken, ob Offenheit und Toleranz oder Ressentiment und Ablehnung das Verhältnis der Thüringer gegenüber dem (und den) „Fremden" bestimmen. Aus dieser Perspektive soll auch das Thema „Rechtsextremismus" neu beleuchtet werden.

Wie in den vergangenen Jahren liegt der von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebenen Untersuchung eine repräsentative Befragung mit den folgenden Eckdaten zugrunde:

- Befragungszeitraum: 21. Mai bis 9. Juni 2012
- Stichprobenziehung: Zufallsauswahl unter Thüringern, die zu Bundestagswahlen wahlberechtigt sind
- Stichprobengröße: 1.003 Befragte
- Erhebungsverfahren: Computerunterstützte Telefoninterviews (CATI)
- Gewichtung: nach Alter, Geschlecht, Bildung, Haushaltsgröße (IPF-Gewichtung)
- Fehlertoleranz: etwa 2 Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 5), etwa 4 Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 50)

Die konkreten Frageformulierungen und die Häufigkeitsverteilungen für die Befragten nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen sind in dem gesonderten Tabellenteil dokumentiert. Für die gerundeten Prozentangaben im Text gilt wie üblich, dass es sich, wenn nicht anders angegeben, um gültige Prozente handelt. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Alle Personenbezeichnungen gelten für beiderlei Geschlecht.

Ich danke Herrn Thomas Ritter und seinem Team im CATI-Labor am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in deren Händen die Durchführung der telefonischen Befragung lag.

Jena, im September 2012

Heinrich Best

I. Einleitung

Thüringen ist in den letzten zwei Jahrzehnten internationaler geworden – dies wird jedenfalls von der Mehrheit der Thüringer so wahrgenommen. Doch welchen Charakter tragen die gesellschaftlichen Veränderungen, die unter Begriffen wie Internationalisierung, Europäisierung und Globalisierung diskutiert werden, und wie bewerten die Thüringer diese Entwicklungen? Wie ist es um die Toleranz seiner Bewohner gegenüber Zuwanderern bestellt? Internationalität und interkulturelle Orientierung gehören zum Selbstbild des Freistaates Thüringen: „Die Aufgeschlossenheit für Neues, die Bereitschaft sich mit Neuem zu beschäftigen, die Weltoffenheit und der Respekt vor den Mitmenschen sind Triebfedern unserer Geschichte. Der Freistaat ist geprägt von seiner kulturellen, historischen und wirtschaftlichen Vielfalt. Über ausländische Touristen freuen wir uns ebenso wie über die Integration ausländischer Mitbürger." (Lieberknecht 2011). Thüringen bekennt sich zur „Förderung des sozialen Friedens zwischen Zugewanderten und Einheimischen" als einem „besonderen Aspekt des Gemeinwohls", wie u. a. aus der Aufgabenbeschreibung der Ausländerbeauftragten der Thüringer Landesregierung hervorgeht (http://www.thueringen.de/de/ab/funktion/). Die Förderung der kulturellen Vielfalt ist auch ein Anliegen des „Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit" (Landesprogramm 2010), das zur Verteidigung und Stärkung einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft im Freistaat beitragen soll. Unter diesen Vorzeichen leistet der THÜRINGEN-MONITOR 2012 eine Bestandsaufnahme, wie es um die Internationalität und Interkulturalität im Freistaat bestellt ist und wie die Thüringer über Zuwanderung und Integration denken.

Integration ist ein Annäherungsprozess, der stark von der gegenseitigen Wahrnehmung der angestammten Bewohner des Einwanderungslandes und der Zuwanderer bestimmt ist. Die Verbesserung interkulturellen Zusammenlebens hängt u. a. ab „von dem ‚Gefühl' der Fremdheit und Vertrautheit sowie der Bereitschaft, den Anderen als Teil der eigenen kulturellen Identität zu akzeptieren, wie auch die Bereitschaft des Anderen, sich selbst vielleicht nicht ausschließlich, aber doch in Teilen mit der Kultur des Einwanderungslandes zu identifizieren." (Hafez 2002: 2). Zunächst ist also zu untersuchen, wie die Thüringer ihre eigene Identität definieren und was es für sie heißt, Thüringer zu sein, weil erst dadurch geklärt werden kann, inwieweit Zuwanderer als „Fremde" wahrgenommen und aufgenommen werden. Nach der Theorie der sozialen Identität hängt von der Selbstdefinition und Bewertung der eigenen Gruppe ab, wie andere Gruppen bewertet werden und welchen Charakter die Beziehungen zu ihnen tragen (Becker et al. 2009: 113ff). Die Konstruktion von sozialer Identität vollzieht sich auf verschiedenen Ebenen, sie umfasst z. B. neben nationalen auch supranationale, regionale und lokale Aspekte.

In diesem Zusammenhang wird nach der Heimatverbundenheit der Thüringer zu fragen sein, auch weil diese für die Außenorientierung und Mobilitätsneigung in einer zuneh-

mend globalisierten Welt wichtig ist. Identifizieren sich die Thüringer eher mit Deutschland, ihrem Bundesland oder ihren Städten und Gemeinden? Thüringen als Bundesland mit großem kulturellem Reichtum stellt sich in der Mitte Europas den wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen einer zunehmenden internationalen Verflechtung (Lieberknecht 2009). Wir fragten deshalb auch nach der Stärke der Identifikation der Thüringer mit *Europa* und ihrer Wahrnehmung, ob eine gemeinsame europäische Kultur existiert. Die kritische Abwägung der Vorteile und Nachteile der Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union ist ein Gradmesser dafür, inwieweit die rechtlich-politische Intensivierung und territoriale Extensivierung des europäischen Vereinigungsprozesses auch in der Bevölkerung Rückhalt findet.

Doch längst ist es eine Alltagserfahrung vieler Menschen im Freistaat – sei es beruflich oder privat – nicht nur in europäischen, sondern in globalen Maßstäben zu denken und zu handeln. Die Thüringer Industrie hat eine hohe Exportorientierung; in vielen Thüringer Unternehmen gehören Kontakte zu ausländischen Geschäftspartnern zum Betriebsalltag. Vor diesem Hintergrund haben Weltoffenheit und Akzeptanz von Fremdheit und Zuwanderern nicht nur einen grundlegenden Wertebezug und fördern die Befriedung unserer Gesellschaft, sondern stiften auch unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzen. Die Weltmarktfähigkeit einer Wirtschaft setzt voraus, dass ihre Wirtschaftssubjekte mit den Kulturen, den Konsumgewohnheiten und Marktpraktiken in den Abnehmerländern vertraut sind. Die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes bemisst sich auch an der Offenheit, mit der die Bevölkerung in der Region ausländischen Investoren und ihren Mitarbeitern begegnet. Die großen internationalen Handelsplätze waren und sind deshalb immer Orte internationaler Begegnung. Im klein- und mittelstädtisch geprägten Thüringen mit einem Ausländeranteil von nur knapp über zwei Prozent der Bevölkerung ist nun zwar kein metropolitaner Kosmopolitismus zu erwarten, doch kann der Freistaat beispielsweise an die Weltoffenheit und Weltzugewandtheit des klassischen Weimar, seiner akademischen Bildungsstätten und seiner traditionellen Exportunternehmen anknüpfen. Schließlich ist auch der demographische Wandel ein Türöffner für das „Fremde“. Thüringen weist seit zwei Jahrzehnten einen Sterbeüberschuss auf, der auch durch Binnenwanderung nicht ausgeglichen wird. Tatsächlich ist der Wanderungssaldo beständig negativ. Daran dürfte sich angesichts einer ähnlichen Bevölkerungsentwicklung in den anderen Bundesländern auch in Zukunft nichts ändern. Eine deutliche Steigerung der Zuzüge aus dem Ausland wäre ein Beitrag zur Milderung der negativen Effekte des Bevölkerungsrückgangs auf die Wirtschafts- und Steuerkraft des Freistaats. Der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR wird auch der Frage nachgehen, wie offen die Thüringer gegenüber einer solchen Entwicklung sind.

Die Außenwahrnehmung Thüringens und auch die Integrationsbereitschaft vor Ort hängen nicht nur davon ab, inwieweit die Thüringer sich den Herausforderungen der Internationalisierung stellen *wollen*, sondern auch davon, ob sie dies *können*. Wir haben deshalb nach den interkulturellen Kompetenzen (z. B. Fremdsprachenkenntnissen) und interkulturellen Erfahrungen und Vernetzungen (berufliche und private Auslandsaufenthalte, Kontakte zu Menschen in anderen Ländern, transnationale Internetnutzung usw.) gefragt.

Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, wie interkulturelle Kompetenzen und Wertorientierungen ausgebildet werden können und welche gesellschaftlichen Akteure den wichtigsten Beitrag dazu leisten, das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft zu verbessern und Begegnungen im Alltag zu einer wertvollen Erfahrung für alle zu machen. Um Tendenzen der Fremdenfeindlichkeit und des Rechtsextremismus zu begegnen, werden Programme zur politischen Bildung und Ermutigung eines gesellschaftlichen Engagements initiiert. Im Freistaat sind solche Aufgaben im „Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit" gebündelt, das die Vermittlung von demokratischen und zivilgesellschaftlichen Werten an Schulen und in Kindertagesstätten fördert und Vereine bei der Präventionsarbeit, der Integration und der Gestaltung interkultureller Erfahrungsräume unterstützt. Dabei werden alle Thüringer aufgerufen, zur Weiterentwicklung einer pluralistischen, demokratischen Kultur beizutragen. Gerade in einem kleinen Land wie Thüringen, das auf den internationalen Austausch in wirtschaftlicher wie in kultureller Hinsicht großen Wert legen muss, ist es wichtig, ein gesellschaftliches Klima der kulturellen Offenheit und des gegenseitigen Verständnisses zu fördern, auch wenn sich hier zur Zeit nur relativ wenige Zuwanderer aufhalten. Die Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft bemisst sich daran, wie sie mit Vielfalt und Differenz umgeht und welches Potential sie zur Verringerung kultureller und sozialer Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen ihrer Bevölkerung entwickeln kann (Heitmeyer 2012).

Der Berichtsteil des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS beginnt mit einem Überblick über die Entwicklung des Arbeitsmarktes, die Beurteilung der sozio-ökonomischen Lage und die Bevölkerungsentwicklung in Thüringen (Kapitel II). Anschließend werden die Themenbereiche „interkulturelle Kompetenzen" und „kollektive Identität" (Kapitel III.1) behandelt, die eine ganz wesentliche Interpretationsgrundlage für die weiteren Untersuchungen darstellen, so auch für Fragen der Internationalisierung, Globalisierung und Europäisierung (Kapitel III.2). In Kapitel III.3 wird nach den Einstellungen der Thüringer hinsichtlich Migration und Integration im Allgemeinen, aber auch differenziert nach Zuwanderern aus bestimmten Herkunftsregionen und in verschiedenen sozialen Kontexten (z. B. als Kollegen, Freunde, Nachbarn) gefragt. Dabei suchen wir auch nach Erklärungsfaktoren und der Ausprägung von differenzierten Einstellungsmustern. Obwohl nach einer im Auftrag der Deutschen Islam-Konferenz durchgeführten Erhebung Muslime in Thüringen nur einen verschwindend geringen Bevölkerungsanteil von ca. 0,4 Prozent haben (Haug / Müssig / Stichs 2009), wurden angesichts der kontrovers geführten Integrations-, Leitkultur- bzw. Islamismus-Debatten der letzten Monate und Jahre im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR auch Fragen zum Verbot des Kopftuchtragens im öffentlichen Dienst und dem Bau von Moscheen in der Nachbarschaft sowie zu der Akzeptanz von möglichen arabischen Nachbarn im eigenen Wohnumfeld gestellt. Frühere Studien haben gezeigt, dass Ressentiments gegenüber Ausländern mit einem geringen Ausländeranteil koinzidieren, während „regelmäßige Kontakte zu Ausländern Fremdenfeindlichkeit reduzieren können" (Asbrock et al. 2009: 154; Wagner et al. 2003, Pettigrew / Tropp 2006). Es wird zu fragen sein, inwieweit solche Zusammenhänge auch in Thüringen zu beobachten sind.

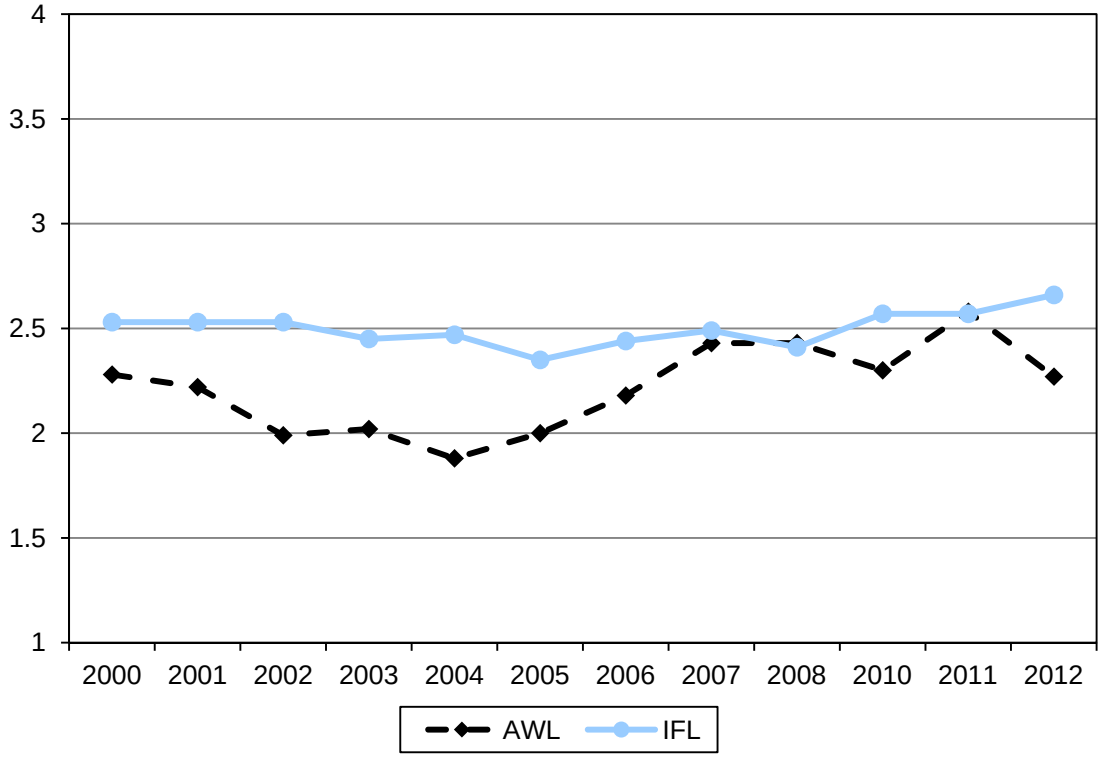
Im Kapitel IV untersuchen wir im Anschluss an das konstante Fragenprogramm der früheren THÜRINGEN-MONITORe die Einstellungen zur Demokratie (IV.1), das Institutionenvertrauen (IV.2) und das politische Engagement der thüringischen Bevölkerung (IV.3). Eine besondere Bedeutung – auch mit Blick auf das diesjährige Schwerpunktthema und die regionalen Bezüge des „NSU“ zu Thüringen – wird hier das Thema Rechtsextremismus (IV.4) haben. Angesichts eines als beunruhigend hoch empfundenen Anteils der Zustimmung zu Indikatoren der Fremdenfeindlichkeit in den THÜRINGEN-MONITORen der Vorjahre wollen wir prüfen, wie eine Ablehnung von Immigration und Ressentiments gegenüber Ausländern zu deuten und zu erklären sind.

In der Diskussion über vermeintliche Überfremdung und mangelnden Integrationswillen der Zuwanderer – beides in Thüringen Problemdiagnosen eher hypothetischer Natur –, über Vorurteile gegenüber Zuwanderern und die Ablehnung von Formen des interkulturellen Zusammenlebens in Teilen der deutschen Mehrheitsbevölkerung soll der vorliegende THÜRINGEN-MONITOR einen Beitrag zur Versachlichung leisten und Grundlagen für die politische Entscheidungsbildung in Erfüllung der Maximen unseres demokratischen Verfassungsstaates bieten.

II. Leben in Thüringen: sozioökonomische und soziodemographische Lage

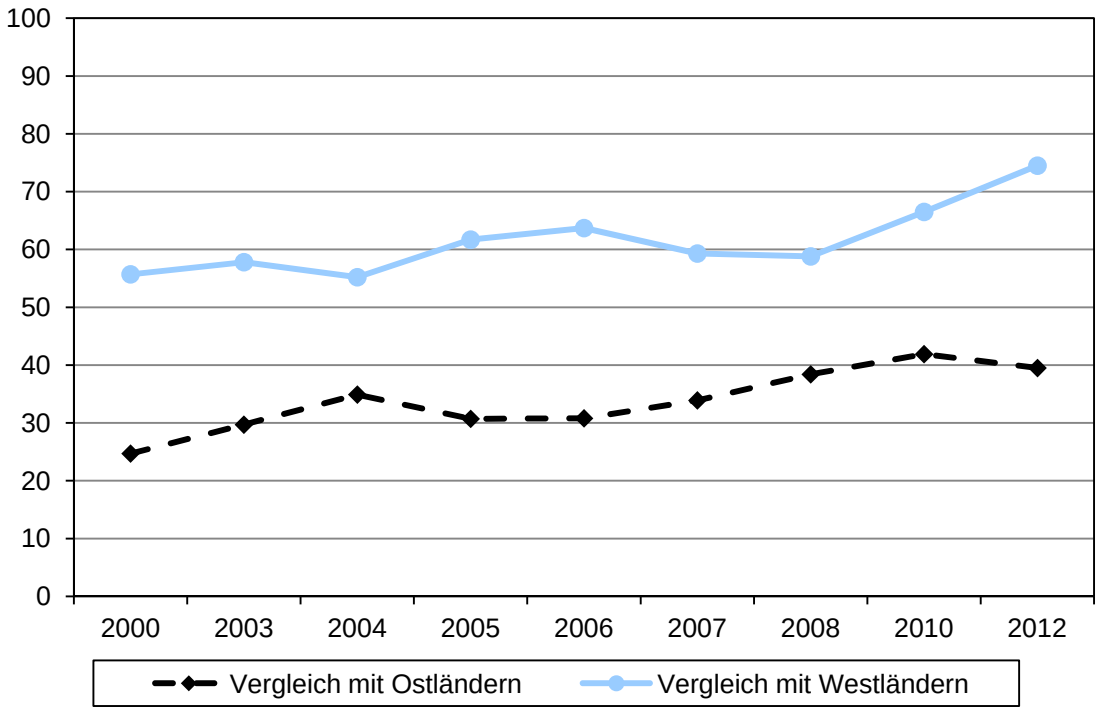
Mehr als zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung Deutschlands und dem damit verbundenen gesellschaftlichen und sozialen Wandel blicken die Thüringer auf eine Epoche steter Veränderung zurück. Die über 20 Jahre währenden Transformationsprozesse, die nach dem Systemumbruch 1989 einsetzten, brachten erhebliche Herausforderungen mit sich. Neue private und berufliche Orientierungen prägten und bestimmen weiterhin ihr Leben. Vor diesem Hintergrund haben wir auch in diesem THÜRINGEN-MONITOR danach gefragt, wie zufrieden die Thüringer mit dem Leben im Freistaat sind und wie sie die alltagsweltlichen und wirtschaftlichen Bedingungen in Thüringen bewerten. Unter dem Aspekt der prägenden Erfahrungen nach der Wende sind diese Fragen heute umso belangvoller, da wir mehr als 20 Jahre nach dem Ende der DDR eine junge Kohorte in unserer Stichprobe vorfinden, die das alte Regime und die Wendezeit nur aus zweiter Hand kennt. Diese jungen Thüringer sind vollständig im vereinten Deutschland sozialisiert worden und gründen Vergleiche mit der DDR nicht mehr auf eigene Erfahrungen (Abb. 1).

Abb. 1: ***Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen (AWL) und der individuellen finanziellen Lage (IFL) 2000–2012***
(Mittelwerte auf einer Skala von 1 = schlecht bis 4 = sehr gut / ab 2012: 1 = sehr schlecht bis 4 = sehr gut)



Einen ersten Eindruck über die Lebenszufriedenheit der Thüringer gibt die Einschätzung der *eigenen* wirtschaftlichen bzw. finanziellen Lage. Generell geben 60 Prozent der Befragten an, finanziell eher gut da zu stehen, weitere fünf Prozent sogar sehr gut. Dem gegenüber stehen 29 Prozent der Befragten, die ihre eigene finanzielle Situation als eher schlecht einschätzen, weitere sechs Prozent sogar als sehr schlecht. Vor allem junge Thüringer erscheinen zufrieden: 72 Prozent der 18- bis 24-Jährigen beschreiben ihre eigene finanzielle Situation als eher gut oder sehr gut, in keiner anderen Altersgruppe ist die positive Bewertung so stark ausgeprägt. Eine insgesamt positive und im Vergleich zur Vergangenheit weiter verbesserte Einschätzung findet sich auch im Zeitverlauf. Auf einer 4er-Skala (von 1 „sehr schlecht“ bis 4 „sehr gut“) liegt der Durchschnittswert bei 2,7 und erreicht so den höchsten Wert seit Beginn der Befragungsreihe im Jahr 2000. Damit kontrastiert die Einschätzung der *allgemeinen* wirtschaftlichen Lage Thüringens, die im Vergleich zum Vorjahr deutlich abgenommen hat. Eine Mehrheit von 71 Prozent der Bürger schätzt die Lage im Freistaat als eher schlecht ein, weitere drei Prozent sogar als sehr schlecht.

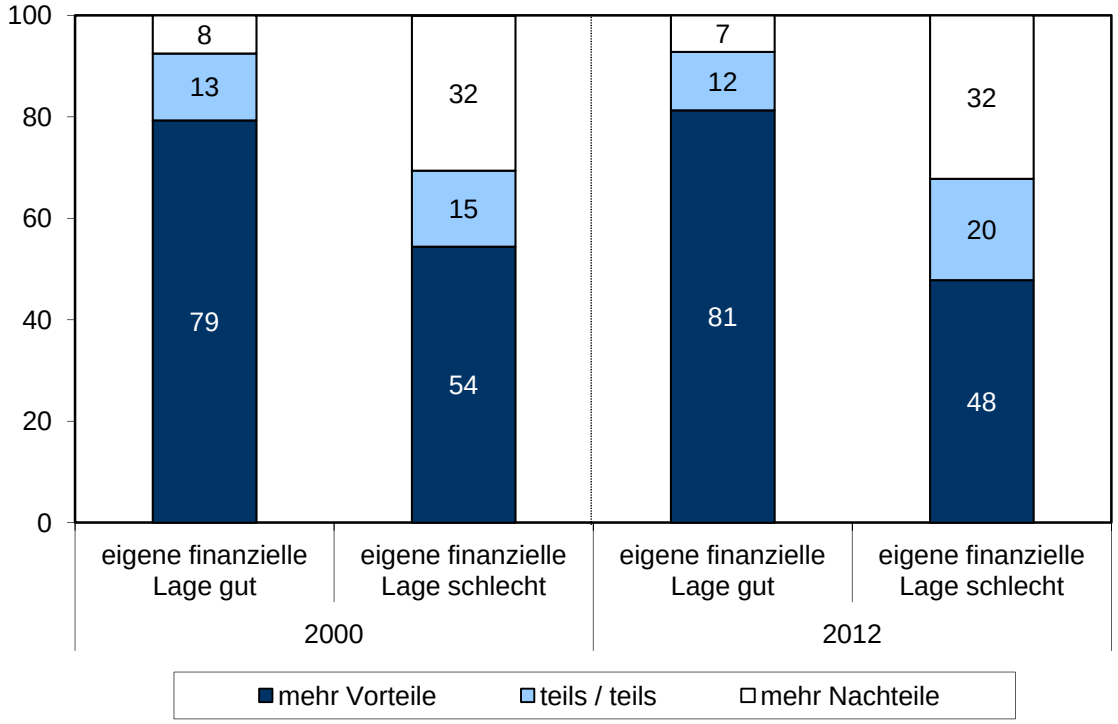
Abb. 2: ***Positive Einschätzung Thüringens im Vergleich mit west- und ostdeutschen Bundesländern 2000–2012***
(nur Zustimmung: "Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern" und "Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen“)



Allerdings scheint diese eher negative Einschätzung für die Bürger kein Malus Thüringens zu sein (Abb. 2). So sind 37 Prozent von ihnen zumindest teilweise und 40 Prozent weitgehend oder völlig der Meinung, dass die wirtschaftliche Lage in Thüringen besser sei als in anderen ostdeutschen Bundesländern, und eine überwältigende Mehrheit von

75 Prozent ist davon überzeugt, dass Thüringen selbst den Vergleich mit westdeutschen Bundesländern nicht scheuen muss; ebenfalls ein Höchstwert seit Beginn des THÜRINGEN-MONITORS.[1] Auch in Zeiten der Banken- und Eurokrise lässt sich ein gefestigtes Vertrauen in die wirtschaftliche Performanz Thüringens konstatieren.

Abb. 3: ***Einheitsbilanz nach eigener finanzieller Lage***
(in Prozent)



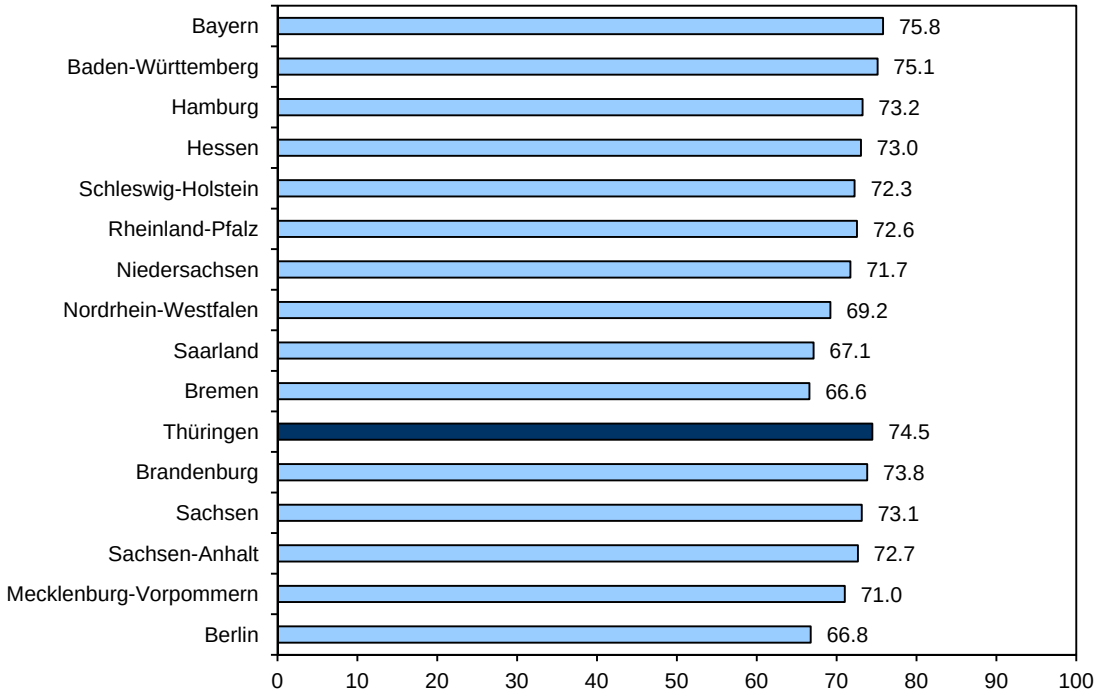
Die Auswirkungen der deutschen Einheit auf die persönlichen Lebensumstände werden bei einer insgesamt deutlich positiven Einschätzung – insgesamt geben 70 Prozent der Befragten an, dass für sie persönlich die Vorteile der Einheit überwiegen – nach der jeweiligen Soziallage sehr differenziert beurteilt, wobei sich die größten Unterschiede im Hinblick auf die Bildung und den Erwerbsstatus zeigen. Drei von vier Erwerbstätigen sehen in der deutschen Einheit mehr Vorteile, während nur für 13 Prozent von ihnen die Nachteile überwiegen. Konträr dazu ist die Bewertung der arbeitslosen Thüringer, von denen nur 46 Prozent mit der Wiedervereinigung eher Vorteile, 38 Prozent hingegen eher Nachteile verbinden. Komplementär zu diesem Befund nimmt die positive Bewertung der deutschen Einheit mit steigender Bildung zu. So findet sich der höchste Anteil positiver Bewertungen mit 83 Prozent unter den Befragten mit (Fach-) Hochschulabschluss. Wenn man die eigene finanzielle Lage als direkte Folge aus Bildung und Berufstätigkeit ansieht, so zeigt sich hier eine deutliche Differenz, die auf eine Disparität zwischen „Wendegewinnern“ und „-verlierern“ hindeutet. Dabei scheint sich

[1] In Abweichung gegenüber den THÜRINGEN-MONITOREn der Vorjahre wurde die Zustimmung zu dieser Frage im THÜRINGEN-MONITOR 2011 mit vier anstatt der sonst üblichen fünf Antwortkategorien gemessen. Dabei stellten die Autoren eine Zustimmung von etwa 84 Prozent fest. Aufgrund der abweichenden Formulierung ist ein Vergleich mit den Prozentwerten der anderen Jahre jedoch nicht möglich; der Datenpunkt für 2011 fehlt deshalb in Abb. 2.

die Schere weiter zu öffnen, ist doch die Differenz in den letzten zwölf Jahren sogar noch größer geworden (Abb. 3).

Zugleich ist die Bewertung der Wiedervereinigung auch altersabhängig. Denn obwohl die positiven Urteile in allen Altersschichten deutlich überwiegen, nimmt der Anteil der Thüringer Bürger, die mit der deutschen Einheit Nachteile verbinden, in den älteren Kohorten zu. In der jüngsten Kohorte der 18- bis 24-Jährigen überwiegen für 89 Prozent die Vorteile, während nur noch ein sehr geringer Anteil von neun Prozent überwiegend Nachteile für sich sieht. Diese fast ausschließlich positiven Bewertungen bilden sich bei dieser Alterskohorte ausschließlich auf der Grundlage eines medial und sozial vermittelten Vergleichsszenarios und sind damit eher als Ausdruck genereller Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlich-sozialen Lage zu werten.

Abb. 4: ***Erwerbstätigenquote 2011 im Vergleich der Bundesländer***
(in Prozent)



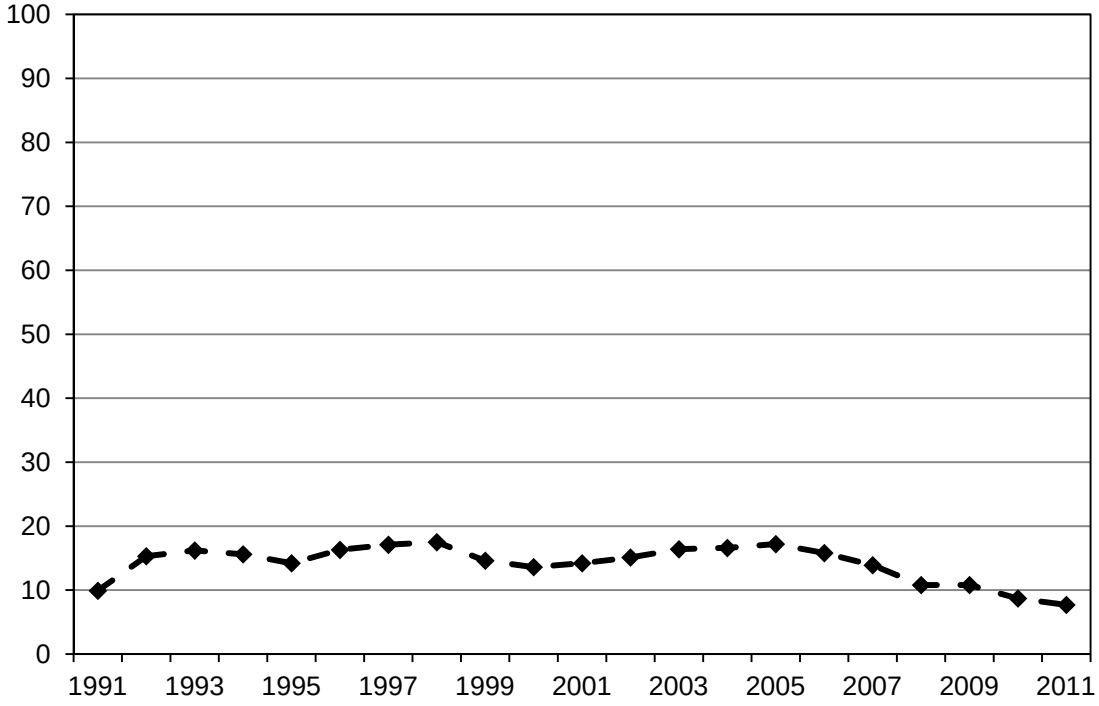
Quelle: Statistisches Bundesamt

Der mittelfristige Aufwärtstrend in der Bewertung der thüringischen Wirtschaft folgt einer günstigen Entwicklung wichtiger Wirtschaftsstrukturdaten des Freistaats. So zeigt die Erwerbstätigenquote[2] seit 2005 einen konstanten Anstieg und liegt derzeit bei etwa 75 Prozent (Abb. 4). Damit ist Thüringen führend unter den neuen Bundesländern; im gesamtdeutschen Vergleich liegen mit Baden-Württemberg und Bayern nur zwei alte Bundesländer vor dem Freistaat. Die Thüringer haben in dieser Hinsicht also gute Gründe, wenn sie sagen, dass ihr Freistaat den Vergleich mit westdeutschen Bundesländern nicht scheuen muss.

[2] Die Erwerbstätigenquote bezieht die Zahl der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf die entsprechende Altersgruppe in der Gesamtbevölkerung.

Zwar liegt der Anteil der Erwerbstätigenquote der männlichen Bevölkerung mit 77 Prozent immer noch sechs Prozentpunkte über dem der erwerbstätigen Frauen, doch hat sich dieser Abstand seit den frühen 1990er Jahren deutlich verringert, weil sich der Anteil erwerbstätiger Frauen deutlicher als jener der Männer von 54 Prozent im Jahr 1993 auf 71 Prozent gesteigert hat. Thüringens Rolle als Wirtschaftsstandort lässt sich auch an der Erwerbslosenquote ablesen.[3] Die Erwerbslosenquote ist ein zentraler Angebotsindikator des Arbeitsmarktes und sagt aus, wie viele arbeitswillige und -fähige Menschen zum Erhebungszeitraum keine Erwerbstätigkeit finden. Da diese Zahl unabhängig von sozialrechtlichen Regelungen ist, eignet sie sich besser für die Betrachtung von Entwicklungen und Vergleichen als die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit amtlich registrierten Arbeitslosen. Die Erwerbslosenquote des Freistaats Thüringen betrug 2011 etwas weniger als acht Prozent (Abb. 5).

Abb. 5: ***Erwerbslosenquote 1991–2011***
(in Prozent)



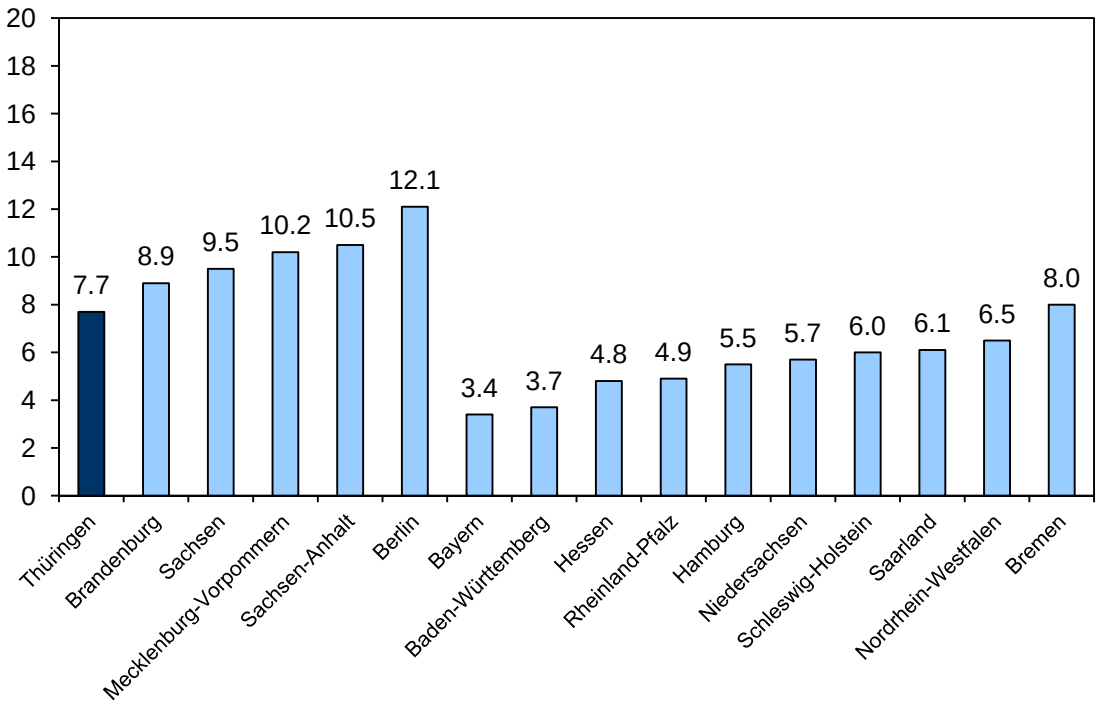
Quelle: Statistisches Bundesamt

Damit ist der Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen in Thüringen zwar – mit Ausnahme von Bremen – höher als in den westdeutschen Bundesländern (Abb. 6). Allerdings ist dies auch gleichzeitig die geringste Quote unter den ostdeutschen Ländern. Thüringen ist, obgleich strukturell nicht ganz auf dem Niveau der alten Bundesländer, keineswegs ein wirtschaftlich rückständiges Bundesland. Es ist vielmehr, wie

[3] Erwerbslose sind Personen ohne Arbeitsverhältnis, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie bei der Agentur für Arbeit als Arbeitslose gemeldet sind. Insofern ist der Begriff der Erwerbslosen umfassender als der Begriff der Arbeitslosen. Andererseits zählen Arbeitslose, die vorübergehend geringfügige Tätigkeiten ausüben, nach dem Erwerbskonzept nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den Erwerbstätigen. Die Erwerbslosenquote ist der Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an allen Erwerbspersonen in der entsprechenden Altersgruppe.

auch schon die Erwerbstätigenquote zeigte, ein relativ gut etablierter Wirtschaftsstandort.

Abb. 6: ***Erwerbslosenquote 2011 im Vergleich der Bundesländer***
(in Prozent)

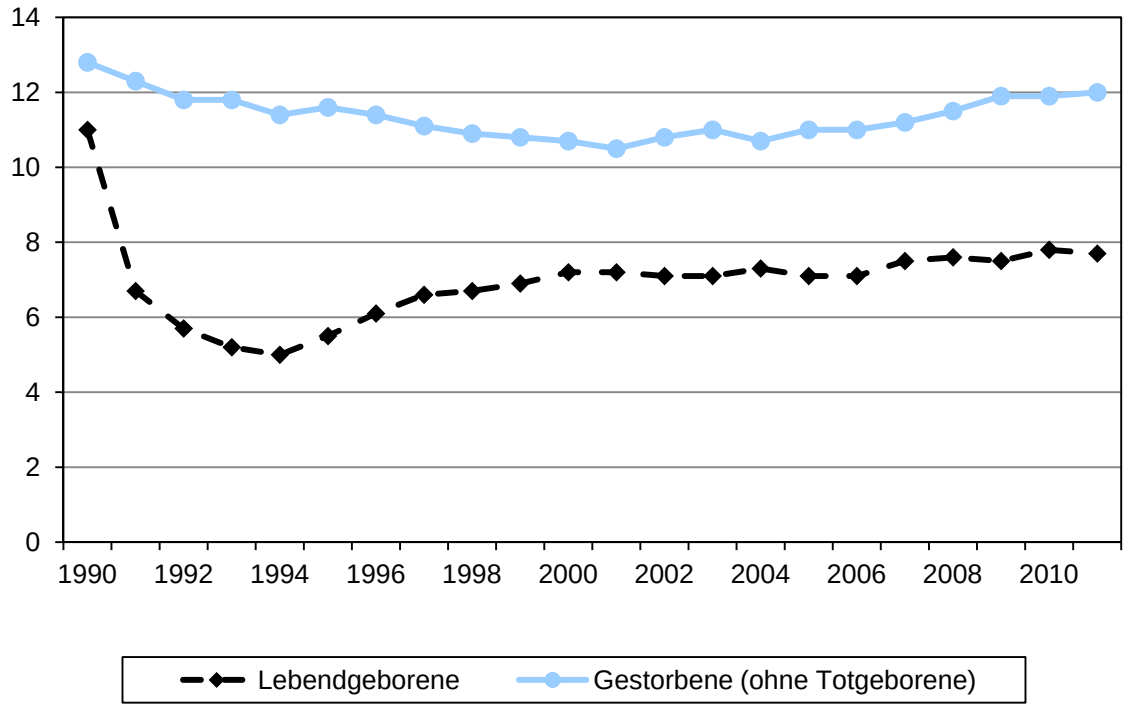


Quelle: Statistisches Bundesamt

Die insgesamt positive Entwicklung der Erwerbstätigenquote steht allerdings in einem Zusammenhang mit der langfristigen demographischen Entwicklung, die nicht nur in Thüringen seit Gründung des Bundeslandes durch einen Sterbeüberschuss geprägt ist. Im Vergleich zu den frühen 1990er Jahren hat zwar die Geburtenrate deutlich zugenommen, bleibt jedoch beständig unter der Sterberate (Abb. 7).

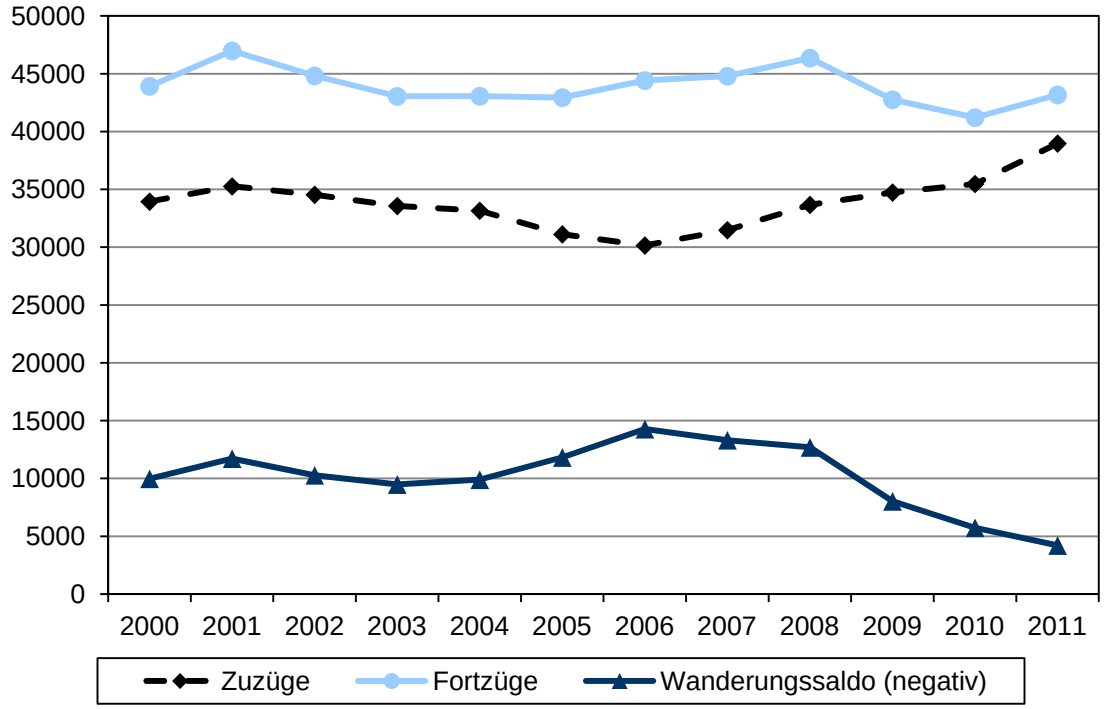
Das Geburtendefizit wird durch einen ebenfalls seit Gründung des Bundeslandes bestehenden negativen Wanderungssaldo akzentuiert (Abb. 8). Seit Beginn des neuen Jahrtausends schwankt die Zahl der jährlichen Fortzüge aus Thüringen um etwa 45.000 Personen. Die Zahl der Zuzüge liegt trotz eines Mitte des letzten Jahrzehnts einsetzenden Zuwanderungstrends deutlich darunter. Zuletzt zogen mit 39.000 Personen immer noch 4.000 Menschen weniger nach Thüringen als den Freistaat verlassen haben. Das Wanderungsdefizit hat aber in den vergangenen vier Jahren deutlich abgenommen und beträgt 2011 nur noch etwa ein Drittel des negativen Wanderungssaldos von 2008. Durch die stetige Zuwanderung aus den alten Bundesländern liegt der Anteil der im Westen der Bundesrepublik sozialisierten Bürger an der Bevölkerung des Freistaats mittlerweile bei etwa drei Prozent.

Abb. 7: ***Natürliche Bevölkerungsbewegung: Lebendgeborene und Gestorbene 1990–2011***
(Anteile je 1000 Einwohner)



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

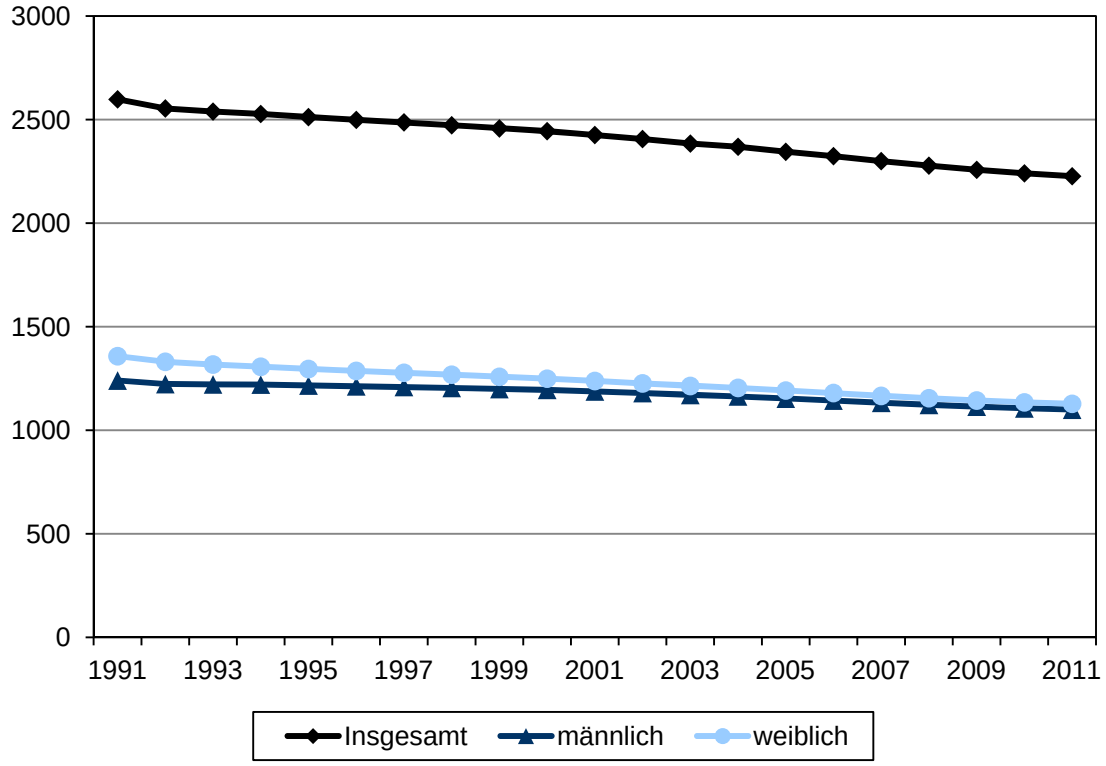
Abb. 8: ***Wanderungsbewegung: Zuzüge und Fortzüge 2000–2011***



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Infolge der demographischen Entwicklung und des negativen Wanderungssaldos ist die Einwohnerzahl Thüringens in den letzten 20 Jahren kontinuierlich abgesunken (Abb. 9). 1991 wurden 2,6 Mio. Thüringer in der amtlichen Statistik erfasst, 2011 sind es nur noch 2,2 Mio. Dieser Rückgang um 15 Prozent der damaligen Einwohnerzahl ist eine große Herausforderung für den Wirtschaftsstandort Thüringen. In der „Fachkräftestudie 2010“ (Frei / Papies / Schiemann 2011), die im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Technologie durchgeführt wurde, wird bis zum Jahr 2020 ein Arbeitskräftemangel von etwa 200.000 Personen prognostiziert. Allein durch die Weiterbeschäftigung älterer Arbeitnehmer bis zu ihrem regulären Renteneintritt und durch Investitionen in die Weiterbildung der eigenen Mitarbeiter wird dieser Arbeitskräftemangel nicht zu decken sein. Die Relevanz dieser Entwicklung wird in der eigens zur Zuwanderungsförderung gegründeten Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung (ThAFF) deutlich, die dazu beitragen soll, qualifizierte Fachkräfte für Thüringen zu gewinnen.

Abb. 9: ***Bevölkerungsentwicklung 1991–2011***
(in 1000)

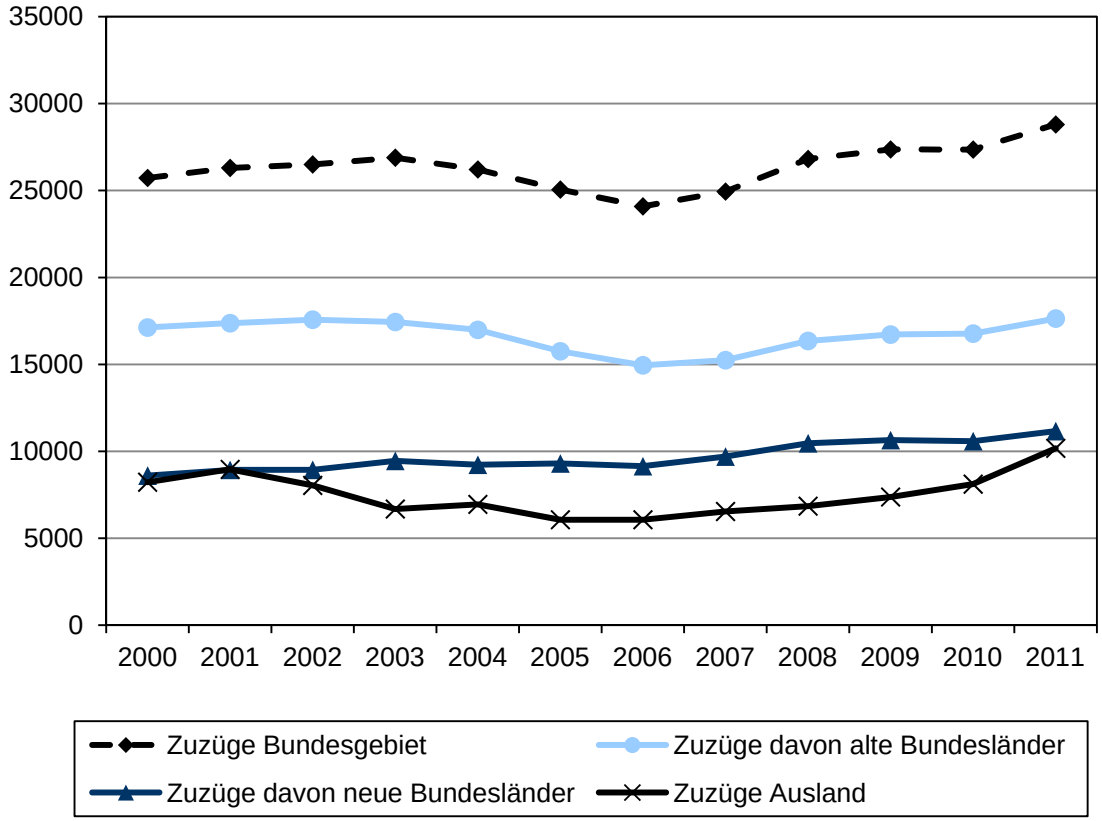


Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Die Förderung der Zuwanderung nach Thüringen kann deshalb auch als eine Antwort auf den demographischen Wandel angesehen werden, wobei angesichts des in anderen Bundesländern ebenfalls bestehenden Geburtendefizits der Zuwanderung aus dem Ausland eine besondere Rolle zukommt. Tatsächlich kam etwa ein Viertel aller Personen, die im letzten Jahr nach Thüringen gezogen sind, aus dem Ausland (Abb. 10). Zuzüge aus dem Ausland nach Thüringen sind damit fast so häufig wie Zuzüge aus den übrigen

ostdeutschen Bundesländern. Bemerkenswerterweise haben sich die Zuzüge aus dem Ausland – wenn auch auf niedrigem Niveau – in den letzten Jahren nahezu verdoppelt und weisen damit die höchste Zuwachsrate auf.

Abb. 10: Wanderungsbewegung: Zuzüge nach Herkunftsgebiet 2000–2011

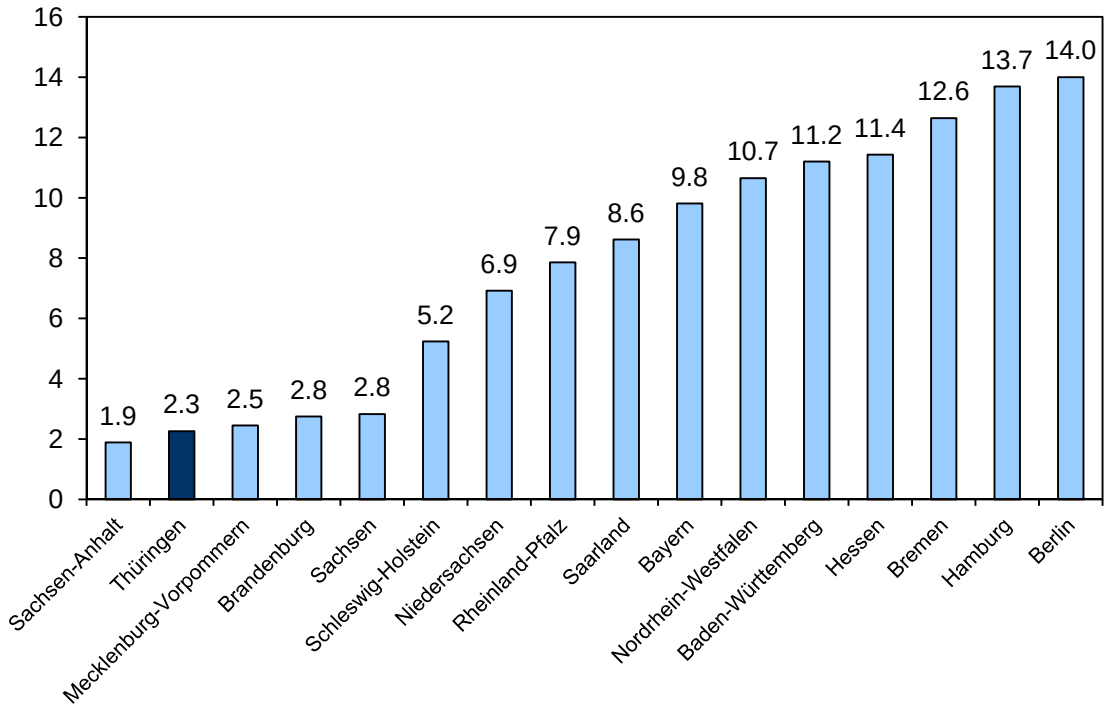


Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Mit dieser Entwicklung ist ein leichter, aber konstanter Anstieg des ausländischen Bevölkerungsanteils von 1,5 Prozent im Jahre 1998 auf nunmehr 2,3 Prozent verbunden. Im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern und Berlin ist der Ausländeranteil jedoch – sowohl in Thüringen als auch in den anderen ostdeutschen Bundesländern – noch immer sehr gering.

Dies gilt naturgemäß auch für den Anteil von Muslimen an der Thüringer Bevölkerung. Der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ (Haug / Müssig / Stichs 2009) zufolge leben in Deutschland derzeit zwischen 3,8 und 4,3 Mio. Personen muslimischen Glaubens, von diesen allerdings nur etwa 0,2 Prozent in Thüringen. Daraus ergibt sich eine geschätzte Gesamtzahl von 7.500 bis 8.700 Muslimen, die weniger als 0,4 Prozent der Gesamtbevölkerung im Freistaat ausmacht.

Abb. 11: ***Anteil der ausländischen Bevölkerung im Vergleich der Bundesländer 2011***
(in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Konfiguration subjektiver Stimmungsindikatoren und demographisch-soziographischer Strukturdaten, die den Hintergrund für Interpretationen der nachfolgenden Befunde des THÜRINGEN-MONITORS bildet, setzt sich aus vier Komponenten zusammen:

- einer eher positiven Entwicklung der Wirtschaftsstrukturdaten Thüringens,
- einer zunehmend positiven Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage und günstigeren Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Thüringens im Vergleich zu den westlichen Bundesländern (bei gleichzeitig verhaltener Einschätzung der wirtschaftlichen Lage des Freistaats),
- einem seit der Gründung des Bundeslandes bestehenden Geburten- und Wanderungsdefizit, das in einem Rückgang der Einwohnerzahl des Freistaates resultiert,
- und einem geringen und nur sehr langsam wachsenden Ausländeranteil bzw. einem verschwindend geringen Anteil von Muslimen an der Thüringer Bevölkerung.

III. Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz

1. Interkulturelle Kompetenzen und kollektive Identität

Ein Schwerpunkt des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS ist eine Bestandsaufnahme der Internationalität im Freistaat. Ausgangspunkt ist dabei die Beobachtung eines durch Globalisierungseinflüsse multikulturell kolorierten Alltags in Thüringen. Denn obwohl die Zahl der in Thüringen lebenden Ausländer gering ist, sind Einflüsse verschiedener Kulturen und Religionen auch in Thüringen spürbar. Durch eine globalisierte Wirtschaft und globalisierte Medien wirken räumlich ferne Entwicklungen und Ereignisse zumindest mittelbar auf Thüringen ein. Dies ist eine Herausforderung für die Thüringer, da einerseits mit einer komplexer werdenden Identitätsbildung zu rechnen ist und sich andererseits angesichts der vielfältigen kulturellen Einflüsse die Ansprüche an angemessene Handlungs- und Kommunikationsweisen erhöhen. Interkulturelle Kompetenzen und kollektive Identitätsbezüge stehen im Fokus dieses Kapitels und bilden die Grundlage für die folgenden Analysen der Einstellungen der Thüringer gegenüber Zuwanderung und Integration.

1.1 Interkulturelle Kompetenzen

Im Zuge kontroverser Integrationsdebatten hat auch das Konzept der *interkulturellen Kompetenz* in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen (Benseler et al. 2003). Der sozialwissenschaftliche Diskurs über eine inhaltliche Definition der interkulturellen Kompetenz ist zwar noch nicht abgeschlossen, doch liegen unterschiedlich akzentuierte Definitionsvorschläge vor. Im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS folgen wir der Definition, dass „interkulturelle Kompetenz [bedeutet], auf Grundlage bestimmter Haltungen und Einstellungen sowie besonderer Handlungs- und Reflexionsfähigkeiten in interkulturellen Situationen effektiv und angemessen zu interagieren.“ (Bertelsmann Stiftung 2006: 5). Damit steht der Begriff *interkulturelle Kompetenz* für die Fähigkeit und die Aufforderung in der globalisierten Welt mit verschiedenen Kulturen, Identitäten, Religionen und Sprachen umgehen zu können. Zwar bleibt umstritten, was damit konkret gemeint ist und wie eine solche Fähigkeit exakt gemessen werden kann, doch zeichnet sich in der Literatur ein Konsens darüber ab, dass vor allem Empathie, Ambiguitätstoleranz, kulturelles Bewusstsein, Offenheit und Respekt für kulturelle Unterschiede bedeutsam sind. Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR werden die wichtigsten der in der Literatur genannten Teilaspekte untersucht, wobei das nachstehende Unterkapitel vor allem die kognitiven und anwendungsbasierten Aspekte behandelt; Hinweise auf andere Aspekte interkultureller Kompetenz, wie insbesondere kulturelle Offenheit, finden sich in Kapitel III.3.

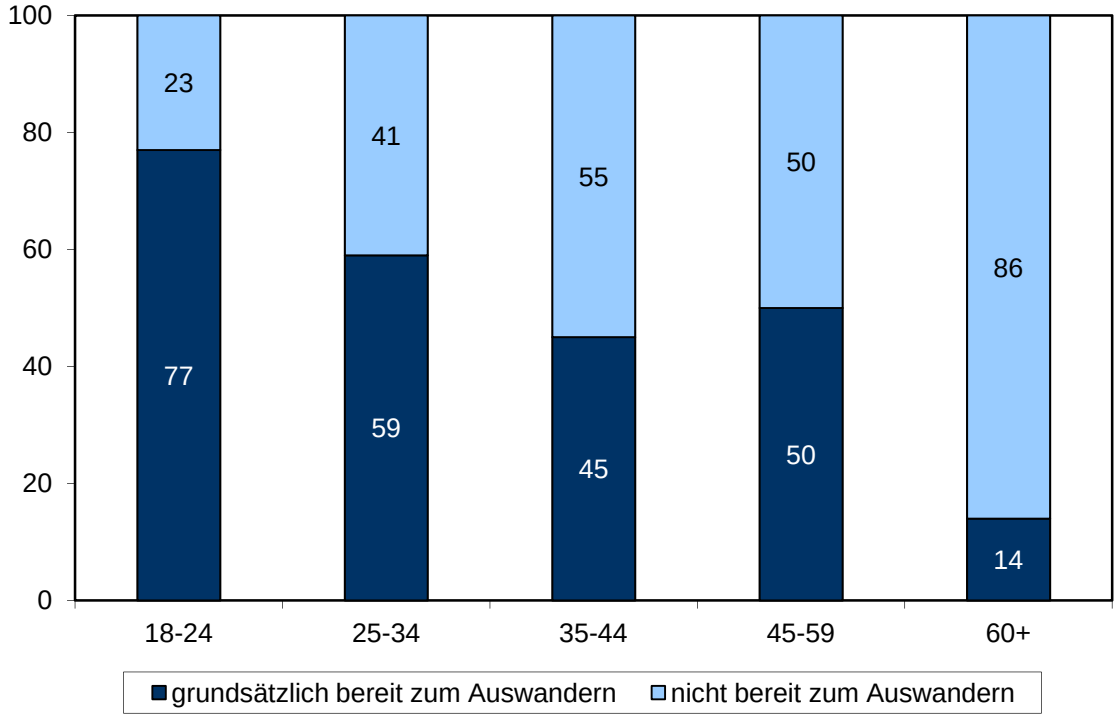
Fremdsprachenkenntnisse stellen eine zentrale Kompetenz für interkulturell erfolgreiche Interaktionen dar. Immerhin knapp 30 Prozent der Thüringer bestätigen, die englische

Sprache gut genug sprechen zu können, um sich an einem Gespräch zu beteiligen. Hinzu kommen rund 13 Prozent, die angeben, eine andere Sprache zu sprechen. Erwartungsgemäß wird die Fremdsprachenbeherrschung vor allem durch den Bildungsabschluss bestimmt: 73 Prozent der Befragten mit Abitur verfügen über englische Sprachkompetenz, hingegen nur vier Prozent der Befragten, die über keinen Abschluss verfügen bzw. vor der 10. Klasse die Schule verlassen haben. Ähnlich stark ist auch der Einfluss des Alters: 72 Prozent der jüngsten Kohorte verfügt über gute Englischkenntnisse, hingegen nur zehn Prozent der über 60-Jährigen. Der Alterseffekt relativiert sich jedoch durch die Auswertung der Kenntnisse weiterer Sprachen; hier sind es vor allem die Älteren, die eine andere bzw. eine weitere Sprache sprechen können (vermutlich überwiegend Russisch; den Spitzenwert erzielen 45- bis 59-Jährige mit 34 Prozent). Diese Befunde können mit Blick auf nationale Befragungen interpretiert werden. Im Rahmen einer bundesweiten Erhebung des Instituts für Demoskopie Allensbach gaben etwa zwei Drittel der Befragten an, Englisch zumindest „einigermaßen gut zu sprechen und zu verstehen“ (Gesellschaft für deutsche Sprache 2008). Die Fragestellung im THÜRINGEN-MONITOR stellt deutlich höhere Ansprüche. Hier sollten die Befragten angeben, ob sie die englische Sprache gut genug beherrschen, um sich an einem Gespräch beteiligen zu können. Der Vergleich der Befunde steht also unter diesem Vorbehalt. Dass sich die Thüringer der Notwendigkeit von Fremdsprachenkenntnissen durchaus bewusst sind, zeigt ihre Einschätzung, ab wann der Fremdsprachenunterricht beginnen sollte: Eine Mehrheit (57 Prozent) ist der Auffassung, Sprachunterricht sollte bereits im Kindergarten stattfinden.

Eigene Erfahrungen im Ausland können unter zwei Aspekten der interkulturellen Kompetenz betrachtet werden. Einerseits wird von Personen, welche ihr gewohntes Umfeld verlassen um ins Ausland zu gehen, Offenheit und Unvoreingenommenheit gefordert, andererseits werden dabei in konkreten Handlungszusammenhängen kulturelle Kompetenzen erworben. Elf Prozent der Thüringer haben sich schon einmal für längere Zeit im Ausland aufgehalten, wobei sich diese Erfahrung nicht auf die jüngeren Befragten beschränkt. Unter den 25- bis 34-Jährigen ist es knapp jeder Fünfte, unter den über 60-Jährigen sogar fast ein Drittel der Befragten. Dabei ist eine höhere Bildung keine Bedingung für eine Auslandserfahrung: Die Mehrheit der Thüringer mit Auslandserfahrung hat kein Abitur. Grund für den Auslandsaufenthalt war für zwei Drittel der Betroffenen der Beruf, nicht einmal jeder Vierte ging aus privaten Gründen für längere Zeit ins Ausland. Außerdem fragten wir die Thüringer nach ihrer Bereitschaft, in einem anderen Land zu leben oder zu arbeiten. Zwar ist eine Mehrheit nicht zu diesem Schritt bereit, dennoch verbleiben 39 Prozent mit der grundsätzlichen Bereitschaft. Hierbei ist ein klarer Alterseffekt zu erkennen (Abb. 12): 77 Prozent der jüngsten Alterskohorte kann sich eine Auswanderung vorstellen, dagegen nur 14 Prozent der über 60-Jährigen. Die jungen Thüringer zeigen sich damit hochgradig mobilitätsbereit. In späteren Lebensphasen, in welchen Familiengründung und Sesshaftwerdung im Vordergrund stehen, verringert sich die Bereitschaft, Thüringen zu verlassen. Zudem sind es vor allem gut gebildete Befragte, deren Bereitschaft zum Auswandern stark ausgeprägt ist. Jeder Zweite unter den Befragten mit Abitur kann sich vorstellen, seine Heimat zu verlassen. Der Entschluss zu einer Auswanderung basiert auf Einflüssen, die sich als push- und

pull-Faktoren differenzieren lassen. Push-Faktoren können etwa eine schlechte Arbeitsmarktsituation oder auch die Unvereinbarkeit von Karriere und Familie in der Heimat darstellen, während bessere Arbeitsmarktchancen im Ausland als pull-Faktoren wirken können. Eine Politik, die einen Brain-Drain gut ausgebildeter Landeskinder verhindern will, muss naturgemäß bei den push-Faktoren in Thüringen ansetzen.

Abb. 12: ***Bereitschaft zum Auswandern nach Alter***
(in Prozent)

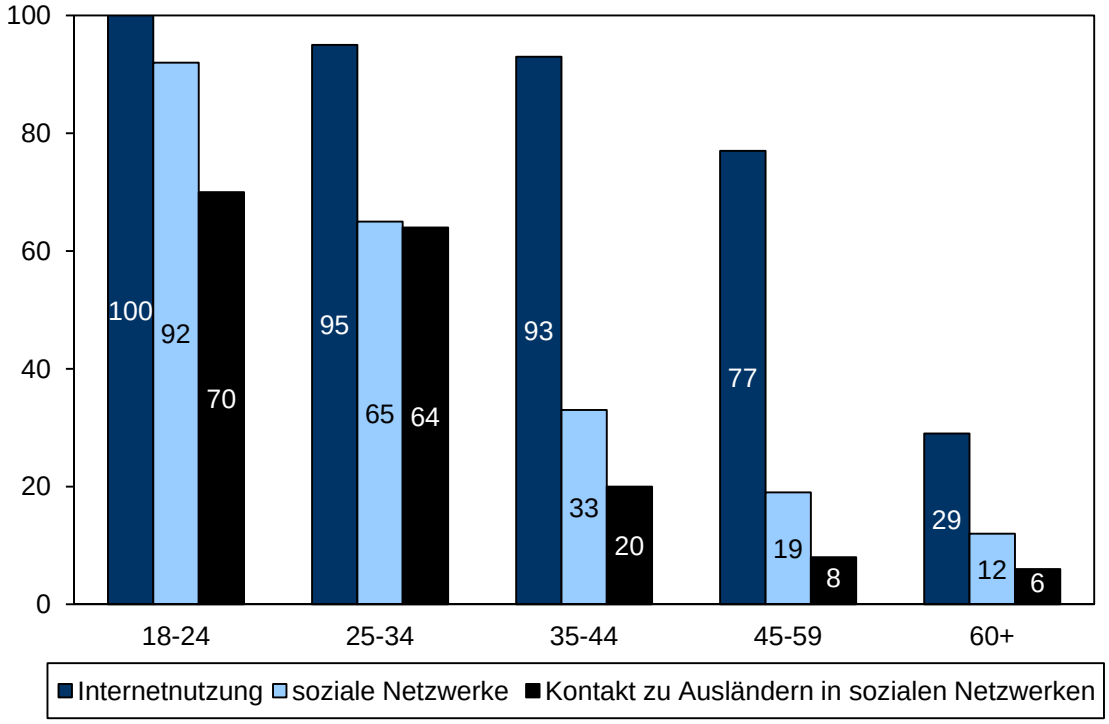


Eigene Migration, aber auch die Migration von Verwandten und Freunden begründet soziale Beziehungen, die über Landesgrenzen und Kulturräume hinausreichen. Fast jeder zweite Thüringer gibt an, Freunde oder Familienmitglieder im Ausland zu haben. Alter, Bildungsgrad und Fremdsprachenkenntnisse stehen in Zusammenhang mit diesem Befund. Vor allem Befragte zwischen 25 und 34 Jahren haben Freunde oder Familienmitglieder im Ausland (56 Prozent) und wiederum sind es vor allem Befragte mit Abitur, die transnationale Bindungen pflegen. Junge und gut gebildete Thüringer unterhalten damit nicht nur in einem überdurchschnittlichen Ausmaß Kontakte ins Ausland, sie sind gleichzeitig auch mehrheitlich dazu bereit, selbst ins Ausland zu gehen. Ein ähnliches Bild zeigt sich, wenn wir nach sozialen Kontakten ins Ausland fragen, die nicht durch Freundschafts- und Verwandtschaftsbindungen hinterlegt sind. Fast jeder zweite Thüringer unterhält solche Kontakte, die sowohl beruflicher als auch privater Natur sein können. Auch in dieser Gruppe sind es vor allem junge, gut gebildete Thüringer mit Fremdsprachenkenntnissen, die Kontakt ins Ausland unterhalten.

Obwohl das Internet nur wenige Jahrzehnte alt ist, bestimmt es die Alltagskommunikation für einen Großteil der deutschen Bevölkerung. Es ist ein Medium, welches Echtzeitkommunikation ermöglicht und die Hürde räumlicher Distanzen verschwinden lässt.

Damit erleichtert es den interkulturellen Austausch und öffnet einen weltweiten Kommunikationsraum. Aktuelle bundesweite Erhebungen geben an, dass rund drei Viertel der Deutschen regelmäßig das Internet nutzt ((N)ONLINER Atlas 2012, van Einmeren / Frees 2012). Thüringen liegt mit einem Wert von 66 Prozent damit unter dem deutschen Durchschnitt. Die Reichweite der Nutzung unterscheidet sich in ähnlicher Weise wie für die übrige deutsche Bevölkerung nach dem Alter: 100 Prozent der Thüringer in der Alterskohorte bis 24 Jahren sind online, Befragte der folgenden Alterskohorten nutzen das Internet in etwas geringerem Ausmaß, wobei der größte Abfall hin zur ältesten Kohorte besteht; unter den über 60-Jährigen Thüringern ist nur noch eine Minderheit von 29 Prozent „vernetzt“ (Abb. 13). Auch das Bildungsniveau differenziert das Ausmaß der Internetnutzung. Nur ein Drittel der Thüringer, die die Schule vor der zehnten Klasse verlassen haben, aber über 80 Prozent der Befragten mit Abitur sind Internetnutzer. Noch immer ist das Internet also kein universell genutztes Medium, sondern ähnlich wie andere Medien in verschiedenen gesellschaftlichen Milieus unterschiedlich verbreitet.

Abb. 13: ***Internetnutzung und Kontakt zu Ausländern in sozialen Netzwerken nach Alter***
(in Prozent)



Auch ist ein Internetzugang allein noch kein Ausweis internationaler sozialer Vernetzung. Zwar nimmt die Nutzung von sozialen Netzwerken wie Facebook markant an Bedeutung zu, was sich in stetig steigenden Nutzerzahlen, einer erhöhten Verweildauer der Nutzer im Netz und der Intensivierung der über das Internet geleisteten Kommunikation manifestiert. Doch sind in Thüringen bislang nur etwas mehr als ein Viertel der Befragten in sozialen Netzwerken aktiv, von denen wiederum jeder Zweite über dieses Medium auch Kontakte zu Ausländern unterhält (insgesamt 14 Prozent der Thüringer). Bildungsunterschiede, wie sie beim Internetzugang bestehen, sind bei der Nutzung von

sozialen Netzwerken nur noch in geringerem Ausmaß vorhanden und auch die Differenz in Bezug auf Kontakte mit Ausländern in sozialen Netzwerken ist geringer als die Zugangsdifferenz. Deutlich ist aber auch hier der Unterschied zwischen Alterskohorten, wobei die beiden jungen Alterskohorten der 18- bis 24-Jährigen und 25- bis 34-Jährigen die höchsten Anteile von Mitgliedern sozialer Netzwerke und von netzwerkbasierten Kontakten mit Ausländern aufweisen. In älteren Kohorten geht der Grad der Internetnutzung zurück, noch viel deutlicher sinken die Anteile der Mitglieder in sozialen Netzwerken und des netzwerkbasierten Ausländerkontakts.

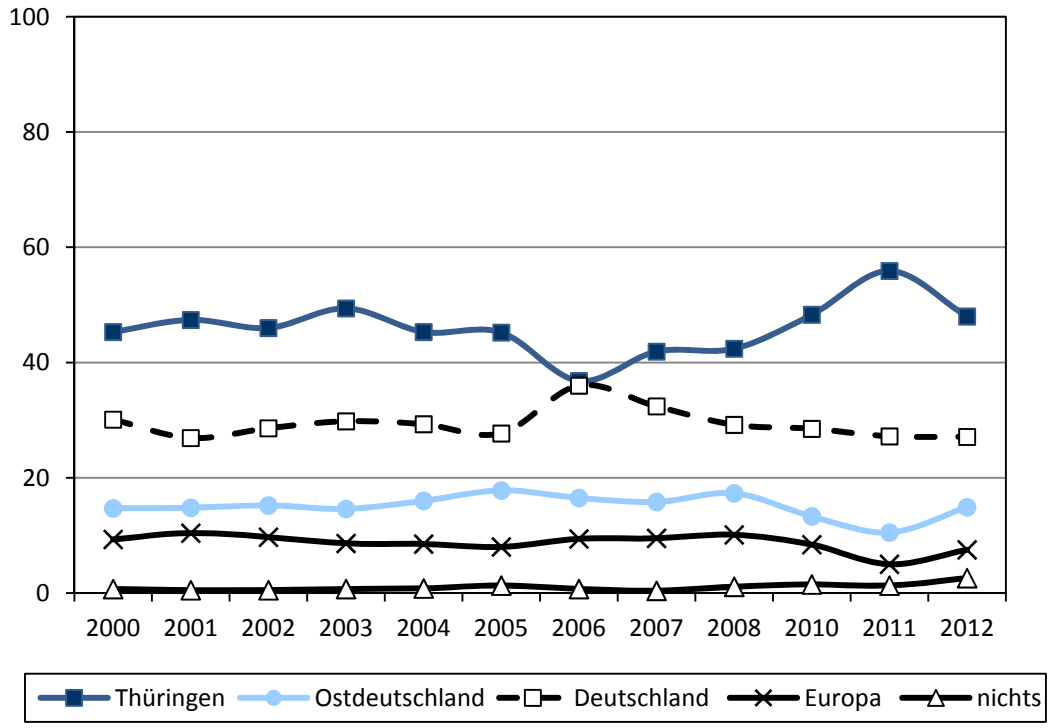
In der Zusammenschau zeigen unsere Befunde, dass die Thüringer trotz des geringen Ausländeranteils an der Bevölkerung weitläufige interkulturelle Beziehungen und verbreitet interkulturelle Kompetenz haben. Fast jeder zweite Thüringer kann sich in einer Fremdsprache unterhalten und hat Kontakte ins Ausland, jeder zehnte hat schon einmal für eine längere Zeit im Ausland gelebt. Etwa die Hälfte hat Freunde oder Verwandte im Ausland. Durch die Einbindung in soziale Netzwerke nutzen zwei Drittel der jungen Thüringer das Internet, um Kontakte mit Ausländern zu pflegen.

1.2 Kollektive Identität

Das Verhältnis der Menschen zu ihrem sozialen Umfeld und dem, was sie als „fremd“ wahrnehmen, wird nicht nur durch Sozialstruktur und interkulturelle Kompetenzen, sondern auch dadurch bestimmt, welchen (Groß-)Gruppen sie sich zugehörig fühlen. Dieses Empfinden der Gruppenzugehörigkeit ist die Basis für die Unterscheidung zwischen „wir“ und „sie“, Eigen- und Fremdgruppen, wobei diese Differenzierung zunächst noch keine Abstufung der Wertigkeit bedeutet. Bekannt ist jedoch, dass die Eigengruppen, mit denen man sich identifiziert, tendenziell höher bewertet werden als Fremdgruppen (Wenzel / Mummendey / Waldzus 2007). Von besonderer Bedeutung für die Differenzierung zwischen Eigen- und Fremdgruppen sind – historisch, aber auch für unsere heutige Alltagswelt – die auf verschiedenen regionalen Bezugsebenen abgegrenzten Großgruppen. Die Identifikation mit diesen Großgruppen wird im THÜRINGEN-MONITOR seit seinem Beginn mit der Frage erfasst, ob man sich „in erster Linie als Thüringer, als Ostdeutscher, als Deutscher oder als Europäer“ fühlt. Der Zeitvergleich zeigt (Abb. 14), dass mit Ausnahme des Jahres 2006, in dem vermutlich die schwarz-rot-goldene Euphorie während der in Deutschland ausgetragenen Fußballweltmeisterschaft die Selbstzuschreibung „als Deutscher“ markant ansteigen und die „als Thüringer“ absinken ließ, die Ebene des Bundeslands und die Großgruppe seiner Bevölkerung mit deutlichem Abstand (2012: 48 Prozent) am häufigsten gewählt wird. Es folgen (2012) mit 27 Prozent die Befragten, die sich in erster Linie als Deutsche fühlen, dann jene mit der Selbstzuschreibung „Ostdeutsche“ (15 Prozent), wiederum mit deutlichem Abstand gefolgt von den „Europäern“ (sieben Prozent). Offenkundig werden diese Selbstzuschreibungen mit regionalem Bezug und ihre Hierarchisierung von der überwiegenden Mehrheit der Befragten als sinnvoll empfunden, denn nur drei Prozent können oder wollen sich nicht „in erster Linie“ einer dieser Bezugsgruppen zuordnen. Die Identifikation „als Thüringer“ überwiegt in allen Sozialkategorien mit Ausnahme der jüngsten Alterskohorte, den sich in Ausbildung Befindlichen und den höheren Angestellten und Beam-

ten, die sich mit gleichen oder höheren Anteilswerten als Deutsche wahrnehmen. Besonders häufig ist die Selbstzuschreibung „als Thüringer“ bei den Arbeitslosen und den Befragten mit der geringsten Schulbildung. Diese Gruppendifferenzen sollen aber nicht suggerieren, dass es die Marginalisierten und wenig Gebildeten sind, die sich für diesen Regionalbezug entscheiden, denn die gleiche Wahl treffen mit relativen Mehrheiten auch fast alle übrigen Befragtenkategorien. Tatsächlich bevorzugt ein breiter Querschnitt der Bevölkerung die Bezugsgruppe der „Thüringer“. Dies hat bedeutsame Folgen für die Integration unserer Gesellschaft, denn die Wahrnehmung der eigenen Gruppenzugehörigkeit bestimmt die Reichweite des Solidaritätsempfindens und ist eine Grundlage für die Abgrenzung zwischen Eigen- und Fremdgruppen, definiert also, wen und was wir als „fremd“ empfinden.

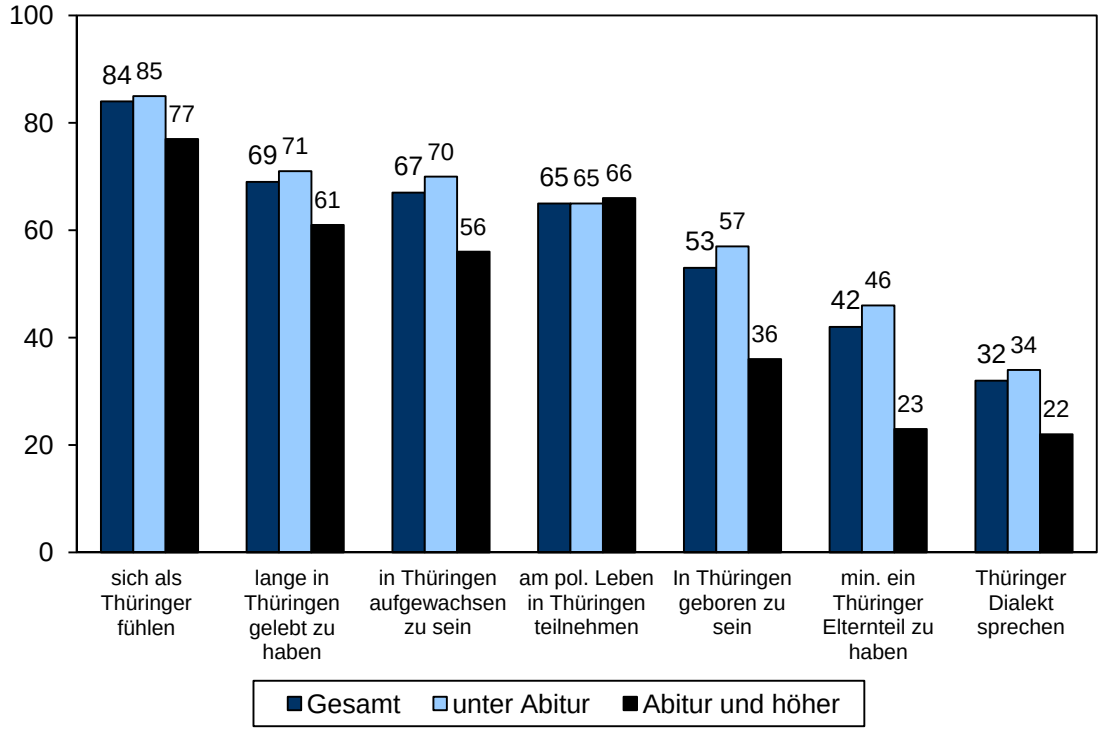
Abb. 14: ***Identifikation 2000–2012***
(in Prozent)



Unter diesen Umständen ist es von besonderer Bedeutung, nach welchen Kriterien die Zuordnung in Fremd- und Eigengruppen vorgenommen wird und wie man diese Gruppenmitgliedschaft erwirbt. Die Offenheit einer Gesellschaft ist unter anderem davon abhängig, ob es und wie es Außenstehenden möglich ist, die bevorzugte Eigengruppenzugehörigkeit zu erwerben. Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR haben wir deshalb gefragt, „was es bedeutet Thüringer zu sein“, und den Befragten aufgegeben, verschiedene Kriterien nach ihrer Wichtigkeit zu bewerten (Abb. 15). Dabei haben wir solche Eigenschaften, die man durch Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben des Freistaats erwerben kann, von solchen unterschieden, die einem durch Erbteil und Herkunft zugeschrieben sind. Zu den ersten zählen sich als „Thüringer fühlen“, „lange in Thüringen gelebt zu haben“ und „am politischen Leben in Thüringen teilzunehmen“, zu den letzteren „in Thüringen geboren zu sein“, „mindestens ein Thüringer Elternteil“ zu

haben und „in Thüringen aufgewachsen“ zu sein. Auch die Antwortvorgabe, einen „Thüringer Dialekt zu sprechen“, lässt sich plausibel den askriptiven Kriterien einer „eingeborenen“ Zugehörigkeit zuordnen. Eine offene Definition der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Thüringer wird durch die Zustimmung zu solchen Kriterien angezeigt, die man durch Teilhabe erwerben kann. Unsere Befunde zeigen, dass diese Kriterien zwischen 65 Prozent („am politischen Leben in Thüringen teilnehmen“) und 84 Prozent („sich als Thüringer fühlen“) hohe und sehr hohe Zustimmungswerte aufweisen. Sie werden jedoch vielfach in Kombination mit askriptiven Kriterien genannt, die Zuwanderer prinzipiell ausschließen („in Thüringen aufgewachsen sein“: 67 Prozent; „in Thüringen geboren zu sein“: 53 Prozent) oder gar eine autochthone Genealogie einfordern („mindestens ein Thüringer Elternteil haben“: 42 Prozent). Die Beherrschung des Dialekts wird immerhin noch von 32 Prozent als Kriterium genannt. Eine nach sozialdemographischen Kategorien differenzierte Betrachtung zeigt, dass es insbesondere bildungsferne Schichten sowie Arbeitslose und Nichterwerbstätige sind, die deutlich häufiger askriptiven Kriterien zustimmen, die „die Thüringer“ als geschlossene Gesellschaft konstituieren. Wir erkennen hier den Januskopf kollektiver Identität, der „Inklusion“, das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Großgruppe und die damit verbundenen integrativen Solidaritätsnormen, mit einer Grenzbildung nach außen, der Exklusion „Fremder“ verbindet. Wenn diese Grenze überwindbar ist, dann können auch „Fremde“ zu Thüringern werden; wenn jedoch askriptive Kriterien gelten, müssten Goethe und Schiller draußen bleiben.

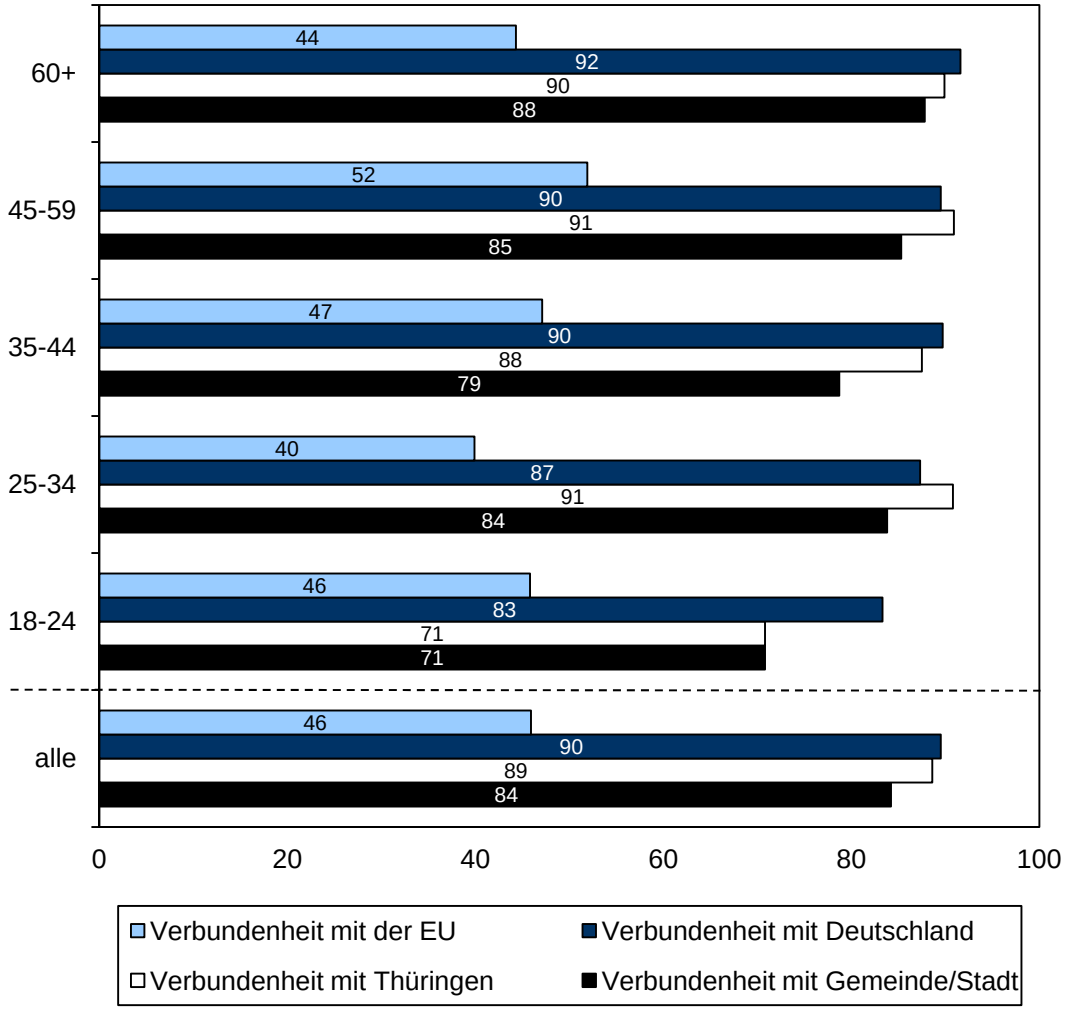
Abb. 15: ***Aspekte der Thüringer Identität***
(in Prozent, Kategorien „sehr wichtig“ und „wichtig“ zusammengefasst)



In einer pluralen Gesellschaft ist es neben der Offenheit der Kriterien der Zugehörigkeit auch die Vielzahl der (Groß-)Gruppen, denen Menschen sich verbunden fühlen, die

sozialen Zusammenhalt und Bindungsempfinden über Gruppengrenzen hinweg bewirken. Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR haben wir solche multiplen Identifikationen mit der Frage erfasst, wie stark die Bindungen der Thüringer zu ihrer Gemeinde/Stadt oder zu ihrem Bundesland, zu Deutschland und Europa sind. Hier wurde also nicht nach einer Hierarchie der Gruppenzugehörigkeit, sondern nach der Stärke der Identifikation mit territorialen Einheiten gefragt, die in ihrer Gesamtheit ein politisches Mehrebenensystem bilden. Der Befund zeigt, dass nahezu neun von zehn Thüringern mit ihrer Heimatgemeinde, ihrem Bundesland und Deutschland sehr oder ziemlich verbunden sind, wobei die Verbundenheit mit der Wohngemeinde und dem Bundesland besonders stark ausgeprägt ist (Abb. 16).

Abb. 16: ***Multiple Identitätsbezüge nach Alter***
(nur Zustimmung, in Prozent)



Lediglich in der jüngsten Befragtenkohorte gibt es eine größere Minderheit von mehr als einem Viertel lokal und regional wenig gebundener Befragter. Allgemein gilt, dass die Identifikation mit den politischen Einheiten, die den Nationalstaat bilden, verbreitet und ausgeprägt ist. Wir wissen, dass bis auf die Ebene des Nationalstaats auch das Solidaritätsempfinden reicht, das man „Mitbürgern“ entgegenbringt. Eine deutliche Kluft öffnet sich zwischen der nationalen und der europäischen Bezugsebene: Nur eine Min-

derheit von 46 Prozent der Befragten fühlt sich Europa verbunden, davon fühlen sich nur zwölf Prozent sehr verbunden. Im Hinblick auf Gruppenunterschiede fällt auf, dass es keine klare Altersdifferenzierung zugunsten jüngerer Kohorten gibt: Die 25- bis 34-Jährigen fühlen sich von allen Altersgruppen Europa am wenigsten verbunden. Demgegenüber besteht ein starker Effekt der Hochschulbildung: Zwei Drittel der Befragten mit (Fach-)Hochschulabschluss fühlen sich Europa verbunden. Unter ihnen finden sich auch die meisten Befragten, die sich in erster Linie als Europäer fühlen (15 Prozent).

Unsere Befunde zeigen, dass die Grenze des deutschen Nationalstaats für eine Mehrheit der Thüringer noch immer eine Grenze des Zugehörigkeitsempfindens darstellt. Dies gilt auch für jüngere Kohorten. Eine europäische Integrationspolitik kann sich deshalb nicht auf paneuropäische Emotionen einer Bevölkerungsmehrheit der Thüringer stützen. Auch die Erfahrung Europas als Handlungszusammenhang bewirkt hier wenig, denn die vor allem in den jüngsten Alterskohorten verbreiteten Sozialkontakte über nationale und kulturelle Grenzen hinweg haben keinen nennenswerten Effekt auf die Verbundenheit mit Europa. Der Prozess der europäischen Integration muss deshalb vor allem mit dem Nutzen, den er für die Bevölkerung stiftet, begründet werden. Der Frage, wie dieser Nutzen bewertet wird, werden wir in Abschnitt III.2 dieses Gutachtens nachgehen.

2. Thüringen in Europa und in der Welt

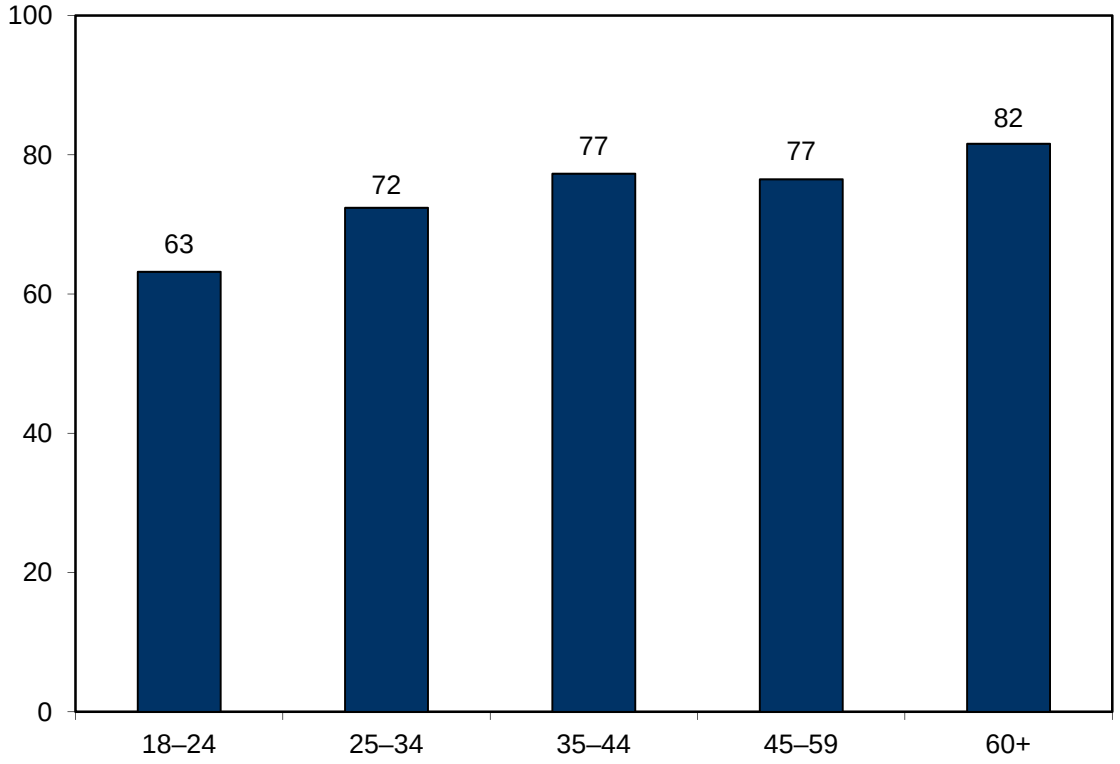
Die Internationalisierung von Wirtschaft, Politik und Kultur hat weitreichende Auswirkungen auf das Leben im Freistaat Thüringen. Wichtige Dimensionen dieses Internationalisierungsprozesses sind die wirtschaftliche Vernetzung mit globalen Absatz- und Arbeitsmärkten, die Integration Deutschlands und Thüringens in den supranationalen politischen Kontext der Europäischen Union und die Ausbildung transnationaler kultureller Orientierungen. Der erhöhte Wettbewerb auf den Weltmärkten ist eine Herausforderung für den Wirtschaftsstandort Thüringen, die hier ansässigen Unternehmen und für die thüringische Bevölkerung. Einerseits eröffnen sich neue Chancen für die Exportwirtschaft, mit positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Andererseits konkurrieren Wirtschaftsstandorte um internationale Investoren, während auch kleine und mittlere Unternehmen dem zunehmenden Druck der ausländischen Konkurrenz ausgesetzt sind. Der Wettbewerbsdruck verschärfte sich in der internationalen Finanzmarktkrise und droht, sich auch auf regionale Arbeitsmärkte auszuwirken.

Parallel zur wirtschaftlichen Globalisierung vollzieht sich mit dem europäischen Einigungsprozess ein grundlegender Wandel des politischen Systems. Einerseits stärkt das gemeinsame Auftreten der EU-Mitgliedsstaaten ihre Durchsetzungsmacht auf dem Gebiet der Außen- und Wirtschaftspolitik. Zugleich sollen durch einheitliche Gesetzgebung und Handlungsrichtlinien nationale Schranken abgebaut, mehr Rechtssicherheit geschaffen und demokratische Prinzipien gefestigt werden. Dafür ist aber andererseits die Abgabe politischer Kompetenzen erforderlich. Diese Einschränkung des politischen Gestaltungspotentials auf nationalstaatlicher und Landesebene wird unter den Vorzeichen eines drohenden Autonomieverlustes und insbesondere der Auswirkungen der Eu-

rokrise kontrovers diskutiert. Sowohl in der Europapolitik wie in der Bewältigung der Globalisierungsfolgen ist das Elitenhandeln in besonderem Maße auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen. Deshalb fragt der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR danach, wie sie die *gesellschaftlichen* und *persönlichen* Vor- und Nachteile der Globalisierung und Europäisierung einschätzt.

Zunächst ist eine deutliche Mehrheit von 77 Prozent der Befragten der Auffassung, dass Thüringen seit der Wende internationaler geworden ist. In dieser Beurteilung stimmen alle Alters-, Erwerbs- und Bildungsgruppen überein. Nur in der jüngsten Altersgruppe, für die der historische Vergleich am wenigsten durch eigene Erfahrungen bestimmt wird, ist der Wert mit 63 Prozent etwas niedriger (Abb. 17). Bei der Einschätzung der Folgen, die diese Entwicklung für das Land und sie selbst hat, sind die Meinungen der Befragten überwiegend ausgewogen.

Abb. 17: ***„Thüringen ist seit der Wende viel internationaler geworden“***
(nur Zustimmung, in Prozent)



Dies gilt für die Globalisierung, bei der sich für etwas mehr als die Hälfte der Befragten die Vor- und Nachteile der weltweiten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vernetzung für unser Land ausgleichen, während jeweils 21 Prozent der Thüringer die Globalisierung überwiegend positiv oder überwiegend negativ bewerten. Die größten Chancen in der Globalisierung sehen junge und hochgebildete Thüringer. Allerdings sind die positiven Beurteilungen mit jeweils etwa 30 Prozent auch in diesen Bevölkerungsgruppen seltener als die Meinung, die Chancen und Risiken der globalen Verflechtung würden sich ausgleichen. Die Erfahrung von Arbeitslosigkeit verschiebt die Beurteilung zum negativen Pol: 42 Prozent der Arbeitslosen verbinden mit der Globalisierung eher Nachteile, während nur fünf Prozent von ihnen überwiegend Vorteile sehen. Diese ne-

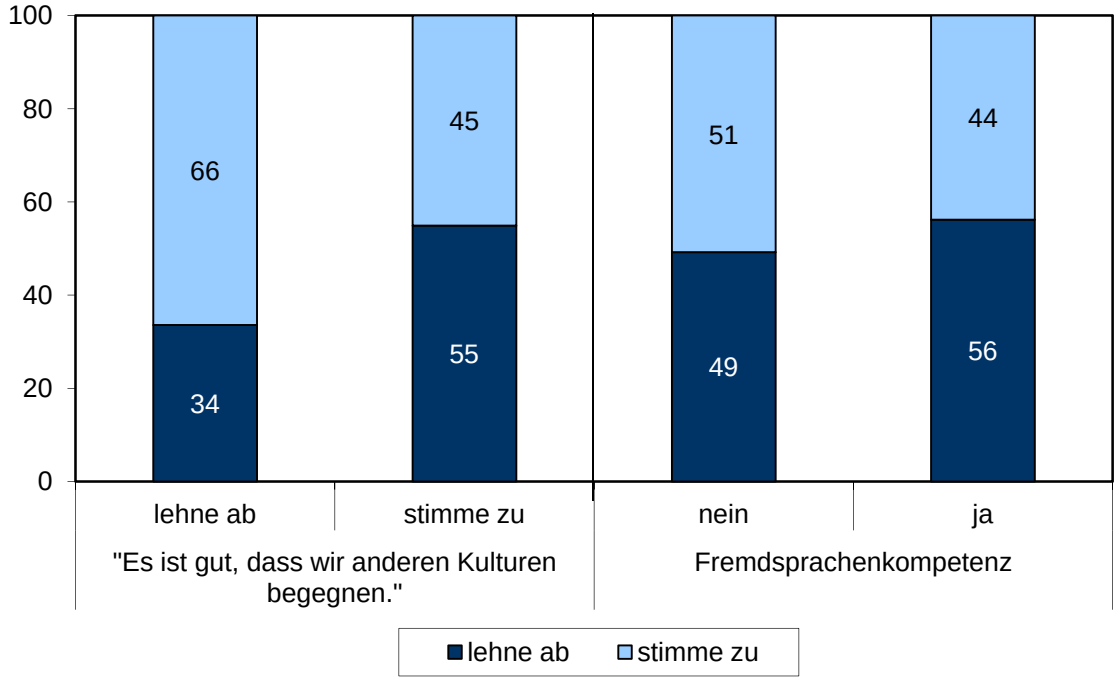
gative Bewertung lässt sich nicht mit den niedrigeren Bildungsabschlüssen der Arbeitslosen erklären, denn in der Vergleichsgruppe der Erwerbstätigen ohne Abitur liegt der Anteil der negativen Bewertungen nur bei 22 Prozent.

Neben dem Erwerbsstatus hat die Berufsgruppe der Befragten darauf Einfluss, wie die internationale Verflechtung von Absatz- und Arbeitsmärkten für Thüringen beurteilt wird. Für einen leicht überdurchschnittlichen Anteil der Thüringer Arbeiter überwiegen die Vorteile der Globalisierung. Um Größenordnungen höher ist der Anteil der Befragten, die vom „internationalen Wettbewerb" – also einer Globalisierungsfolge – erhöhte Absatzchancen thüringischer Produkte im Ausland erwarten. Generell sind 85 Prozent der Thüringer dieser Meinung, während unter den Thüringer Arbeitern diese Erwartung mit etwa 90 Prozent Zustimmung noch verbreiteter ist. 85 Prozent der Arbeiter, die erhöhte Absatzchancen thüringischer Produkte im Ausland vermuten, schätzen ihren Arbeitsplatz als sicher ein. Demgegenüber halten über 60 Prozent der Arbeiter, die für thüringische Produkte keine besseren Absatzchancen sehen, ihren Arbeitsplatz für gefährdet.

Der ambivalente Charakter der Globalisierung spiegelt sich deutlich in den Einschätzungen der Thüringer wieder. Obwohl die meisten Thüringer davon überzeugt sind, dass die Globalisierung zu höheren Absätzen thüringischer Produkte führt, fürchtet etwa jeder Zweite, dass die Globalisierung mit dem Abbau heimischer Arbeitsplätze verbunden sein könnte. Diese Auffassung scheint auch von der interkulturellen Kompetenz der Befragten abhängig zu sein (Abb. 18): Etwa 55 Prozent der Thüringer, die befürworten, dass wir durch die in Deutschland lebenden Zuwanderer anderen Kulturen begegnen, lehnen die Aussage ab, dass Arbeitslosigkeit die Folge des weltweiten Wettbewerbs sein wird. Hingegen meinen zwei Drittel derjenigen Thüringer, die gegenüber anderen Kulturen weniger offen sind, dass erhöhte Arbeitslosigkeit drohe. Auch unter den Befragten mit Fremdsprachkenntnissen befürchtet nur eine Minderheit Arbeitslosigkeit als Folge des weltweiten Wettbewerbs; unter den Thüringern ohne Fremdsprachenkenntnisse jedoch jeder Zweite. Befragte mit (Fach-)Hochschulabschluss befürchten mit 37 Prozent am seltensten, dass die Globalisierung zu Arbeitsplatzabbau führe. Grundsätzlich haben die eigene Wettbewerbsfähigkeit auf den Arbeitsmärkten und der Glaube an die Wettbewerbsfähigkeit der Produkte, von denen der eigene Arbeitsplatz abhängt, eine Auswirkung auf die Beurteilung individueller Globalisierungsfolgen.

Bemerkenswert ist im Hinblick auf die allgemeinen Globalisierungsfolgen das Vertrauen einer großen Mehrheit der Befragten in die internationale Wettbewerbsfähigkeit thüringischer Produkte. Paradox ist allerdings, dass in keiner anderen Bevölkerungsgruppe die Aussage, dass der Wettbewerb auf den Weltmärkten zu Arbeitslosigkeit führe, so entschieden abgelehnt wird, wie unter den Arbeitslosen; 29 Prozent der Arbeitslosen lehnen die Aussage völlig ab. Dies gilt, obwohl sie die Globalisierung sonst überwiegend negativ beurteilen. Aufgrund ihrer ohnehin deprivierten Arbeitsmarktsituation scheint ihre Beurteilung der Globalisierung bei Arbeitslosen nicht mit Verlustängsten begründet. Allerdings können sie der Internationalisierung der Wirtschaft aber auch nicht viel Positives abgewinnen, weil sie am wenigsten an ihr partizipieren.

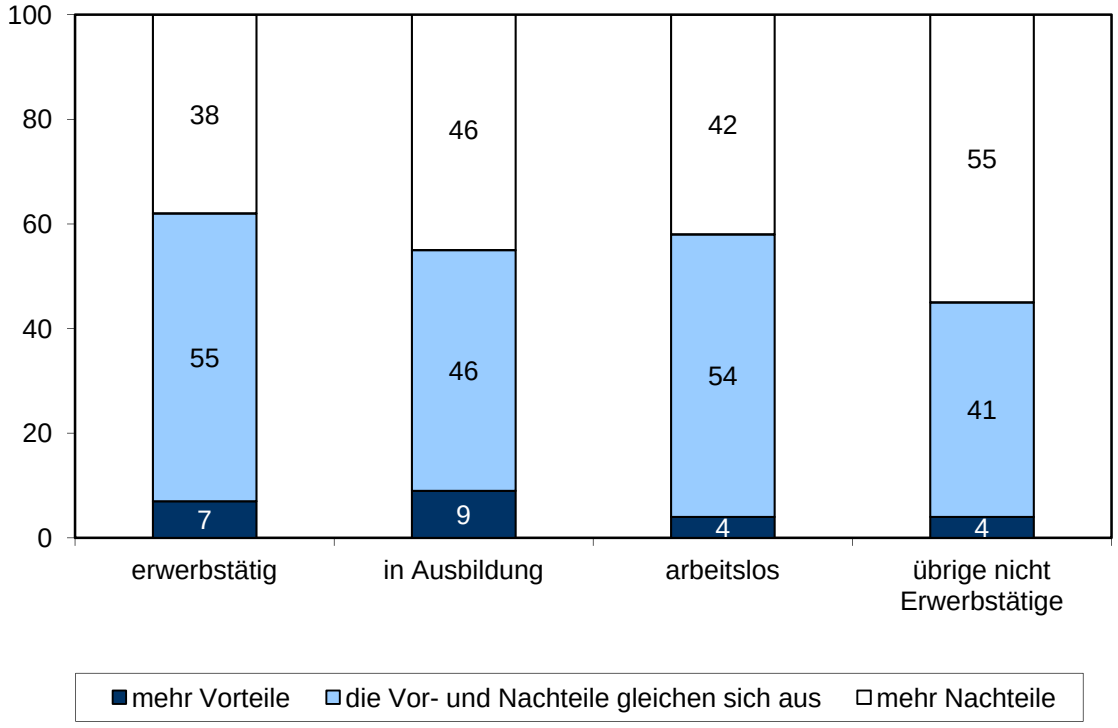
Abb. 18: ***„Wettbewerb führt zu Arbeitslosigkeit" nach Offenheit und Fremdsprachenkompetenz***
(in Prozent)



Ein wichtiger Aspekt der „Globalisierung vor Ort" ist die Ansiedlung ausländischer Unternehmen. Bei der Restrukturierung des Wirtschaftsstandorts Thüringen, der durch kleine und mittlere Unternehmen des produzierenden Gewerbes charakterisiert ist, kommt der Gewinnung von ausländischen Investoren erhebliche Bedeutung zu. Erwartet wird, dass der Kapitalzufluss das Steueraufkommen und die Infrastruktur des Freistaates stärkt und insbesondere die Beschäftigung stützt. Auch die internationale Investorentätigkeit ist eine Auswirkung der Globalisierung, um deren Einschätzung wir die Thüringer gebeten haben (Abb. 19). Komplementär dazu wurden sie gefragt, wie sie die Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland bewerten (Abb. 20). Dabei hat uns überrascht, dass Investitionen ausländischer Unternehmen im Inland deutlich häufiger abgelehnt werden als Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland. Diese Einstellung scheint Arbeitnehmerinteressen zu widersprechen, denn Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland sind potentiell mit einem Export heimischer Arbeitsplätze verbunden. In allen Alters-, Beschäftigungs- und Bildungsgruppen gibt es jedoch für den Kauf ausländischer Unternehmen durch deutsche Investoren mehr Zustimmung als für den Kauf deutscher Unternehmen durch ausländische Investoren. Während sich die Thüringer hinsichtlich der eher negativen Beurteilung einer ausländischen Investorentätigkeit im Inland weitgehend einig sind, gibt es wegen der Vor- und Nachteile des Engagements deutschen Kapitals im Ausland deutliche Gruppenunterschiede. Wie erwartet betonen geringer Qualifizierte häufiger die Nachteile der ausländischen Investitionen im Inland, aber auch der deutschen Investitionen im Ausland. Thüringer mit Abitur oder (Fach-)Hochschulabschluss sehen dagegen seltener Nachteile des Kapitalzuflusses (15 Prozent) und neigen stärker zu einer ausgewogenen Beurteilung. Betrachtet man jedoch die unterschiedlichen Erwerbstätigkeitsgruppen, bewerten Arbeitslose mit 33 Prozent

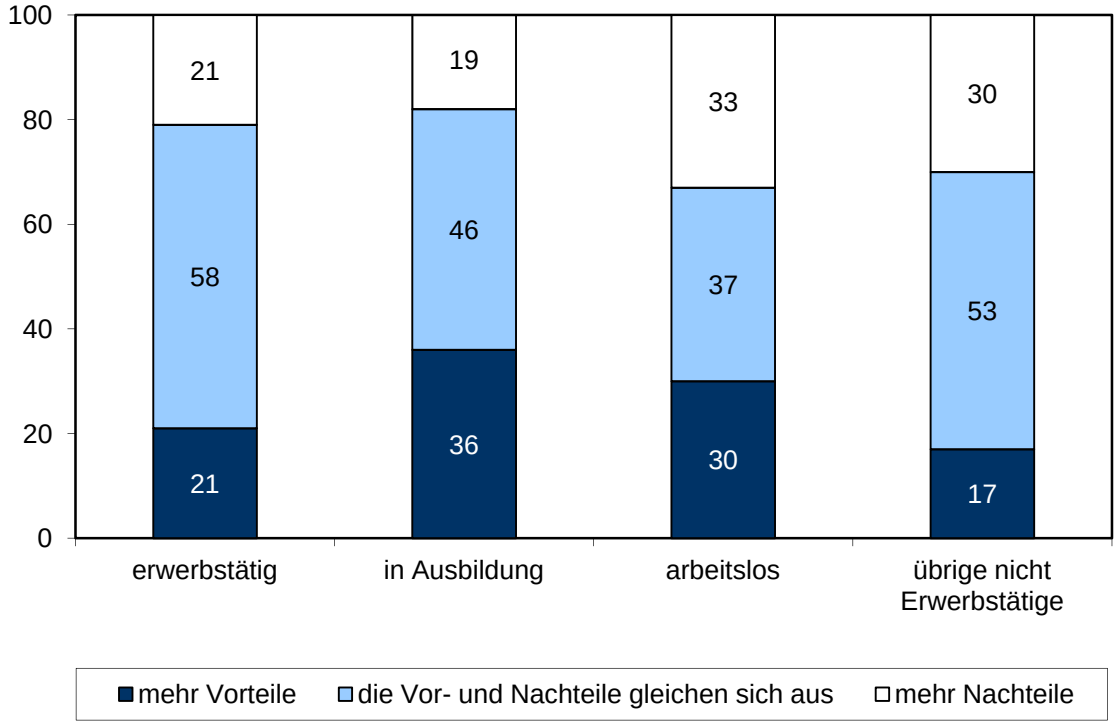
der Zustimmung zu „mehr Nachteilen“ die Abwanderung deutschen Kapitals zwar sehr kritisch, was hinsichtlich ihres Erwerbsstatus und vor dem Hintergrund der möglichen Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland plausibel ist, doch werden ausländische Investitionen im Inland mit 42 Prozent ablehnender Voten von Arbeitslosen noch negativer bewertet. Auch die Erwerbstätigen folgen diesem Antwortschema. Diese Befunde zeigen, dass die Bewertung der Investitionspolitik und Arbeitsmarktentwicklung in erheblichem Umfang vom Erwerbsstatus und den Arbeitsmarktchancen der Befragten bestimmt wird.

Abb. 19: ***Bewertung ausländischer Investitionen im Inland***
(in Prozent)



Auch ist die Tendenz erkennbar, dass jüngere (und gleichzeitig oftmals besser gebildete und damit potentiell mobilere) Thüringer das ausländische Investorenengagement weniger kritisch beurteilen als ältere Befragte, unter denen sich viele Rentner und Pensionäre befinden. Es kann an dieser Stelle vermutet werden, dass gerade ältere Thüringer, die durch ihre DDR-Sozialisation und die Erfahrung der schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung der Nachwendejahre geprägt sind, das Engagement ausländischer Unternehmen mit dem Einzug einer auf kurzfristige Gewinnmaximierung orientierten Unternehmenspolitik im Stil „feindlicher Übernahmen“ assoziieren. Sie befürchten also, dass mit dem Kapitalimport ein Import von Unternehmenskulturen einhergeht, die mit etablierten Institutionen der sozialen Marktwirtschaft und des „rheinischen Kapitalismus“ inkompatibel sind.

Abb. 20: ***Bewertung deutscher Investitionen im Ausland***
(in Prozent)



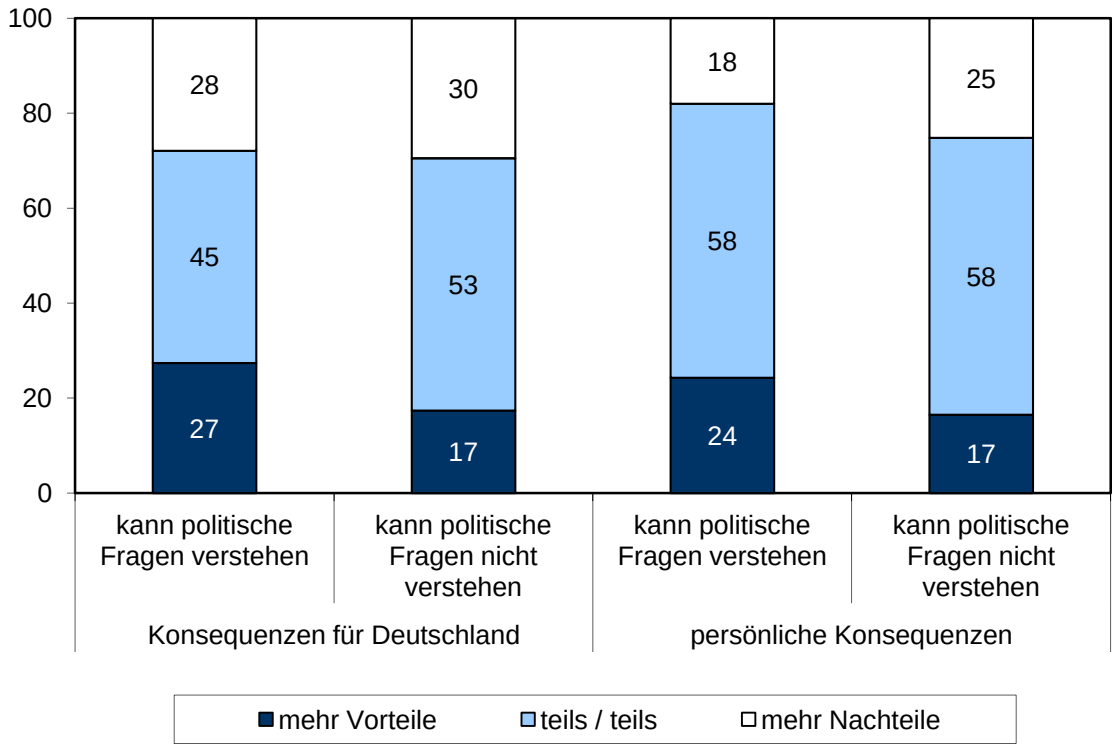
Mit dem Vertrag von Maastricht wurde Deutschland 1992 Teil eines Staatenverbundes, der nicht länger auf wirtschaftliche Integration beschränkt war und dessen Zuständigkeiten sich auf eine Vielzahl von Politikbereichen erstrecken. Diese Entwicklungen vollzogen sich zwar auf transnationaler Ebene, im „Europa der Regionen" tritt der Freistaat Thüringen aber als Subjekt politischen Gestaltungswillens auf (Thüringer Landesregierung 2008). Eine hohe Relevanz für Thüringen hat unter anderem die europäische Strukturentwicklungspolitik. Dem Freistaat stehen etwa in der Förderperiode 2007 bis 2013 ca. 2,1 Mrd. Euro Strukturfondsmittel zu, außerdem werden 692,7 Mio. Euro aus EU-Mitteln für das Entwicklungsprogramm „FörderInitiative Ländliche Entwicklung In Thüringen (FILET)" bereitgestellt.[4] Im Alltag der EU-Bürger ist die Europäisierung insbesondere durch die Währungsunion und die Freizügigkeitsregelungen des Schengener Abkommens konkret erfahrbar geworden.

Die Thüringer Bevölkerung bewertet die Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft Deutschlands mit vorsichtiger Skepsis. Während ein Viertel der Thüringer überwiegend positive und etwa 30 Prozent überwiegend negative Folgen für Deutschland sehen, meint fast die Hälfte aller Befragten, dass sich die Vor- und Nachteile ausgleichen. Ähnlich bewerten die Thüringer auch die Folgen der EU-Mitgliedschaft Deutschlands für sich selbst. Nur etwa 43 Prozent sehen mehr Vorteile als Nachteile oder mehr Nachteile als Vorteile. Die Mehrheit jedoch zieht eine ambivalente Bilanz. Auf einer allgemeinen Wahrnehmungsebene werden die Auswirkungen der Europäisierung und deren Implikationen für die eigene Situation zwar abgewogen und bewertet, sie schei-

[4] Angaben der Thüringer Staatskanzlei zum Überblick der Förderperiode 2007–2013 (http://www.thueringen.de/th1/tsk/europa/eu_programme/).

nen jedoch für viele Thüringer oftmals noch zu abstrakt zu sein und in ihrer Gesamtheit außerhalb des subjektiven Erfahrungshorizonts zu liegen, als dass sie zu einem differenzierteren Urteil über die Vorteile oder Nachteile führen würden. Was in Brüssel und Straßburg geschieht, ist für große Teile der Bevölkerung nicht immer nachvollziehbar, die persönlichen Folgen sind nur schwer einzuschätzen. Die Auffassung, dass sich die Vor- und Nachteile der Europäisierung summarisch ausgleichen, kann dabei auch auf mangelnde Kenntnis der Aufgaben und Tätigkeiten europäischer Institutionen zurückgeführt werden (Abb. 21). 53 Prozent derjenigen Befragten, die angeben, politische Fragen nicht gut verstehen zu können, sagen auch, dass weder Vor- noch Nachteile überwiegen, während nur 45 Prozent der Thüringer, die sich selbst als kompetent in politischen Fragen bezeichnen, die neutrale Kategorie der Bewertung der EU-Konsequenzen *für Deutschland* wählen. Die Selbstzuschreibung politischer Kompetenz ist ebenfalls mit einer anderen Bewertung der Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft Deutschlands *für die Befragten selbst* verbunden. Hier betont ein Viertel derjenigen Thüringer, die politische Fragen gut verstehen können, eher die Vorteile und ein Viertel der weniger Kompetenten eher die Nachteile, bei einer stärker ausgeprägten Mittelkategorie. Der relativ große Anteil der im Hinblick auf die individuellen Integrationsfolgen Unentschiedenen, der nicht nach dem Grad der selbst zugeschriebenen politischen Kompetenz differiert, deutet auf eine Bewertungsunsicherheit bei der Übertragung abstrakter europapolitischer Fragestellungen auf eigene alltagsweltliche Erfahrungen hin.

Abb. 21: ***Bewertung der EU-Mitgliedschaft Deutschlands nach Verständnis politischer Fragen***
(in Prozent)



Entscheidend für das dargestellte Wahrnehmungsdifferential ist das Bildungsniveau der Befragten. Befragte mit (Fach-)Hochschulabschluss sind mit ca. 40 Prozent überdurchschnittlich häufig der Meinung, dass die Vorteile der EU-Mitgliedschaft überwiegen – sowohl für Deutschland als auch für sie selbst. Auch das Alter der Befragten ist von Bedeutung: Innerhalb der jüngsten Alterskohorte der 18- bis 24-Jährigen finden sich vermehrt positive Beurteilungen der persönlichen Konsequenzen, was teilweise mit dem erhöhten Bildungsniveau in dieser Alterskategorie zu begründen ist, aber auch auf die hohe Mobilitätsneigung und internationale Orientierung in der jungen Generation verweist, die schließlich von den Vorzügen der Freizügigkeit in der EU und den Schengen-Regelungen am meisten profitieren dürfte.

Der Integrationsprozess der Europäisierung vollzieht sich in zwei Richtungen: einer *Intensivierung* der Europäischen Union durch Kompetenzerweiterung und einer *Extensivierung* des Integrationsraumes durch die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten. Sowohl die Übertragung von politischen Zuständigkeiten der Nationalstaaten an die Institutionen in Brüssel und Straßburg als auch der Beitritt weiterer Staaten zur EU ist umstritten und wird auch außerhalb der politischen Arena kontrovers diskutiert. Eine deutliche Mehrheit der Thüringer steht allerdings sowohl der Intensivierung als auch der Extensivierung ablehnend gegenüber: 56 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass bereits zu viele Kompetenzen an die Europäische Union abgegeben worden sind. Nur für 31 Prozent der Thüringer ist der Grad der Kompetenzabgabe momentan „genau richtig“ und lediglich 13 Prozent sprechen sich sogar für eine weitere Übertragung nationaler oder regionaler Zuständigkeiten an die EU aus. Weiterhin glaubt jeder zweite Befragte, dass die Europäische Union bereits zu viele Mitgliedsstaaten habe, nur für ein knappes Viertel der Befragten ist die Anzahl der Mitgliedsstaaten „gerade richtig“. 27 Prozent der Thüringer sind für die Aufnahme weiterer EU-Beitrittskandidaten. Sowohl die bereits vollzogene als auch die in Aussicht gestellte EU-(Ost-)Erweiterung werden also überwiegend kritisch betrachtet. Diese ausgeprägte Skepsis kann im Kontext der gegenwärtigen Währungskrise und der Diskussion um den „Europäischen Rettungsschirm“ ESM interpretiert werden, auch wenn in der Befragung zum diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR die europäische Finanzpolitik und die Rolle Deutschlands als stärkster EU-Beitragszahler nicht explizit thematisiert wurden.

In der *Kombination* der Aussagen zur Intensivierung und Extensivierung (Abb. 22) ergeben sich drei konsistente Antwortmuster: a) die Ablehnung beider Dimensionen des Europäisierungsprozesses, b) das Einverständnis mit dessen derzeitigem Status Quo und c) die gleichzeitige Befürwortung einer weiteren Kompetenzabgabe und EU-Erweiterung.

36 Prozent der Befragten geht gleichzeitig sowohl der Grad der Intensivierung als auch jener der Extensivierung der EU-Integration zu weit. Nur neun Prozent der Thüringer sind der Meinung, dass sowohl Kompetenzverteilung als auch die Anzahl der EU-Mitgliedsländer derzeit ideal sind. Mit nur sechs Prozent ist der Anteil derer, die sich für eine gleichzeitige Intensivierung und Extensivierung aussprechen äußerst gering. Relativ selten sind mit insgesamt ca. 13 Prozent die gegensätzliche Beurteilungen der Intensivierung und Extensivierung, also wenn bspw. die Aufnahme weiterer EU-

Beitrittskandidaten die Unterstützung der Befragten findet, während ihnen der bisherige Kompetenztransfer bereits zu weit geht.

Abb. 22: ***Intensivierung und Extensivierung des Europäischen Vereinigungsprozesses***
(in Zellenprozent)

		Extensivierung (Ausdehnung der EU)			
		Bereits zu viele Mitgliedsstaaten	Gerade richtig	Weitere Mitgliedsstaaten aufnehmen	
Intensivierung (Ausweitung der Kompetenzen der EU)	Bereits zu viele Zuständigkeiten übertragen	**36**	**10**	**9**	**55**
	Gerade richtig	**11**	**9**	**11**	**31**
	Mehr Zuständigkeiten übertragen	**4**	**4**	**6**	**14**
		51	**23**	**26**	**100** (n=874)

Über zwei Drittel aller Thüringer vertreten also skeptische bis ablehnende Einstellungen gegenüber dem Status Quo oder einem weiteren Fortschritt des Europäischen Vereinigungsprozesses. Diese relativ negative Bilanz resultiert aus der Wahrnehmung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kosten und Risiken, vor allem einem (antizipierten) Verlust nationalstaatlicher Entscheidungs- und Handlungssouveränität. Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass die Thüringer der „Europäischen Idee“ grundsätzlich ablehnend begegnen: Mehr als zwei Drittel der Befragten erkennen an, dass trotz aller kulturellen Unterschiede zwischen den einzelnen Nationalstaaten eine gemeinsame europäische Kultur existiert.

In der Zusammenschau zeigt sich ein ambivalentes Einstellungsmuster der Thüringer hinsichtlich der Internationalisierung. Einerseits werden von einer großen Mehrheit Chancen der Globalisierung für Thüringens Wirtschaft gesehen, andererseits prägen erhebliche Vorbehalte und Bedrohungsvorstellungen die Beurteilung des Internationalisierungsprozesses. Auch ist „EU-Skepsis“ weit verbreitet. Dabei stehen jedoch die Kritik an der Umsetzung des Europäischen Vereinigungsprozesses und die Antizipation damit verbundener Risiken im Vordergrund, während „Europa als Idee“ und die praktischen Folgen des europäischen Integrationsprozesses durchaus positiv konnotiert werden. Obwohl die Konkurrenz auf den Weltmärkten als zu bewältigende Herausforderung begriffen wird, signalisiert die verbreitete Skepsis gegenüber ausländischen Investitionen auch eine Schließungstendenz. Dies legt nahe, das Engagement ausländischer

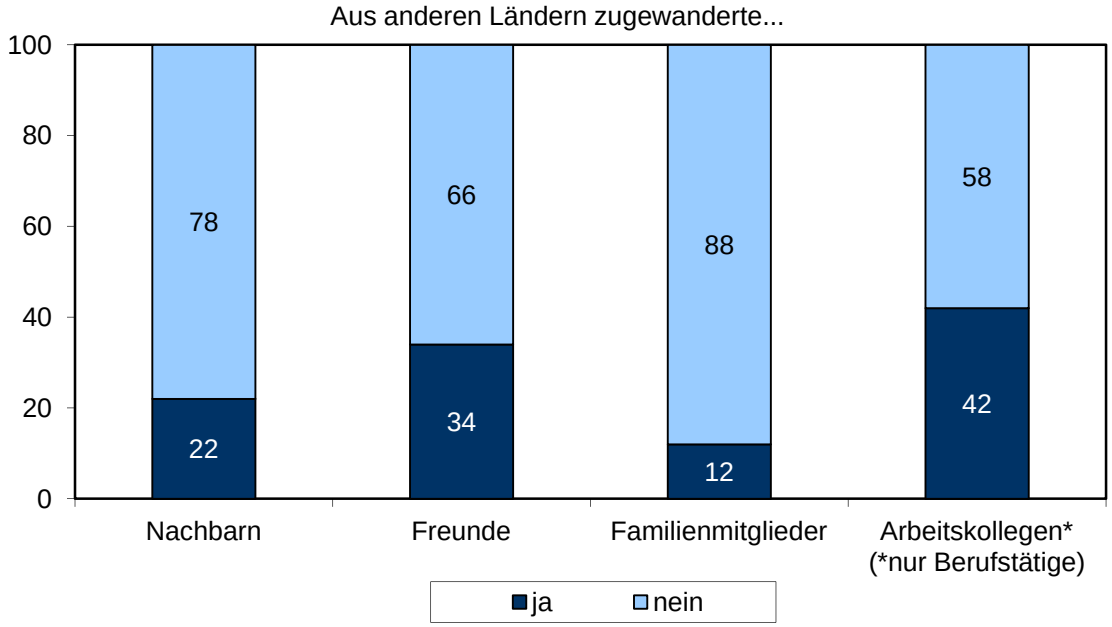
Firmen im Freistaat noch deutlicher als bisher im Kontext der damit verbundenen Chancen zu kommunizieren.

3. Zuwanderung und Integration

3.1 Interkulturelles Zusammenleben

Eine zentrale Frage des THÜRINGEN-MONITORs 2012 ist, wie sich das interkulturelle Zusammenleben im Freistaat nach Einschätzung seiner Bewohner gestaltet. Es ist dabei nicht nur zu untersuchen, ob Zuwanderer in Thüringen *pauschal* willkommen sind, sondern auch, ob dabei Unterschiede hinsichtlich der Herkunftsländer und -regionen bestehen. Auch ist der soziale Kontext bedeutsam: Die Aufnahmebereitschaft gegenüber Fremden hängt vermutlich davon ab, ob diese als Asylbewerber oder als Arbeitskräfte zu uns kommen und vermutlich auch davon, ob sie „irgendwo" in unserem Land leben werden oder als neue Nachbarn in das unmittelbare Wohnumfeld ziehen. Deshalb wurden neben den allgemeinen Wertemustern der Akzeptanz und Toleranz gegenüber Zuwanderern auch konkrete Fragen zu Zuwanderern in der Gesellschaft, im Berufsleben und der Privatsphäre in den diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR aufgenommen. Vorweg kann gesagt werden, dass sich die Thüringer ambivalent äußern, was das Thema Immigration und Integration betrifft. Die Ambivalenz besteht vor allem im Unterschied zwischen den abstrakten Überzeugungen zur Integration und dem konkreten Antwortvorhalten bezüglich der Aufnahmebereitschaft verschiedener Zuwanderungsgruppen in spezifischen Kontexten. In diesem Kapitel sollen ausgewählte Befunde, auch mit Blick auf ihre Bedeutsamkeit für die politische und gesellschaftliche Praxis, vorgestellt und diskutiert werden.

Abb. 23: ***Kontakte der Thüringer zu Zuwanderern in verschiedenen sozialen Kontexten***
(in Prozent)

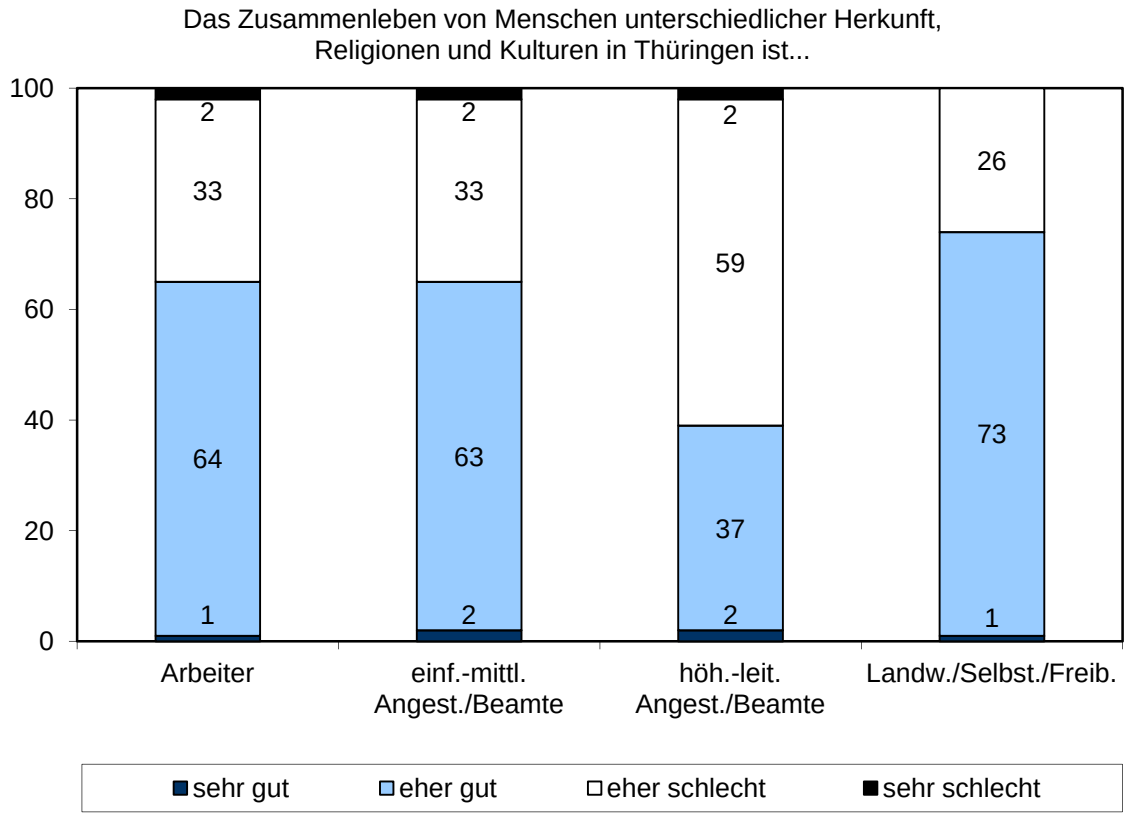


Zunächst ist relevant, inwieweit die Thüringer überhaupt Kontakte zu Zuwanderern pflegen. Internet-Kontakte zu Zuwanderern (Kapitel III.1) stellen zwar einen Indikator für interkulturelle Offenheit dar, gleichwohl kann Kommunikation in sozialen Netzwerken wie Facebook relativ punktuell, anonym und sozial folgenlos bleiben. Deshalb sind vor allem die „Realkontakte" der Thüringer zu Zuwanderern relevant für die vorliegende Untersuchung. Gefragt wurde nach Zuwanderern in verschiedenen sozialen Kontexten, nämlich als Nachbarn, Freunde, Familienmitglieder und Arbeitskollegen (Abb. 23). Auch wenn, wie dies im Kapitel II dargelegt wurde, der Ausländeranteil in Thüringen sehr niedrig ist, können doch einzelne Zuwanderer von vielen „angestammten" Thüringern als Nachbarn, Freunde oder Arbeitskollegen wahrgenommen werden; sie fungieren also als Multiplikatoren interkultureller Erfahrung im Alltag, je nachdem wie vielen Menschen diese Minderheit in unterschiedlichen sozialen Situationen begegnet, welcher Grad der Interaktion dabei erreicht wird und welche sozialen Rollen dabei zugeschrieben oder übernommen werden. Einen ausländischen Bekannten hat im weitesten Sinne sicher jeder – sei es die vietnamesische Obstverkäuferin oder der libanesische Pizzabäcker von nebenan, der vielleicht sogar zu den Nachbarn gezählt wird, obwohl er genaugenommen nicht dort wohnt, sondern seine Arbeitsstelle in der Straße hat und deswegen präsent ist.

Bemerkenswert ist nun allerdings, dass Begegnungen und soziale Beziehungen mit Zuwanderern für ein Drittel der Thüringer nicht etwa nur auf Nachbarschaftsbasis stattfinden, sondern freundschaftlichen Charakter haben, auch wenn hier über die *Intensivität* der freundschaftlichen Beziehungen nichts gesagt werden kann. Doch allein die Tatsache, dass so viele Thüringer Zuwanderer zu ihren Freunden zählen, untermauert gewissermaßen ihre eigene Einschätzung, Thüringen sei seit der Wende viel internationaler geworden. Für 42 Prozent der berufstätigen Thüringer gehört der Kontakt mit Zuwanderern auch zum Berufsleben: sie haben Kollegen, die nicht aus Deutschland stammen. Im Hinblick auf zugewanderte Familienmitglieder muss beachtet werden, dass es subjektiv ist und von verschiedenen Faktoren abhängt, wer überhaupt zur Familie gezählt wird und wie weit der Familienbegriff gefasst wird: Verwandtschaft ist auch ein Ergebnis sozialer Wahrnehmung. Angesichts des niedrigen Zuwandereranteils wirkt der Anteil der Thüringer, die angeben, aus dem Ausland zugewanderte Familienmitglieder zu haben, mit zwölf Prozent relativ hoch. Zu beachten ist jedoch, dass sich die Verwandtschaftsnetzwerke vieler Thüringer weit über die Landesgrenzen hinweg erstrecken. Beispielsweise können sich unter den in Westdeutschland lebenden Familienmitgliedern der Thüringer mit größerer Wahrscheinlichkeit auch Zuwanderer befinden.

Wie sich nachfolgend zeigt, erhöht der eigene Kontakt zu Zuwanderern die Wahrscheinlichkeit positiver Einstellungen gegenüber Migration und Integration. Ein Klima der kulturellen Offenheit und Toleranz in der Gesellschaft wird also dadurch verbessert, dass konkrete Begegnungen von Menschen aus verschiedenen Kulturen, Ethnien, und religiösen Gemeinschaften im Alltag stattfinden. Wie die zahlreichen Kontakte zu Zuwanderern trotz des geringen Ausländeranteils zeigen, ist Thüringen auf dem Weg dahin. Dass es im Zusammenleben derweilen noch Verbesserungsbedarf gibt, steht für die meisten Thüringer jedoch außer Frage (Abb. 24).

Abb. 24: ***Einschätzung interkulturellen Zusammenlebens in Thüringen*** *(in Prozent)*

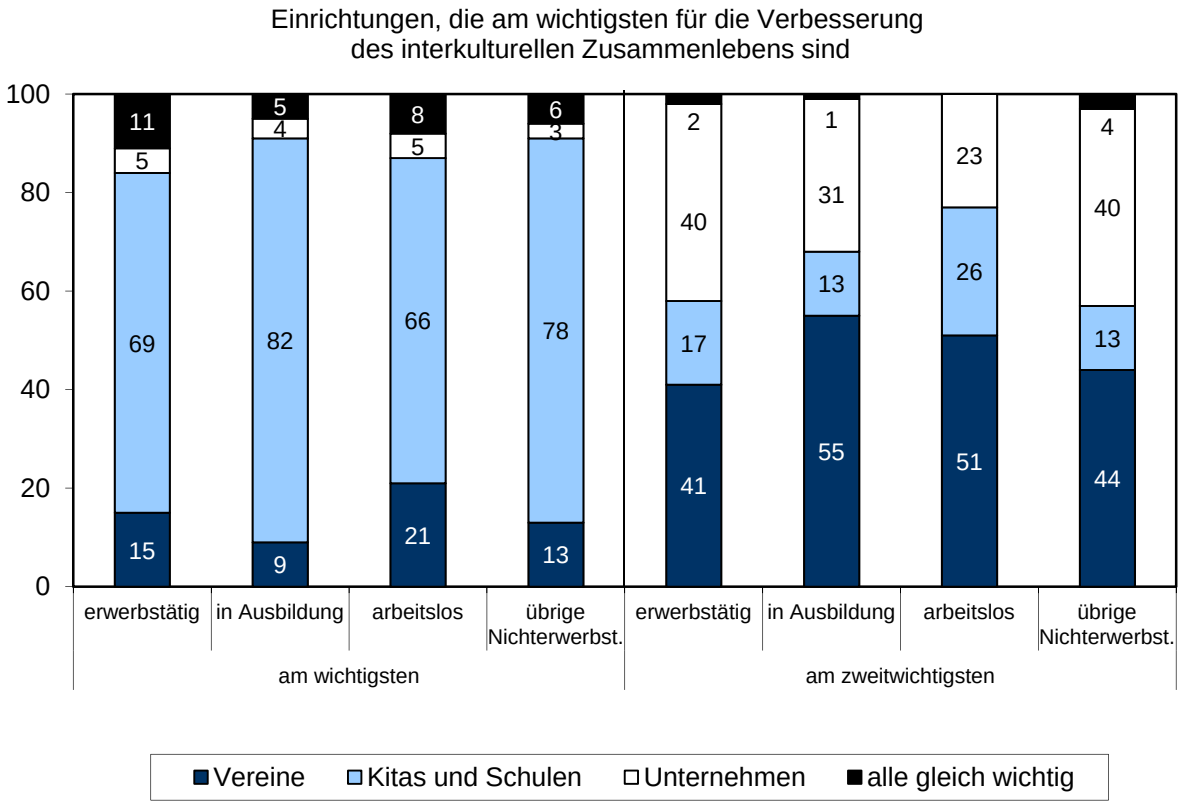


Die überwiegende Mehrheit der Thüringer sieht sowohl positive, als auch negative Aspekte des Zusammenlebens von zugewanderten und angestammten Bewohnern des Freistaats, wobei das Zusammenleben insgesamt überwiegend positiv bewertet wird. Nur arbeitslose und sich in Ausbildung befindende Thüringer bewerten zu gerade je fünf Prozent das Zusammenleben als „sehr schlecht"; die Antwortkategorien „sehr gut" und „sehr schlecht" werden ansonsten von kaum mehr als jeweils ein bis zwei Prozent der Thüringer der anderen Bildungs-, Erwerbs- oder Berufsgruppen besetzt. Was das Mischungsverhältnis positiver und negativer Aspekte anbetrifft, ist das Bild allerdings nicht so eindeutig. Bemerkenswert ist vor allem die eher verbreitete kritische Meinung der höheren und leitenden Angestellten/Beamten, auch im Vergleich zu einfachen und mittleren Angestellten/Beamten. Befragte beider Berufskategorien lehnen übrigens zu jeweils 40 Prozent die Aussage überwiegend oder vollkommen ab, Zuwanderer könnten in Thüringen ungefährdet leben. Höhere und leitende Angestellte/Beamte stimmen derselben Aussage mit neun Prozent nur unterdurchschnittlich (d. h. im Vergleich zu 17 Prozent) oft „völlig zu"; d. h. sie sehen insgesamt am deutlichsten von allen Berufsgruppen ein Bedrohungspotential für Ausländer. Erklärungen dafür bieten sich auf der Grundlage unserer Analysen nicht, es kann aber angenommen werden, dass höhere Beamte (z. B. Schuldirektoren oder Sozialamtsleiter) selbst mit der Integrationsproblematik in ihrer beruflichen Praxis beschäftigt sind oder sich z. B. im Alltag mit der Problematik ausländerfeindlicher Diskriminierung auseinandersetzen müssen, der ein Teil ihrer Klienten in unserer Gesellschaft begegnet.

3.2 Beitrag gesellschaftlicher Institutionen zur Integration

Bei der Förderung von Integration und Weltoffenheit wird staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen sowie Wirtschaftsunternehmen ein besonderer Beitrag zugeschrieben. Deshalb enthielt der diesjährige Thüringen-Monitor Fragen zur Wichtigkeit dieser Einrichtungen für die Verbesserung des interkulturellen Zusammenlebens (Abb. 25). Dabei ergeben sich je nach Altersgruppe, Schulbildung und Berufsgruppe durchaus differenzierte Einschätzungen; wobei allerdings die überwiegende Mehrheit der Thüringer Kindertagesstätten und Schulen, also Bildungsinstitutionen, als wichtigste Einrichtungen betrachtet. Sie beziehen sich damit auf die Aufgabe dieser Sozialisationsinstanzen, neben Wissen über andere Völker, Kulturen, Religionen und Sprachen (im Kontext interkultureller Kompetenz) auch Toleranz und Offenheit gegenüber Zuwanderern zu vermitteln und Integration im Alltag mitzugestalten. Nach Kindertagesstätten und Schulen werden die Vereine von den meisten Thüringern als zweitwichtigste Einrichtungen der Integration angesehen, wobei wohl vor allem an die Arbeit der Sportvereine (Braun / Nobis 2011) gedacht wurde. Inbegriffen in der Kategorie „Vereine“ sind jedoch auch solche Vereine, die sich abseits des Sports betätigen und zivilgesellschaftliche Werte stärken (z. B. Freiwillige Feuerwehren) oder solche, die gezielt die Förderung der Integration und der interkulturellen Begegnung als ihr Hauptanliegen begreifen.

Abb. 25: ***Beitrag von Institutionen zur Verbesserung des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und Kulturen*** *(in Prozent)*

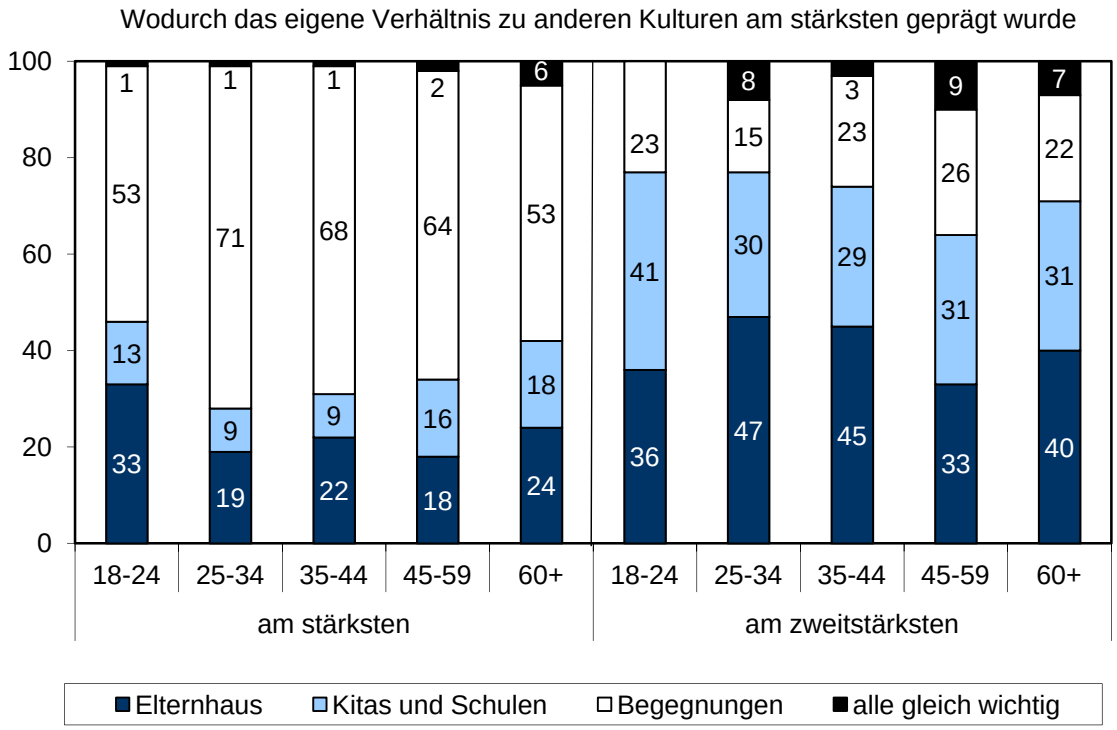


Auch die Rolle von Unternehmen für die Integration wird von vielen Thüringern als wichtig betrachtet, wenngleich ihnen jedoch nur selten eine vorrangige Bedeutung beigemessen wird. Dass den Thüringern der Beitrag der Unternehmen zur Integration bewusst ist, trägt dem oben dargestellten Umstand Rechnung, dass ein großer Teil der erwerbstätigen Thüringer ausländische Arbeitskollegen hat. Besonders leitende Angestellte und höhere Beamte betonen die Relevanz von interkulturellen Interaktionen in der Wirtschaft für die Verbesserung des Zusammenlebens. Immerhin zwölf Prozent von ihnen betrachten die Unternehmen als die wichtigsten Kontexte der Integration. Wie die Auswertung nach Erwerbstätigkeitsgruppen illustriert, hängt die Beurteilung der Einrichtungen der Integration offenbar nicht nur von einer generellen, mitunter auch distanzierten, Betrachtungsweise ab, sondern auch von dem Maß, in dem die verschiedenen Einrichtungen im Leben der Thüringer selbst eine Rolle spielen. So ist es beispielsweise naheliegend, dass in Ausbildung befindliche, jüngere Thüringer in stärkerem Maße ihre Erfahrungen mit den Bildungsinstanzen und den Vereinen reflektieren und dass Erwerbstätige signifikant häufiger als Erwerbslose die Wichtigkeit von Unternehmen (in der Zweitnennung) betonen. Arbeitslose schätzen vergleichsweise seltener als andere Thüringer die Kindertagesstätten und Schulen als wichtigste Einrichtungen ein. Dies ist teilweise dadurch zu erklären, dass etwa die Hälfte der Arbeitslosen der Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen angehört und diese Arbeitslosen folglich relativ selten höhere Bildungsabschlüsse haben, mit denen auch zu DDR-Zeiten eine stärkere Ausbildung interkultureller Kompetenzen (Sprachen, Landeskunde und Auslandsaufenthalte im Anschluss an die Schulzeit) assoziiert war, als es die Polytechnische Oberschule bis zum Abschluss der achten oder der zehnten Klasse gewährleistete. Es wird deutlich, dass die Befragten in gewissem Umfang von der eigenen Erfahrung mit den jeweiligen Einrichtungen auf deren Wichtigkeit schließen.

Für die Mehrheit der Thüringer waren Begegnungen mit Menschen aus anderen Kulturen am prägendsten, gefolgt von der Prägung durch das Elternhaus sowie von der Erziehung im Kindergarten bzw. in der Schule. Es ist erkennbar, wie Thüringer der jüngsten Altersgruppe noch in einem stärkeren Maße durch die Erziehung im Elternhaus und weniger durch interkulturelle Begegnungen geprägt sind als z. B. die lebenserfahreneren 25- bis 34-Jährigen (Abb. 26). Auch die Angehörigen der ältesten Gruppe, geben etwas seltener an, am stärksten durch Begegnungen geprägt zu sein. Dies liegt nahe, waren doch ihre (selbstgewählten und freibestimmten) interkulturellen Kontakte aufgrund ihrer DDR-Biographie jahrzehntelang eingeschränkt. Die Erziehung im Elternhaus, wo neben generellen Wertorientierungen und Weltoffenheit auch wichtige andere Grundlagen der interkulturellen Kompetenz ausgebildet werden, und die Prägung durch staatliche bzw. gesellschaftliche Sozialisationsinstanzen wie Schulen und Kindertagesstätten werden umso weniger als prägend eingeschätzt, je höher der Schulabschluss ist, der mit der Befähigung zu interkulturellen Erfahrungen aus erster Hand assoziiert ist. Je höher die Bildung, desto höher die Chance, sich von der Prägung durch primäre (Eltern) und sekundäre (Kindertagesstätten, Schulen) Sozialisationsinstanzen zu emanzipieren und sein Verhältnis zu anderen Kulturen durch Begegnungen mit Menschen aus anderen Kulturen praktisch selbst zu bestimmen. Das Idealbild humanistischer Bildung, Menschen Autonomie zu verleihen, klingt hier an. Dies erklärt wiederum, dass auch viele Thürin-

ger, die sich selbst stark durch Elternhaus und Schule geprägt sehen, den Bildungseinrichtungen große Bedeutung für die Förderung der Integration in der Gesellschaft beimessen: Schulen und Kindertagesstätten sind heute nicht nur Orte, an denen Integration eingeübt und gelebt wird, sondern sie bereiten auch auf interkulturelle Begegnungen vor, die durch Internationalisierung und Globalisierung möglicher und wahrscheinlicher werden. Die Mehrheit der Thüringer dürfte sich dieser, mit Bildung verknüpfter Chancen für die jüngste Generation bewusst sein. Aufgrund des sinnhaften Zusammenwirkens von Elternhaus, staatlichen Bildungsinstitutionen und persönlichem Erfahrungshorizont kann aus den hier geschilderten Befunden geschlussfolgert werden, dass es naheliegend ist, Familien, Kindertagesstätten und Schulen bei gemeinsamen Projekten der Entwicklung interkultureller Kompetenz und der interkulturellen Begegnung zu fördern.

Abb. 26: ***Prägung des Verhältnisses zu anderen Kulturen nach Alter***
(in Prozent)

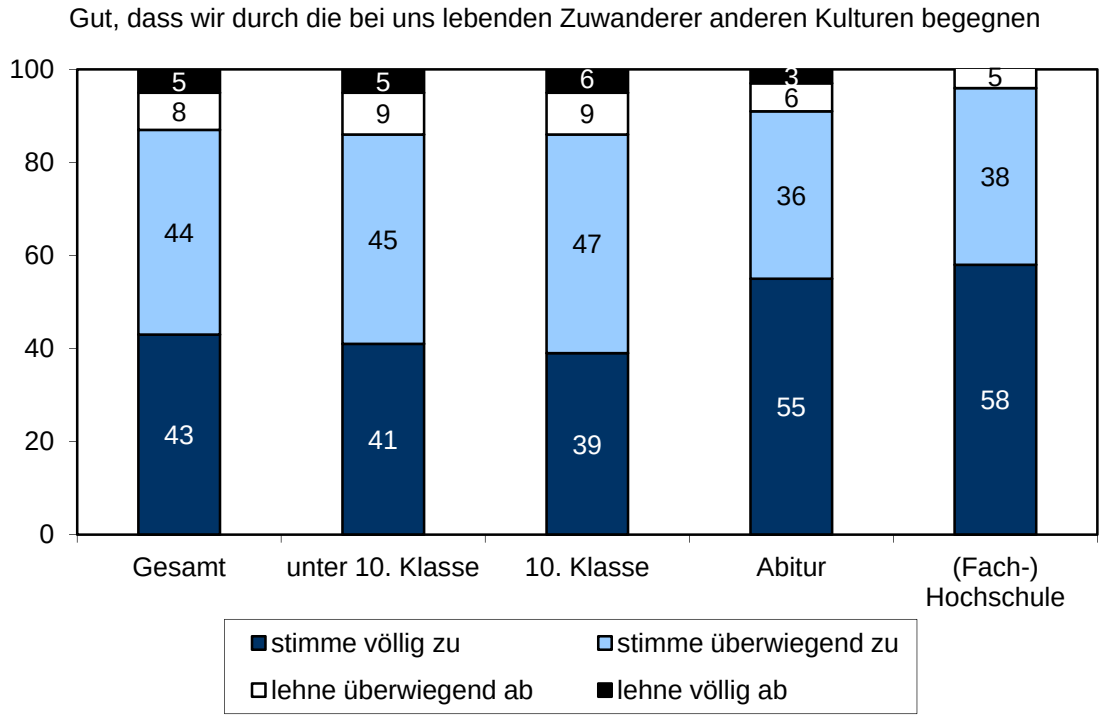


3.3 Allgemeine Einstellungen hinsichtlich Zuwanderung und Integration

Im Hinblick auf die interkulturellen Orientierungen der Thüringer wurden im THÜRINGEN-MONITOR zunächst ihre allgemeineren, recht abstrakten Einstellungen zur Migration untersucht, bevor konkret nach verschiedenen Gruppen von Zuwanderern und deren Akzeptanz gefragt wurde. Eine ganz grundsätzliche Überzeugung ist beispielsweise, ob „wir […] uns in Zukunft den Wertvorstellungen und Maßstäben anderer Kulturen stärker öffnen“ müssten. Diese Erwartung bejahen die Thüringer mehrheitlich (60 Prozent), auch wenn lediglich 23 Prozent *völlig* zustimmen. Noch höhere Zustimmung, nämlich durch 87 Prozent der Thüringer, erfährt die Aussage, es sei gut, „dass wir durch die bei uns lebenden Zuwanderer anderen Kulturen begegnen“, die damit das deutlichste Indiz für generelle Aufgeschlossenheit der Thüringer gegenüber Zuwanderern und Diversität

in unserer Gesellschaft darstellt (Abb. 27). Vergleichsdaten auf Bundesebene hierzu liefert der GMF-Survey 2011, dem zufolge 85 Prozent der Deutschen der Aussage zustimmen, dass eine Gesellschaft durch verschiedene kulturelle Gruppen bereichert wird, und 77 Prozent meinen, es sei „besser für ein Land, wenn es eine Vielfalt unterschiedlicher Kulturen gibt“ (Zick / Küpper 2012: 165).

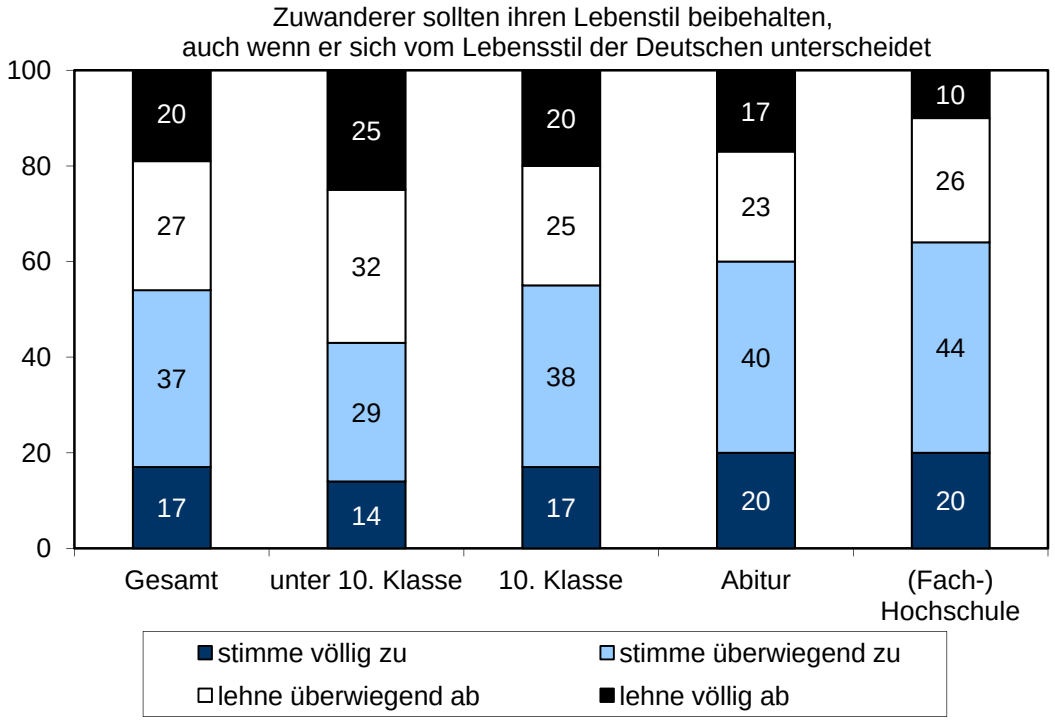
Abb. 27: ***Zuwanderung als kulturelle Bereicherung***
(in Prozent)



Während Zuwanderung also pauschal als kulturelle Bereicherung begrüßt wird, ist das Einstellungsbild der Thüringer viel differenzierter, wenn es darum geht, wie sich Zuwanderung vollziehen und Integration verlaufen sollte. So existieren unterschiedliche Sichtweisen zur *Toleranz kultureller Differenz*, die Angehörige fremder Kulturen aufweisen könnten, wenn sie ihren traditionellen Lebensstil beibehalten. (Zur Assimilation von Migranten in Deutschland, also der kulturellen Anpassung: Woellert 2009). Wie weit die Anpassung an „deutsche Maßstäbe“ nach Auffassung der Thüringer gehen sollte, bleibt durch die Fragestellung im THÜRINGEN-MONITOR zwar ungewiss, doch ist beachtlich, dass die Mehrheit der Thüringer den in Deutschland lebenden Zuwanderern zugesteht, ihren Lebensstil beizubehalten, „auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet“. Die Toleranz gegenüber kultureller Differenz ist dabei mit dem Bildungsgrad positiv korreliert (Abb. 28) und dadurch unter jüngeren Thüringern, die sich auch durch höhere internationale kulturelle Orientierung (u. a. über die modernen Kommunikations- und Unterhaltungsmedien) und ihre erhöhte Mobilitätsneigung auszeichnen, etwas stärker verbreitet als unter älteren Thüringern. Insgesamt verweist diese Einstellung der Thüringer aber auf einen relativ niedrigen Assimilationsdruck für Menschen aus anderen Kulturkreisen und kann als Maßstab der Akzeptanz der Thüringer gegenüber multikultureller Vielfalt in unserer Gesellschaft herangezogen werden. Wie

jedoch noch zu zeigen sein wird, ist die Bewertung oftmals davon abhängig, in welcher Weise sich die Kultur der Zuwanderer von der deutschen in der Wahrnehmung der Thüringer unterscheidet.

Abb. 28: ***Beibehaltung des Lebensstils von Ausländern***
(in Prozent)



Eine weitere recht generelle Aussage bezog sich darauf, „die in Deutschland lebenden Zuwanderer vollständig an unserem Leben teilhaben“ zu lassen, der insgesamt sogar über 90 Prozent der Thüringer (und mit ca. 96 Prozent fast alle Thüringer mit (Fach-) Hochschulabschluss) entweder völlig oder überwiegend zugestimmt haben. Das größte Maß an Ablehnung der Aussage ist mit überdurchschnittlichen 24 Prozent (alle: acht Prozent) bei den Arbeitslosen festzustellen. Vor dem Hintergrund ihrer sozialen Situation liegt die Deutung nahe, dass Arbeitslose Zuwanderung tendenziell unter dem Aspekt der *Arbeits*migration betrachten. Vollständige Teilhabe von Zuwanderern wird von ihnen vermutlich mit einer Konkurrenz um soziale Partizipationsrechte, vor allem ihrer Chancen im Erwerbsleben assoziiert. Dies führt jedoch im Gesamtbild nicht dazu, Zuwanderung wegen drohender Konkurrenz pauschal zurückzuweisen. Tatsächlich billigen über zwei Drittel der Thüringer „allen hier lebenden Zuwanderern“ (also auch Nicht-EU-Bürgern!) kommunales Wahlrecht zu, was eine sehr weitreichende Forderung darstellt, die in aller Regel vornehmlich von weit links stehenden politischen Gruppen vertreten wird und formal nach derzeit gültiger Rechtslage (Urteil des BVG vom 31. Oktober 1990) sogar als unvereinbar mit dem Grundgesetz gilt.

Wer so wie die Thüringer eine möglichst umfassende Integration befürwortet, spricht sich indirekt gleichzeitig gegen Exklusion der Zuwanderer durch die sog. deutsche „Mehrheitsgesellschaft“ und gegen Tendenzen der Distanzierung und des Rückzugs aus,

also gegen eine drohende „Ghettoisierung“ oder die Ausbildung von „Parallelgesellschaften“, über die gerade in letzter Zeit viel debattiert wird (dazu jüngst Buschkowsky 2012). Von dieser gesellschaftlichen Debatte scheinen auch viele Thüringer beeinflusst worden zu sein: Trotz der positiven generellen Einstellungen, die Zuwanderung und Multikulturalität betreffen, gibt es dazu im Widerspruch stehende und geradezu beunruhigende Befunde: Insgesamt stimmen 49 Prozent der Thüringer der Aussage zu, die Bundesrepublik sei „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“, und 44 Prozent stimmen der Aussage zu, Ausländer kämen „nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“ (vgl. das Kapitel IV.4 zum Rechtsextremismus). Um dieses Paradoxon sinnvoll deuten zu können, ist es nötig, sich auf die Suche nach Motiven und Erklärungsfaktoren für reservierte, skeptische oder gar ablehnende Haltungen der Thüringer gegenüber Migration und Integration zu begeben.

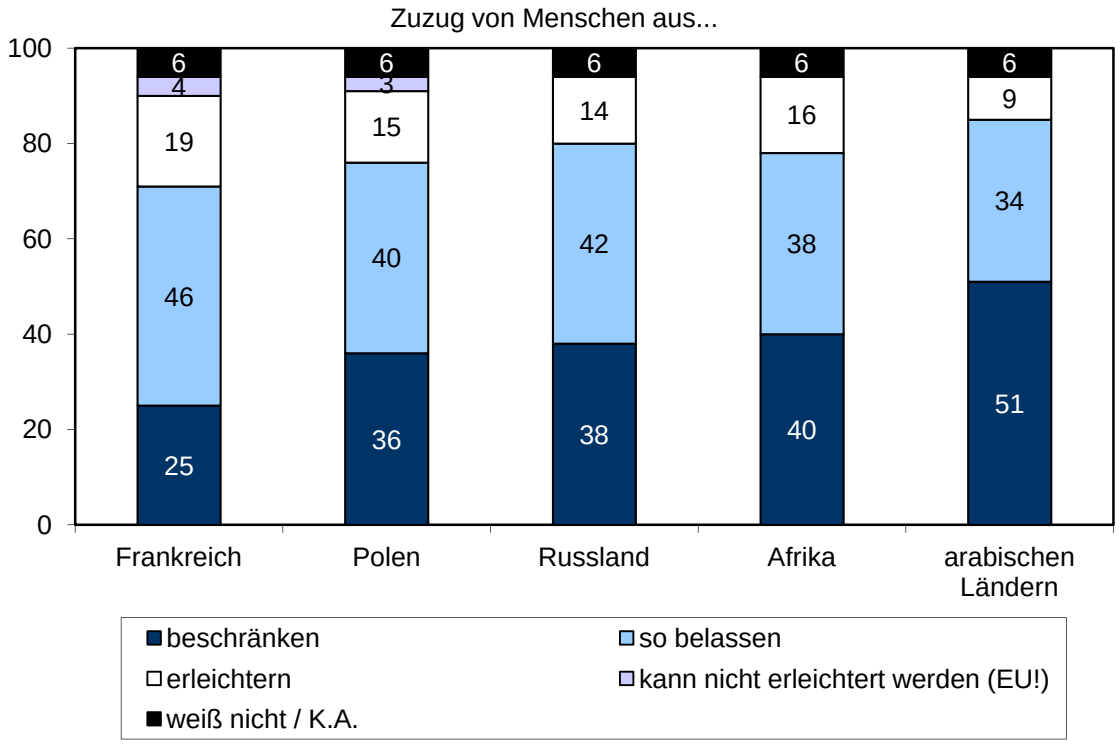
3.4 Zuwanderung aus verschiedenen Herkunftsländern und -regionen

Zunächst ist die Akzeptanz von Migration zu beurteilen, also *über generalisierte Werturteile hinaus* konkret danach zu fragen, *ob, wie und in welchem Umfang* Thüringer Zuwanderung begrüßen oder ablehnen. Dabei gibt es signifikante Differenzen bei der Bewertung von Zuwanderern aus unterschiedlichen Ländern und Kulturkreisen, in denen das Fortbestehen bereits älterer kultureller Vorurteile sowie vermutlich auch die Auswirkungen angstbesetzter Diskurse der jüngsten Vergangenheit (Islamismus und Terrorgefahr) anklingen. „Aus klassischen Untersuchungen zu nationalen Stereotypen […] ist bekannt, dass stereotype Vorstellungen von Eigenschaften, die den Angehörigen fremder Gruppen zugeschrieben werden, für die Einschätzung dieser Menschen und das Verhalten ihnen gegenüber von großer Bedeutung sind“ (Asbrock et al. 2009: 152). Dies gilt umso mehr, wenn mit einer bestimmten Personengruppe möglicherweise eine kulturelle Irritation oder die Bedrohung der eigenen Lebensweise bzw. der eigenen sozialen Chancen verknüpft werden. Um ein differenziertes Bild von Zuwanderung und Integration zu erzielen, ist es also nötig, auch solche stereotypen Vorstellungen mit zu beachten. Konkret wurde für den THÜRINGEN-MONITOR nach der Befürwortung der Ausweitung, Einschränkung oder Beibehaltung (vermeintlich) gültiger rechtlicher Zuzugsregelungen gefragt (Abb. 29). Zunächst gibt es dabei eine offensichtliche Trennung hinsichtlich der groben Herkunftsregion der Zuwanderer: Westeuropa, Osteuropa, Afrika und schließlich einer von uns als „arabische Länder“ bezeichneten Mischkategorie, die bewusst so gewählt wurde, um eine diffuse Assoziation mit dem islamischen Kulturkreis zu suggerieren.

Als „Stellvertreter-Land“ für westeuropäische Länder fungierte Frankreich. Deutschlands Nachbarstaat ist selbstverständlich EU-Land, seinen Bürgern ist damit Freizügigkeit in der Wahl des Wohnorts innerhalb der Europäischen Union garantiert – eine Erleichterung der Zuzugsregelung ist also prinzipiell gar nicht mehr möglich. Nur vier Prozent der Thüringer haben dies in ihrem Antwortverhalten berücksichtigt, was aufschlussreich anmutet, aber zunächst jedoch nicht vorschnell als weitverbreitete Unkenntnis der Rechtslage interpretiert werden sollte: Schließlich wurde danach gefragt, inwieweit eine Änderung der bestehenden Rechtslage zur Zuwanderung gewünscht ist.

Allerdings geben beachtliche 19 Prozent an, der Zuzug für Menschen aus Frankreich nach Deutschland sollte erleichtert werden. Auch wenn es sich um eine faktisch unsinnige Forderung handelt, kann dies als Kennzeichen ausgeprägter Akzeptanz von Zuwanderern aus Frankreich gewertet werden. Ungefähr die Hälfte der Thüringer sieht keinen Änderungsbedarf bei der derzeitigen Zuzugsregelung und drückt damit implizit ihre Zustimmung zur EU-Freizügigkeitsregelung aus, während immerhin 25 Prozent der Thüringer eine Begrenzung des Zuzugs für Zuwanderer aus dem Nachbarland Frankreich fordern. Dies kann vor allem auf eine generelle Ablehnung von Ausländern bei den Befragten zurückgeführt werden, also z. B. auf die stärker verbreitete Zustimmung zur Aussage, Deutschland sei „in einem gefährlichen Maße überfremdet", welche wiederum nur teilweise mit Merkmalen der Deprivation (Arbeitslosigkeit, negative Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Situation usw.) zusammenhängt. Geringe interkulturelle Toleranz bzw. ausgeprägte Vorbehalte gegenüber Migration (gemäß der oben diskutierten generellen Wertorientierungen zur Integration) erklärt den Teil „frankophober" Einstellungen bei jenen Thüringen, die keinen dezidiert ausländerfeindlichen Aussagen zugestimmt haben.

Abb. 29: ***Zuwanderung aus verschiedenen Herkunftsländern bzw. -regionen*** *(in Prozent)*



Die Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland ist im Hinblick auf die Ablehnung französischer Zuwanderer weniger ausschlaggebend, was indiziert, dass nicht unbedingt die Antizipation wirtschaftlicher Nachteile durch weitere Zuwanderung (wie in der populistischen Losung: „Das Boot ist voll!") ausschlaggebend für die Ablehnung von Zuwanderung ist, sondern eben auch Stereotypisierungen der kulturellen „Fremdheit" in Bezug auf die unterschiedlichen Herkunftsländer bzw. -regionen ihre Wirkung

entfalten. Nur etwa sechs Prozent der Thüringer können übrigens die Frage bezüglich des Zuzugs von Franzosen gar nicht beurteilen oder wollten sich nicht dazu äußern, was auf sämtliche Fragen zu potentiellen Herkunftsländern bzw. -regionen zutrifft und somit zeigt, dass es keine Ungleichverteilung hinsichtlich der subjektiv empfundenen Urteilsfähigkeit gibt. Die Mehrheit der Thüringer glaubt offensichtlich, die unterschiedlichen Zuwanderungsszenarios beurteilen zu können, besitzt eine Einstellung gegenüber der Zuwanderungsgruppe und leitet daraus ihre konkrete Einstellung zur Zuwanderung ab.

Der Unterschied zwischen West- und Osteuropa ist signifikant: Die Zuwanderung aus Polen und Russland wird stärker abgelehnt als die aus Frankreich, innerhalb der Osteuropa-Ländergruppe gibt es auf den ersten Blick keinen signifikanten Unterschied. Die negativere Bewertung osteuropäischer Zuwanderung als westeuropäischer lassen die stärkere Wirkung von Osteuropa-Klischees bzw. kultureller Stereotype vermuten, die teilweise auch vor dem Hintergrund defizitärer Interkulturalität bei gleichzeitiger Internationalismus-Propaganda in der DDR („sozialistische Bruderländer“) diskutiert werden kann (Illgen 2007: 41). Beachtet werden muss, dass „Menschen aus Russland“ heute eine der größten Gruppe der Zuwanderer in Thüringen sind (Miteinander leben 2010), allerdings besteht in der Wahrnehmung vieler Deutscher keine klare Trennung zwischen ethnischen Russen (russischen Staatsbürgern), Staatsangehörigen anderer Nachfolgestaaten der Sowjetunion (z. B. Ukraine und Weißrussland), russischen Juden, die die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, und deutschstämmigen Spätaussiedlern aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion mit deutscher Staatsbürgerschaft (den sogenannten „Russlanddeutschen“, z. B. Wolgadeutschen; hierzu u. a. Woellert 2009: 14).

Trotz vermutlich größerer empfundener Fremdheit des Kulturkreises gibt es keine signifikanten Einstellungsunterschiede der Thüringer zwischen den Zuzugsregelungen für Zuwanderer aus Afrika und Osteuropa. Eine Abschottungspolitik im Sinne einer „Festung Europa“ gegenüber Migration aus dem Süden, hätte sich in einer viel stärkeren Befürwortung von Beschränkungen gegenüber Afrikanern im Vergleich zu europäischen Zuwanderern äußern müssen (Becker et al. 2009: 127) und findet demnach wenig Rückhalt bei den Thüringern. Die Ablehnung afrikanischer Zuwanderer ist allerdings vermutlich stärker durch dezidiert rassistisch motivierte Ausländerfeindlichkeit geprägt.

Wie schon erwähnt ist davon auszugehen, dass eine Herkunft aus „arabischen Ländern“ eine Platzhalterkategorie darstellt, die den gesamten islamischen Kulturkreis repräsentiert. Durch diese Assoziation werden zwar auch die Einstellungen zu christlichen Zuwanderern aus diesen Ländern überformt, die in ihrer Heimat etwa wegen ihres nichtmuslimischen Glaubens verfolgt werden. Es ist jedoch zu vermuten, dass die meisten Thüringer ein Bild von Zuwanderern aus arabischen Ländern haben, das sich vorrangig auf den Aspekt des Islams bezieht. Die verbreitete Zustimmung zur Beschränkung der Zuwanderung aus arabischen Ländern ist also auf teils diffuse, teils stereotypisierte Bedrohungsbilder zurückzuführen, die mit der arabischen Welt verbunden werden.

3.5 Zuwanderer als neue Nachbarn

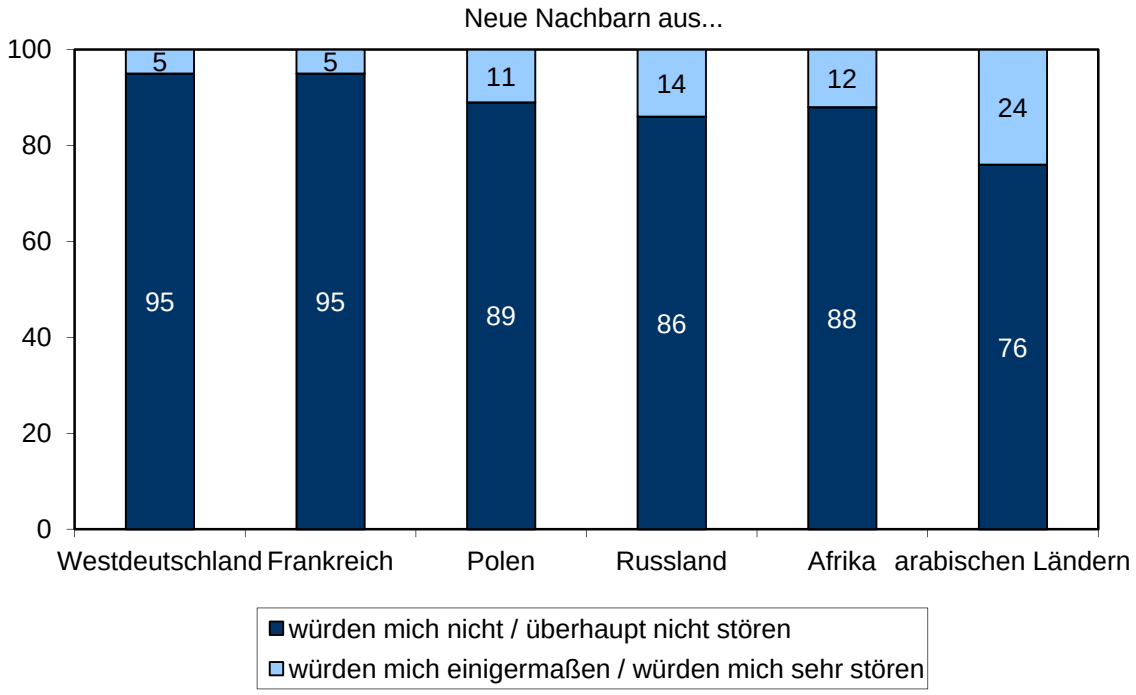
Um die Erkenntnis über das Ausmaß der Akzeptanz von Migranten zu konkretisieren, wurde des Weiteren danach gefragt, ob man sich von neuen Nachbarn gestört fühlen würde, wenn diese aus einer der oben verwendeten Herkunftskategorien stammten. Die Grundüberlegung dafür war, dass sich eine Ablehnung von Zuwanderern nicht zwangsläufig in einer generellen Zurückweisung der Migration von Menschen aus anderen Ländern nach Deutschland äußern muss, weil es z. B. relativ leicht fiele, auch bei möglicher Vorbehalte gegen Zuwanderer eine generelle positive Meinung über Zuwanderung auf nationaler Ebene zu äußern, wenn man ohnehin antizipierte, nicht unmittelbar in seinem persönlichen Umfeld betroffen zu sein. Ganz anders allerdings wäre dies bei Zuwanderern, die in die Nachbarschaft ziehen. Danach wäre zu erwarten gewesen, dass die Ablehnung neuer ausländischer Nachbarn die Ablehnung von „abstrakter" Zuwanderung übersteigt, was mit dem „Sankt-Florians-Prinzip" korrespondieren würde, demzufolge die ablehnende Bewertung eines Sachverhaltes oftmals vom Grad der subjektiven, direkten Betroffenheit abhängt. (Das Sankt-Florians-Prinzip – im Englischen NIMBY für *Not In My BackYard*, McAvoy 1999 – wird klassischerweise im Zusammenhang mit Bürgerprotesten von Anwohnern gegen den Bau von Mülldeponien, Atomkraftwerken, Starkstromleitungstrassen usw. in ihrer Nachbarschaft diskutiert.) Gerade im Zusammenhang mit der Migrations- und Integrationsdebatte ist die Diskussion des Sankt-Florians-Prinzips wichtig, zu denken wäre nur an lokal fokussierten und demonstrativ artikulierten Unmut über den Bau bzw. die Existenz von Asylbewerberheimen, Moscheen usw. (s. u.).

Es kann jedoch festgestellt werden, dass sich die Thüringer insgesamt noch weitaus aufgeschlossener über potentielle ausländische Nachbarn äußern als es die vielfach kritischen Einstellungen zu den Zuzugsregelungen für Zuwanderer vermuten lassen (Abb. 30). Das „Sankt-Florians-Prinzip" kann bei genaueren Analysen auch nur in Einzelfällen unterstellt werden, wo tatsächlich eine Ausweitung der Zuzugsregelungen begrüßt wird, man sich aber von Nachbarn derselben Herkunftskategorie gestört fühlen würde. Tatsächlich ist jedoch im Hinblick auf alle Migrantengruppen der Anteil der Thüringer, die einen Zuzug abwehren wollen, höher als der Anteil derjenigen, die eine Nachbarschaft ablehnen. Auch wenn es sich nur um „potentielle" Nachbarn handelt, ist dies ein erfreulicher Befund. Die oben diskutierte Rangordnung der Herkunftsländer bzw. -regionen nach ihrer „Fremdheit" bleibt allerdings in ihrer Bewertung bestehen.

Zwischen dem Umstand, tatsächlich ausländische Nachbarn zu haben, und dem Grad, sich von möglichen Zuwanderern als Nachbarn gestört bzw. nicht gestört zu fühlen, besteht kein Zusammenhang. Dabei gibt es einen Bodensatz von etwa fünf Prozent der Befragten, die sich offensichtlich immer gestört fühlen würden: Sie wollen entweder gar keine „fremden" Nachbarn, oder gar keine neuen Nachbarn, oder vielleicht am liebsten gar keine Nachbarn. Gerade die Ablehnung von Westdeutschen, die von uns hier als „Anker" der Bewertung miterfasst wurde, zeigt bei genauer Analyse einmal mehr, dass negative Einstellungen gegenüber Zuwanderung mit Deprivationserfahrung und Arbeitslosigkeit verknüpft sind. In diesem Fall kann „eine gewisse Aversion gegenüber dem ebenfalls als ‚fremd' empfundenen Westdeutschen, dem ‚Wessi'" (Hafez 2002: 11)

aber nicht von der Hand gewiesen werden, denn der überwiegende Teil der wenigen Ostdeutschen, die sich durch den Zuzug von Westdeutschen in ihre Nachbarschaft tatsächlich gestört fühlen, sind Rentner und Pensionäre mit einer kritischen Bewertung der deutschen Einheit und ausgeprägter Zustimmung zur Aussage „Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse“ (Indikator der sog. „Ost-Deprivation“). (Übrigens würden sich zwei Befragte des THÜRINGEN-MONITORS durch westdeutsche Nachbarn gestört fühlen, obwohl sie selbst Zuzügler aus Westdeutschland sind – zwei scheinbar recht humorvolle Studentinnen.)

Abb. 30: ***Akzeptanz von Zuwanderern als Nachbarn***
(in Prozent)



Die stärkere Ablehnung von polnischen, russischen und afrikanischen Nachbarn entspricht den oben diskutierten kulturellen Ressentiments, die Teilen der Bevölkerung trotz einer prinzipiellen Offenheit der Mehrheit attestiert werden müssen. Allerdings steigt der Anteil der Ablehnungen nach dem „Sankt-Florians-Prinzip“ mit dem Maß der empfundenen „Fremdheit“ nicht an. Mit der Fremdheit steigt jedoch der Anteil solcher konsistenter Einstellungskombinationen, mit Zuwanderern generell auch Nachbarn der Kategorie abzulehnen, sowie der Anteil solcher inkonsistenter Einstellungskombinationen, Zuwanderungsbeschränkungen zu begrüßen, sich aber nicht von Nachbarn derselben Herkunftskategorie gestört zu fühlen. Dies betrifft insbesondere die Einschätzung gegenüber Zuwanderern aus „arabischen Ländern“: 61 Prozent der Thüringer, die die Zugangsregelungen einschränken wollen, geben an, sich von den potentiellen Nachbarn „kaum“ oder „überhaupt“ nicht gestört zu fühlen. Die Ambivalenz, dass oft konträre konkrete Einstellungen zu abstrakten Grundpositionen (einer universalistischen Werteordnung) vertreten werden, findet hier also ihre Fortsetzung. In diesem Falle könnte man jedoch die Motive als „Einsicht in die vermeintliche Notwendigkeit“ beschreiben:

Wir müssen den Zustrom von Zuwanderern stoppen, weil Deutschland überfremdet ist, aber ich selbst habe gewiss nichts gegen ausländische Nachbarn! Die paradox anmutende Divergenz zwischen der zuwanderungspolitischen Orientierung und subjektiver Akzeptanz von Zuwanderern bei einigen Thüringern lässt sich umgangssprachlich und pointiert so fassen: *Sie haben Angst vor Terrorgefahr und Überfremdung, glauben aber nicht daran, dass sie in der unmittelbaren Nachbarschaft stattfänden!*

3.6 Spezialfall muslimische Zuwanderung?

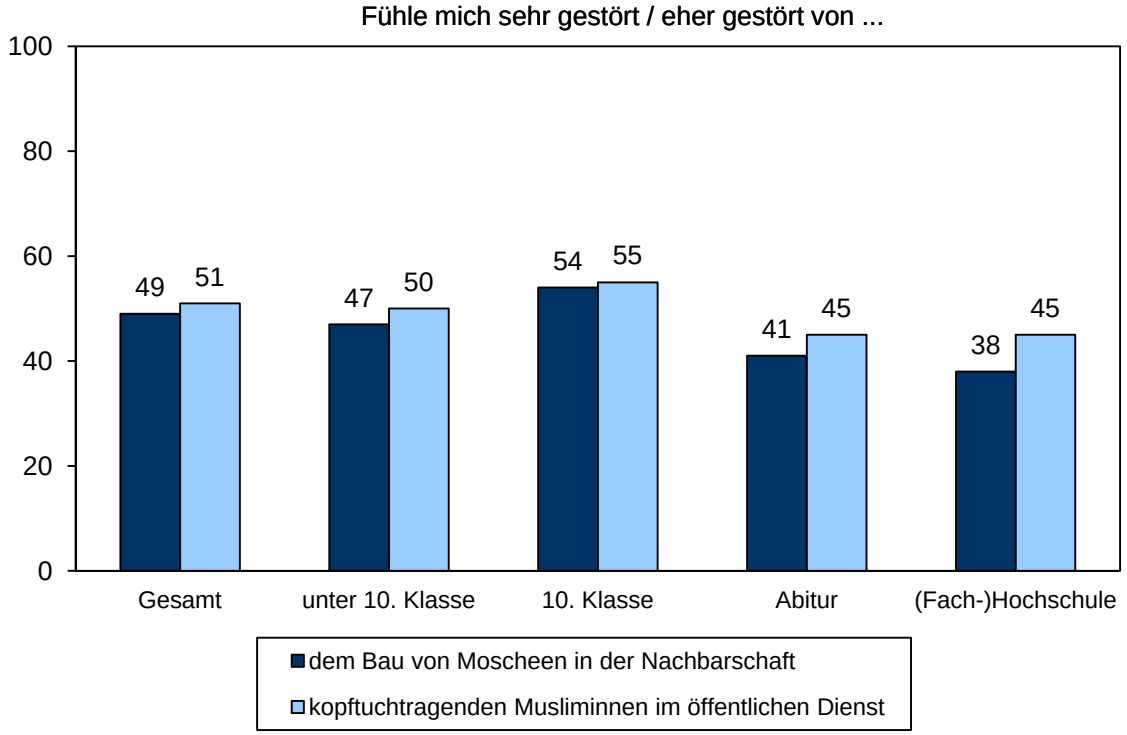
Einen Interpretationsrahmen für die vorliegenden Befunde bieten die aktuellen gesellschaftlichen Kontroversen um einen mangelnden Integrationswillen von Teilen muslimischer Zuwanderer (bzw. von hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund aus dem islamischen Kulturkreis). Wie eine Studie zu „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland (Frindte et al. 2011) gezeigt hat, können Radikalisierungstendenzen von Muslimen und ihre Abwendung von westlichen Wertmaßstäben und Lebensweisen aber auch dadurch *teilverursacht* werden, dass sich Muslime von der deutschen „Mehrheitsgesellschaft“ als negativ dargestellt und marginalisiert betrachten. Misstrauen und Ablehnung erzeugen Distanzierung und Radikalisierung – es handelt sich also um eine selbsterfüllende Prophezeiung.

Den Thüringern tritt der realexistierende Muslim oder die Muslima wohl am ehesten noch in Gestalt des Imbissbudenbetreibers, des Gemüsehändlers oder derer Angehörigen entgegen – und dies vorrangig in den Groß- und Mittelstädten. Nach o. g. Schätzungen leben weniger als 9.000 Muslime in Thüringen, also lediglich ca. 0,4 Prozent der thüringischen Bevölkerung. Wie oben gezeigt wurde, stellen „Menschen aus arabischen Ländern“ trotzdem diejenige Zuwanderungsgruppe dar, deren Zuzug die Thüringer am häufigsten beschränkt (51 Prozent) und am seltensten erleichtert (neun Prozent) sehen wollen, wenn man nach dem Zuzug verschiedener Migrantengruppen fragt. Bezeichnenderweise urteilen selbst jene Thüringer so, die eine „gefährliche Überfremdung“ Deutschlands verneinen und allgemein am seltensten Zuzugsbeschränkungen befürworten. Es ist also erkennbar, dass Xenophobie (im wortwörtlichen Sinne: die *Angst vor dem Fremden*) in Bezug auf muslimische Zuwanderer besonders ausgeprägt ist.

Da die Mehrheit der Thüringer angibt, ihr persönliches Verhältnis zu anderen Kulturen sei am stärksten durch die Begegnung mit Menschen aus diesen Kulturen geprägt, ist es sinnvoll zu untersuchen, inwieweit sich die Thüringer durch muslimisches Leben gestört fühlen. Der Bau von Moscheen in der Nachbarschaft und das Tragen von Kopftüchern durch Musliminnen im öffentlichen Dienst (z. B. Lehrerinnen) sind starke, religiös und kulturell symbolhafte Handlungen, über deren Legitimität im Kontext der Islamisierungs- bzw. Islamismusgefahr in Deutschland heftig diskutiert wird und deren legaler Status laut den Forderungen nicht nur rechtspopulistischer Kreise zu ändern sei; man erinnere sich nur an die äußerst medienwirksamen Auseinandersetzungen um die Initiative „Pro NRW“ gegen den Moscheenbau in Köln. In Thüringen indes gibt es derzeit weder bekannte Pläne zum Neubau muslimischer Gotteshäuser noch konkrete Hinweise auf muslimische Lehrerinnen, die im Schuldienst Kopftuch tragen. Im Übrigen

meinen über die Hälfte der Thüringer, dass Zuwanderer ihren Lebensstil beibehalten dürfen sollten, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet. Vor diesem Hintergrund erstaunt das Maß, in dem sich die Thüringer dennoch durch Moscheenbau und kopftuchtragende Lehrerinnen gestört fühlen bzw. gestört fühlen würden.

Abb. 31: ***Symbole des Islams – Vorboten der Islamisierung?***
(in Prozent)



„Eher gestört / sehr gestört“ von beiden symbolträchtigen Aspekten fühlen sich selbst ein Drittel derjenigen Thüringer, die Zuwanderern zugestehen, ihren Lebensstil beizubehalten, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet. Diese Inkonsistenz der Einstellungsmuster weist auf diffuse Ängste und die Wirkung medialer Projektionen hin. Bemerkenswerterweise ist das Empfinden der Thüringer zu Moscheenbau und kopftuchtragenden Lehrerinnen nur schwach nach dem Bildungsgrad differenziert (Abb. 31). In ähnlicher Weise sieht fast die Hälfte der Thüringer im Islam eine Bedrohung für die westliche Demokratie und glaubt *nicht*, dass Muslime die im Grundgesetz festgeschriebenen Werte akzeptieren; jene Einstellungen werden allerdings wieder stärker durch Bildung moderiert. Die Angst vor Islamismus und Terror kann somit als ein entscheidendes Motiv für die Ablehnung bzw. Skepsis gegenüber muslimischer Zuwanderung auch in Thüringen betrachtet werden. Auch die Akzeptanz von muslimischen Nachbarn in der eigenen Wohnumgebung ist davon abhängig: eine negative Bewertung von Moscheenbau und kopftuchtragenden Angehörigen des öffentlichen Dienstes ist statistisch noch stärker mit einer negativen Bewertung von Nachbarschaft durch Zuwanderer aus „arabischen Ländern“ verbunden als die Forderung, Zuwanderungsregelungen einzuschränken. Im Übrigen handelt es sich bei der Zurückweisung stark expres-

siver islamischer Religiosität nicht um einen „Säkularismus-Effekt“: Die Konfession bzw. Konfessionslosigkeit der Befragten besitzt keine statistische Erklärungskraft.

Die Robustheit des empirischen Befundes macht plausibel, dass weiten Teilen der Bevölkerung die Diskrepanz zwischen den verschiedenen Einstellungsdimensionen nicht bewusst ist: Es ist nicht untypisch, auf abstrakter Ebene Migration und Integration gutzuheißen und bei konkreterer Kontextualisierung deutliche Vorbehalte an den Tag zu legen. Aus sozialpsychologischer Perspektive ist es wahrscheinlich, dass aus solchen diffus-ambivalenten Einstellungsmustern ebenso unklare Handlungsorientierungen abgeleitet werden, die eher zu Passivität gegenüber Diskriminierung (beispielsweise im Sinne von Praktiken der Stigmatisierung, Entsolidarisierung und Exklusion von Minderheiten) führen und hinsichtlich anderer ethnischer und kultureller Gemeinschaften generalisiert werden könnten. Paradoxerweise würde dies deutlich zur Verschlechterung des interkulturellen Klimas im Freistaat führen, das nach Einschätzung der meisten Thüringer ja eher gut ist. Islamfeindlichkeit *als Einstellungsdimension innerhalb des Rechtsextremismus* soll im Kapitel IV.4 weiter untersucht werden.

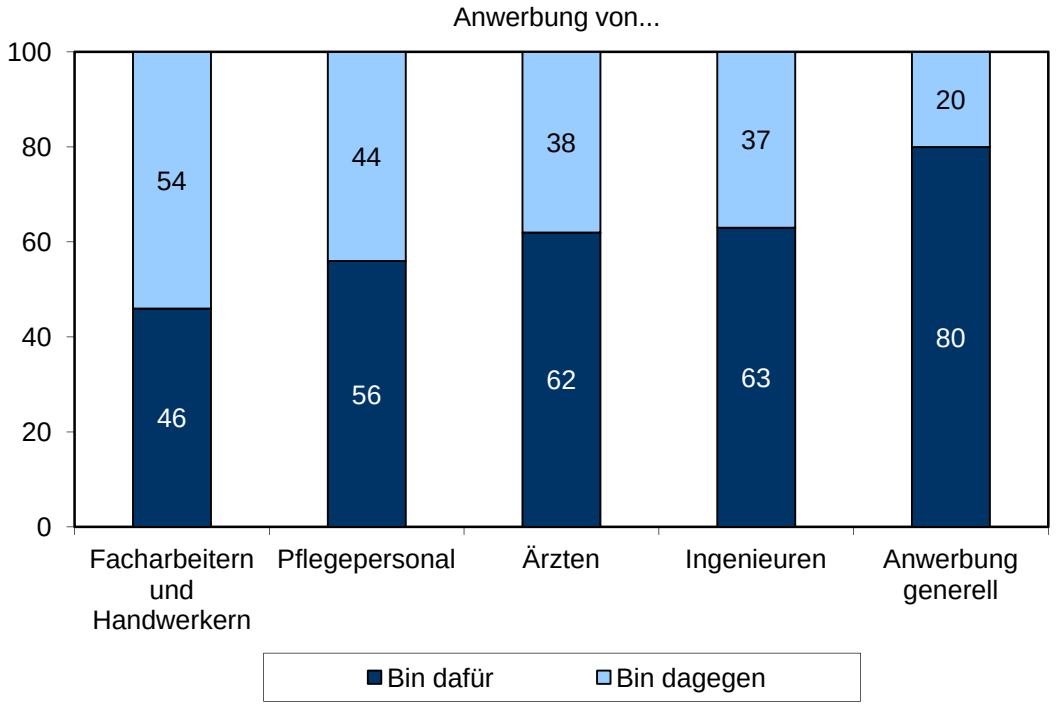
3.7 Anwerbung und Akzeptanz ausländischer Arbeitskräfte

Wie bereits diskutiert wurde, basiert die Bewertung von Zuwanderung auf der Antizipation von Rollen, die Zuwanderer in unserer Gesellschaft ausüben. Deswegen wurde im Rahmen der Befragung zum THÜRINGEN-MONITOR auch gezielt die Akzeptanz von Arbeitsmigranten untersucht. Genauer wurde nach der Befürwortung oder Ablehnung der (potentiellen) Anwerbung von Arbeitskräften im Ausland gefragt, mit der der Mangel in bestimmten Segmenten des Arbeitsmarktes bekämpft werden könnte. Dabei ist es für die Bewertung der Anwerbung zunächst nicht ausschlaggebend, ob diese tatsächlich gängige Praxis deutscher Unternehmen oder Inhalt thüringischer und deutscher Arbeitsmarktpolitik ist, sondern inwieweit die Thüringer eine Notwendigkeit als gegeben betrachten bzw. Gründe für eine ablehnende Haltung gegenüber Arbeitskräften, die aus dem Ausland in den deutschen Arbeitsmarkt eintreten, bedenken. Betont sei in diesem Zusammenhang, dass mit ca. 57 Prozent die meisten Thüringer der Meinung sind, Zuwanderer trügen „zur Sicherung unserer Renten bei“. Doch beinahe die Hälfte der Thüringer ist auch der Auffassung, dass der Wettbewerb auf den Weltmärkten dazu führe, „dass bei uns die Arbeitslosigkeit zunimmt“; viele betrachten also die zunehmende Internationalisierung und Globalisierung auch unter dem Aspekt der Zunahme von Arbeitsplatzrisiken. Wenn nun Fachkräfte aus dem Ausland gezielt angeworben würden, würde dies möglicherweise als konkurrenzverschärfend d. h. als Beeinträchtigung eigener Arbeitsmarktchancen empfunden, anstatt unter den Gesichtspunkten gesellschaftlichen Bedarfs bzw. gesamtwirtschaftlichen Nutzens betrachtet werden.

Dementsprechend ergibt sich hinsichtlich der Einstellungen gegenüber der Anwerbung von Arbeitskräften im Ausland ein ambivalentes Bild (Abb. 32): Während grundsätzlich vier von fünf Befragten eine Anwerbung als nützlich begrüßen, fördert die gezielte Thematisierung bestimmter Fachkräftegruppen ablehnende Einstellungen zutage, die nach Qualifikation, Erwerbstätigkeitsstatus und Berufsgruppen der Thüringer differenziert sind und dabei ein in sich konsistentes Muster bilden. Pauschal wird eine Anwer-

bung befürwortet, doch ist die jeweilige Einstellung gegenüber der Anwerbung konkreter Fachkräftegruppen offenbar durch eine Abwägung von Chancen und Opportunitätsstrukturen geprägt, d. h. sie ist erkennbar an die Bewertung der sozialen und wirtschaftlichen Lage, der eigenen Situation sowie einer (eventuellen) Konkurrenzsituation und der (potentiellen) *Konkurrenzfähigkeit* auf dem Arbeitsmarkt gekoppelt. Daneben sind abstraktere Überzeugungen über die gesellschaftlichen Effekte von Arbeitsimmigration von Bedeutung.

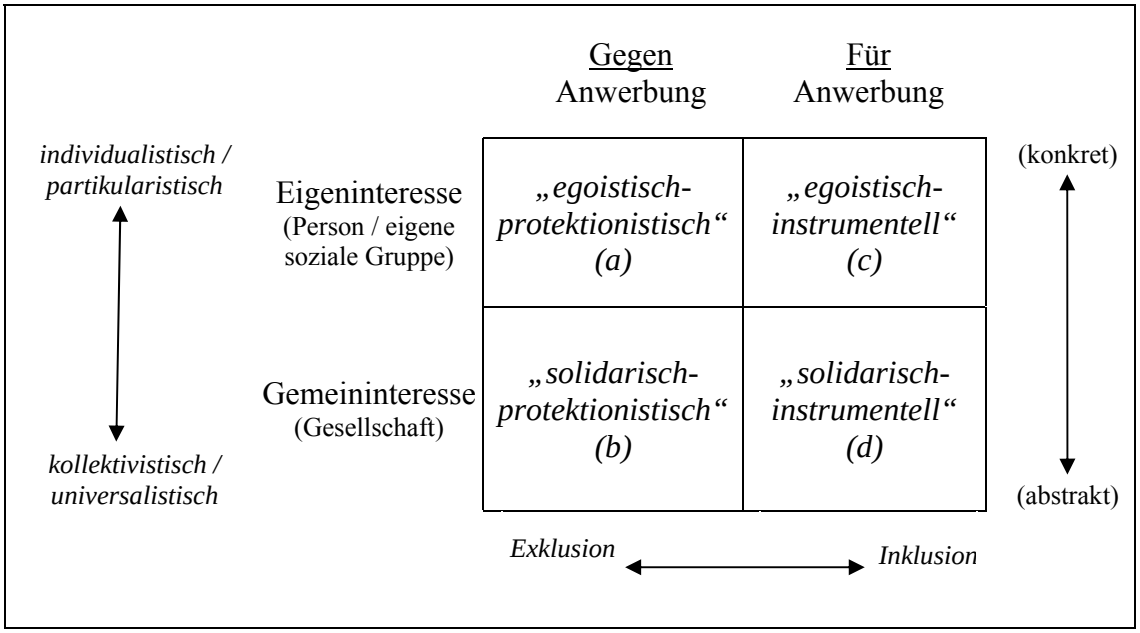
Abb. 32: ***Anwerbung von Arbeitskräften im Ausland***
(in Prozent)



Wenn man der Beurteilung der Anwerbung von Arbeitskräften ein rationales Entscheidungskalkül (der Nützlichkeit) zugrunde legt, d. h. ein utilitaristisches Interpretationsschema wählt, lässt sich eine Typologie unterschiedlicher Motivlagen entwerfen (Abb. 33). Eine normative Wertung dieser Motivlagen liegt uns dabei fern. Ein *negatives* Kalkül muss keineswegs rein „egoistisch-protektionistisch“ *(a)* motiviert, d. h. auf die Abwehr einer vermeintlichen Beeinträchtigung *eigener* sozialer Rechte (bzw. *partikularer* Interessen der *eigenen* soziale Gruppe) bezogen sein. Es ist im Sinne einer abstrakteren *Kollektiv*orientierung auf das gesellschaftliche Gemeinwohl auch als „solidarisch-protektionistisch“ (b) motiviert interpretierbar, wenn beispielsweise vermeintlich drohende *volkswirtschaftliche Nachteile* und/oder negative Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt mit der Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland assoziiert werden. Im Umkehrschluss wäre eine *positive* Haltung gegenüber der Anwerbung von Arbeitskräften bei konkretem persönlichen Vorteil als „egoistisch-instrumentell“ (c) motiviert und bei abstrakterer Orientierung auf das gesellschaftliche Gemeinwohl als „solidarisch-instrumentell“ (d) motiviert zu kennzeichnen. Sämtliche, auch widersprüchlich anmutende, Kombinationen dieser vier Motivlagen sind denkbar und empirisch nach-

weisbar. Sie konstituieren die hohe Selektivität und Differenzierung in der Beurteilung der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte.

Abb. 33: Typologie der Motive für positive und negative Einstellungen zur (Arbeits-)Migration



Mitunter evozieren ähnlich „protektionistische“ Kollektivorientierungen rasch und nicht von ungefähr Assoziationen zu den Losungen rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien (‚Arbeit zuerst für Deutsche‘ usw.). Statt jedoch vorschnell nationalistische bzw. ethnozentrische Motive zu unterstellen, kann das „solidarisch-protektionistische“ Element der Ablehnung von Arbeitsmigration im Kontext der o. g. *hohen regionalen Identifikation der Thüringer* auch positiv gedeutet werden.

Eine Ablehnung der Arbeitskräfteanwerbung wird dann wahrscheinlicher, wenn die Beschneidung der *eigenen* sozialen Partizipationschancen als Folgewirkung antizipiert wird („egoistisch-protektionistisch“) und/oder wenn die Anwerbung vermutlich eine Verschärfung der Arbeitsmarktsituation zu Ungunsten heimischer Arbeitnehmer (insbesondere der Facharbeiter und Handwerker) mit sich brächte („solidarisch-protektionistisch“). „Solidarisch-protektionistisches“ Denken ist beispielsweise bei Rentnern und Pensionären verbreitet, die immerhin zu 17 Prozent die Anwerbung von Arbeitskräften generell ablehnen, obwohl sie persönlich keine Arbeitsmarktkonkurrenz fürchten müssen, obwohl sie potentiell von Arbeitsmigranten aller Art (als Beitragszahlern für soziale Rentenfonds, Krankenversicherungen) profitieren könnten und obwohl sie ganz konkret z. B. an der Anwerbung von Fachpersonal zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der medizinischen Versorgung interessiert sein sollten. Rund zwei Drittel der Rentner und Pensionäre befürworten tatsächlich die Anwerbung von Ärzten und Pflegepersonal. Das überdurchschnittliche Maß an Zustimmung indiziert dabei das Vorliegen „egoistisch-protektionistischer“ Motive. Andererseits lehnt mehr als die Hälfte der Rentner und Pensionäre auch die Anwerbung von Facharbeitern und Handwerkern

ab. Berufstätige (vor allem Arbeiter), Auszubildende und Arbeitslose sprechen sich nachvollziehbarerweise sehr häufig gegen die Anwerbung von Arbeitskräften (vor allem Arbeitern) aus, doch befürworten auch sie mehrheitlich die Anwerbung von Ärzten. Eine Anwerbung von Pflegepersonal wird allerdings von der Mehrheit der Arbeitslosen und Auszubildenden abgelehnt, was einerseits mit dem Arbeitsmarktkalkül der Angehörigen beider Erwerbstätigkeitskategorien und andererseits mit dem jugendlichen Durchschnittsalter der (von der Pflegeproblematik i. d. R. nur peripher betroffenen) Auszubildenden erklärt werden kann. Erwerbstätige wiederum, die häufiger bereits der älteren Generation angehören und damit wahrscheinlicher den Pflegenotstand aus dem Verwandtschafts- und Bekanntenkreis oder sogar in eigener Konsequenz (Doppelbelastung durch Beruf und zu pflegendes Elternteil) kennen, befürworten mehrheitlich die Anwerbung von Pflegekräften. Generell ist eine Befürwortung der Anwerbung von Arbeitskräften somit dann wahrscheinlich, wenn keine konkrete *negative* Betroffenheit bezüglich der eigenen sozialen Partizipationschancen antizipiert wird („egoistisch-instrumentell“) und/oder ein positiver Effekt der Anwerbung für das *gesellschaftliche Gemeinwohl* und/oder im Sinne eines persönlichen Vorteils anzunehmen ist, vor allem in solchen Beschäftigungsfeldern, in denen ein Fachkräftemangel und dessen Konsequenzen Gegenstand öffentlicher Diskussionen sind (Ärzte, Ingenieure) („solidarisch-instrumentell“). Ärzte, Pflegepersonal und Ingenieure selbst bilden im Übrigen einen so geringen Teil der Angestellten- bzw. Selbständigen-Berufsgruppen, dass über ihre möglicherweise ablehnende Haltung gegenüber Arbeitsmigranten aus „egoistisch-protektionistischen“ Motiven in der vorliegenden Untersuchung keine Aussage getroffen werden kann. Eine „Solidarisierung“ der Selbständigen, Freiberufler und höheren Angestellten bzw. leitenden Beamten mit deutschen Ärzten und Ingenieuren in Form einer Ablehnung der Anwerbung ausländischer Ärzte und Ingenieuren scheint jedenfalls nicht stattzufinden. Es ist erkennbar, dass die Anwerbung von Ingenieuren bei den Thüringern ein generell hohes Maß der Zustimmung findet, was auf die öffentliche Berichterstattung über den Mangel an hochqualifizierten technisch-naturwissenschaftlichen Fachkräften in der deutschen Wirtschaft zurückzuführen sein dürfte.

Schließlich sei noch erwähnt, dass die überwiegende Mehrheit der (berufstätigen) Thüringer ein unproblematisches Verhältnis gegenüber ausländischen Arbeitskollegen (94 Prozent) und Vorgesetzten (85 Prozent) haben; es sei nämlich belanglos, ob diese Funktionen von Deutschen oder Ausländern ausgeübt werde. Es ist bezeichnend, dass beide Zustimmungswerte bei den 41 Prozent der berufstätigen Thüringer, die tatsächlich zugewanderte Kollegen haben (dies sind ca. 22 Prozent aller Thüringer), sogar noch höher liegen (Arbeitskollegen: ca. 98 Prozent, Vorgesetzte: 90 Prozent). Für sie ist insbesondere die Frage nach der Nationalität des Vorgesetzten noch häufiger irrelevant als für Erwerbstätige ohne zugewanderte Kollegen. Dies zeigt einmal mehr, dass auch durch Kontakte in der Arbeitswelt Ressentiments abgebaut werden können. Jemand, für den die Frage der Nationalität im Umgang mit Bezugspersonen zunehmend keine Rolle mehr spielt, wird auch gegenüber Fremden weniger Vorbehalte haben – sei es in privaten oder in beruflichen Kontexten.

Im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS wurde konkret zwar nur nach der *Anwerbung* von Arbeitskräften im Ausland gefragt, es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass Zuwanderer *per se* in ihrer sozialen Rolle als (potentielle) Arbeitskräfte wahrgenommen und bewertet werden. Deshalb schlagen wir vor, o. g. Überlegungen zu den differenzierten Motiven der Beurteilung von *Arbeits*migration – mit einer gewissen Vorsicht, aber auch einiger Plausibilität – auf Motive der Beurteilung von Migration zu generalisieren. Auch wenn die Diagnose eines utilitaristischen bzw. „protektionistisch-instrumentellen" Kalküls bei der Beurteilung von Migration zunächst wenig schmeichelhaft klingen mag, liegt dieser Diagnose doch eine betonenswert positive Konsequenz inne: Auch die *negativen* Einstellungen gegenüber Migration in Teilen der Thüringer Bevölkerung besäßen nach unserer Lesart zum Großteil eher diesen „protektionistisch-instrumentellen" *Charakter,* als dass sich Hinweise auf die massive Durchdringung mit *ideologisierten Überzeugungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* bzw. auf die Verfestigung rechtsextremer Ideologeme böten. Der Verbreitung jener negativen Einstellungen kann also von Seiten der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure insofern entgegengewirkt werden, dass man den Bedürfnissen, den Bedenken und auch den Ängsten in der Bevölkerung Rechnung trägt und dies in angemessener Weise kommuniziert.

Wenngleich (subjektive und reale) *relative Deprivation* für ablehnende Haltungen gegenüber Migranten zu prädestinieren scheint und eine ausgeprägte statistische Beziehung vorliegt, kann die Ursache für kritische bzw. negative Einstellungen gegenüber Migration und Integration sicher nicht auf eine empfundene soziale Benachteiligung (Deklassierung) oder auf die Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen und politischen Institutionen der Bundesrepublik reduziert werden. Vielmehr müssen auch die aufgezeigten Aspekte kultureller Prägung und gesellschaftlicher Grundüberzeugungen bedacht werden, um die bemerkenswert *weitverbreitete Skepsis und Ablehnung in der gesellschaftlichen Mitte* zu verstehen.

4. Zusammenfassung

Thüringen ist internationaler geworden – darin sind sich die Thüringer einig. Doch war zu untersuchen, inwiefern das bedeutet, dass die Thüringer in Europa und der Welt angekommen sind – und wie die Auswirkungen der Europäisierung und Internationalisierung im Freistaat selbst eingeschätzt werden. Auf einer recht abstrakten Ebene werden sowohl positive als auch negative Aspekte der zunehmenden supranationalen Verflechtungen wahrgenommen, darunter erhöhte Chancen und Risiken des Wettbewerbs für heimische Unternehmen. So denkt eine Mehrheit einerseits, dass die internationale Verflechtung den Spielraum für politische Entscheidungen in unserem Land zu stark einschränke – doch sind 80 Prozent der Thüringer der Ansicht, dass der Wettbewerb auf den Weltmärkten die Absatzchancen thüringischer Produkte im Ausland erhöhe. Ein summarisches Urteil über die Globalisierung fällt desto positiver aus, je stärker die Thüringer an den positiven Aspekten durch ihre eigene soziale Lage, ihre Qualifikation und eine (oftmals jugendliche) Mobilitätsneigung bzw. Mobilitätserwartung partizipieren

können. Geringer qualifizierte und erwerbslose Thüringer tendieren indessen dazu, die negativen Auswirkungen von Internationalisierungstendenzen (insbesondere bzgl. eines angenommenen Abbaus heimischer Arbeitsplätze) stärker zu betonen, was mit ihrer vergleichsweise prekären Arbeitsmarktsituation und ihren geringen Mobilitätschancen begründet werden muss.

Auch interkulturelle Kompetenz sowie Einstellungen zur Interkulturalität und Integration sind eindeutig mit dem Bildungsgrad assoziiert. Auch deswegen sind sie in Alters- und Berufsgruppen unterschiedlich ausgeprägt. Höhere Sprachkompetenz, die Nutzung des Internets als Medium der interkulturellen Kommunikation und die potentielle Bereitschaft, seinen Heimatort, Thüringen und Deutschland auch – bei ausgesprochener Verbundenheit – in Richtung Ausland zu verlassen, sind damit alles Attribute und Einstellungsmuster, die in besonderem Maße der Jugend zugeschrieben werden können. Je höher qualifiziert die Thüringer sind (und je gehobeneren Berufsgruppen sie angehören), desto höher ist ihre Orientierung über den regionalen und nationalen Kontext hinaus; sei es hinsichtlich privater bzw. beruflicher Kontakte zu Familienmitgliedern, Freunden oder Bekannten, die im Ausland leben, eigener Auslandsaufenthalte oder hinsichtlich der positiveren Bewertung von Internationalisierung und Europäisierung, auch was die damit verbundenen individuellen Chancen und Auswirkungen anbetrifft.

Solche Grundorientierungen und eigene biographische Erfahrungen sind mit dafür ausschlaggebend, wie Zuwanderung, ethnische und kulturelle Vielfalt und auch interreligiöses Zusammenleben – mal konkreter, mal abstrakter – von den Thüringern beurteilt werden. Insgesamt zeichnet sich dabei ein ambivalentes Einstellungsbild ab: Offenbar ist die grundsätzliche Befürwortung von Zuwanderung und Migration nicht nur politischer, sondern auch gesellschaftlicher Konsens in Thüringen. Doch oftmals schließt die positive Beurteilung eines bestimmten Aspektes der Zuwanderung und Integration die kritische Beurteilung bzw. Ablehnung eines anderen keineswegs aus. Während die Thüringer gegenüber Zuwanderung im Allgemeinen mehrheitlich positiv eingestellt sind und Immigranten mehrheitlich auch umfassende soziale und politische Rechte zugestehen, gibt es beispielsweise deutlich nach sozialstrukturellen und ökonomischen Kontexten differenzierte negative Auffassungen hinsichtlich der Akzeptanz von Zuwanderern in der Nachbarschaft oder als Arbeitskräfte in Deutschland, die sich paradoxerweise jedoch bisher nur selten oder gar nicht aus den eigenen Erfahrungen im Alltag herleiten. Besonders kritisch sind die Thüringer offenbar, was die Integrationsfähigkeit und den Integrationswillen von Muslimen anbetrifft, da Symbole muslimischen Lebens, die als Vorboten einer Islamisierung interpretiert werden könnten, auf deutliche Ablehnung stoßen. Durch den geringen Anteil muslimischer Mitbürger in Thüringen lässt sich von einem „antimuslimischen Ressentiment ohne Muslime“ sprechen, das mit der für Ostdeutschland beschriebenen „Ausländerfeindlichkeit ohne Ausländer“ korrespondiert ohne dass beide Phänomene austauschbar oder ursächlich gleich sind, wie noch im Kapitel zum Rechtsextremismus (IV.4) weiter zu diskutieren sein wird.

Es ist bezeichnend, dass kulturelle Ressentiments und Stereotype gerade in jenen Bevölkerungsteilen eine starke Wirkung entfalten, die vergleichsweise wenig Erfahrung mit Internationalität haben, da sie auch ein geringeres Maß an interkulturellen Kompe-

tenzen für sich beanspruchen können. Dies betrifft insbesondere geringer Qualifizierte, die gleichzeitig tendenziell weniger weltoffen sind und eine geringere Mobilitätsneigung besitzen. Als Erklärungsfaktoren für immigrations- und integrationsskeptische Einstellungsmuster innerhalb der thüringischen Bevölkerung lassen sich eindeutig Indikatoren der Deprivation identifizieren: Arbeitslosigkeit, geringer Bildungsgrad und die negative Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Situation führen zu stärkerer Reserviertheit gegenüber Zuwanderern generell und der Ablehnung von Migranten in der Nachbarschaft. Im Umkehrschluss dazu ist klar erkennbar, dass Bildung, Beschäftigung und soziale Sicherheit dazu beitragen können, gegen immigrations- und integrationsfeindliche Einstellungen zu immunisieren, da sie Perspektiven der Offenheit, Toleranz und Akzeptanz eröffnen. Eine weitverbreitete, diffuse Skepsis hinsichtlich der Integration existiert jedoch in allen Teilen der thüringischen Bevölkerung. Wie anhand der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte illustriert wurde, hängt die ambivalente Einstellung zur Arbeitsmigration nicht nur mit der eigenen sozio-ökonomischen Lage und der subjektiven Beurteilung derselben zusammen, sondern auch mit der wirtschaftlichen Gesamtlage bzw. Konjunkturentwicklung, wobei Migration im Kontext eines „protektionistischen“ bzw. „instrumentellen“ Nützlichkeitskalküls bewertet werden kann. Wie andere Untersuchungen zeigen (Heitmeyer 2010a,b), birgt die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise Gefahren der Entsolidarisierung und gesellschaftlichen Desintegration, die insbesondere den Umgang mit Minderheiten betreffen. Unter diesen Vorzeichen können auch extreme Einstellungen in die gesellschaftliche Mitte diffundieren.

Aufgrund des begrenzten Umfangs des vorliegenden Forschungsberichtes ist es nicht möglich gewesen, der Komplexität der untersuchten sozialen Sachverhalte Internationalisierung, Interkulturalität, Migration und Integration voll gerecht zu werden. Ebenso wenig konnten die multivariat-statistischen Analysen dargestellt werden, die unseren Befunden teilweise zugrunde liegen. Es dürfte jedoch bereits deutlich geworden sein, dass wichtige Zusammenhänge zwischen den Einstellungen der Thüringer zur Migration bzw. Integration und ihren Einstellungen bezüglich der demokratischen Gesellschaft bzw. möglichen radikalen politischen Orientierungen bestehen, die Gegenstand der nachfolgenden Kapitel sind.

IV. Demokratie: Einstellungen und Engagement

Der Bestand demokratischer Ordnungen beruht auf der Zustimmung und Beteiligung der Bürger. Die Regeln der Verfassung, so wohlgesetzt sie auch sein mögen, reichen nicht aus, eine Demokratie zu begründen und in ihrer Fortdauer zu sichern, wenn sich das politische Gemeinwesen nicht auf einen demokratischen Grundkonsens und das Engagement der Beteiligten stützen kann.

Die Erforschung politischer Kultur, in deren Tradition auch der THÜRINGEN-MONITOR steht, wendet sich deshalb nicht in erster Linie der Wirksamkeit staatlicher Institutionen zu. Vielmehr steht das Verhältnis der Bürger zur Politik im Mittelpunkt. Damit soll die subjektive Dimension der Politik erfasst werden, die über die Einstellungen und Werthaltungen gegenüber den politischen Institutionen, Verfahren und Akteuren (Fuchs 2002: 35) die Verfassungswirklichkeit einer politischen Gemeinschaft entscheidend mitprägt (Fuchs / Roller 2004: 31). Mit Blick auf das diesjährige Schwerpunktthema wird dieser Zusammenhang deutlich: Selbst bei gesetzlich garantierten Asylrechten, bei staatlich finanzierten Sprach- und Integrationskursen oder bei kommunal geförderten interkulturellen Begegnungen wird die Offenheit eines Gemeinwesens von den Einstellungen seiner Bürger gegenüber dem Neuen und Fremden bestimmt.

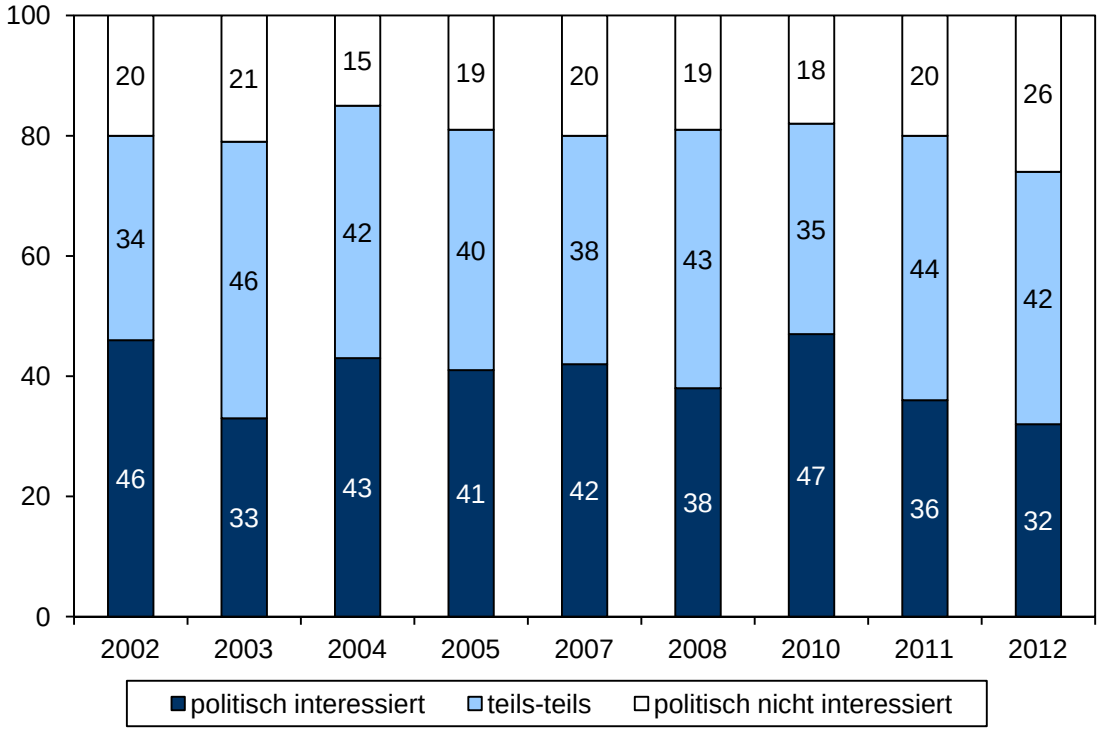
1. Einstellungen zur Demokratie

Eine Voraussetzung für die demokratische Beteiligung ist das Interesse an Politik. Hier zeigt sich seit dem Nachwahljahr 2010 eine deutliche Abnahme; 2012 ist das politische Interesse so niedrig wie nie zuvor seit Beginn des THÜRINGEN-MONITORS. Mit 32 Prozent sehr stark oder stark an Politik Interessierter wurde die bisherige Tiefstmarke von 33 Prozent (2003) noch unterschritten, zugleich hat der Anteil von 26 Prozent politisch nicht Interessierter gegenüber den Vorjahren einen Höchststand erreicht (Abb. 34). Zwar liegen die Zahlen des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS für das politische Interesse im Bereich vergleichbarer Daten für Ost- und Westdeutschland (z. B. ALLBUS 2010), doch ist die Entwicklung des politischen Interesses in Thüringen eine beunruhigende Entwicklung, wenn sie als Rückzug der Bürger aus der politischen Arena gedeutet werden kann.

Der Grad des politischen Interesses variiert mit der Bildung der Befragten und ihrer beruflichen Position, wobei insbesondere Thüringer mit hohen Bildungsabschlüssen ein deutlich größeres politisches Interesse offenbaren als Befragte mit niedrigerer Bildung. Fast zwei Drittel der Befragten mit (Fach-)Hochschulabschluss bezeichnen sich als politisch interessiert, gegenüber knapp einem Drittel der Befragten mit Abitur oder mit Schulabschluss der zehnten Klasse sowie 22 Prozent der Befragten mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss. Stärkeres politisches Interesse geht darüber hinaus

auch mit einer höheren beruflichen Stellung einher. Zu den stark und sehr stark Interessierten zählen Beamte, höhere Angestellte und freiberuflich Tätige. Zwischen rund 50 bis 70 Prozent von ihnen fallen in diese Kategorien. Damit zeigt sich einmal mehr die Bedeutsamkeit des sozioökonomischen Hintergrundes für die grundlegende Offenheit gegenüber politischen Themen. Aber auch das Geschlecht hat einen Einfluss auf das politische Interesse. So sind 44 Prozent der Männer stark an Politik interessiert, bei den Frauen sind es nur 21 Prozent. Dabei ist der Effekt des Geschlechts keine Nebenfolge des Bildungsdifferentials: Dass Männer stärker an Politik interessiert sind, zeigt sich in allen Bildungsschichten.

Abb. 34: ***Politisches Interesse 2002–2012***
(in Prozent)



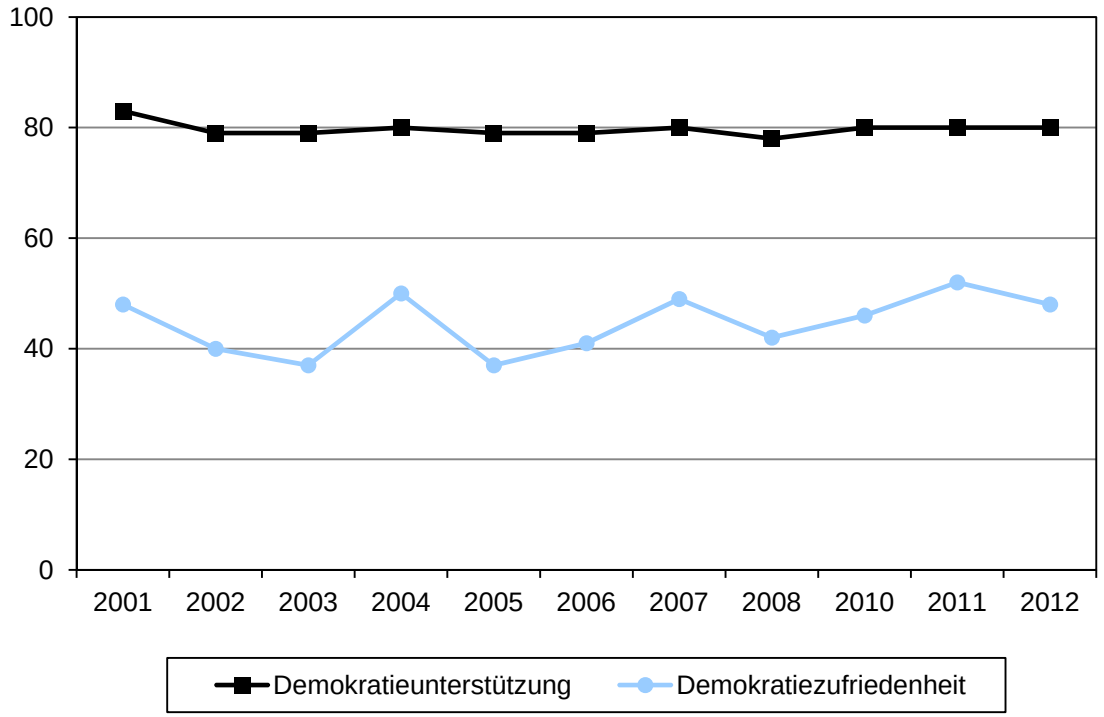
Hinweis: Die Kategorien „stark“ und „sehr stark an Politik interessiert“ wurden zu „politisch interessiert“ und die Kategorien „wenig“ und „überhaupt nicht an Politik interessiert“ wurden zu „politisch nicht interessiert“ zusammengefasst.

Das politische Interesse hängt auch mit der Einschätzung des eigenen Verständnisses für politische Fragen zusammen. Je stärker das Interesse für Politik ausgeprägt ist, desto sicherer fühlt man sich auch in seinem politischen Urteil. Nur einer von zwanzig Befragten, die starkes politisches Interesse bekunden, gibt an, für politische Fragen ein weniger gutes Verständnis zu haben. Dieser Zusammenhang hat – wie zu zeigen sein wird – auch Konsequenzen für die Bereitschaft zu eigener politischen Beteiligung.

Die Bewertung der Demokratie kann sich auf unterschiedliche Aspekte beziehen. Nach der klassischen Definition unterscheiden Almond und Powell hier kognitive, affektive und evaluative Komponenten (Berg-Schlosser 2004: 11). Diese Unterscheidung aufgreifend, fragt der THÜRINGEN-MONITOR nach der Einschätzung der Demokratie im Ver-

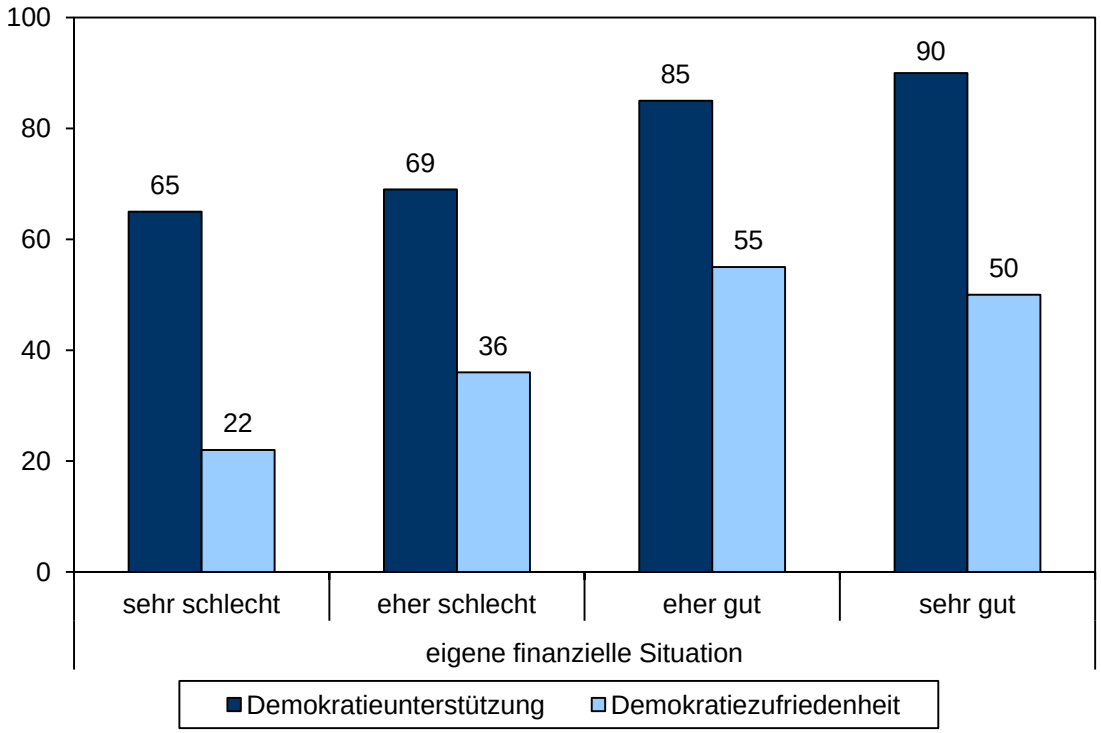
gleich zu anderen Staatsformen („Demokratieunterstützung“), sowie nach der Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie aktuell funktioniert („Demokratiezufriedenheit“).

Abb. 35: ***Demokratieunterstützung und -zufriedenheit 2001–2012***
(in Prozent)



Seit der ersten Messung fällt die prinzipielle Unterstützung der Demokratie über die Erhebungsjahre sehr ähnlich aus. Auch 2012 sind – wie in den Vorjahren – vier von fünf Personen der Überzeugung, dass die Demokratie die beste Staatsidee sei (Abb. 35), wobei Skepsis gegenüber der Demokratie noch am ehesten von Befragten ohne Abitur, mit niedrigerem Berufsstatus sowie Arbeitslosen geäußert wird. Doch selbst in diesen Gruppen unterschreitet der Anteil der Demokratieunterstützung nicht den Wert von 66 Prozent. Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der Praxis liegt demgegenüber deutlich unter der Demokratieakzeptanz und erreicht 2012 48 Prozent. Auch beobachten wir bei diesem Indikator größere Schwankungen. Wurde im letzten THÜRINGEN-MONITOR bei der Demokratiezufriedenheit ein Höchststand von erstmals mehr als der Hälfte der Befragten ermittelt, konnte dieser Wert 2012 nicht gehalten werden. Der Blick auf die lange Messreihe seit 2001 zeigt aber, dass das Absinken vom letzten Höchststand in diesem Jahr mit vier Prozentpunkten schwächer ausfiel als in den Jahren 2002, 2005 oder 2008. Sieht man von den bisherigen Höchstständen ab, so scheint sich die Demokratiezufriedenheit mittlerweile auf einem gegenüber der Mitte des letzten Jahrzehnts leicht erhöhten Niveau zu stabilisieren. Die soziale Lage der Befragten, insbesondere Arbeitslosigkeit, hat einen markanten Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit: 70 Prozent der Arbeitslosen zeigen sich unzufrieden. Auffällig ist aber auch ein hoher Anteil Unzufriedener unter den Landwirten, Selbständigen und Freiberuflern, der bei ca. 63 Prozent liegt.

Abb. 36: ***Bewertung der Demokratie nach persönlicher finanzieller Situation*** *(in Prozent)*



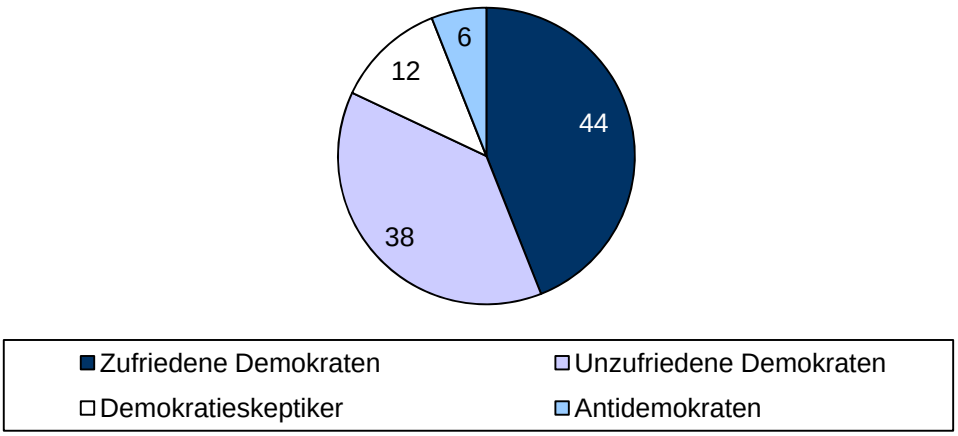
Insgesamt bestätigt sich auch für diesen THÜRINGEN-MONITOR eine Abhängigkeit der Demokratiezufriedenheit und Demokratieakzeptanz von der Einschätzung der eigenen finanziellen Lage. Befragte, die diese als gut oder sehr gut einschätzen, betrachten die Demokratie häufiger als die bessere Staatsidee und sind häufiger mit der demokratischen Praxis zufrieden (Abb. 36). Dieser Zusammenhang bestätigt einmal mehr die starke Orientierung auf die *output*-Seite des politischen Systems (Edinger / Hallermann 2004: 83). Jedoch zeigt sich hier auch ein wichtiger Unterschied zu früheren Befunden. Gerade in den neuen Ländern habe bislang „die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage […] auf die Zufriedenheit mit der Demokratie […] einen starken Einfluss“ (Pollack 2006: 5) ausgemacht. Zwar ist auch im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR dieser Zusammenhang zu beobachten, doch hat sich die Wirkungsrichtung gegenüber früheren Beobachtungen umgekehrt. Gerade jene Befragten, die die wirtschaftliche Lage in Thüringen weniger gut einschätzen, bevorzugen die Idee der Demokratie – und vice versa. Gleiches gilt für die Zufriedenheit mit der Demokratie.

Ergänzt man diese Bewertungen der Demokratie um die Frage danach, ob unter Umständen eine nationale Diktatur dem bestehenden demokratischen System vorzuziehen sei, können verschiedene Demokratietypen gebildet werden (Abb. 37).[5] Die Verteilung der Befragten auf die Kategorien der Typologie hat sich gegenüber den vergangenen

[5] Diese Taxonomie wird wie folgt gebildet: Wer die Demokratie als Staatsform bejaht und gleichzeitig zufrieden mit ihrem Funktionieren ist, fällt unter die Kategorie „zufriedener Demokraten“. Analog unterscheiden sich „unzufriedene Demokraten“ hiervon lediglich in ihrer negativen Bewertung des Funktionierens der Demokratie. „Antidemokraten“ hingegen stehen der Idee der Demokratie ablehnend gegenüber und bejahen stattdessen die Diktatur. Wer sowohl die Demokratie unterstützt, aber gleichzeitig die Möglichkeit einer nationalen Diktatur befürwortet, kann als „Demokratieskeptiker“ gelten.

Jahren wenig verändert. Gleich geblieben ist auch die hohe Bedeutung, die der individuellen wirtschaftlichen Lage für die Einstellung gegenüber der Demokratie zukommt: Je besser die eigene finanzielle Lage bewertet wird, desto größer ist die Zustimmung zur Demokratie. Auch bei der Frage, ob man sein Lebensniveau als gerecht empfindet, wird dieser Zusammenhang sichtbar: Während sich die Gruppe derjenigen, die angeben, im Leben den gerechten Anteil (oder etwas mehr) zu erhalten, zur großen Mehrheit aus zufriedenen Demokraten zusammensetzt, so dominiert bei jenen, die angeben, weniger als den gerechten Anteil zu erhalten, die Gruppe der unzufriedenen Demokraten. Auch im Hinblick auf antidemokratische Tendenzen offenbaren sich hier deutliche Unterschiede. So gehört jeder zehnte der stark deprivierten Befragten zur Gruppe der Antidemokraten; unter den Thüringern, die angeben, mehr als den gerechten Anteil zu erhalten, ist es kein Einziger.

Abb. 37: ***Demokratietypen***
(in Prozent)

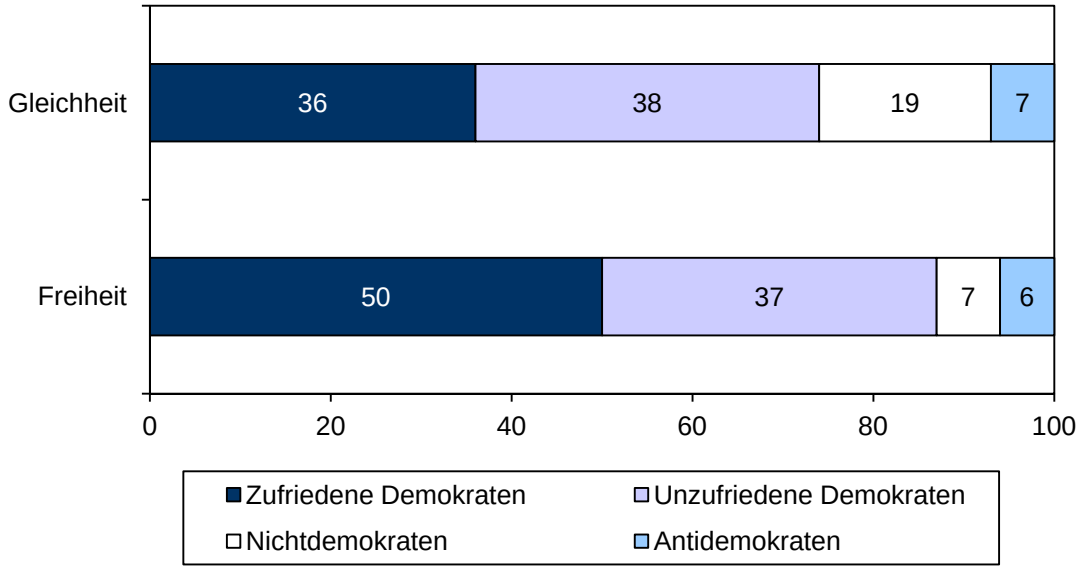


Neben der Einschätzung der Gerechtigkeit der eigenen Lebenssituation wurde im THÜRINGEN-MONITOR auch danach gefragt, welchen allgemeinen Gestaltungsprinzipien sozialer und politischer Ordnungen – Freiheit oder Gleichheit – man den Vorzug gibt: Hier zeigte sich mit 54 Prozent der Befragten ein deutlicher Vorsprung für die Freiheit, während 38 Prozent sich für die Gleichheit entschieden und acht Prozent spontan „beides gleichermaßen“ wählten. Dies ist mit Blick auf die aktuellen Diskussionen um die Implikationen der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise auf die Verteilungsgerechtigkeit ein unerwartetes Ergebnis. Es zeigt zugleich, dass sich der Nachhall der in der DDR fundamentalen Gleichheitsnorm abschwächt: Zwei Drittel der jungen Erwachsenen (18 bis 24 Jahre), aber weniger als die Hälfte der über 60-Jährigen geben der Freiheit den Vorzug. Neben dem Effekt des Alters ist ein deutlicher Zusammenhang mit dem Bildungs- und Berufsstatus erkennbar: Frauen, Inhaber niedriger Bildungsabschlüsse, Arbeitslose und Nichterwerbstätige neigen stärker der Gleichheit zu. Sie wird offenbar von Menschen in deprivierter Lage bzw. mit Deprivationsempfinden unterstützt.

Die Präferenz für Freiheit oder Gleichheit steht auch in einem signifikanten Zusammenhang mit dem Demokratieverständnis: Die Kategorien der Nicht- und Anti-Demokraten erreichen mit 26 Prozent in der Gruppe derer, die die Gleichheit wählen, einen doppelt

so hohen Anteilswert wie bei den Befragten, denen die Freiheit wichtiger ist (Abb. 38). Dieser Befund könnte zu Spekulationen über die Kompatibilität von Gleichheitsnorm und Demokratieverbundenheit anregen. Er sollte jedoch nicht den Umstand verdecken, dass auch drei Viertel der Befragten, die Gleichheit für das wichtigere Ordnungsprinzip halten, Befürworter einer demokratischen Ordnung sind.

Abb. 38: ***Demokratietypen nach Befürwortung von Freiheit bzw. Gleichheit*** *(in Prozent)*



Hinweis: Bei der Frage nach Freiheit oder Gleichheit ist die Kategorie "beides gleichermaßen" hier nicht dargestellt.

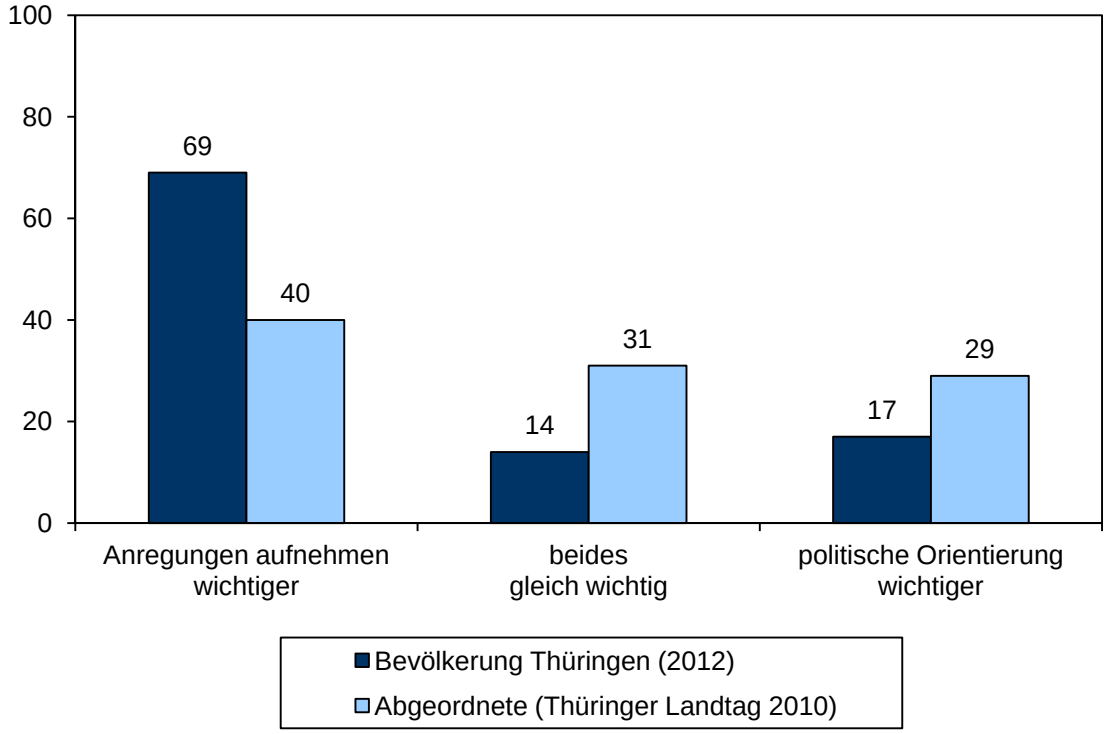
2. Repräsentationsverständnis und Institutionenvertrauen

Wenn von Demokratie die Rede ist, kann Vieles gemeint sein. In unserem Verfassungsrahmen prägt sie sich als repräsentative Demokratie aus, in der die Gesetzgebung, die Bildung und die Kontrolle der Regierung an vom Volk gewählte Parlamentarier delegiert sind. Repräsentation bedeutet damit Delegation nicht nur bestimmter Personen, sondern auch wichtiger Souveränitätsrechte in und an die Parlamente. Damit entsteht ein Differential zwischen Wählern und Gewählten, das sich durchaus als ein Spannungsverhältnis darstellen kann. Dies zeigt sich auch in den Befunden des THÜRINGEN-MONITORS, in dem danach gefragt wurde, ob es wichtiger sei, dass Politiker die Anregungen der Bürger aufgreifen, oder dass sie den Bürgern Orientierung bieten.

Die gleiche Frage wurde 2010 im Zuge einer bundesweiten Abgeordnetenbefragung der Friedrich-Schiller-Universität Jena an die Mitglieder des Thüringer Landtags gestellt, von denen sich 75 an der Befragung beteiligten (Best / Vogel 2011: 122-123). Die Antwortmuster beider Untersuchungsgruppen weichen deutlich voneinander ab (Abb. 39): Während es für eine Mehrheit von 69 Prozent der Thüringer Wahlberechtigten wichtig ist, dass Politiker Anregungen der Bevölkerung aufgreifen und damit – gemäß dem

Fachterminus – „responsiv“ sind, sinkt dieser Anteilswert bei den Politikern auf 40 Prozent (Best et al. 2011). Die Entschiedenheit, mit der die Bevölkerung Thüringens für Responsivität und gegen eine Orientierungsfunktion der Politiker votiert, zeigt sich auch daran, dass nur eine Minderheit von 14 Prozent spontan die vermittelnde Position wählt, dass es für Politiker gleich wichtig sei, Anregungen aufzunehmen und politische Orientierungen zu bieten. Die Mehrheit in der Bevölkerung für ein responsives Repräsentationsverständnis hat in allen sozialdemographischen Untergruppen Bestand, sie ist aber weniger ausgeprägt bei den Befragten mit (Fach-)Hochschulabschluss und den Inhabern von Leitungspositionen, Selbstständigen und Freiberuflern, bei denen eine etwas höhere Bereitschaft besteht, den politischen Repräsentanten primär eine Führungsfunktion zuzuweisen. Grundsätzlich gilt aber, dass die Bevölkerung mit großer Mehrheit in ihren Abgeordneten Beauftragte und nicht politische Führer oder selbstständig handelnde Sachwalter sieht.

Abb. 39: ***Responsivität vs. Führung bei Thüringer Landtagsabgeordneten und der ostdeutschen und Thüringer Bevölkerung im Vergleich***
(in Prozent)

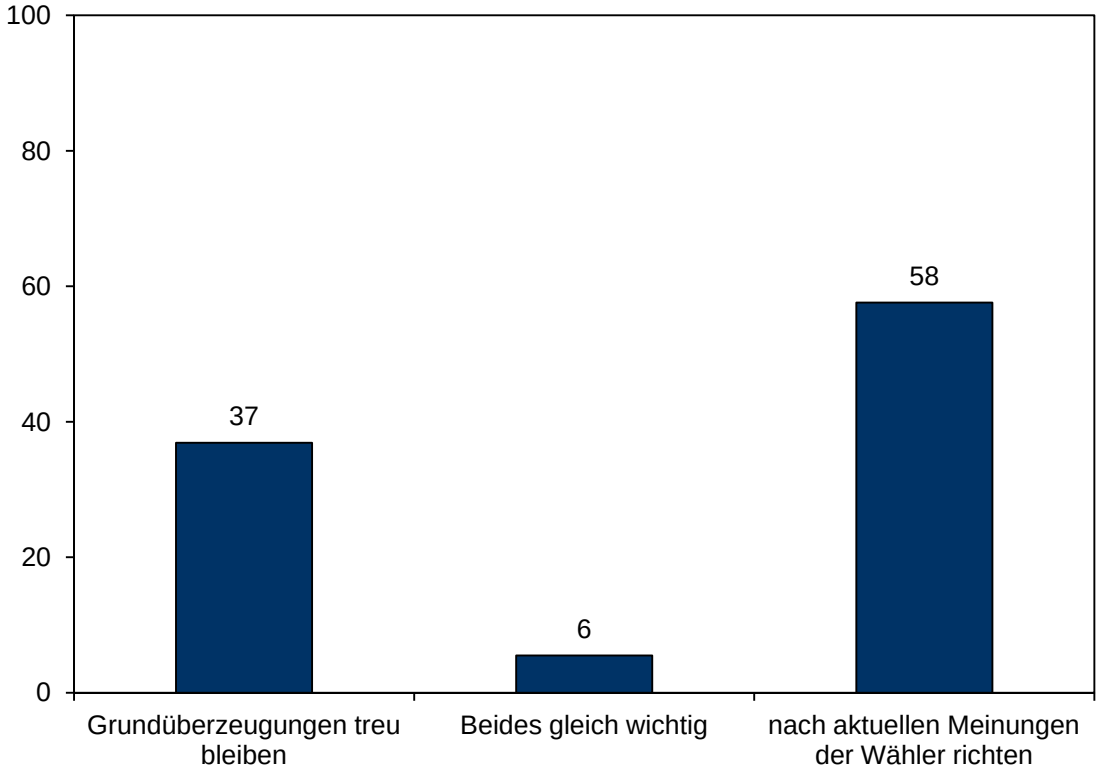


Quelle: TM 2012 (N=985), Jenaer Abgeordnetenbefragung 2010 (N=75).

Dieses Repräsentationsverständnis zeigt sich in einer noch radikaleren Variante bei der Beantwortung der Frage, ob Politiker bei ihren Entscheidungen ihren Grundüberzeugungen treu bleiben oder sich nach den aktuellen Meinungen der Wähler richten sollen (Abb. 40). Auch hier votiert eine Mehrheit von 58 Prozent für responsive und gegen überzeugungstreue Politiker (die vermittelnde Kategorie wurde nur von sechs Prozent gewählt). Es offenbart sich hier ein populäres Repräsentationsverständnis, das nur schwer mit den normativen Grundlagen der repräsentativen Demokratie – und dazu gehört die grundgesetzliche Ausgestaltung des freien Mandats – vereinbar ist. Die sich

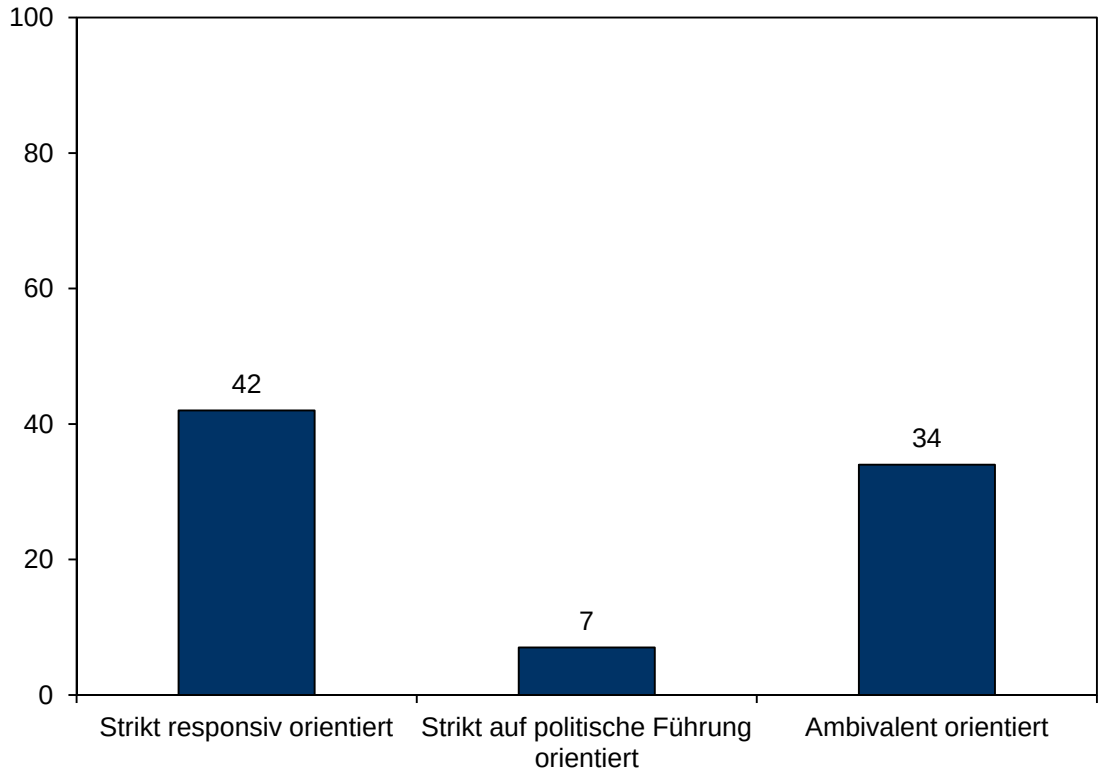
auch in der Frage nach der Demokratiezufriedenheit offenbarende Politik- und Politikerverdrossenheit hat nach diesen Befunden eine ihrer Ursachen in der Differenz der Wahrnehmung von Repräsentationsrollen zwischen Wählern und Gewählten. Über das, was Politiker tun sollen und vor allem, wie sie es tun sollen, besteht offenkundig zwischen beiden Akteursgruppen Uneinigkeit.

Abb. 40: ***Grundüberzeugungen vs. aktuelle Meinungen***
(in Prozent)



Unsere Daten geben aber auch Hinweise darauf, dass diese Kluft überwindbar ist, insbesondere durch (politische) Bildung: Die Zustimmung zur Aussage, dass Politiker bei Entscheidungen ihren Grundüberzeugungen treu bleiben sollen, steigt von 25 Prozent bei den Befragten mit dem niedrigsten Bildungsniveau auf 62 Prozent bei den Befragten mit (Fach-)Hochschulabschluss, die damit ein an den Normen des Grundgesetzes ausgerichtetes Repräsentationsverständnis aufweisen. Auch gibt es eine große Gruppe von 34 Prozent der Befragten, die im Hinblick auf ihr Repräsentationsverständnis ambivalent bzw. inkonsistent orientiert sind, d. h. Treue zu Grundüberzeugungen mit Orientierung an aktuellen Wählermeinungen in widersprüchlicher Weise kombinieren (Abb. 41). Schließlich koexistiert mit der populären Responsivitätsneigung ein ebenso populäres autoritäres Politikverständnis: 67 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass „in diesen Zeiten“ eine starke Hand benötigt werde, auch hier wieder mit deutlicher Abstufung zu den Inhabern der höchsten Bildungsabschlüsse, die dieser Aussage nur zu einem Drittel zustimmen.

Abb. 41: ***Gewünschte Handlungsorientierung von Politikern***
(in Prozent)



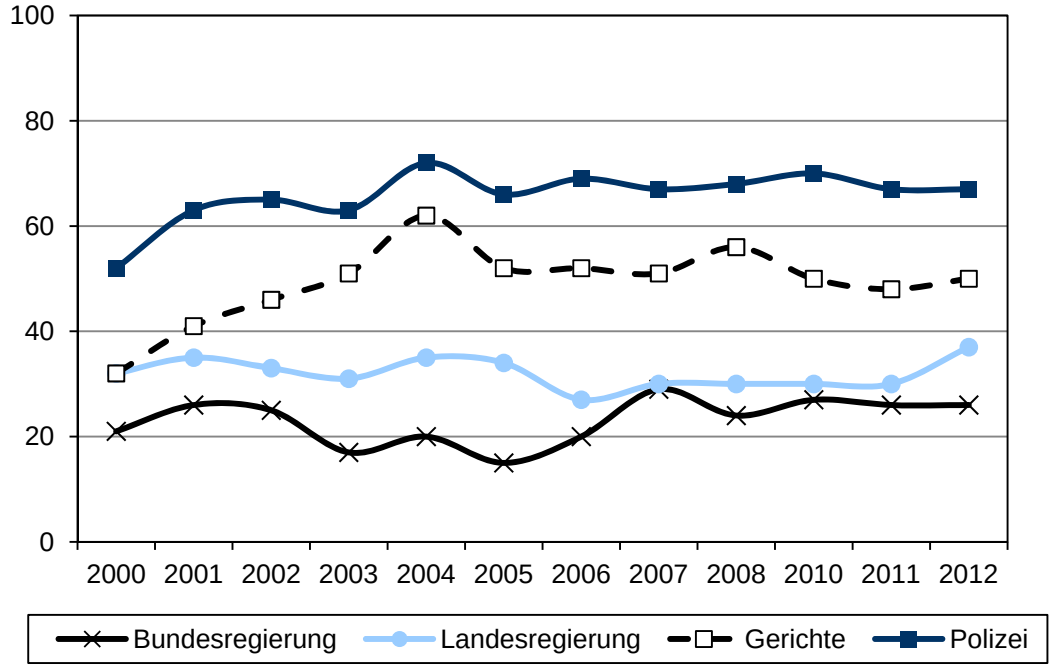
Hinweis: "Strikt responsiv" sind Personen, die sich Politiker wünschen, die Anregungen aufnehmen und sich gleichzeitig auch an aktuellen Wählermeinungen orientieren. "Strikt auf politische Führung orientiert" sind diejenigen, die von Politikern politische Orientierung erwarten und zudem wünschen, dass diese ihren Grundüberzeugungen treu bleiben. "Ambivalent" sind all jene, die entweder responsive Politiker bevorzugen, die dennoch ihren Grundüberzeugungen treu sind, oder von Politikern erwarten, sich nach aktuellen Wählermeinungen zu richten – und dennoch politische Orientierung zu geben.

Die Kategorien „beides gleich wichtig“ wurden jeweils nicht dargestellt.

Die Untersuchung des Repräsentationsverständnisses hat einen deutlichen Unterschied zwischen Abgeordneten des Thüringer Landtages und der thüringischen Bevölkerung gezeigt. Wir haben daran Überlegungen geknüpft, dass Politik- und Politikerverdrossenheit auch aus einer in der Bevölkerung wahrgenommenen Distanz zwischen Wählern und Gewählten, Repräsentanten und Repräsentierten resultieren könne. Einen Hinweis auf diesen Zusammenhang geben ebenfalls die in den THÜRINGEN-MONITOREn seit Beginn der Erhebungen vorliegenden Befunde zum Institutionenvertrauen, die zeigen, dass die indirekt aus Wahlen, d. h. aus einem „Konkurrenzkampf um die Macht“ (J. Schumpeter) hervorgegangenen Bundes- und Landesregierungen deutlich geringere Vertrauenswerte aufweisen als die politikfernen und keinen Responsivitätserwartungen unterworfenen Gerichte oder die Polizei (Abb. 42). Diese Abschichtung hat sich in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts ausgebildet und ist seit 2005 weitgehend stabil, wobei – unbeeinflusst von Debatten über die öffentliche Sicherheit – das Vertrauen in die Polizei den Spitzenplatz einnimmt. Auch die Wertreihen der anderen Institutionen weisen während der letzten Jahre keine erheblichen Schwankungen oder trendhafte Veränderungen mehr auf. Auffällig ist lediglich eine signifikante Zunahme des Vertrau-

ens in die Landesregierung seit 2011, mit der sie sich von dem gleichbleibenden Wert für die Bundesregierung absetzt. Besonders hohes Vertrauen genießt die Landesregierung mit Anteilswerten von ca. 50 Prozent bei Katholiken, höheren Beamten und leitenden Angestellten sowie in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen. Der letztgenannte Befund mag angesichts stereotypischer Erwartungen an eine „kritische" Jugend überraschen, passt sich aber in andere Befunde des THÜRINGEN-MONITORS, etwa zur Bewertung der deutschen Einheit, zur Demokratieakzeptanz und vor allem zur Demokratiezufriedenheit ein, die ebenfalls eine relativ hohe allgemeine Normenkonformität und Systemintegration der 18- bis 24-Jährigen zeigen. Dies mag damit zusammenhängen, dass in dieser Altersgruppe seltener Enttäuschungen erfahren und Benachteiligungen wahrgenommen werden, für die das politische System und seine Vertreter oder die gesellschaftliche Ordnung allgemein verantwortlich gemacht werden (können).

Abb. 42: ***Institutionenvertrauen 2000–2012***
(in Prozent)



Hinweis: Abgetragen sind die kumulierten Prozentwerte für "vertraue voll und ganz" und "vertraue weitgehend".

Institutionenvertrauen gehört mit der Demokratiezufriedenheit, der Einschätzung der Wirksamkeit des eigenen politischen Handelns und der Parteibindung zu den Indikatoren, die Verbundenheit oder Entfremdung der Befragten mit und von der Ordnung des demokratischen Verfassungsstaates und den Praktiken des politischen Betriebs anzeigen. Dabei offenbart sich allgemein eine hohe Systemverbundenheit der thüringischen Bevölkerung bei gleichzeitig deutlicher Distanz gegenüber dem politischen Alltagsgeschehen und seinen Akteuren. Dies zeigt sich auch darin, dass das Vertrauen in jene Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates, die am „Konkurrenzkampf um die Macht" unmittelbar beteiligt sind, systematisch geringer ausfällt als das in jene, die dem politischen Betrieb ferner stehen. Dies kann man als „Politikverdrossenheit" deuten, die

aber nicht mit „Demokratieverdrossenheit“ gleichzusetzen ist. Beide Einstellungen können, wie der Zeitvergleich zeigt, auf Dauer nebeneinander bestehen, ohne dass die Systemakzeptanz leidet. Ein Erklärungsfaktor für Vertrauen in Institutionen ist die Einschätzung ihrer Wirksamkeit durch die Befragten. Dabei werden in der Bevölkerung jedoch keine kurzschlüssigen Zusammenhänge hergestellt: So hat das Vertrauen in die Landesregierung gegenüber dem Vorjahr zugenommen, obwohl die wirtschaftliche Lage des Landes durch die Befragten im gleichen Zeitraum schlechter eingeschätzt wird. Ein unmittelbarer Zusammenhang besteht jedoch im Hinblick auf die Einschätzung der eigenen finanziellen Situation: wird sie als ungünstig bewertet, nehmen die Parameter politischer Entfremdung vor allem im Hinblick auf die Praktiken des politischen Betriebs zu.

3. Politisches Engagement und Partizipation

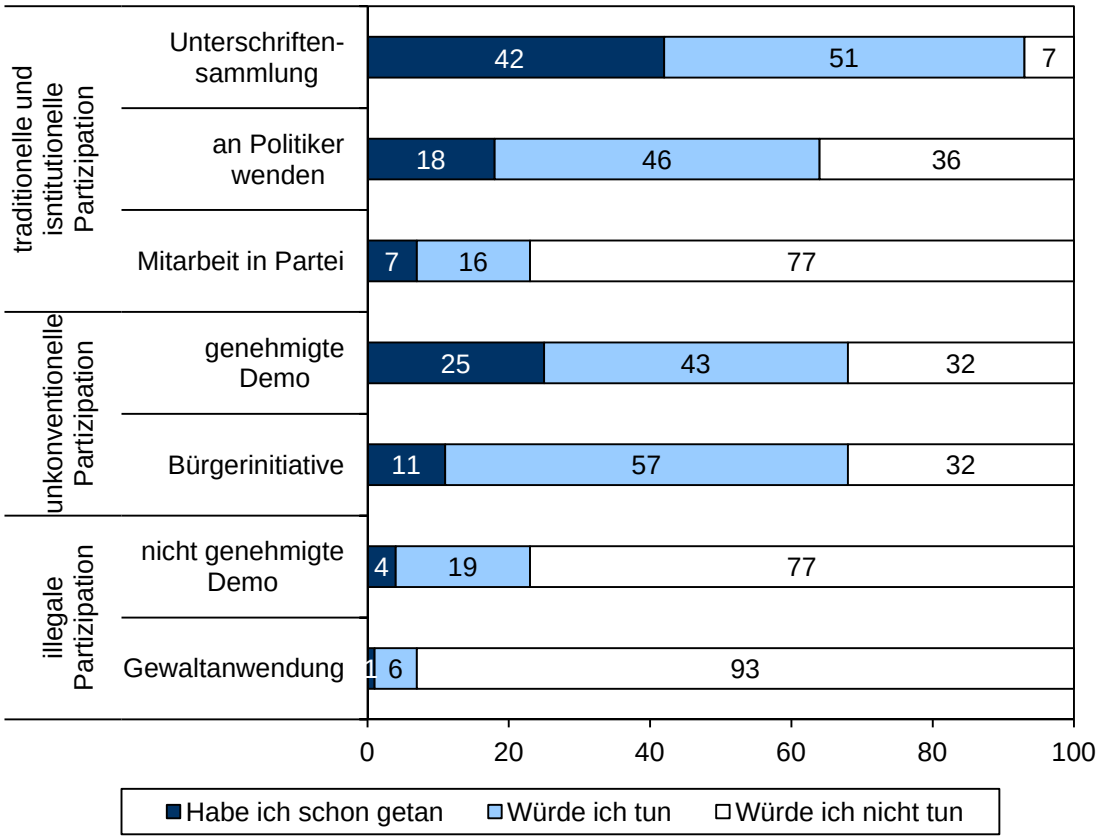
Wir haben im voranstehenden Abschnitt im Zusammenhang mit dem Repräsentationsverständnis gezeigt, dass Responsivität, die Bereitschaft der Politiker, Anregungen der Bevölkerung aufzugreifen, von den Befragten eine hohe Priorität gegenüber der Führungsfunktion von Politikern eingeräumt wird. Im Folgenden werden wir zeigen, auf welchen Wegen und in welchem Maß die Bürger in Thüringen tatsächlich auf die politische Willensbildung einwirken. Dabei stehen die institutionellen und außerinstitutionellen Wege im Vordergrund, auf denen neben der Beteiligung an Wahlen oder der Kandidatur für Wahlämter Einfluss auf die Politik genommen werden kann.

Erfragt wurde die bereits erfolgte Teilnahme und die grundsätzliche Bereitschaft zur Beteiligung an insgesamt sieben Varianten politischer Partizipation sowie deren Ablehnung. Dabei wird zwischen traditionellen, unkonventionellen und illegalen Partizipationsformen unterschieden (Abb. 43). Unsere Befunde zeigen deutliche Unterschiede der Partizipationsbereitschaft und der tatsächlich praktizierten Partizipation zwischen diesen Formen, wobei – außer der Mitarbeit in einer Partei – die traditionellen und unkonventionellen Varianten, die häufigsten Nennungen erhielten.

Unterschriftensammlungen sind als ein formales Erfordernis bei der Initiierung von Volksbegehren ein institutionell verankerter Bestandteil des politischen Prozesses im Freistaat. Zudem gehören sie – beispielsweise in der Gestalt von Sammelpetitionen – zum traditionellen Repertoire demokratischer Beteiligungsformen. Unter dieser Voraussetzung überrascht es nicht, dass 93 Prozent der Befragten angeben, sich schon einmal an einer Unterschriftensammlung beteiligt zu haben oder dass sie dies tun würden und nur eine kleine Minderheit von sieben Prozent eine Teilnahme ausschließt. Eine deutlich geringere Beteiligungsrate von 18 Prozent und Ablehnung bei mehr als einem Drittel der Befragten zeigt sich dagegen bei der Frage nach der Bereitschaft, sich wegen wichtiger politischer Anliegen an Politiker zu wenden. Hier deuten die zuvor vorgestellten Befunde darauf hin, dass Skepsis gegenüber der Responsivität von Politikern, aber auch der Aufwand und die persönliche Sichtbarkeit bei einer solchen Kontaktaufnahme abschrecken. Es kann jedoch festgehalten werden, dass immerhin zwei Drittel der Befrag-

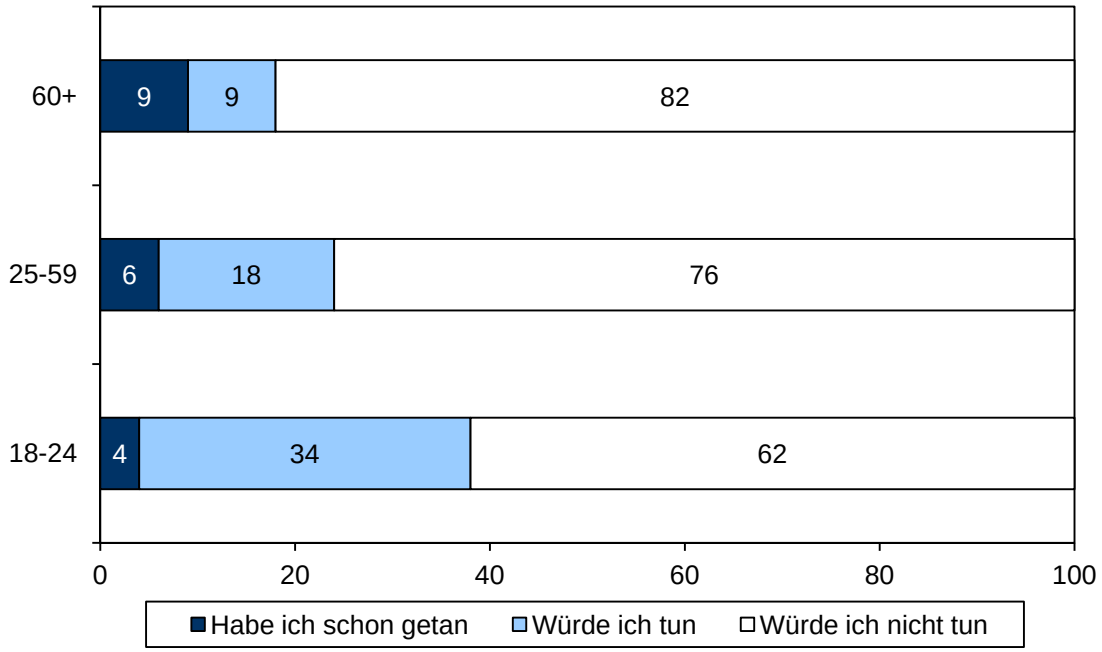
ten den Weg der politischen Einflussnahme über den Vermittlungsprozess parlamentarischer Repräsentation schon einmal gegangen sind oder für sich erwägen.

Abb. 43: ***Politische Partizipation***
(in Prozent)



Unter den legalen Partizipationsformen weist die Mitarbeit in einer Partei den geringsten Anteil der Partizipanten und Partizipationsbereiten auf. Dies ist in einer „Parteiendemokratie“, in der die Teilhabe der Parteien am Prozess der politischen Willensbildung grundgesetzlich verankert ist, ein unerfreulicher – allerdings nicht auf Thüringen beschränkter – Befund. Die Verpflichtungen und die hohe öffentliche Sichtbarkeit, die mit einer aktiven Parteimitgliedschaft in der Regel verbunden sind, und auch negative Auswirkungen auf Berufschancen und Sozialkontakte, die damit einhergehen können, mögen dafür verantwortlich sein. Marginalisierung im Sinne eines besonders hohen oder niedrigen Berufs- und Bildungsstatus verstärkt aber die Bereitschaft, in einer politischen Partei mitzuarbeiten: 37 Prozent der Arbeitslosen sind zur Mitarbeit bereit (aber nur weitere sechs Prozent geben an, dies tatsächlich zu tun), 17 Prozent (!) der Befragten mit (Fach-)Hochschulabschluss geben an, bei einer Partei mitzuarbeiten, weitere 15 Prozent wären bereit dazu. Bemerkenswert ist auch die hohe Beteiligungsbereitschaft (34 Prozent) in der jüngsten Alterskohorte der 18- bis 24-Jährigen, der allerdings nur ein Anteil von vier Prozent tatsächlicher Parteimitglieder gegenübersteht (Abb. 44). Es lässt sich danach festhalten, dass vor der Mitarbeit in Parteien eine hohe Hürde steht, die vor allem von Befragten mit (Fach-)Hochschulabschluss überwunden wird, die ohnehin eine relativ hohe politische Wirksamkeit besitzen.

Abb. 44: ***Mitarbeit in politischer Partei nach Alter***
(in Prozent)



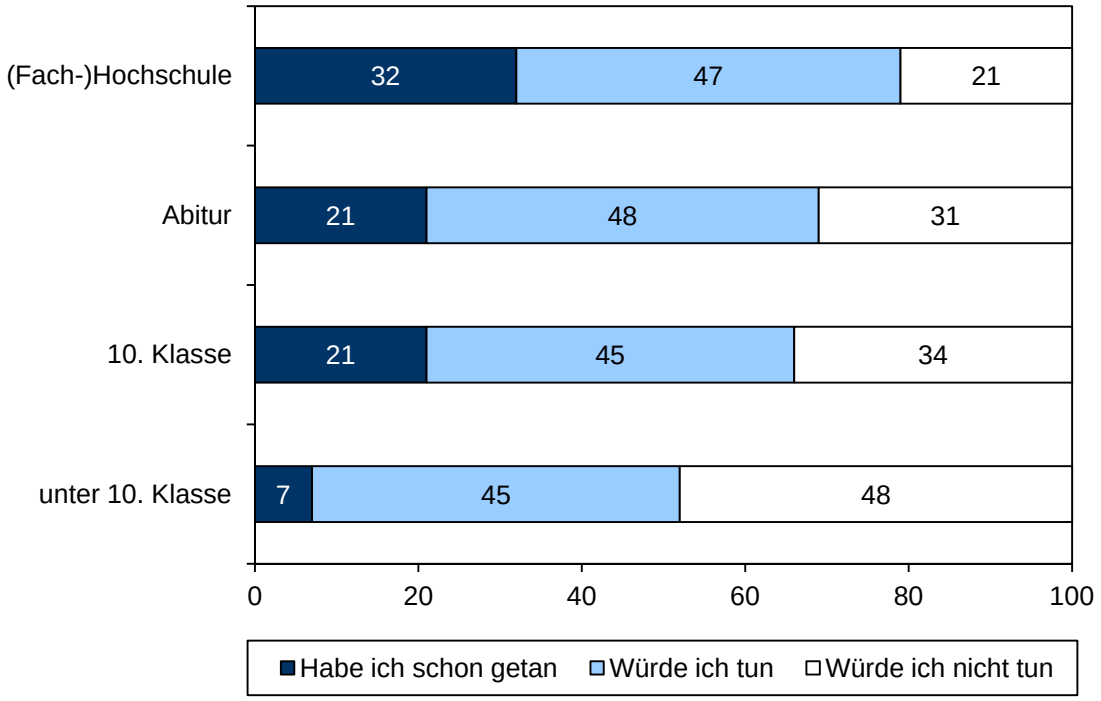
Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR ist mit der Teilnahme an genehmigten und ungenehmigten Demonstrationen eine Partizipationsform in ihrer legalen und illegalen Variante vertreten. Unser Befund zeigt, welche große Schwellenwirkung das Legalitätserfordernis hat: Mehr als drei Viertel der Befragten gaben an, an einer nicht genehmigten, aber nur ein Drittel, an einer genehmigten Demonstration *nicht* teilnehmen zu wollen. Mit Blick auf die tatsächliche Teilnahme ist die Asymmetrie – allerdings auf insgesamt niedrigerem Zustimmungsniveau – mit vier zu 25 Prozent noch ausgeprägter. Die Genehmigungspraxis hat also eine erhebliche Auswirkung auf die tatsächliche Ausübung des Demonstrationsrechts. Die Beteiligung an einer Bürgerinitiative findet in ähnlicher Weise Akzeptanz wie die Demonstrationsteilnahme, nur dass bei Bürgerinitiativen der Realisierungsgrad deutlich geringer ist; allerdings werden Bürgerinitiativen bei den Befragten häufiger als potentielle Partizipationsplattform akzeptiert.

Gewaltanwendung ist im eigentlichen Sinne keine Partizipationsform, sondern eine Begleithandlung anderer legaler oder illegaler Partizipationsformen, insbesondere bei Demonstrationen. Hier kumulieren sich angesichts eines relativ hohen Sanktionspotentials und Beteiligungsaufwandes die Schwellen, so dass nur ein Prozent der Befragten angeben, schon einmal mit Gewalt für politische Ziele gekämpft zu haben. Immerhin weitere sechs Prozent der Befragten geben an, dass sie für ihre Ziele kämpfen würden, auch wenn dafür Gewalt notwendig wäre. Allerdings ist zu fragen, wie diese Gewaltbereitschaft zu bewerten ist: Die 18- bis 24-Jährigen und die in Ausbildung befindlichen Befragten, die mit jeweils zwölf Prozent die häufigste Gewaltbereitschaft aufweisen, geben jeweils an, keine eigene Gewaltpraxis zu haben. Grundsätzlich gilt jedoch, dass die Befragten in der jüngsten Alterskohorte deutlich weniger Respekt vor der Legalitätsnorm haben als die übrigen Befragten. Dieser Befund kollidiert mit den zuvor erwähnten Ergebnissen zur allgemein höheren Normenkonformität und Systemintegration Heran-

wachsender und junger Erwachsener. Im Hinblick auf die spezifischen Normen des Partizipationsverhaltens deutet auch diese Beobachtung auf einen Lebenszykluseffekt hin: Die Möglichkeit normwidrigen Verhaltens wird erwogen, bevor der Sanktionsdruck etablierter sozialer Systemzusammenhänge voll entfaltet ist. Zum illegalen Verhalten kommt es jedoch nur in Ausnahmefällen.

Allgemein gilt, dass mit Ausnahme politischer Gewaltanwendung – die ohnehin eine Sondereinstellung unter den Indikatoren hat – die Partizipationsbereitschaft und Partizipationserfahrung mit Höhe des Bildungsabschlusses zunimmt, wobei Befragte mit (Fach-)Hochschulabschluss eine Sonderstellung als „Partizipationselite" einnehmen. Besonders ausgeprägt ist dieses Bildungsdifferential hinsichtlich der Teilnahme an einer genehmigten Demonstration, dem Engagement in einer Bürgerinitiative, der Mitarbeit in einer Partei und dem Kontakt zu Politikern (Abb. 45).

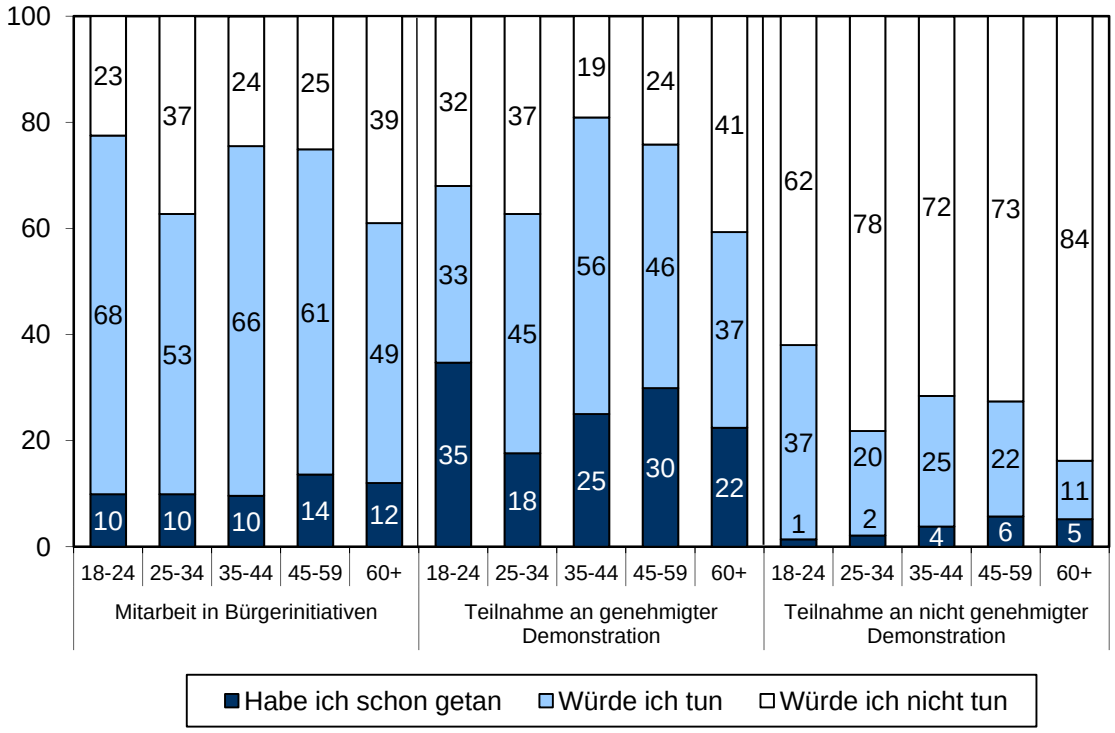
Abb. 45: ***Kontakt zu Politikern nach Bildung***
(in Prozent)



Weiterhin zeigt sich in unseren Daten ein Alterseffekt, der sich allerdings auf eine komplexere Weise ausprägt als der Effekt des Bildungsabschlusses. Zwar sind die Befragten in der jüngsten Alterskohorte durchweg partizipationsgeneigter und die Befragten in der Alterskohorte der über 60-Jährigen deutlich weniger zu politischer Partizipation bereit als die Befragten insgesamt, der Zusammenhang zwischen dem Alter der Befragten und ihrer Partizipationsneigung ist aber nicht linear: Die Kohorten der 35- bis 44-Jährigen und der 45- bis 59-Jährigen unterscheiden sich im Hinblick auf die Bereitschaft, an Bürgerinitiativen mitzuwirken und an genehmigten oder ungenehmigten Demonstrationen teilzunehmen, durch eine *höhere* Partizipationsneigung von ihren Nachbarkohorten (Abb. 46).

Wir vermuten, dass sich hier das Erfahrungs- und Einstellungsmuster der Wendegeneration abbildet, die sich als Jugendliche und junge Erwachsene in der DDR ihre Partizipationsrechte erkämpft hat. Mit dieser Deutung ist vereinbar, dass ein solches Muster der Kohortendifferenzierung weder bei der Mitarbeit in politischen Parteien noch bei der Kontaktaufnahme zu Politikern zu beobachten ist.

Abb. 46: ***Partizipationsneigung nach Alter***
(in Prozent)

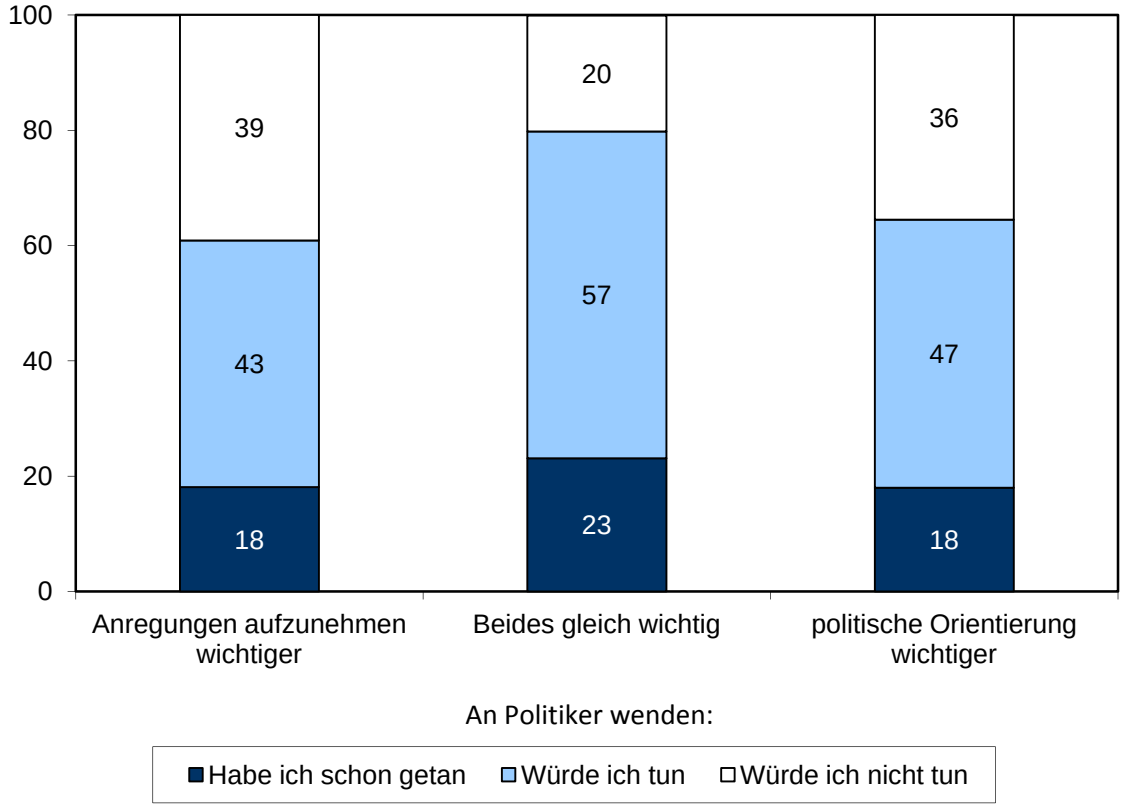


Der Bildungsgrad und die in der Lebensgeschichte gesammelten Erfahrungen sind Ressourcen, die wiederum den Glauben an die eigene politische Kompetenz und die Wirksamkeit des eigenen politischen Handelns stärken können. Beide stehen in einem engen positiven Zusammenhang mit allen legalen Varianten politischer Partizipation. Ein positiver Zusammenhang besteht auch mit der Demokratieunterstützung. Auf der anderen Seite rechnen sich Befragte, die zur Ausübung politischer Gewalt bereit sind, weniger politische Kompetenz und Wirksamkeit zu. Auch wird in dieser Befragtenkategorie die Idee der Demokratie tendenziell abgelehnt. Wir sehen hier ein Muster der Entfremdung von demokratischer Praxis und demokratischen Werten.

Insgesamt zeichnet sich unter den Thüringer Bürgern ab, dass ihre hohen Erwartungen an die Responsivität der Politiker nicht im gleichen Maß mit eigener politischer Partizipation einhergeht, durch die "Anregungen der Bürger" in die Arena des Parlaments- und Regierungssitzes getragen werden könnten (Abb. 47). Nur 18 Prozent der Befragten geben an, sich schon einmal an einen Politiker gewendet zu haben, und zwar unabhängig davon, ob sie von Politikern primär erwarten, Anregungen aufzunehmen oder Orientierung zu geben. Der Anteil derjenigen, die es für sich ablehnen, zu Politikern Kontakt aufzunehmen, ist unter den Befragten mit Responsivitätserwartung sogar am höchsten.

Wir erkennen hier ein doppeltes Differential: zum einen eine Kluft zwischen Bürgern und Politikern hinsichtlich der Responsivitätsbereitschaft und der Responsivitätserwartung, zum anderen eine Kluft zwischen der Responsivitätserwartung der Bürger und ihrer eigenen Bereitschaft, Anliegen auf den neben Wahlen existierenden Wegen politischer Partizipation tatsächlich zu vertreten.

Abb. 47: ***Responsivitätserwartung und Kontakt zu Politikern***
(in Prozent)



Die wohl effektivste Form politischer Partizipation, die Mitarbeit in Parteien, wird geradezu gemieden. Die Neigung zur Parteiarbeit ist ebenso gering wie die, an illegalen Demonstrationen teilzunehmen. Diese Konstellation entspricht sicherlich nicht der Idealform der repräsentativen Demokratie, ist aber auch kein akutes Krisensymptom. Sie kann unter den Bedingungen einer relativ günstigen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes durchaus als Grundlage für einen demokratisch legitimierten und konsensbegründeten politischen Betrieb gelten. Diese Diagnose sollte jedoch nicht übersehen, dass es gewichtige Minderheiten, im Hinblick auf die Demokratiezufriedenheit sogar eine knappe Mehrheit gibt, die der demokratischen Ordnung, zumindest der Praxis der repräsentativen Demokratie skeptisch oder sogar feindselig gegenübersteht. Hier schlummert ein Potential für disruptive Entwicklungen, die bei einer grundlegenden Veränderung der wirtschaftlichen oder finanzpolitischen Lage eintreten könnten. Die ausgeprägte „Output-Orientierung“ der Thüringer Bürger ist deshalb eine schwankende Grundlage für die demokratische Ordnung des Landes.

4. Rechtsextremismus

Vor zwölf Jahren wurde auf Initiative der damaligen Landesregierung der THÜRINGEN-MONITOR als jährliche Bevölkerungsumfrage etabliert. Die Untersuchung rechtsextremer Einstellungen gehörte von Beginn an zu den Hauptaufgaben des damals in Deutschland einzigartigen Forschungsprojektes. Diese Schwerpunktsetzung erfolgte auch in Reaktion auf den Brandanschlag auf die Neue Synagoge in Erfurt im April 2000. Die erste Befragungswelle des THÜRINGEN-MONITORS wurde im September desselben Jahres durchgeführt. Die diesjährige Erhebung des THÜRINGEN-MONITORS steht unter dem Eindruck der Aufdeckung der Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrund", dessen Anfang sich bis auf das Jahr 2000 zurückverfolgen lässt (nach derzeitigem Ermittlungsstand Röpke 2012).

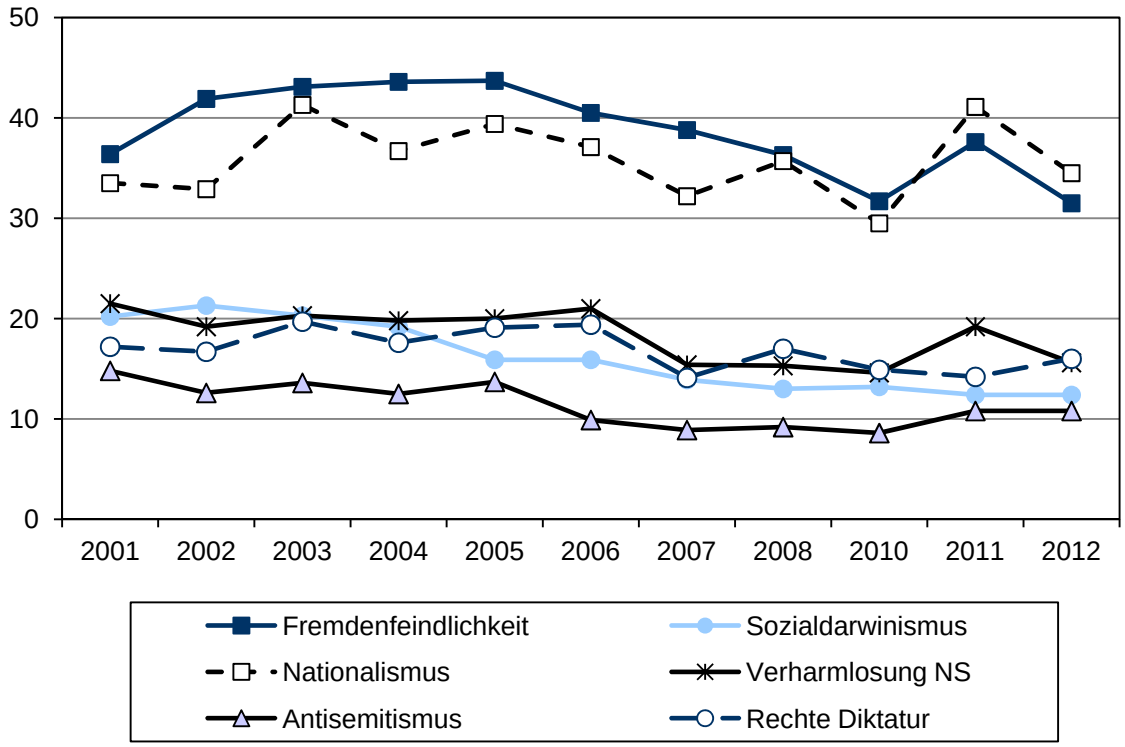
Die Forscher des THÜRINGEN-MONITORS haben schon in der Vergangenheit die Grenzen der Einstellungsforschung hinsichtlich der Erklärung des Verhaltens Einzelner benannt. Einstellung ist eine durch Erfahrung erworbene Bereitschaft, mit einer bestimmten Wertung auf Gruppen, Objekte, Situationen oder einzelne Personen zu reagieren. Sie drückt sich in Überzeugungen, Affekten und Verhaltensweisen aus (Gerrig / Zimbardo 2008). Die verhaltenssteuernde Wirkung ist dabei der am schwierigsten zu messende Aspekt von Einstellungen. Die repräsentative Umfrageforschung konzentriert sich deshalb auf die kognitiven und emotiven Komponenten und erfasst Verhalten nur retrospektiv oder als berichtete Handlungsabsicht. Gemessen wird, was dem Verhalten vorgelagert ist, ohne weiterreichende Aussagen über die Mechanismen treffen zu können, durch die sich Überzeugungen, Affekte und Handlungsbereitschaft in konkrete Handlungen übersetzen.

Die dem THÜRINGEN-MONITOR zugrunde liegende Definition des Rechtsextremismus beschränkt sich entsprechend auf den kognitiven und emotiven Aspekt von Einstellungen. Verstanden als Einstellungsmuster ist Rechtsextremismus gekennzeichnet durch die Überzeugung einer unterschiedlichen Wertigkeit von Menschen in Abhängigkeit von askriptiven Merkmalen, wie Nationalität, Hautfarbe oder ethnischer Herkunft, sowie einem auf diesen Ungleichwertigkeitsvorstellungen aufbauenden Gesellschaftsbild. Im Hinblick auf gruppenbezogene Orientierungen werden im THÜRINGEN-MONITOR antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen erfasst. Hinsichtlich politischer Ordnungsvorstellungen und historischer Affinitäten ist Rechtsextremismus gekennzeichnet durch eine Befürwortung diktatorischer Regierungsformen, die Verharmlosung des Nationalsozialismus und nationalistisch-chauvinistische Einstellungen. Letztere erfassen nicht nur ein übersteigertes Nationalgefühl, sondern die Aufwertung Deutschlands *über* die Abwertung anderer Länder. Diese im Jahr 2001 entwickelte „Konsensdefinition" des Rechtsextremismus auf Einstellungsebene wird neben dem THÜRINGEN-MONITOR auch in weiteren Studien angewandt (Decker / Brähler et al. 2010; Stöss / Niedermayer 2008).

Die Aufgabe von Bevölkerungsumfragen in der Rechtsextremismusforschung besteht danach in der Beschreibung des gesellschaftlichen Klimas, in denen Denk-, Einstel-

lungs- und Verhaltensmuster, die an Radikalität die theoretische Definition des Rechtsextremismus auch übersteigen können, gehemmt oder gefördert werden. Dazu gehört die Frage, welche Merkmale, Hintergründe und Überzeugungen die Ausprägung rechtsextremer Einstellungen begünstigen. Auch müssen rechtsextreme Überzeugungen im politischen Raum verortet werden: Positionieren sich die Befragten, die das Messinstrument als rechtsextrem eingestellt klassifiziert, auch selbst am äußeren rechten Rand des politischen Spektrums? Oder ist das politische Links-Rechts-Spektrum nicht die Linie, entlang derer sich das Kontinuum nicht-rechtsextremer und rechtsextremer Einstellungen entfaltet? Innerhalb der skizzierten Grenzen der Einstellungsforschung ist auch nach möglichen Folgeerscheinungen rechtsextremer Überzeugungen zu fragen. Der Bereitschaft zu politischer Partizipation und politisch motivierter Gewalt kommt dabei besondere Relevanz zu. Doch auch die im diesjährigen Fokus des THÜRINGEN-MONITORS stehende Weltoffenheit der Thüringer und ihre Akzeptanz von Zuwandern können nach ihren Zusammenhängen mit rechtsextremen Einstellungen hinterfragt werden. Zugleich ist zu prüfen, ob generalisierte ablehnende Einstellungen gegenüber dem Islam und Muslimen eine mögliche „neue“ Dimension rechtsextremer Einstellungen bilden.

Abb. 48: ***Zustimmung zu den Dimensionen des Rechtsextremismus 2001–2012*** *(in Prozent)*



Wir beginnen mit einem Überblick der Zustimmung zu den Dimensionen des rechtsextremen Einstellungsmusters in Thüringen von 2001 bis heute (Abb. 48). Seit den Jahren 2006/2007 ist die Akzeptanz der abgefragten Ressentiments in der Thüringer Bevölkerung rückläufig. In dieses Bild fügen sich auch die Befunde für das Jahr 2012 ein. Die im Vorjahr stark erhöhte Zustimmung zu fremdenfeindlichen und nationalistisch-chauvinistischen Einstellungen sowie der Verharmlosung des Nationalsozialismus kann

Abb. 49: ***Zustimmung zu den Fragen der Rechtsextremismusskala***
(in Prozent)

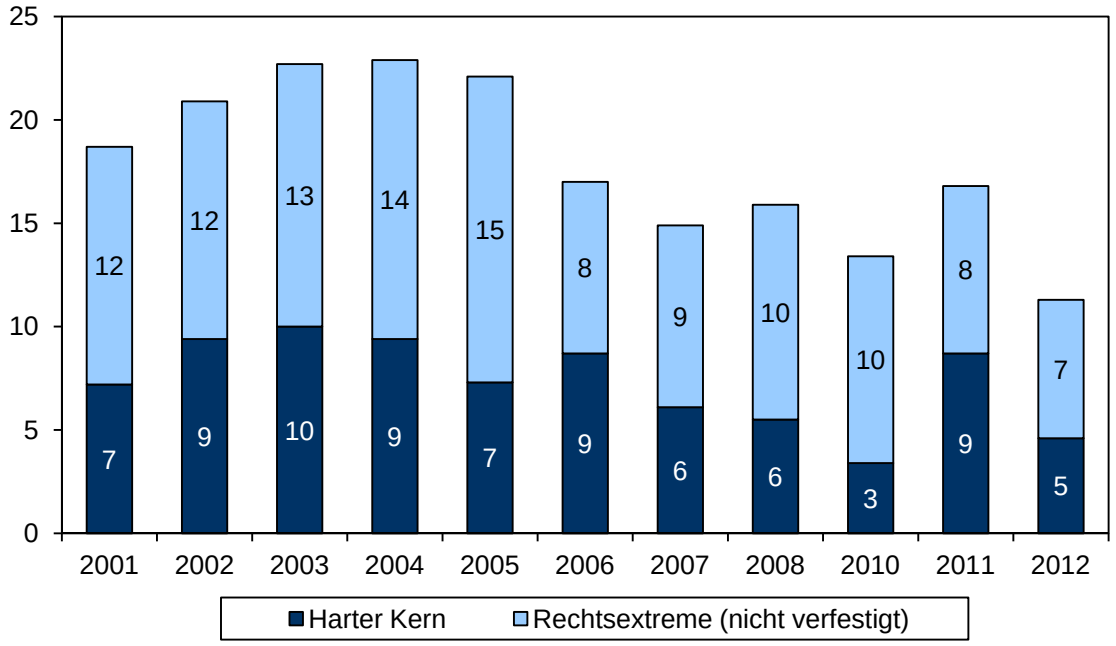
Dimensionen und Statements	
Fremdenfeindlichkeit	
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	**49**
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	**44**
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	**17**
Sozialdarwinismus	
„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	**25**
„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	**23**
Nationalismus und Chauvinismus	
„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	**57**
„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	**37**
Verharmlosung des Nationalsozialismus	
„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	**16**
Antisemitismus	
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	**11**
Rechte Diktatur	
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	**16**

Anmerkung: „Stimme völlig zu“ „Stimme eher zu“ zusammengefasst

demnach als Ausnahme und nicht als Trendumkehr betrachtet werden. Fremdenfeindliche Überzeugungen liegen gleichauf mit den Werten des Jahres 2010 und damit auf dem niedrigsten Niveau seit Beginn der Messung. Zusammen mit den nationalistisch-chauvinistischen Einstellungen werden sie jedoch auch in diesem Jahr von etwa einem Drittel der Thüringer vertreten und geben deshalb weiterhin Anlass zur Beunruhigung.

Deutlich unter das Niveau der ersten Erhebungsjahre gesunken sind die Zustimmung zu sozialdarwinistischen Aussagen, die Verharmlosung des Nationalsozialismus sowie fremdenfeindliche und antisemitische Einstellungen. Nationalistisch-chauvinistische Überzeugungen und die Affinität zu einer rechten Diktatur verzeichneten parallel zueinander nach der Jahrtausendwende einen deutlichen Anstieg, haben sich inzwischen allerdings wieder auf die Zustimmungswerte der ersten Jahre eingependelt.

Abb. 50: ***Rechtsextremismus 2001–2012: Harter Kern und Befragte mit nicht verfestigten rechtsextremen Einstellungen***
(in Prozent)



Fasst man die zehn Einstellungsfragen, mit denen die verschiedenen Dimensionen des Rechtsextremismus gemessen werden (Abb. 49), zu einer Skala zusammen[6], können die Anteile der Personen identifiziert werden, die den Aussagen in ihrer Gesamtheit mehr Zustimmung als Ablehnung entgegenbringen. Die sich ergebende Gruppe der rechtsex-

[6] Wie in den Vorjahren wird die Rechtsextremismus-Skala gebildet, indem die starke Ablehnung eines Statements mit 1 codiert wird, die moderate Ablehnung mit 2, die moderate Zustimmung mit 3 und die starke Zustimmung mit 4. Addiert man diese Werte, so können die Befragten Werte zwischen 10 und 40 auf der Rechtsextremismus-Skala erreichen. Befragte mit Werten über 25 gelten als rechtsextrem, Befragte mit Werten ab 30 Punkten zählen zum harten Kern. Befragte, die auf eine der zehn Fragen die Antwort verweigert haben, werden als nicht valide Fälle angesehen. Dies resultiert in 780 Fällen mit validen Werten auf der Rechtsextremismus-Skala. Durch dieses Verfahren zur Skalenbildung ist es beispielsweise nicht erforderlich, dass als rechtsextrem klassifizierte Befragte allen Einstellungsfragen zur Messung von Ausländerfeindlichkeit zugestimmt haben. Befragte können rechtsextrem eingestellt sein, ohne als ausländerfeindlich zu gelten und vice versa.

trem Eingestellten erreicht dieses Jahr einen Anteil von zwölf Prozent unter der Thüringer Bevölkerung. Das ist der niedrigste Wert seit der ersten Erhebung und schließt an das Jahr 2010 an, in dem zuvor der niedrigste Anteil gemessen wurde (Abb. 50). Personen, die auf der Rechtsextremismusskala mindestens 30 (von maximal 40) Punkten erreichen und damit ein festes Überzeugungssystem bekunden, werden als „harter Kern" bezeichnet. Mit fünf Prozent liegt ihr Anteil geringfügig höher als 2010. Dennoch setzt sich der seit 2006 beobachtete Trend eines abnehmenden Rückhalts rechtsextremer Überzeugungen unter den Thüringer Bürgern, der 2011 beendet schien, erfreulicherweise fort.

4.1 Rechtsextremismus – ein Einstellungsmuster

Ein konstanter Befund des THÜRINGEN-MONITORS ist die unterschiedlich starke Zustimmung der Thüringer zu den einzelnen Dimensionen des Rechtsextremismus. Während die Nähe zu einer rechten Diktatur, antisemitische und sozialdarwinistische Einstellungen ebenso wie ein verklärtes NS-Geschichtsbild in den letzten Jahren von deutlich weniger als einem Fünftel der Bevölkerung getragen wurden, finden fremdenfeindliche und nationalistisch-chauvinistische Überzeugungen in der Regel Rückhalt von mehr als einem Drittel der Bevölkerung (Abb. 48). Die Definition rechtsextremer Einstellungen, die Auswahl der Dimensionen, ist darauf angelegt, sowohl Tendenzen eines „alten" in der NS-Ideologie verhafteten Rechtsextremismus zu erfassen, als auch den „neuen" Rechtsextremismus, der vor allem Ressentiments gegen Ausländer aber auch die Aufwertung des eigenen Landes über die Abwertung anderer Nationen umfasst. Der nationalsozialistischen Ideologie werden antisemitische Einstellungen, fehlende Distanz zu diktatorischen Regierungsformen und die Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus zugerechnet. Ebenso dieser Ideologie verhaftet ist ein biologistisches Gesellschaftsbild, in dem das behauptete „Naturrecht" des Stärkeren zum normativen Grundsatz der Gesellschaft erklärt wird und Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der Unterscheidung von „wertvollem" und „unwertem" Leben kulminieren.

Abb. 51: Struktur des rechtsextremen Einstellungsmusters

Ideologie der Ungleichwertigkeit

NS-Ideologie *(„alter" Rechtsextremismus)*	**Ethnozentrismus** *(„neuer" Rechtsextremismus)*
➢ politischer Autoritarismus (Diktatur) ➢ Verharmlosung Nationalsozialismus ➢ Sozialdarwinismus ➢ Antisemitismus ➢ Fremdenfeindlichkeit: Rassismus	➢ Nationalismus/Chauvinismus ➢ Fremdenfeindlichkeit

Die Korrelationsanalyse offenbart 2012 wie auch in den Vorjahren zwischen allen Einstellungsfragen des Rechtsextremismus starke Zusammenhänge. So neigen beispielsweise Thüringer mit sozialdarwinistischen Überzeugungen auch zu fremdenfeindlichen

Ressentiments. In einer Erweiterung der Analyse können Gruppen von Fragen identifiziert werden, deren Antworten untereinander in besonders engem Zusammenhang stehen und etwas weniger stark mit den Fragen anderer Gruppen korrelieren. Dieses, als Faktorenanalyse bezeichnete statistische Verfahren, bestätigt die Unterteilung des Rechtsextremismus in „alte“ und „neue“ Einstellungsmuster (Abb. 51). Neben den genannten Dimensionen fügt sich auch die Zustimmung zu der Aussage, dass Ausländer „grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten wählen“ sollten, in ein von überkommener NS-Ideologie gefärbtes Weltbild ein. Hinter dieser Überzeugung kann die rassistisch gefärbte Forderung nach einer „Reinhaltung“ der Deutschen vermutet werden. Dieses Ideologem des „alten“ Rechtsextremismus weist jedoch auch deutliche Bezüge zum Einstellungsmuster des „neuen“ Rechtsextremismus auf und nimmt somit eine Zwischenposition ein. Die Binnenstruktur rechtsextremer Einstellungen ist nicht völlig stabil über den Erhebungszeitraum des THÜRINGEN-MONITORS, sie entspricht jedoch dem Befund, der sich in der Analyse in der Regel abzeichnet. In den letzten sieben Jahren weichen lediglich die Messungen des Jahres 2011 von diesem Bild ab. Einstellungsfragen, die ein NS-nahes Gesellschaftsbild anzeigen und solche, die vor allem die Ablehnung von Fremden (Ethnozentrismus) messen, stehen ungeachtet dieser Binnengliederung in hohem Zusammenhang und lassen sich statistisch auf einen gemeinsamen Hintergrundfaktor zurückführen – die Vorstellung der Ungleichwertigkeit von Menschen.

Im Hinblick auf die Auswahl der Einstellungsfragen weist die Rechtsextremismus-Skala des THÜRINGEN-MONITORS eine gewisse Asymmetrie auf: Während das von nationalsozialistischer Ideologie gefärbte Gesellschaftsbild sehr facettenreich abgefragt wird, werden Entwicklungen und Ideologeme des „neuen“ Rechtsextremismus auf zwei Dimensionen – Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus – verdichtet. Es bietet sich deshalb an, neue Tendenzen, in denen gruppenbezogene Ressentiments vermutet werden können, in die Messung einzubeziehen. Insbesondere ist die Abwertung des Islam und der Muslime in Deutschland als mögliche Erweiterung des rechtsextremen Einstellungsmusters zu diskutieren.

4.2 Islamfeindlichkeit – eine neue Dimension des Rechtsextremismus?

Antiislamkampagnen und -diskurse haben sich im Verlauf des letzten Jahrzehnts als ein fester Bestandteil der Propaganda rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien etabliert (Langenbacher / Schellenberg 2011: 16). Die Agitation gegen den Islam und gegen Muslime zielt gleichermaßen auf die Mobilisierung von Überfremdungs- und Globalisierungsängsten ab und proklamiert den „Kulturkampf“ des „christlichen Abendlandes gegen den vermeintlichen Ansturm der Muslime“ (Stöss 2010: 43). Im Vordergrund steht dabei nicht das Bild des „fundamental-islamistischen Terroristen“: In Deutschland ließ sich ein Anstieg der Ressentiments gegen den Islam in der Folge der Anschläge des 11. Septembers 2001 nicht feststellen, islamfeindlichen Thesen wurde vor allem mit Skepsis begegnet. In der Rekapitulation des medialen Diskurses der letzten Jahre (Seidel 2007: 250ff) ist erst für das Jahr 2004, im Nachklang der Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh durch einen Islamisten, ein „Dammbruch“ zu

verzeichnen: Islam, Islamismus, Parallelgesellschaft, Frauenunterdrückung, importierter Antisemitismus, das Ende der multikulturellen Gesellschaft sind die bestimmenden Schlagworte der medialen Auseinandersetzung. Die ersten Erfolge von Antiislamkampagnen der extremen Rechten in Deutschland („PRO-"Bewegungen) fallen nicht zufällig in diese Zeit (Stöss 2010: 141ff). Es folgte die „Religionisierung" der Integrationsdebatte in der (medialen) Wahrnehmung der Bevölkerung wie auch in der Agitation des politisch rechten Randes in Deutschland: Türkische, arabische, palästinensische Einwanderer und Mitbürger wurden zu Muslimen, Islam und Islamismus wurden gleichgesetzt (Seidel 2007: 253, siehe auch Kapitel III.4). Eine besondere Qualität der Islamfeindlichkeit ist die Berufung auf demokratische Werte, die von Muslimen in Deutschland und dem Islam bedroht seien (Stöss 2010: 43ff): Muslimen wird pauschal Gewalttätigkeit unterstellt, da sie ihre Religion dazu verpflichte. Aus gleichem Grund seien sie frauenfeindlich, autoritär und lehnten einen säkularisierten Verfassungsstaat grundsätzlich ab.

Die Grenze zwischen einer die Integration von Muslimen in Deutschland bestärkenden kritischen Auseinandersetzung mit den Inhalten des Islam und der Verschleierung islamfeindlicher Ressentiments hinter der Sorge um demokratische Werte, ist in der empirischen Messung nicht ohne Weiteres zu ziehen (Leibold / Kühnel 2008). Soll das Ausmaß der Islamfeindlichkeit unter Thüringern geschätzt werden, muss diese Trennung jedoch vorgenommen werden und die Operationalisierung islamfeindlicher Ressentiments diese Überprüfung ermöglichen. Die Messung von Islamfeindlichkeit im THÜRINGEN-MONITOR versucht dieser Anforderung Rechnung zu tragen und typische Bezugspunkte antiislamischer Ressentiments zu erfassen: Muslimen wird generalisiert in Abrede gestellt, dass sie die Werte des Grundgesetzes akzeptieren, und *der* Islam wird als Bedrohung für die westliche Demokratie wahrgenommen. Jeweils die Hälfte der Thüringer gibt 2012 diese Einstellungen gegenüber Muslimen und dem Islam zu erkennen (Abb. 52). Das Niveau entspricht dem starken Rückhalt islamfeindlicher Ressentiments in Ostdeutschland, Deutschland und in anderen westeuropäischen Ländern (Decker et al. 2010: 134f; Zick / Küpper / Hövermann 2011: 69ff).

Abb. 52: ***Operationalisierung und Zustimmung zu Islamfeindlichkeit*** *(in Prozent)*

„Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind." (Ablehnung)	**50**
„Der Islam ist eine Bedrohung für die westliche Demokratie." (Zustimmung)	**49**

Anmerkung: „Stimme völlig zu" / „Lehne völlig ab" und „Stimme eher zu" / „Lehne eher ab" zusammengefasst

Werden aber über diese Einstellungsfragen tatsächlich antiislamische Ressentiments oder vornehmlich eine kritische Haltung gegenüber dem Islam und Muslimen erfasst? Eine Kritik am Islam, so übertrieben und in ihrer Generalisierung unbegründet sie auch wäre, müsste sich auf die tatsächliche Besorgnis um die demokratischen Werte in Deutschland und Thüringen zurückführen lassen. Dies kann überprüft werden, indem

die vermeintlich antiislamischen Einstellungen gegen die Haltungen zur Demokratie abgetragen werden. Sind „islamfeindlich" eingestellte Personen von der Idee der Demokratie als bester Staatsidee überzeugt, liegt die Vermutung nahe, dass die Messung von Islamfeindlichkeit nicht über die vorgenommene Operationalisierung erfolgen kann, wenngleich sie das Ausmaß der Bedrohungswahrnehmung durch Islam und Muslime in der thüringischen Bevölkerung wiedergeben würde. Weiterhin kann die Operationalisierung von Islamfeindlichkeit über den Zusammenhang mit den anderen Einstellungsfragen des Rechtsextremismus validiert werden.

Die Analyse offenbart, dass beide Fragen zur Messung von Islamfeindlichkeit an je unterschiedlichen Validitätsproblemen leiden. Sprechen Befragte Muslimen ab, die Werte des Grundgesetzes zu akzeptieren, sind sie auch signifikant weniger von der Demokratie als bester Staatsidee überzeugt, als Befragte, die Muslimen die Akzeptanz der Grundwerte zugestehen. In diesem Unterschied deutet sich an, dass die Sorge um demokratische Werte auch als Vorwand für antiislamische Ressentiments genutzt wird (Kühnel / Leibold 2007). Für die Überzeugung, der Islam sei eine Bedrohung für die westliche Demokratie, gelten dieser Zusammenhang und diese Schlussfolgerung jedoch nicht. Thüringer, die diesem Statement zustimmen, sind nur in geringem Ausmaß kritischer gegen die Demokratie eingestellt, der (Stichproben-)Unterschied lässt sich deshalb nicht mit Sicherheit auf die Thüringer Bevölkerung übertragen.

Der Zusammenhang zwischen den Einstellungen zur Islamfeindlichkeit und den Einstellungsdimensionen des Rechtsextremismus bestärkt zunächst die Annahme einer Nähe zu fremdenfeindlichen und nationalistischen Ressentiments. So bestätigt die Faktorenanalyse (siehe oben), dass sich islamfeindliche Überzeugungen als eine Komponente des „neuen" Rechtsextremismus begreifen lassen. Die Wahrnehmung des Islam als Bedrohung der westlichen Demokratie verhält sich zudem in erwarteter Weise zu den Dimensionen des „alten", sich aus der NS-Ideologie speisenden Rechtsextremismus: Thüringer mit dieserart ablehnenden Haltung gegen den Islam sind tendenziell antisemitisch, sozialdarwinistisch usw. eingestellt. Diese inhaltliche und messtheoretische Voraussetzung zur Aufnahme einer Einstellungsfrage in den Kanon der Indikatoren des Rechtsextremismus ist jedoch für das auf Muslime in Deutschland bezogene Statement *nicht* erfüllt: Sind Thüringer nicht überzeugt, dass Muslime die Werte des Grundgesetzes annehmen, sind sie deswegen nicht tendenziell antisemitisch eingestellt. Im Weiteren besteht kein Zusammenhang mit den Auffassungen, dass sich „wie in der Natur […] auch in der Gesellschaft immer der Stärkere" durchsetzen sollte oder Ausländer nur unter den eigenen Landsleuten heiraten sollten.

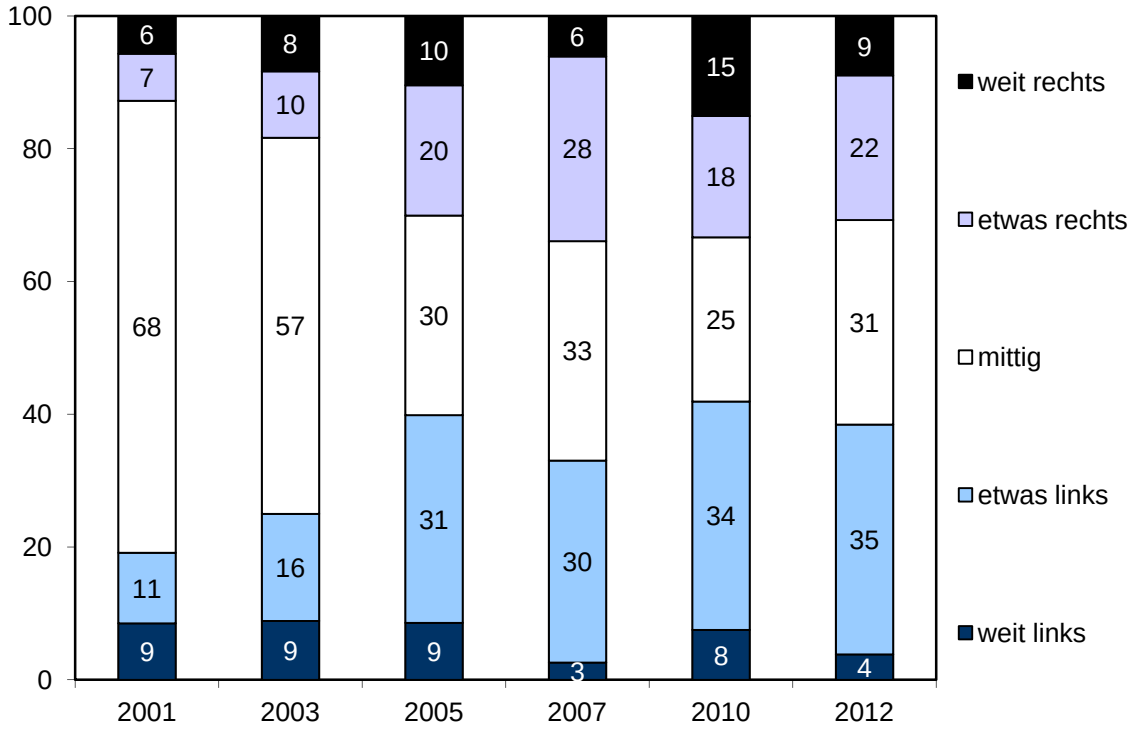
Für beide Fragen zur Operationalisierung von Islamfeindlichkeit muss deshalb vermutet werden, dass sie *auch* eine unzulässig generalisierte, jedoch nicht als Vorwand missbrauchte Kritik an Muslimen und dem Islam erfassen. Es ist nicht auszuschließen, dass diese generalisierte Kritik stärker von kurzfristigen medialen Aufmerksamkeiten gelenkt ist, als für die Konzeptualisierung als *Einstellungen* zulässig ist. Vor allem der Topos eines „importierten Antisemitismus" oder das mediale Szenario des Islam als Bedrohung für die Sicherheit der westlichen Welt sind hier zu nennen. Die Debatte über diese Vorbehalte gegen den Islam und die muslimischen Mitbürger kann deshalb nicht unter

der Flagge der Bekämpfung rechtsextremer Tendenzen in der Bevölkerung geführt werden. Dennoch legen die diesjährigen Befunde des THÜRINGEN-MONITORS nahe, auch in zukünftigen Erhebungen (geeignete) Indikatoren für Islamfeindlichkeit aufzunehmen und auf ihre Zugehörigkeit zum rechtsextremen Einstellungsmuster zu prüfen.

4.3 Rechtsextreme Einstellungen im politischen Raum

„Rechtsextremismus“ als Begriff des politischen Diskurses provoziert die Vorstellung einer Gauß‘schen Glocke, mit der die Bandbreite des politischen Raums beschrieben werden kann (Backes 2006: 240f): Eine starke gemäßigte „Mitte“, flankiert und bedroht von „rechtsextremen“ und „linksextremen“ Randgruppen. Da die politische Mitte gleichgesetzt wird mit der Orientierung an einer freiheitlichen und demokratischen Grundordnung, ist „rechtsextrem“ in diesem Bild gleichbedeutend mit „antidemokratisch“ (Stöss 1989: 18).

Abb. 53: ***Politische Selbsteinstufung rechtsextrem eingestellter Thüringer*** *(in Prozent)*



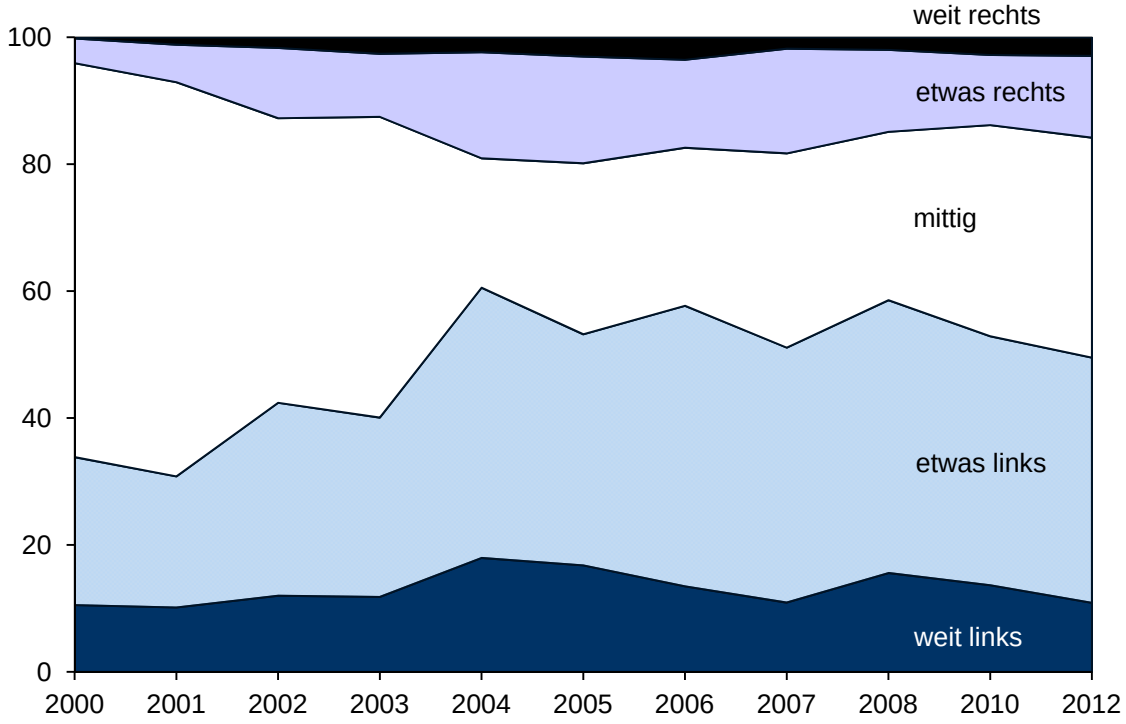
Kategorien „weit rechts“ und „weit links“: Positionen „sehr weit“ und „ziemlich weit“ zusammengefasst.

Inwieweit dieses Verständnis von „Rechtsextremismus“ den gesellschaftlichen Strukturen in Thüringen gerecht wird, kann überprüft werden: Es ist nach der Relation zu fragen, in der die Klassifizierung als „rechtsextrem“ (über das oben beschriebene Verfahren) und die Selbsteinstufung als politisch „mittig“, „links“ oder „rechts“ [7] zueinander

[7] Frageformulierung: „In der Politik wird häufig von links und rechts gesprochen. Wie würden Sie sich selbst einstufen: sehr weit links, ziemlich weit links, etwas links, etwas rechts, ziemlich weit rechts oder sehr weit rechts?“ (spontan: in der Mitte)

stehen. Unter der Thüringer Bevölkerung findet sich dieser Zusammenhang nur schwach ausgeprägt (Abb. 53): Rechtsextreme Thüringer wählen zwar etwas überdurchschnittlich rechte Positionen und seltener als die Gesamtbevölkerung linke Positionen oder die Platzierung in der politischen Mitte. Die Gruppe der Rechtsextremen setzt sich jedoch 2012, mit einer leichten Linksverschiebung, zu ähnlichen Anteilen aus sich selbst politisch rechts, mittig und links einordnenden Thüringern zusammen. Vor elf Jahren fühlten sich noch 68 Prozent der rechtsextrem Eingestellten unter der Thüringer Bevölkerung der politischen Mitte zugehörig. Diese Verschiebung zeichnet jedoch lediglich die Entwicklung in der Thüringer Bevölkerung nach: Positionierten sich zu Beginn des Jahrtausends etwa 62 Prozent der Befragten mittig, sank dieser Anteil innerhalb von vier Jahren auf ein Fünftel und stieg seitdem wieder leicht auf das diesjährige Niveau von etwa einem Drittel der Befragten, die sich der politischen Mitte zuordnen. Von der „schmelzenden" politischen Mitte profitieren vor allem die „etwas rechte" und die „etwas linke" Position, der sich die Thüringer stattdessen zuordnen (Abb. 54).

Abb. 54: ***Selbsteinstufung auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2000–2012*** *(in Prozent)*



Obwohl die Affinität zu rechtsextremen Einstellungen geringfügig steigt, wenn sich Befragte dem äußeren rechten Rand zugehörig fühlen, ist der Zusammenhang zwischen der Klassifizierung als „rechtsextrem" und der politischen Selbsteinstufung gering. Behandelt man die politische Links-Rechts-Selbsteinstufung als eine Ursache rechtsextremer Orientierungen, kann sie in der Kausalanalyse lediglich acht Prozent der Verteilung rechtsextremer Einstellungen unter der Bevölkerung erklären. Soziale Erwünschtheit, die Scheu sich offen in den Kategorien „weit rechts" zu positionieren, kann für diesen Befund nicht allein verantwortlich gehalten werden. Es bleibt eine Mehrheit rechtsextrem eingestellter Thüringer, die sich selbst nicht dem rechten politischen Rand zuord-

nen. Die Selbsteinordnung auf dem politischen Links-Rechts-Spektrum ist nicht das Kriterium, mit dem sich die Nähe und Distanz zu rechtsextremen Ideologemen unter den Thüringern verorten lässt. Bleibt der Rechtsextremismusbegriff den Dichotomien „Mitte – extrem“ oder „links – rechts“ verhaftet, kann er weder die politische Struktur noch die Gesellschaft in ihrer Komplexität adäquat erfassen (Neugebauer 2010).

Die Konsequenzen eines auf das Verständnis von „Rechtsextremismus“ als politische Positionsbeschreibung verengten Diskurses sind weitreichend (Kiess 2011): Rechtsextreme Überzeugungen und diese andeutendes Verhalten werden zu einem Problem von Gruppen erklärt, die sich politisch und sozial am (rechten) Rande der Gesellschaft bewegen. Im Umkehrschluss wird der gesellschaftlichen Mitte wie auch sich selbst politisch links verortenden Bevölkerungsgruppen Immunität gegenüber rechtsextremen Ideologemen zuerkannt. Werden rechtsextreme Einstellungen als Ausdruck einer politischen Selbstpositionierung begriffen, geht wiederum der Blick für die sozialen Ursachen und Implikationen dieses Phänomens verloren. Ist Rechtsextremismus über eine antidemokratische Haltung definiert, beschränkt sich die Untersuchung möglicher Folgen rechtsextremer Einstellung auf die fehlende Partizipation am Prozess politischer Willensbildung oder auf die Parteineigung.

Der Begriff des „Extremismus der Mitte“ kann diese Konsequenzen nicht abbilden, da sich, der Tendenz der Gesamtbevölkerung folgend, mehr „rechtsextrem“ klassifizierte Thüringer auf dem linken Flügel des politischen Spektrums verorten als in der Mitte oder auf dem rechten Flügel. „Extremismus des Überall“ wäre eine adäquatere Beschreibung der empirischen Befunde in Thüringen und verweist darauf, dass es nicht angemessen wäre, die aus Indexwerten abgeleiteten Positionen als politisch extrem zu charakterisieren und sie auf dem rechten Flügel zu lokalisieren. Es lassen sich zwar Gründe anführen, an dem Begriff „Rechtsextremismus“ festzuhalten (Kiess 2011: 243, 254ff), wie seine intuitive Verständlichkeit in verschiedenen Teilbereichen der Gesellschaft und eine erhöhte mediale Aufmerksamkeit für die Rechtsextremismusforschung. Wird diesen vermeintlichen Vorteilen die treffende Zuschreibung des Problems geopfert, richten sich Präventionsprogramme jedoch auf ein falsches, da auf die politische Dimension verengtes Verständnis „rechtsextremer“ Orientierungen.

4.4 Ursachen

Kann Rechtsextremismus nicht als politische Position begriffen werden, stellt sich umso deutlicher die Frage, welche gesellschaftlichen Entwicklungen und historischen Voraussetzungen, welche Merkmale der Lebenssituation der Person und welche auf die Lebenserfahrung reflektierenden Überzeugungen die Ausprägung rechtsextremer Einstellungen begünstigen oder hemmen. Die Rechtsextremismusforschung hat eine Vielzahl von Erklärungsansätzen hervorgebracht (einen allgemeinen Überblick gibt Neureiter 1996). Diese Vielfalt ist im Hinblick auf die gegenseitige Abgrenzung der Konzepte problematisch und kann es erschweren, die zentralen Faktoren zur Erklärung des Rechtsextremismus auf Einstellungsebene zu identifizieren. Der THÜRINGEN-MONITOR erfasst die Komponenten der wichtigsten Erklärungskonzepte wie Deprivationserfahrungen, Desintegration, spezifisch ostdeutsche Erklärungsfaktoren, die sogenannte Kon-

takthypothese, politische Entfremdung, autoritäre Orientierungen und sozialstrukturelle Faktoren. Die verschiedenen Ansätze und ihre Messung im THÜRINGEN-MONITOR sollen in Kürze vorgestellt werden, bevor sie auf ihren Beitrag zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen unter der Thüringer Bevölkerung analysiert werden.

Deprivationskonzepte erfassen übergreifend den „Zustand des tatsächlichen oder perzipierten Entzugs bzw. der Entbehrung von etwas Erwünschtem" (Rippl / Baier 2005: 64). Individuelle Deprivation beschreibt die Benachteiligung der eigenen Person: Arbeitslosigkeit und die schlechte Einschätzung der eigenen finanziellen Situation sind typische Indikatoren und werden auch durch den THÜRINGEN-MONITOR erhoben. Für die Herausbildung von Bedrohungsgefühlen und der damit verbundenen Ablehnung von Zuwandern ist jedoch wichtiger, wie die Befragten ihren Lebensstandard im Vergleich zu anderen in Deutschland einschätzen. Im THÜRINGEN-MONITOR wird deshalb danach gefragt, ob man im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben, glaubt, seinen gerechten Anteil (oder mehr oder weniger) zu erhalten. Das Konzept der kollektiven (ökonomischen) Deprivation folgt stärker konflikttheoretischen Ansätzen. Erfasst wird hierfür die Wahrnehmung der Benachteiligung einer Gruppe, der man selbst angehört („Eigengruppe"). Eine schlechte Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen kann Bedrohungsgefühle intensivieren. Ebenso die negative Bilanz aus dem Vergleich mit anderen ost- und westdeutschen Ländern, die stärker noch auf die wahrgenommene Benachteiligung der Thüringer abzielen. Die Benachteiligung der eigenen Person ist ein Nährboden für die gefühlte Benachteiligung der Eigengruppe (Rippl / Baier 2005: 658).

Eng mit dem Deprivationskonzept verbunden sind anomische Gefühle und Abstiegsängste. Auf die Ressourcen der eigenen Persönlichkeit zum Umgang mit Benachteiligungen und schwierigen wirtschaftlichen Situationen wie auch auf das Ergebnis dieser Auseinandersetzung verweisend, zeigen sie gesellschaftliche **Desintegration** an (Neureiter 1996: 188). Die Angst vor dem Verlust des eigenen gesellschaftlichen Status bedingt die Offenheit für Vorurteile und einfache Antworten, für das Versprechen der Wiederherstellung „alter" Ordnungen ebenso wie für die Abwertung von Minderheiten und die sinkende Bereitschaft zu deren Integration. Abstiegsangst unter den Thüringern wurde über die Sorge, „durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten", gemessen.

Ein exklusiver auf Thüringen und die ostdeutschen Länder bezogener Erklärungsansatz wurde in den vergangenen Jahren vom THÜRINGEN-MONITOR unter dem Begriff einer spezifisch **ostdeutschen Deprivation** gefasst (TM 2008: 33, 81f). Als Form ökonomischer Deprivation wird sie über die Wahrnehmung einer negativen Einheitsbilanz und die perzipierte Minderung des Lebensstandards in Folge der Einigung gemessen. Des Weiteren werden unter Ostdeprivation empfundene Anerkennungsprobleme der ostdeutschen Bürger gegenüber der westdeutschen Bevölkerung gefasst. Die empfundene Abwertung der Eigengruppe bedroht die eigene Identität und den Selbstwert, eine mögliche Kompensation ist die Abwertung anderer gesellschaftlicher Gruppen, die als „schwächer" wahrgenommen werden (Klein et al. 2008). Es sinkt die Bereitschaft, Minderheiten in die Gesellschaft zu integrieren. Zur Messung der ostdeutschen Deprivation wurden die Thüringer gefragt, ob die Einheit für sie persönlich alles in allem mehr

Vorteile oder mehr Nachteile gebracht hat oder ob sich die Vor- und Nachteile ausgleichen. Zudem wurden sie gebeten, der Aussage „Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse“ zuzustimmen oder sie abzulehnen.

Stärker auf die Erklärung der politischen Dimensionen und Implikationen des Rechtsextremismus zielt das Konzept der **politischen Entfremdung** (Edinger 2010: 16ff, 46ff). Diese kann auch vor dem Hintergrund ökonomischer Deprivationserfahrungen begriffen werden: Der Politik und ihren Institutionen wird abgesprochen, sich um die Probleme der Bevölkerung zu sorgen, das Vertrauen in politische Institutionen und deren Vermögen, diese Probleme zu lösen, geht verloren. (Im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS werden Befragte nach ihrem Vertrauen in die Landes- und Bundesregierung gefragt.) Geht die Wahrnehmung verloren, dass Politik überhaupt interessiert daran ist, die Probleme der Befragten anzugehen und auf deren Bedürfnisse zu reagieren, entsteht der generalisierte Eindruck politischer Machtlosigkeit bzw. mangelnder Responsivität politischer Akteure (Zustimmung zu „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“). Erstreckt sich die Unzufriedenheit nicht „nur“ auf politische Institutionen, sondern wird auf das Funktionieren der Demokratie in der Praxis generalisiert, ist ein Resonanzboden für gegen das demokratische System gerichtete Kräfte und Agitationen geschaffen. Im Zusammenhang mit diesen Prozessen steht die politische Eigenkompetenzzuschreibung, die auf die persönlichen Voraussetzungen des Befragten zur Einschätzung und Reflexion des politischen Geschehens abzielt: die Befragten wurden gebeten, sich zustimmend oder ablehnend zu der Aussage, „Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen“, zu positionieren.

Ausgangspunkt der sogenannten **Kontakthypothese** ist die Annahme, dass die wiederholte persönliche Begegnung mit Fremden dazu beitragen kann, bestehende Vorurteile und Ressentiments abzubauen (Asbrock et al. 2012). Die Erfahrung von kulturübergreifenden Gemeinsamkeiten führt zu wachsendem Verständnis gegenüber zunächst als fremdartig empfundenen Denk- und Lebensweisen (siehe auch Kapitel III.1). Im Rahmen der Prüfung dieser These wurden die Thüringer nach ihren Kontakten zu Migranten in der Nachbarschaft und im Kreis der Arbeitskollegen gefragt, ebenso nach privaten oder beruflichen Auslandsaufenthalten und Kontakten zu Menschen in anderen Ländern.

Autoritäre Orientierungen wurden im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS wiederholt als die wichtigsten Einflussfaktoren auf rechtsextreme Einstellungen identifiziert (TM 2007: 75f; TM 2008: 81f). Dieser Befund hat deutschlandweit Gültigkeit (Decker / Brähler / Geißler 2006: 72ff). Als Persönlichkeitseigenschaft verstanden, hebt Autoritarismus auf ein normatives Orientierungssystem ab, das sich durch Unterwürfigkeit gegenüber „Stärkeren“, Aggressionen gegen „Schwächere“ und die starke Bindung an konventionelle Werte konstituiert (Winkler 2000: 374f; Winkler 2005). Diese Haltungen sind auch in der Erfahrung eines durch hohe Ablehnung und Bestrafung geprägten Erziehungsstil der Eltern begründet (Decker / Brähler / Geißler 2006). Dennoch gehören autoritäre Orientierungen nicht zu den in der Psychologie als grundlegend angenommenen Persönlichkeitseigenschaften, denen eine hohe, wenngleich nicht absolute, Stabilität im Lebenslauf zugestanden werden muss (Asendorpf 2007: 147ff, 315ff). Der THÜRIN-

GEN-MONITOR erfasst die Tendenz zur Unterwürfigkeit der Befragten über die Zustimmung zu der Aussage „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand“. Latente Aggression gegenüber Schwächeren ist als Zustimmung zu „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen“ operationalisiert.

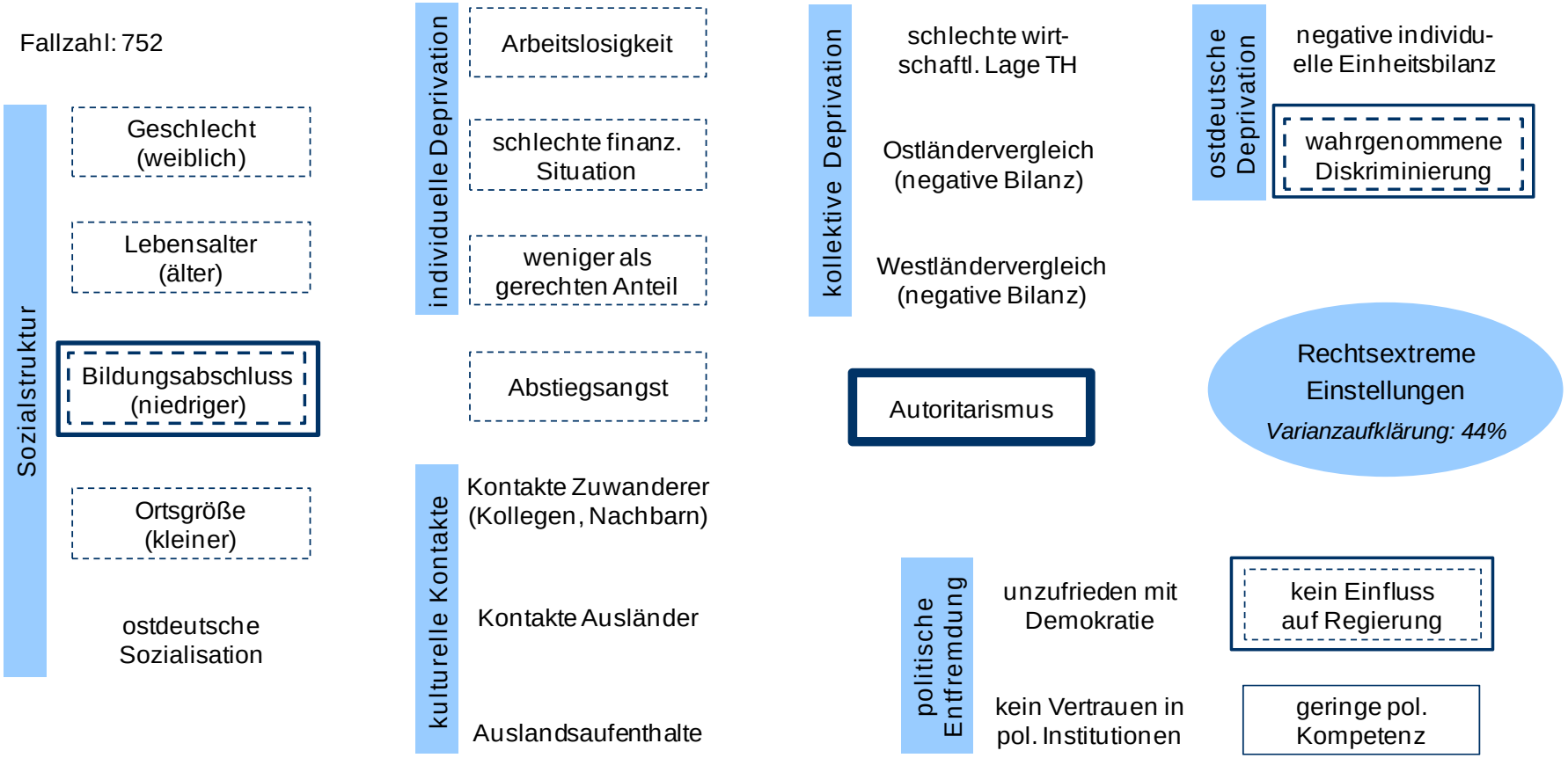
Auch **sozialstrukturelle Variablen** sind relevant für die Erklärung rechtsextremer Einflussfaktoren. Die Konzentration der Rechtsextremismusforschung in den 1990er Jahren auf Jugendliche (siehe TM 2000: 101ff) hat das Bild geprägt, in dem auch rechtsextreme *Einstellungen* besonders ein Problem der jüngeren Alterskohorten sind. Der Wohnortgröße kommt als ein Indikator ländlicher Gegenden eine wichtige Rolle zu, denn es kann angenommen werden, dass vor allem die Problemlagen der Deprivation und politischen Entfremdung durch die Bedingungen ländlicher Gebiete im Vergleich zu größeren Städten verschärft werden. Die Relevanz des höchsten Bildungsabschlusses für die Erklärung rechtsextremer Einstellungen wurde auf Thüringer und bundesdeutscher Ebene bestätigt (TM 2008: 81; Decker et al. 2010: 24f).

Zu der Vielfalt an potentiell bedeutsamen Erklärungsfaktoren treten, die Unübersichtlichkeit verstärkend, die vermuteten gegenseitigen Abhängigkeiten unter den Konzepten. Es begünstigt Fehlschlüsse, diesen Zusammenhängen in der Überprüfung der Erklärungskraft der einzelnen Indikatoren keine Rechnung zu tragen. Steigert eine schlechte finanzielle Situation der Befragten die Akzeptanz rechtsextremer Überzeugungen, oder ist dies nur ein „versteckter“ Effekt des höchsten Bildungsabschlusses, von dem die finanzielle Situation der Thüringer beeinflusst wird? Der Bildungsabschluss wäre dann als eine sogenannte „Drittvariable“ zu verstehen, die für den Zusammenhang der finanziellen Situation mit rechtsextremen Einstellungen eigentlich verantwortlich ist. Erheben Erklärungsmodelle den Anspruch, Hinweise auf mögliche Strategien gegen die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen zu geben, ist es wichtig, solche Verknüpfungen zu überprüfen. Nur so können die Faktoren identifiziert werden, die das größte Potenzial für präventive Maßnahmen bergen.

Ein als Pfadanalyse bezeichnetes statistisches Verfahren wird diesen Anforderungen gerecht (Weiber / Mühlhaus 2010). Über diese Analyse können als wichtigste Ursachen für rechtsextreme Einstellungen autoritäre Orientierungen, ein niedriger Bildungsabschluss, die empfundene Diskriminierung der Ostdeutschen, der verfestigte Eindruck, keinen Einfluss auf die Regierung zu haben, und, in geringerem Maß, die politische Eigenkompetenzzuschreibung benannt werden. Gemeinsam können diese Einflussgrößen 44 Prozent der beobachteten rechtsextremen Einstellungen unter der Thüringer Bevölkerung erklären (Abb. 55).

Die fehlenden Einflussmöglichkeiten auf die Regierung werden nicht nur mit einem niedrigeren Bildungsabschluss verstärkt wahrgenommen, sondern auch durch Abstiegsängste und die empfundene Diskriminierung Ostdeutscher forciert. Die Mutlosigkeit im Angesicht der eigenen ökonomischen Situation und die perzipierte Abwertung durch die

Abb. 55: Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen



„Direkter" Effekt: Erhöht die Affinität zu rechtsextremen Einstellungen

„Indirekter" Effekt: Steht ursächlich hinter einem Merkmal mit direktem Effekt auf rechtsextreme Einstellungen, begünstigt diese mittelbar.

Die Stärke der Umrandung zeigt die Wichtigkeit der Erklärungsfaktoren im Verhältnis zueinander an (auf Basis standardisierter Beta-Koeffizienten). Die Wahrscheinlichkeit stichprobenbedingter Fehlschlüsse liegt für alle Effekte unter einem Prozent.

westdeutsche Mehrheitsgesellschaft übertragen sich auf die politische Ebene und führen zu einem Gefühl der Machtlosigkeit. Die Selbsteinschätzung, mit politischen Fragen nicht gut umgehen zu können, erhöht in geringem Ausmaß die Anfälligkeit für rechtsextreme Überzeugungen. Nicht zuletzt neigen finanziell schlechter Gestellte zu diesem Selbsteindruck, dies ist umso erstaunlicher, da der Bildungsabschluss für die Eigenkompetenzzuschreibung keine Rolle spielt. Dies verdeutlicht, dass es sich bei der Zuschreibung einer geringen politischen Eigenkompetenz mehr um eine Abkehr vom politischen Prozess als um einen Ausdruck des eigenen Unvermögens handelt. Weder das (fehlende) Vertrauen in politische Institutionen bzw. in die Bundes- und Landesregierung, noch Unzufriedenheit mit der Demokratie auf Performanzebene sind relevant für die Erklärung rechtsextremer Einstellungen. Der wahrgenommene fehlende politische Einfluss von „Leuten wie ich" erfasst Unzufriedenheit mit der demokratischen Praxis direkter und dennoch auf grundlegender Ebene.

Das Gefühl mangelnder Anerkennung durch Westdeutsche wird durch individuelle Deprivationserfahrungen verstärkt, jedoch nur im geringen Maß. Dieser Aspekt einer spezifisch ostdeutschen Deprivation scheint vor allem auf Zusammenhänge zu verweisen, die sich dem näheren Verständnis im Rahmen des Erklärungsmodells verschließen. Die Vergleiche mit den anderen ost- und westdeutschen Ländern, den im Sinne einer kollektiven Deprivation besondere Bedeutung zukommen müsste, bleiben ohne Erklärungskraft, ebenso die negative Bewertung der deutschen Einheit durch die Befragten.

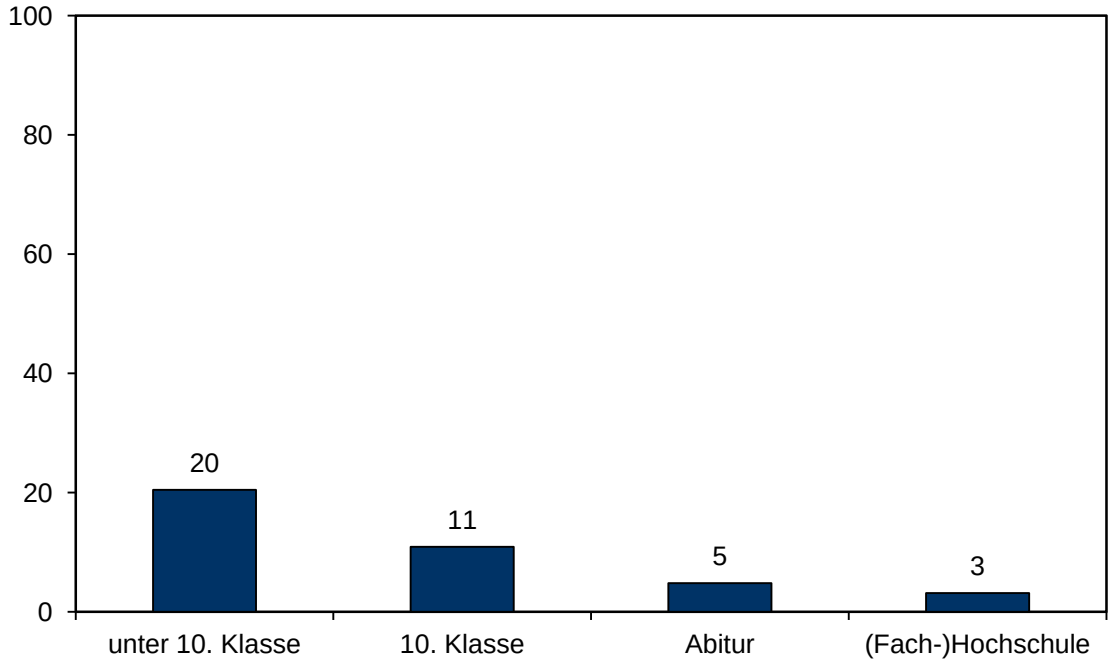
Autoritarismus bestätigt sich einmal mehr als der wichtigste Einflussfaktor auf rechtsextreme Einstellungen. Dass ein niedriger Bildungsabschluss autoritäre Orientierungen verstärkt und sie in kleineren Orten etwas gehäuft auftreten, könnte auf die Rolle der Sozialisation bei der Ausbildung dieses Orientierungssystems verweisen. Im Weiteren werden sie begünstigt durch die Wahrnehmung eines drohenden Verlusts des eigenen gesellschaftlichen Status, die empfundene Diskriminierung der Ostdeutschen und fehlende politische Macht. Autoritarismus ist demnach auch als eine Reaktion auf die Wahrnehmung der sozialen Verhältnisse zu verstehen: Ist die eigene gesellschaftliche Position in Gefahr, wird sie über Aggressivität gegen schwächere Gruppen gefestigt, fehlt politischer Einfluss, verstärkt sich der Wunsch nach einer „starken Hand", die womöglich die eigenen gegen etablierte Interessen durchsetzen kann.

Die Prüfung der Kontakthypothese für Thüringen ergibt, dass ein tendenziell höherer Bildungsabschluss der eigentliche Unterschied von Thüringern mit kulturellen Kontakten zu denen ohne diese Berührungspunkte ist. Wenngleich Befragte mit mehr kulturellen Kontakten dadurch eine höhere Immunität gegen rechtsextreme Einstellungen aufweisen, sind Verbindungen zu Menschen in anderen Ländern, Auslandsaufenthalte, Zuwanderer unter den eigenen Nachbarn und Kollegen, nicht dafür verantwortlich.

Bereits im ersten Bericht des THÜRINGEN-MONITORs wurde auf das Potenzial der Stärkung „politischer Bildung" für die Bekämpfung des Rechtsextremismus verwiesen (TM 2000: 75). Der starke Zusammenhang rechtsextremer Einstellung mit dem höchsten Bildungsabschluss ist auch 2012 ungebrochen (Abb. 56). Unter den Befragten mit (Fach-)Hochschulabschluss finden sich drei Prozent mit rechtsextremen Einstellungen,

unter Thüringern mit einem Hauptschulabschluss (oder ohne Schulabschluss) sind es hingegen 20 Prozent. Die Gründe dafür sind vielfältig: Die Wahrnehmung politischer Machtlosigkeit und die Anfälligkeit für Prozesse politischer Entfremdung sind umso höher, je niedriger der erreichte Bildungsabschluss ist. Ein bedeutender Teil der starken Beziehung zwischen Bildungsgrad und rechtsextremen Einstellungen muss jedoch auf die Wirkung von Bildung auf den ökonomischen Status und die empfundene Status(un)sicherheit zurückgeführt werden. Ein niedriger Bildungsabschluss ist demnach Indiz und Ursache für (ökonomische) Deprivationslagen der Befragten (Rippl / Baier 2005). Der Zusammenhang zwischen einem niedrigen Bildungsabschluss und der stärkeren Neigung zu autoritären Orientierungen weist auf die sozialisatorischen Hintergründe, die mit dem Bildungsstand der Befragten verbunden sind. Darüber hinaus nimmt der Bildungsabschluss auch einen „eigenständigen" Einfluss auf rechtsextreme Einstellungen, der nicht über andere Problemlagen vermittelt ist. Ob dieser direkte Bildungseffekt auf „humanistische Aufklärung", Intelligenz oder auf Wertorientierungen (zu diesen: Rippl 2002) zurückzuführen ist, kann im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS jedoch nicht weiter offengelegt werden.

Abb. 56: ***Anteil rechtsextremer Thüringer nach höchstem Bildungsabschluss*** *(in Prozent)*



4.5 Folgen für die Gesellschaft

Im Fokus des THÜRINGEN-MONITORS standen immer auch mögliche Gefahren für die demokratische Kultur und ihre Werte, die mit der Verbreitung rechtsextremer Überzeugungen einhergehen. Eine „Entleerung" der Demokratie drohe, wenn die Bindung an etablierte Parteien und die Bereitschaft zur politischen Partizipation der Bürger schwinden (Edinger 2010: 46ff). Prozesse der politischen Entfremdung sind initial für die Abkehr von gelebter politischer Kultur. Rechtsextreme Orientierungen können Katalysatoren dieser Entwicklungen sein. Durch den gemeinsamen Ursprung der Dimensionen des

Rechtsextremismus in Ungleichwertigkeitsvorstellungen ist diesem eine demokratiefeindliche Haltung immanent. Ohne die Gleichwertigkeit der Bürger (vor dem Gesetz, in Form von Stimmgleichheit usw.) ist „demokratisch" eine Worthülse, keine gelebte Kultur.

Die vermuteten Beziehungen zwischen Gefährdungen der Demokratie und rechtsextremen Überzeugungen können durch eine Kausalanalyse bestätigt werden.[8] Sowohl distanzierte als auch antagonistische Haltungen zur demokratischen Kultur und ihren Werten werden durch rechtsextreme Einstellungen mitverursacht. Der stärkste Zusammenhang besteht erwartungs- und eben auch definitionsgemäß mit der Ablehnung der Demokratie als verbindliche Werteordnung. Doch auch eine fehlende Bindung zu etablierten Parteien und die Neigung zur Verweigerung des Engagements im politischen Willensbildungsprozess werden durch rechtsextreme Einstellungen in geringem Maß verstärkt.

Den geringsten Effekt haben rechtsextreme Orientierungen auf die Bereitschaft, Gewalt als politisches Instrument anzuwenden. Der Beitrag rechtsextremer Einstellungen zur Erklärung politischer Gewaltbereitschaft beträgt lediglich ein Prozent. Einen stärkeren Effekt hat das Geschlecht (männliche Befragte bekunden Gewaltbereitschaft häufiger), die Ortsgröße (entgegen dem Vorurteil sind gewaltbereite Befragte in größeren Städten leicht überrepräsentiert) und mangelndes Vertrauen in politische Institutionen. Letzteres verweist auf den Charakter politischer Gewalt als ein Ausdruck von Enttäuschung und Wut über (vermeintlich) versagende politische Institutionen. Jedoch können auch unter Berücksichtigung dieser Einflussfaktoren nur vier Prozent der Gewaltbereitschaft der Thüringer erklärt werden. Was die sieben Prozent der Thüringer, die vor politischer Gewalt nicht zurückschrecken, dazu veranlasst, bleibt demnach wesentlich ungeklärt – rechtsextreme Neigungen können nicht entscheidend dafür verantwortlich gemacht werden.

Im Rahmen des diesjährigen Schwerpunktthemas sind die Folgen rechtsextremer Einstellungen unter der Bevölkerung für die Akzeptanz und Integration von Zuwanderern von besonderem Interesse. Fremdenfeindliche Ressentiments und die Akzeptanz von Migration und Migranten stehen nicht in deterministischer Beziehung zueinander (Kapitel III.3). Die Integrationsverweigerung gegen Zuwanderer kann dennoch als Folge rechtsextremer Einstellungen antizipiert werden (Zick / Küpper / Hövermann 2011: 119ff): Eine generelle Ablehnung von Zuwanderung,[9] auch in Form von Arbeitsmigration,[10] ist eines der offensichtlichsten Ressentiments. Keine Zuwanderer innerhalb des

[8] Aufgrund der Möglichkeit, Drittvariablen zu überprüfen, wurde analog zu Analyse der Ursachen das statistische Verfahren der Pfadanalyse gewählt.

[9] Die generelle Einstellung zu Migration wurde gemessen über die Häufigkeit der Antwort „Zuzug einschränken" auf die Frage, ob für Menschen aus verschiedenen Ländern der Zuzug nach Deutschland erleichtert, eingeschränkt oder nichts daran geändert werden sollte. Länder: Frankreich, Polen, Russland, arabische Länder und Afrika.

[10] Die Haltung zu Arbeitsmigration wurde bestimmt über die Häufigkeit der Antwort „gegen Anwerbung" auf die Frage danach, ob bestimmte Berufsgruppen im Ausland angeworben werden sollten *und* die Frage, ob man generell gegen Anwerbung von Arbeitskräften ist. Berufsgruppen: Facharbeiter/ Handwerker, Ingenieure, Ärzte sowie Pflegepersonal.

Freundes- und Bekanntenkreises zu haben, wird vorsichtig als Hinweis auf Distanz zu Zuwanderern und mögliche Diskriminierung begriffen.

Die Analyse bestätigt, dass der Zuzug von Menschen aus anderen Ländern umso stärker abgelehnt wird, je verfestigter rechtsextreme Überzeugungen sind. Dieser Zusammenhang war zu erwarten, ist diese Haltung zu Migration und Zuwanderern dem Konstrukt „Rechtsextremismus“ doch immanent. In dieser Hinsicht ist aber von besonderer Relevanz, dass der Zusammenhang rechtsextremer Orientierungen mit konkreteren Fragen zu Migration und Integration vergleichbar schwach ausfällt: Rechtsextreme haben zwar seltener Zuwanderer unter ihren Freunden und Bekannten, ihre Distanz zu Migranten erstreckt sich also auch auf den privaten Bereich, der Unterschied zu Thüringern ohne rechtsextreme Orientierungen ist jedoch gering. In der Diskussion der Ursachen rechtsextremer Einstellungen wurde auch darauf verwiesen, dass häufigere „unfreiwillige“ Kontakte zu Zuwanderern als Nachbarn und Arbeitskollegen die Neigung zu rechtsextremen Orientierungen nicht vermindert. Vor diesem Befund lässt sich die Vermeidung „freiwilliger“ Kontakte im Freundes- und Bekanntenkreis als eine Folge rechtsextremer Einstellungen begreifen. Dieser Zusammenhang deutet darauf hin, dass rechtsextreme Überzeugungen ein Hindernis für die Integration von Zuwanderern in der Thüringer Bevölkerung sein können. Dagegen fehlt eine Assoziation zwischen der Haltung zur Anwerbung von Arbeitskräften im Ausland und rechtsextremen Orientierungen. Das ist ein deutlicher Hinweis, dass Arbeitsmigration nicht durch einen ideologischen Standpunkt gefärbt wahrgenommen wird, sondern in Hinsicht auf konkrete und gruppenspezifische Interessenskalküle (siehe Kapitel III.3).

Der schwache Zusammenhang zwischen rechtsextremen Einstellungen und der Bereitschaft zur Aufnahme privater Kontakte zu Migranten sowie die fehlende Beziehung zur Ablehnung oder Befürwortung von Arbeitsmigration verweisen auf eine Kluft zwischen der Einstellungs- und Verhaltensebene. Vor allem aber disponieren rechtsextreme Einstellungen, wie sie über die Rechtsextremismusskala gemessen werden, nach unseren Befunden nicht zur politischen Gewalt. Dies schließt jedoch nicht aus, dass sie ein Umfeld bilden, aus dem Gewalt hervorgeht und in dem Gewalt toleriert wird. Eine solche Gefährdung wird von einer bedeutenden Minderheit der Thüringer Bevölkerung wahrgenommen: Zwar schätzen zwei Drittel der Thüringer das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur als gut ein und über 70 Prozent glauben, dass Zuwanderer hier ungefährdet leben können. Mehr als ein Viertel unter ihnen bezweifelt jedoch diese Einschätzung. Ohne Unterschied zwischen ländlichen und städtischen Gegenden glauben sieben Prozent der Thüringer, dass es in ihrer Wohnumgebung Gebiete gibt, die Zuwanderer aufgrund der Bedrohungen durch Rechtsextreme nicht ungefährdet betreten können. Auch im Licht differenzierender Befunde und der abnehmenden Verbreitung eines rechtsextremen Einstellungsmusters wäre es unangemessen, die Abwehr von Ideologemen des Ethnozentrismus und politischen Autoritarismus von der Tagesordnung zu nehmen. Noch immer geht von ihnen objektiv und in der Wahrnehmung eines erheblichen Teils der Thüringer Bevölkerung eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und der demokratischen Ordnung aus.

V. Fazit

Auch der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR wurde im Kontext und vor dem Hintergrund der internationalen Finanzmarktkrise durchgeführt, die sich nach einigen Wandlungen nun in der öffentlichen Wahrnehmung und Berichterstattung vor allem als Eurokrise manifestiert. Diese Entwicklungen haben gezeigt – und dies wird auch von der Mehrheit der Bevölkerung Thüringens so wahrgenommen –, dass Globalisierung und Europäisierung tatsächlich eine unauflösliche Einbindung in internationale Interdependenzgeflechte bedeuten, die durch nationale, geschweige denn regionale Politik kaum zu beeinflussen sind. Rückzug und Abschottung bilden dabei keine Handlungsoptionen. Andererseits wurde in den vergangenen Jahren auch deutlich, dass im internationalen Vergleich einige Länder, hier nicht zuletzt Deutschland, besser als andere vor den Herausforderungen der Krise bestehen können. Dies ist ein Hinweis darauf, dass Politik auf nationaler und regionaler Ebene durchaus förderlich oder hinderlich sein kann, wenn es darum geht, im verschärften internationalen Wettbewerb der Krisenperiode zu bestehen.

Auch in Thüringen ist seit Mitte des letzten Jahrzehnts eine relativ günstige Entwicklung des regionalen Arbeitsmarktes mit abnehmender Arbeitslosigkeit und steigender Beschäftigung zu beobachten, die sich bis zur Jahresmitte 2012 fortgesetzt hat. In unserer Bevölkerungsstichprobe koinzidiert mit dieser Entwicklung eine weiter verbesserte Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Zwar wird die allgemeine wirtschaftliche Situation Thüringens nach einem massiven Anstieg und Spitzenwert im Jahr 2011 nun wieder skeptischer bewertet, doch wird dies nicht als landesspezifische Entwicklung angesehen, denn der Anteil derer, die Thüringen im Vergleich mit westdeutschen Bundesländern günstig platzieren, ist noch einmal deutlich auf einen Anteil von annähernd drei Viertel der Befragten angestiegen. Ein ostdeutsches Minderwertigkeitsempfinden lässt sich in diesen Befunden nicht erkennen. Dies sind für die Bewertung der übrigen Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORs wichtige Befunde, denn die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage und das Empfinden gruppenbezogener Benachteiligungen haben neben dem Berufs- und Bildungsstatus deutliche Effekte auf die Bewertung der politischen Ordnung und die Ausbildung ethnozentrischer Ressentiments.

In der Grundtendenz haben sich mit Blick auf die Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit die Befunde des THÜRINGEN-MONITORs im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr nicht grundlegend verändert: Vier von fünf Befragten stimmen wie im vergangenen Jahr der Aussage zu, dass die Demokratie die beste aller Staatsformen sei. Dagegen zeigt sich eine knappe Mehrheit der Thüringer mit der Weise, in der die Demokratie in Deutschland praktiziert wird, unzufrieden – was einen Anstieg von fünf Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Dies ist ein Hinweis darauf, dass sich unsere demokratische Ordnung im Hinblick auf die Praxis und die Ergebnisse politischen Handelns bewähren muss, um die Zustimmung der Bevölkerung zu erhalten.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass es für nahezu ein Fünftel der Befragten "bessere Staatsideen" als die Demokratie gibt und 16 Prozent der Befragten "unter bestimmten Umständen" sogar eine Diktatur für die beste Staatsform halten. Auch diese Befunde haben sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Deutlich zurückgegangen ist hingegen im Vergleich zu 2011 der Anteil der Befragten mit "rechtsextremen Einstellungen". Die im THÜRINGEN-MONITOR des vergangenen Jahres geäußerte Befürchtung, der seinerzeit beobachtete Anstieg des Anteils der Rechtsextremen auf 17 Prozent könne eine "neue Konjunktur" des Rechtsextremismus einläuten, hat sich demnach nicht bestätigt. Mit zwölf Prozent hat der Anteil der Befragten mit rechtsextremen Einstellungen 2012 im Vergleich der bisherigen THÜRINGEN-MONITORe einen Tiefpunkt erreicht und setzt damit den seit 2005 beobachteten Abwärtstrend fort. Gegenüber der Mitte des letzten Jahrzehnts hat sich dieser Wert halbiert. Der deutliche Rückgang des Anteils der Rechtsextremen in der Erhebung des Jahres 2012 ist vor allem einer Abnahme der "Ausländerfeindlichkeit" und des „Nationalismus“ geschuldet, also jener beiden Komponenten des "Rechtsextremismus", die den engsten Bezug zum Rahmenthema des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORs haben. Die Anteilswerte beider Indikatoren schließen in der diesjährigen Erhebung an die sich seit Mitte des letzten Jahrzehnts abzeichnenden Trends einer tendenziellen Abnahme an und lassen das Jahr 2011 als Ausnahme erscheinen. Tiefergehende Analysen der Komponenten des Konstrukts „Rechtsextremismus“ zeigen, dass diese unterschiedlichen Einstellungsdimensionen zuzuordnen sind. Sie können im Hinblick auf die theoretischen Voreinstellungen der Extremismusforschung in widersprüchlichen Konstellationen auftreten.

Außerdem klaffen die politischen Selbstallokationen der Befragten und die indikatorengestützten Zuordnungen der Wissenschaft bzw. der ihr folgenden Politik weit auseinander: Nur neun Prozent der aufgrund ihrer Einstellungsmuster als "rechtsextrem" klassifizierten Befragten ordnen sich selbst dem rechten Rand des politischen Spektrums zu. Die weit überwiegende Mehrheit (87 Prozent) der über ihre Einstellungsmuster klassifizierten "Rechtsextremen" sehen sich selbst in der Mitte bzw. etwas links oder rechts der Mitte, weitere vier Prozent am linken Rand. Zu fragen ist, welche Implikationen es hat, wenn der politische Diskurs über "Rechtsextremismus", der ja wesentlich von indikatorengestützten Klassifikationen der Wissenschaft ausgeht, auf eine Bevölkerung trifft, die sich selbst überwiegend nach ganz anderen Maßstäben im politischen Spektrum platziert. Anzunehmen ist, dass die Kampagnen der Politik, die dieser Spaltung des öffentlichen Bewusstseins nicht Rechnung tragen, an ihren Adressaten vorübergehen, die sich nicht im Fokus sehen, wenn von Menschen mit "rechtsextremen" Einstellungsmustern die Rede ist.

Ambivalenzen, Widersprüche und eigenwillige Differenzierungen auf der Ebene der Befragten beobachten wir auch bei Fragenkomplexen, die den Schwerpunkt des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORs bilden. Werden die Befragten aufgefordert, allgemeine Aussagen zu Internationalität, Toleranz und Weltoffenheit zu bewerten, ergeben sich hohe, zum Teil auch sehr hohe Zustimmungsraten. So finden es 87 Prozent der Befragten gut, „dass wir durch die bei uns lebenden Zuwanderer anderen Kulturen begegnen“, und 91 Prozent meinen, dass wir „die bei uns lebenden Zuwanderer vollständig an unse-

rem Leben teilhaben lassen“ sollten. Für 94 Prozent der Erwerbstätigen ist es egal, ob Arbeitskollegen aus Deutschland stammen oder Zuwanderer sind, für 85 Prozent gilt dies auch im Hinblick auf ihre Vorgesetzten. Mit Blick auf Europa stimmen 69 Prozent der Aussage zu, dass es trotz aller kulturellen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern „eine gemeinsame europäische Kultur“ gebe, und 80 Prozent der Thüringer meinen, dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Union für Deutschland mehr Vorteile gebracht habe bzw. dass sich Vor- und Nachteile zumindest ausgleichen. Auch wenn hier im Antwortverhalten der Befragten „soziale Erwünschtheit“ eine Rolle gespielt haben mag (was allerdings auch als eine Form der Akzeptanz universeller Werte interpretiert werden kann), so bleibt doch festzuhalten, dass sich die Thüringer Bevölkerung mit großer Mehrheit im Grundsatz, aber auch mit Blick auf konkrete Handlungszusammenhänge des Alltags zur Offenheit gegenüber anderen Kulturen, zur Aufnahmebereitschaft gegenüber Zuwanderern und einer positiven Einschätzung der Chancen internationaler wirtschaftlicher Verflechtung bekennt.

Diese Befundlage koexistiert jedoch auf eine nicht nur auf den ersten Blick widersprüchliche Weise mit anderen Ergebnissen des THÜRINGEN-MONITORS, in denen die Abwertung von Ausländern, die Ablehnung von Interkulturalität sowie Skepsis gegenüber wirtschaftlichen Interdependenzen und dem europäischen Integrationsprozess von großen Minderheiten, aber in einigen Fällen auch von der Mehrheit der Bevölkerung geäußert werden. So sieht fast die Hälfte der Befragten die Bundesrepublik als „in einem gefährlichen Maß überfremdet“ an und stimmen 44 Prozent der Aussage zu, dass Ausländer „nur zu uns kommen, um den Sozialstaat auszunutzen“. Jeweils mehr als ein Drittel und ein Viertel wollen den Zuzug von Menschen aus den EU-Staaten Polen und Frankreich einschränken, deutlich mehr als die Hälfte der Befragten den Zuzug von Menschen aus arabischen Ländern. Jeweils etwa die Hälfte der Befragten würde sich durch den Bau von Moscheen in der Nachbarschaft und durch das Tragen von Kopftüchern von Musliminnen im öffentlichen Dienst gestört fühlen. 45 Prozent sehen mehr Nachteile durch Firmenkäufe ausländischer Investoren im Inland und nur sechs Prozent mehr Vorteile, jeweils etwa die Hälfte der Befragten meinen, die Europäische Union sei zu groß oder habe zu viele Zuständigkeiten.

Es ist offenkundig, dass die hier aufgeführten Befunde in sehr unterschiedlicher Weise zu bewerten sind – beispielsweise ist Skepsis gegenüber einer Vertiefung und Ausweitung des europäischen Vereinigungsprozesses im Zeichen der Eurokrise schwerlich als ein Ausdruck nationalistischer Beschränktheit zu deuten. Auch haben wir es hier mit Gemengelagen zu tun, in denen sich medienvermittelte und erfahrungsgestützte Wahrnehmungen zu komplexen und gelegentlich widersprüchlichen Einstellungsmustern verdichten. Solche Inkonsistenzen machen es schwer, die Zustimmung zu Aussagen, die „Ausländerfeindlichkeit“ indizieren sollen, pauschal als Ausdruck einer „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ zu interpretieren. Sie folgen, worauf differenzierte Analysen von Gruppenunterschieden hindeuten, vielfach einer eher nutzenorientierten Logik, in der Ausländer als Konkurrenten um Arbeitsplätze und sozialstaatliche Leistungen, als diffuse Bedrohung oder als potentielle Belästigung wahrgenommen werden. Dabei wird markant zwischen Ausländerkategorien unterschieden. Auffällig ist, dass

solche Bevölkerungsgruppen, die schwache oder marginalisierte Positionen auf den Arbeitsmärkten einnehmen, restriktive Aussagen über Zuwanderer und Zuwanderung unterstützen. Andererseits unterstützen dieselben Bevölkerungsgruppen mit großen Mehrheiten die Demokratie als Staatsform und lehnen eine diktatorische Ordnung ab. Es sind solche – nach den Kriterien des öffentlichen Diskurses widersprüchliche – Befunde, die bei aller Besorgnis über die Verbreitung „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ die Zuversicht zulassen, dass es sich hier mehrheitlich nicht um den Ausdruck xenophober und ethnozentrischer Ideologeme, sondern um gruppenspezifische und gruppenbezogene Interessenskalküle handelt.

Literatur

(N)ONLINER Atlas 2012: Basiszahlen für Deutschland. Online einsehbar unter www.nonliner-atlas.de

ALLBUS (2011): GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2010. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4610 Datenfile Version 1.1.0, doi:10.4232/1.10760

Asbrock, Frank et al. (2012): Kontakt hilft – auch wenn die Politik es nicht immer leicht macht. In: Wilhelm Heitmeyer, (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Frankfurt am Main: Edition Suhrkamp, S. 199–219.

Asbrock, Frank et al. (2009): Das Gefühl macht den Unterschied. Emotionen gegenüber „Ausländern" in Ost- und Westdeutschland. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsch-deutsche Zustände. 20 Jahre nach dem Mauerfall. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 152–167.

Asendorpf, Jens B. (2007): Psychologie der Persönlichkeit. 4. Aufl., Berlin: Springer.

Backes, Uwe (2006): Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Becker, Julia et al. (2009): Deutschland einig Vaterland? Riskante regionale und nationale Identifikationen in Ost- und Westdeutschland. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsch-deutsche Zustände. 20 Jahre nach dem Mauerfall. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 113–130.

Benseler, Frank et al. (2003): Interkulturelle Kompetenz. Grundlagen, Probleme und Konzepte. In: Erwägen, Wissen, Ethik, 14(1), S. 137−228.

Berg-Schlosser, Dirk (2004): Erforschung der Politischen Kultur – Begriffe, Kontroversen, Forschungsstand. In: Gotthart Breit (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland. Eine Einführung. 2. Aufl., Schwalbach im Taunus: Wochenschau Verlag, S. 8−29.

Bertelsmann Stiftung (2006): Interkulturelle Kompetenz. Die Schlüsselkompetenz im 21. Jahrhundert? Thesenpapier der Bertelsmann Stiftung auf Basis der Interkulturellen-Kompetenz-Modelle von Dr. Darla K. Daerdorff. Gütersloh: Bertelsmann.

Best, Heinrich / Lars Vogel (2011): Politische Eliten im vereinten Deutschland. Strukturen – Einstellungen – Handlungsbedingungen. In: Astrid Lorenz (Hrsg.): Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung. Berlin: Budrich, S. 120–152.

Best, Heinrich et al. (2011): Jenaer Parlamentarierbefragung 2010. Dokumentation zum Thüringer Landtag. Jena Sonderforschungsbereich 580, unter: http://www.sfb580.uni-jena.de/typo3/uploads/media/Dokumentation_zum_Thueringer_Landtag.pdf

Braun, Sebastian / Tina Nobis (2011): Migration, Integration und Sport: Zivilgesellschaft vor Ort. Wiesbaden: VS Verlag.

Buschkowsky, Heinz (2012): Neukölln ist Überall. Berlin: Ullstein.

Decker, Oliver / Elmar Brähler / Norman Geißler (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Decker, Oliver et al. (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Edinger, Michael (2010): Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Expertise für das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit.

Edinger, Michael / Andreas Hallermann (2004): Politische Kultur in Ostdeutschland. Die Unterstützung des politischen Systems in Thüringen (Professor Dr. Karl Schmitt zum 60. Geburtstag). Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang.

Frei, Marek / Udo Papies / Frank Schiemann (2011): Fachkräftestudie 2010: Fachkräfteperspektive Thüringen 2020. Forschungsbericht. Erfurt: Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie.

Frindte, Wolfgang et al. (2011): Lebenswelten junger Muslime in Deutschland. Ein sozial- und medienwissenschaftliches System zur Analyse, Bewertung und Prävention islamistischer Radikalisierungsprozesse junger Menschen in Deutschland. Abschlussbericht. Berlin: Bundesministerium des Innern.

Fuchs, Dieter (2002): Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht. In: Ders. / Edeltraud Roller / Bernhard Weßels (Hrsg.): Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess (Festschrift für Hans-Dieter Klingemann). Wiesbaden: VS Verlag, S. 27–49.

Fuchs, Dieter/ Edeltraud Roller (2004): Die Einstellung zur Demokratie in Deutschland. In: Gotthart Breit (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland. Eine Einführung, 2. Aufl. Schwalbach im Taunus: Wochenschau Verlag, S. 30–37.

Gerrig, Richard J. / Philip G. Zimbardo (2008): Psychologie, 18., aktualisierte Auflage. München u. a.: Addison-Wesley.

Gesellschaft für deutsche Sprache (2008): Wie denken die Deutschen über ihre Muttersprache und über Fremdsprachen? Pressemitteilung, 13.6.2008, unter: http://de.statista.com/statistik/daten/studie/1138/umfrage/fremdsprachenkenntnisse/

Hafez, Kai (2002): Deutschland – Einwanderungsland. Zum Zustand der öffentlichen Debattenkultur. Fachreferat zur Auftaktveranstaltung der „Woche der ausländischen Mitbürger“, im Auftrag des Ausländerbeauftragten des Freistaats Thüringen, Arnstadt, 28. September 2002, Manuskript.

Haug, Sonja / Stephanie Müssig / Anja Stichs (2009): Muslimisches Leben in Deutschland. Im Auftrag der Deutschen Islam-Konferenz. Forschungsbericht. Berlin: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Heitmeyer, Wilhelm (2010a/Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 8. Frankfurt a. M.: Edition Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (2010b/Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 9. Frankfurt a. M.: Edition Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (2012/Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Frankfurt a. M.: Edition Suhrkamp.

Illgen, Katja (2007): Fremd in Thüringen? Vietnamesisches Leben in Deutschland und in Vietnam. Herausgegeben vom Ausländerbeauftragten beim Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit (Brochüre). Erfurt.

Kiess, Johannes (2011): Rechtsextrem – extremistisch – demokratisch – Der prekäre Begriff »Rechtsextremismus« in der Einstellungsforschung. In: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.): Ordnung. Macht. Extremismus. Wiesbaden: VS Verlag.

Klein, Anna / Beate Küpper / Andreas Zick (2008): Rechtspopulismus und Demokratiekritik: Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 77–101.

Kühnel, Steffen / Jürgen Leibold (2007): Islamophobie in der deutschen Bevölkerung: ein neues Phänomen oder nur ein neuer Name? In: Monika Wohlrab-Sahr / Levent Tezcan (Hrsg.): Konfliktfeld Islam in Europa. Soziale Welt, Sonderband 17. München: Nomos, S. 135–154.

Landesprogramm (2010): Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Erfurt: Thüringer Ministerium für Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit.

Langenbacher, Nora / Britta Schellenberg (2011/Hrsg.): Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Leibold, Jürgen / Steffen Kühnel (2008): Islamophobie oder Kritik am Islam? In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt a.M.: Edition Suhrkamp, S. 95–115.

Lieberknecht, Christine (2009): „Gemeinsam mehr erreichen“. Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Freistaats Thüringen, Christine Lieberknecht MdL, im Thüringer Landtag, Erfurt, 19. November 2009.

Lieberknecht, Christine (2011): „Rechtsextremismus und rechtsextremistischen Terrorismus lückenlos aufklären und entschieden bekämpfen“ Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Freistaats Thüringen, Christine Lieberknecht MdL, im Thüringer Landtag, Erfurt, 16. November 2011.

McAvoy, Gregory E. (1999): Controlling technology: Citizen rationality and the NIMBY syndrome. Washington: Georgetown University Press.

Miteinander leben (2010): Miteinander leben in Erfurt. Information der Ausländerbeauftragten. (Brochüre der Stadtverwaltung).

Neugebauer, Gero (2010): Der Fächer des Bösen – Was wir mit Extremismus alles zu meinen meinen. Eine kurze Befassung mit Begriffen und Thesen. In: Grit Hanneforth / Michael Nattke / Stefan Schönfelder: Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung zwischen Neonazismus und (anti-)demokratischen Einstellungen. Dresden: Heinrich-Böll-Stiftung, S. 13−18.

Neureiter, Marcus (1996): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Eine Untersuchung sozialwissenschaftlicher Deutungsmuster und Erklärungsansätze. Marburg: Tectum Verlag.

Pettigrew, Thomas F. / L. R. Tropp, (2006): A meta-analytic test of intergroup contact theory. Journal of Personality and Social Psychology, 90/2006, S. 751–783.

Pollack, Detlef (2006): Wie ist es um die innere Einheit Deutschlands bestellt? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 30-31, S. 3–7.

Rippl, Susanne (2002): Bildung und Fremdenfeindlichkeit. Die Rolle schulischer und familialer Sozialisation zur Erklärung von Bildungsunterschieden im Ausmaß von fremdenfeindlichen Einstellungen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 54, H. 1, 135–146.

Rippl, Susanne / Dirk Baier (2005): Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 57, H. 4, S. 644–666.

Röpke, Andrea (2012): Im Untergrund, aber nicht allein. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 62, S. 3–8.

Seidel, Eberhard (2007): In welche Richtung verschieben sich die medialen Diskurse zum Islam. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt a.M.: Edition Suhrkamp, S. 250–259.

Stöss, Richard (1989): Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen. Opladen: VS Verlag.

Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Stöss, Richard / Oskar Niedermayer (2008): Berlin-Brandenburg-Bus 2008. Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg 2000 – 2008 sowie in Gesamtdeutschland 2005 und 2008. Handout für die Pressekonferenz der Deutschen Paul Lazarsfeld-Gesellschaft und des Otto-Stammer-Zentrums an der Freien Universität Berlin am 25. September 2008.

Thüringer Landesregierung (2008): Für Thüringen in Europa. Europapolitische Strategie der Thüringer Landesregierung. Brüssel, 3. Juni 2008.

van Einmeren, Birgit / Beate Frees (2012): 76 Prozent der Deutschen online – neue Nutzungssituationen durch mobile Endgeräte. In: Media Perspektiven 7–8, S.1–18.

Wagner, Ulrich et al. (2003): Ethnic prejudice in East and West Germany: The explanatory power of intergroup contact. In: Group Processes and Intergroup Relations 6/2003, S. 22–36.

Weiber, Rolf / Daniel Mühlhaus (2010): Strukturgleichungsmodellierung. Eine anwendungsorientierte Einführung in die Kausalanalyse mit Hilfe von AMOS, SmartPLS und SPSS. Berlin, Heidelberg: Springer.

Wenzel, Michael / Amélie Mummendey / Sven Waldzus (2007): Superordinate idenities and intergroup conflict: The ingroup projection model. In: European Review of Socal Psychology, Volume 18, Nr. 1, S. 331–372.

Winkler, Jürgen (2000): Formen und Determinanten fremdenfeindlicher Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Jan van Deth / Hans Rattinger / Edeltraud Roller (Hrsg.): Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit. Opladen: Leske und Budrich, S. 359–382.

Winkler, Jürgen R. (2005): Persönlichkeit und Rechtsextremismus. In: Siegfried Schumann / Harald Schoen (Hrsg.): Persönlichkeit. Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 221–241.

Woellert, Franziska, et al. (2009): Ungenutzte Potenziale. Lage der Integration in Deutschland, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2009.

Zick, Andreas / Beate Küpper (2012): Zusammenhalt durch Ausgrenzung? Wie die Klage über den Zerfall der Gesellschaft und die Vorstellung von kultureller Homogenität mit *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* zusammenhängen. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), a.a.O., S. 152–176.

Zick, Andreas / Beate Küpper / Andreas Hövermann (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Bisherige THÜRINGEN-MONITORe

THÜRINGEN-MONITOR 2000: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2000, Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106.

THÜRINGEN-MONITOR 2001: Jugend und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2001, Drucksache des Thüringer Landtags 3/1970 (auch veröffentlicht als: Dicke, Klaus et al. (2001): Jugend und Politik. Ergebnisse von zwei repräsentativen Befragungen 2001, Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung.

THÜRINGEN-MONITOR 2002: Familie und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2002, Drucksache des Thüringer Landtags 3/2882.

THÜRINGEN-MONITOR 2003: Einstellungen zur Demokratie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2003, Drucksache des Thüringer Landtags 3/3765.

THÜRINGEN-MONITOR 2004: Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Einstellungen zur Reform des Sozialstaats, Drucksache des Thüringer Landtags 4/551.

THÜRINGEN-MONITOR 2005: 1990–2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer, Drucksache des Thüringer Landtags 4/1347.

THÜRINGEN-MONITOR 2006: Thüringens Zukunft aus Bürgersicht: Erwartungen, Herausforderungen, Gestaltungsmöglichkeiten, Drucksache des Thüringer Landtags 4/2485.

THÜRINGEN-MONITOR 2007: Bildung in einer sich wandelnden Gesellschaft, Drucksache des Thüringer Landtags 4/3860.

THÜRINGEN-MONITOR 2008: Soziale Marktwirtschaft in Thüringen: Die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger, Drucksache des Thüringer Landtags 4/4734.

THÜRINGEN-MONITOR 2010: Beziehungen und Verhältnis der Generationen in Thüringen, Drucksache des Thüringer Landtags 5/1120.

THÜRINGEN-MONITOR 2011: Staatsaufgaben und Staatsausgaben, Drucksache des Thüringer Landtags 5/3396.

Alle bisherigen THÜRINGEN-MONITOR**e** sind darüber hinaus auf der Homepage der Thüringer Staatskanzlei unter http://www.thueringen.de/th1/tsk/landesregierung/thueringenmonitor/ abrufbar.

Anhang: Tabellarische Übersichten

A 1 Seit der Wende ist Thüringen viel internationaler geworden

A 2 Thüringen braucht Vergleich mit westdeutschen Ländern nicht zu scheuen

A 3 Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser als in anderen ostdeutschen Ländern

A 4 Wirtschaftliche Lage Thüringens

A 5 Eigene finanzielle Situation

A 6 Gerechter Anteil zum Leben

A 7 Angst vor sozialem Abstieg

A 8 Vor- oder Nachteile durch Einheit

A 9 Diskriminierung Ostdeutscher durch Westdeutsche

A 10 DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten

A 11 Dilemma Freiheit oder Gleichheit

A 12 Interesse an Politik

A 13 Institutionenvertrauen: Bundesregierung

A 14 Institutionenvertrauen: Landesregierung

A 15 Institutionenvertrauen: Gerichte

A 16 Institutionenvertrauen: Polizei

A 17 Institutionenvertrauen: Europäische Kommission

A 18 Politische Eigenkompetenz

A 19 Fehlender Einfluss auf Regierung

A 20 Grundüberzeugungen vs. aktuelle Meinungen

A 21 Responsivität vs. politische Orientierung

A 22 Demokratiezufriedenheit

A 23 Demokratie besser als andere Staatsideen

A 24 Politische Partizipation: An einen Politiker wenden

A 25 Politische Partizipation: An einer Unterschriftenaktion teilnehmen

A 26 Politische Partizipation: In einer politischen Partei mitarbeiten

A 27 Politische Partizipation: In einer Bürgerinitiative mitarbeiten

A 28 Politische Partizipation: An einer genehmigten Demonstration teilnehmen

A 29 Politische Partizipation: An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen

A 30 Politische Partizipation: Für Ziele kämpfen, auch mit Gewalt

A 31 Links-Rechts-Selbsteinstufung
A 32 Identifikation
A 33 Verbundenheit mit Gemeinde/Ort/Stadt
A 34 Verbundenheit mit Thüringen
A 35 Verbundenheit mit Deutschland
A 36 Verbundenheit mit Europäischer Union
A 37 Wichtig um "Thüringer" zu sein: in Thüringen geboren sein
A 38 Wichtig um "Thüringer" zu sein: mind. ein Thüringer Elternteil haben
A 39 Wichtig um "Thüringer" zu sein: sich als Thüringer fühlen
A 40 Wichtig um "Thüringer" zu sein: am pol. Leben in Thüringen teilnehmen
A 41 Wichtig um "Thüringer" zu sein: in Thüringen aufgewachsen sein
A 42 Wichtig um "Thüringer" zu sein: lange in Thüringen gelebt haben
A 43 Wichtig um "Thüringer" zu sein: Dialekt sprechen
A 44 Fremdsprachenkenntnisse: Englisch
A 45 Erste Fremdsprache für Kinder: wann?
A 46 Internetnutzung
A 47 Bereitschaft zum Auswandern
A 48 Kontakte mit Zuwanderern: Nachbarn
A 49 Kontakte mit Zuwanderern: Freunde
A 50 Kontakte mit Zuwanderern: Familienmitglieder
A 51 Vor- oder Nachteile durch Globalisierung für Deutschland
A 52 Einschränkung des Spielraums für politische Entscheidungen
A 53 Erhöhte Absatzchancen thüringischer Produkte im Ausland
A 54 Wettbewerb auf den Weltmärkten führt zu Arbeitslosigkeit
A 55 Vor- oder Nachteile durch ausländische Investoren im Inland
A 56 Vor- oder Nachteile durch deutsche Investoren im Ausland
A 57 Mitgliedschaft in Europäischer Union: Vor- oder Nachteile für Deutschland
A 58 Mitgliedschaft in Europäischer Union: Vor- oder Nachteile für Befragten
A 59 Mehr Zuständigkeiten an die Europäische Union übertragen
A 60 Weitere Länder in die EU aufnehmen
A 61 Es gibt eine gemeinsame europäische Kultur
A 62 Wir müssen uns Wertvorstellungen anderer Kulturen stärker öffnen
A 63 Einschätzung des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft
A 64 Verhältnis zu anderen Kulturen vor allem geprägt durch

A 65 Wichtigste Einrichtungen zur Verbesserung der Integration
A 66 Zuwanderer tragen zur Sicherung unserer Renten bei
A 67 Gut, dass wir durch Zuwanderer anderen Kulturen begegnen
A 68 Zuwanderer sollen ihren Lebensstil beibehalten
A 69 Zuwanderer vollständig an unserem Leben teilnehmen lassen
A 70 Zuwanderer sollten das kommunale Wahlrecht haben
A 71 Zuzug einschränken bei Menschen aus: Frankreich
A 72 Zuzug einschränken bei Menschen aus: Polen
A 73 Zuzug einschränken bei Menschen aus: Russland
A 74 Zuzug einschränken bei Menschen aus: arabischen Ländern
A 75 Zuzug einschränken bei Menschen aus: Afrika
A 76 Akzeptanz neuer Nachbarn aus Westdeutschland
A 77 Akzeptanz neuer Nachbarn aus Frankreich
A 78 Akzeptanz neuer Nachbarn aus Polen
A 79 Akzeptanz neuer Nachbarn aus Russland
A 80 Akzeptanz neuer Nachbarn aus arabischen Ländern
A 81 Akzeptanz neuer Nachbarn aus Afrika
A 82 Anwerbung ausländischer Fachkräfte: Facharbeiter und Handwerker
A 83 Anwerbung ausländischer Fachkräfte: Pflegepersonal
A 84 Anwerbung ausländischer Fachkräfte: Ärzte
A 85 Anwerbung ausländischer Fachkräfte: Ingenieure
A 86 Störend: Bau von Moscheen in der Nachbarschaft
A 87 Störend: Tragen von Kopftüchern im öffentlichen Dienst
A 88 Islam ist Bedrohung für westliche Demokratie
A 89 Muslime akzeptieren unsere Werte
A 90 Wir brauchen eine starke Hand
A 91 Gehorsam und Disziplin wichtig
A 92 Bundesrepublik durch viele Ausländer überfremdet
A 93 Ausländer kommen, um Sozialstaat auszunutzen
A 94 Ausländer sollten unter eigenen Landsleuten heiraten
A 95 Es gibt wertvolles und unwertes Leben
A 96 Der Stärkere sollte sich durchsetzen
A 97 Deutsche Interessen gegenüber Ausland durchsetzen
A 98 Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen

A 99 Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten

A 100 Juden passen nicht so recht zu uns

A 101 Diktatur unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform

A 102 In Thüringen können Zuwanderer ungefährdet leben

A 103 Wohnumgebung: Gebiete, die Zuwanderer nicht ungefährdet betreten können?

Tabelle A1

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Seit der Wende ist Thüringen viel internationaler geworden: stimme völlig zu	stimme weitge-hend zu	stimme teilweise zu	lehne weitge-hend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	41	34	18	3	1	3
Geschlecht							
männlich	493	43	30	18	4	1	4
weiblich	510	39	37	18	3	1	3
Alter							
18-24 Jahre	72	21	39	31	4	0	5
25-34 Jahre	142	34	35	22	4	0	5
35-44 Jahre	136	39	36	16	4	2	3
45-59 Jahre	285	43	33	20	3	1	0
60 Jahre und älter	368	46	33	14	3	1	4
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	259	45	31	16	3	0	6
10. Klasse	538	38	37	19	3	1	2
Abitur	96	42	28	21	7	0	2
(Fach-)Hochschule	110	43	32	18	4	1	3
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	505	39	37	17	3	0	3
in Ausbildung	61	34	35	20	8	0	3
arbeitslos	57	33	29	34	0	4	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	45	31	17	3	1	4
Berufsgruppe							
Arbeiter	181	40	32	18	4	0	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	35	38	20	4	1	2
höh.-leit. Ang./Beamte	46	49	38	8	3	0	2
Landw./Selbst./Freib.	67	38	47	13	1	0	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	666	42	33	18	3	1	3
evangelisch	253	38	35	20	4	1	1
katholisch	84	39	38	11	0	0	11

Seit der Wende ist Thüringen viel internationaler geworden.

Tabelle A2

Thüringen braucht Vergleich mit westdeutschen Ländern nicht zu scheuen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitge-hend zu	stimme teilweise zu	lehne weitge-hend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	45	28	17	5	2	2
Geschlecht							
männlich	493	41	27	21	6	2	2
weiblich	510	49	29	14	5	3	2
Alter							
18-24 Jahre	72	34	29	28	4	3	2
25-34 Jahre	142	51	26	15	6	2	0
35-44 Jahre	136	42	28	20	3	6	1
45-59 Jahre	285	48	26	16	5	2	2
60 Jahre und älter	368	44	30	16	6	1	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	259	48	27	18	3	2	2
10. Klasse	538	44	29	16	6	3	2
Abitur	96	47	21	23	4	2	2
(Fach-)Hochschule	110	45	29	17	6	2	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	505	45	30	16	5	3	1
in Ausbildung	61	42	24	27	0	4	3
arbeitslos	57	37	16	30	10	7	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	48	28	15	5	1	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	181	44	26	16	7	5	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	46	31	17	4	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	59	22	14	5	0	0
Landw./Selbst./Freib.	67	37	34	16	5	3	5
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	666	44	28	19	6	2	2
evangelisch	253	52	26	15	3	3	1
katholisch	84	34	35	13	10	4	3

Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.

Tabelle A3

Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser als in anderen ostdeutschen Ländern

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitge-hend zu	stimme teilweise zu	lehne weitge-hend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	13	22	32	14	6	14
Geschlecht							
männlich	493	14	23	30	15	5	13
weiblich	510	11	20	33	13	7	14
Alter							
18-24 Jahre	72	2	21	29	22	13	12
25-34 Jahre	142	11	22	31	19	9	8
35-44 Jahre	136	21	23	36	12	5	5
45-59 Jahre	285	9	24	34	11	8	15
60 Jahre und älter	368	15	19	30	14	4	18
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	259	15	15	33	13	5	18
10. Klasse	538	12	22	31	15	8	13
Abitur	96	11	28	31	14	5	12
(Fach-)Hochschule	110	12	28	36	12	3	9
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	505	11	26	31	14	6	11
in Ausbildung	61	3	20	37	11	11	19
arbeitslos	57	14	16	27	29	15	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	16	17	32	12	5	18
Berufsgruppe							
Arbeiter	181	12	23	29	15	10	10
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	14	26	30	12	3	14
höh.-leit. Ang./Beamte	46	7	32	44	8	3	7
Landw./Selbst./Freib.	67	5	23	40	22	4	6
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	666	13	21	33	14	7	13
evangelisch	253	14	24	31	12	6	14
katholisch	84	8	20	28	20	6	18

Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern.

Tabelle A4

Wirtschaftliche Lage Thüringens

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	3	23	70	3	2
Geschlecht						
männlich	493	3	19	74	3	2
weiblich	510	4	26	66	2	2
Alter						
18-24 Jahre	72	1	17	82	0	1
25-34 Jahre	142	2	26	68	3	1
35-44 Jahre	136	4	27	65	4	0
45-59 Jahre	285	4	23	69	4	2
60 Jahre und älter	368	4	21	71	2	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	4	18	73	1	3
10. Klasse	538	4	25	67	4	1
Abitur	96	1	21	75	2	1
(Fach-)Hochschule	110	1	24	71	1	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	2	22	70	4	2
in Ausbildung	61	0	20	74	5	1
arbeitslos	57	17	29	53	0	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	3	23	71	1	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	6	16	68	7	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	1	22	75	2	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	1	34	63	1	0
Landw./Selbst./Freib.	67	0	29	66	4	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	4	22	70	3	1
evangelisch	253	3	26	68	1	2
katholisch	84	0	21	71	5	4

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Thüringen?

Tabelle A5

Eigene finanzielle Situation

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	6	60	28	6	1
Geschlecht						
männlich	493	7	59	28	4	1
weiblich	510	4	60	29	7	1
Alter						
18-24 Jahre	72	5	66	24	4	1
25-34 Jahre	142	13	50	30	7	0
35-44 Jahre	136	5	63	28	4	0
45-59 Jahre	285	7	53	33	6	2
60 Jahre und älter	368	2	66	25	6	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	1	64	31	4	0
10. Klasse	538	5	56	30	7	1
Abitur	96	10	59	27	2	2
(Fach-)Hochschule	110	13	67	15	4	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	8	62	25	3	1
in Ausbildung	61	7	58	29	6	1
arbeitslos	57	2	21	50	25	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	2	62	29	6	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	5	58	33	4	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	9	64	23	4	1
höh.-leit. Ang./Beamte	46	18	70	11	1	0
Landw./Selbst./Freib.	67	10	62	26	0	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	6	59	28	6	1
evangelisch	253	5	62	27	5	0
katholisch	84	5	58	34	2	0

Wenn Sie jetzt an Ihre eigene finanzielle Situation denken, ist Ihre persönliche finanzielle Situation sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht?

Tabelle A6

Gerechter Anteil zum Leben

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	erhalte mehr als gerechten Anteil	erhalte gerechten Anteil	erhalte etwas weniger	erhalte sehr viel weniger	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	2	33	49	14	3
Geschlecht						
männlich	493	2	32	53	11	1
weiblich	510	2	34	44	16	4
Alter						
18-24 Jahre	72	1	39	49	7	3
25-34 Jahre	142	1	40	44	15	0
35-44 Jahre	136	2	35	42	17	5
45-59 Jahre	285	3	33	43	19	1
60 Jahre und älter	368	1	28	57	9	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	2	24	58	10	6
10. Klasse	538	2	33	47	17	1
Abitur	96	1	49	37	8	4
(Fach-)Hochschule	110	3	41	44	10	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	2	35	45	16	2
in Ausbildung	61	2	45	39	11	4
arbeitslos	57	0	13	60	24	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	1	32	53	10	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	1	30	49	17	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	2	37	45	15	1
höh.-leit. Ang./Beamte	46	3	54	24	18	0
Landw./Selbst./Freib.	67	3	29	49	17	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	2	32	50	14	2
evangelisch	253	2	31	50	13	4
katholisch	84	2	47	32	11	8

Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?

Tabelle A7

Angst vor sozialem Abstieg

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	20	26	27	25	2
Geschlecht						
männlich	493	18	24	29	27	2
weiblich	510	23	28	25	24	1
Alter						
18-24 Jahre	72	10	27	43	19	1
25-34 Jahre	142	14	26	29	31	1
35-44 Jahre	136	17	24	29	29	0
45-59 Jahre	285	26	23	28	21	2
60 Jahre und älter	368	21	29	21	26	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	24	26	21	25	4
10. Klasse	538	23	27	29	20	1
Abitur	96	7	27	30	34	2
(Fach-)Hochschule	110	8	19	26	45	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	16	23	32	28	1
in Ausbildung	61	15	26	36	21	2
arbeitslos	57	42	32	10	14	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	23	29	20	24	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	19	28	33	21	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	19	24	30	26	1
höh.-leit. Ang./Beamte	46	11	7	24	56	1
Landw./Selbst./Freib.	67	8	20	36	32	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	23	24	26	25	2
evangelisch	253	17	33	24	25	1
katholisch	84	8	21	41	29	0

Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.

Tabelle A8

Vor- oder Nachteile durch Einheit

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Vorteile überwiegen	Weder noch, hält sich die Waage	Nachteile überwiegen	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	69	14	15	2
Geschlecht					
männlich	493	73	13	13	1
weiblich	510	65	15	18	2
Alter					
18-24 Jahre	72	87	3	8	2
25-34 Jahre	142	70	7	17	5
35-44 Jahre	136	77	5	16	2
45-59 Jahre	285	64	19	16	0
60 Jahre und älter	368	65	19	15	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	52	24	22	2
10. Klasse	538	72	12	14	2
Abitur	96	78	8	12	2
(Fach-)Hochschule	110	82	9	7	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	75	11	13	1
in Ausbildung	61	79	3	11	7
arbeitslos	57	46	16	37	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	62	21	16	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	77	10	12	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	71	10	17	2
höh.-leit. Ang./Beamte	46	77	6	17	0
Landw./Selbst./Freib.	67	76	21	3	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	68	12	18	1
evangelisch	253	70	16	11	2
katholisch	84	68	23	5	3

Eine Frage zur deutschen Einheit: Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?

Tabelle A9

Diskriminierung Ostdeutscher durch Westdeutsche

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	20	35	25	16	3
Geschlecht						
männlich	493	16	35	26	21	2
weiblich	510	25	36	24	12	3
Alter						
18-24 Jahre	72	15	37	38	8	1
25-34 Jahre	142	34	25	19	20	2
35-44 Jahre	136	12	35	36	17	0
45-59 Jahre	285	20	34	26	18	2
60 Jahre und älter	368	20	40	21	15	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	27	44	13	12	5
10. Klasse	538	21	33	28	16	2
Abitur	96	11	33	29	24	2
(Fach-)Hochschule	110	7	28	36	24	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	20	34	28	18	2
in Ausbildung	61	14	30	41	14	1
arbeitslos	57	29	36	23	10	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	21	38	20	16	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	22	35	33	9	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	22	32	25	20	2
höh.-leit. Ang./Beamte	46	17	31	31	19	2
Landw./Selbst./Freib.	67	11	35	19	33	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	22	34	26	15	2
evangelisch	253	18	37	25	18	2
katholisch	84	13	39	21	21	6

Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.

Tabelle A10

DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	11	39	30	12	9
Geschlecht						
männlich	493	8	34	35	13	10
weiblich	510	13	44	26	10	7
Alter						
18-24 Jahre	72	6	40	28	8	17
25-34 Jahre	142	9	30	26	13	21
35-44 Jahre	136	11	33	33	17	5
45-59 Jahre	285	9	45	29	11	6
60 Jahre und älter	368	13	41	32	10	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	18	41	25	9	6
10. Klasse	538	8	42	29	12	9
Abitur	96	9	28	39	11	12
(Fach-)Hochschule	110	4	32	39	17	8
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	9	36	32	13	9
in Ausbildung	61	8	33	23	15	21
arbeitslos	57	13	55	21	4	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	12	42	30	10	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	6	35	35	13	12
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	13	36	28	12	11
höh.-leit. Ang./Beamte	46	11	40	33	11	5
Landw./Selbst./Freib.	67	4	41	37	18	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	11	44	28	10	8
evangelisch	253	12	32	35	14	8
katholisch	84	4	28	34	18	16

Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.

Tabelle A11

Dilemma Freiheit oder Gleichheit

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Gleichheit	beides gleicher-maßen	Freiheit	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	38	8	53	1
Geschlecht					
männlich	493	30	8	62	1
weiblich	510	46	8	45	1
Alter					
18-24 Jahre	72	34	2	64	0
25-34 Jahre	142	31	3	66	0
35-44 Jahre	136	31	8	60	0
45-59 Jahre	285	41	9	49	1
60 Jahre und älter	368	41	10	47	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	40	10	50	1
10. Klasse	538	40	8	52	1
Abitur	96	32	6	61	2
(Fach-)Hochschule	110	30	6	62	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	36	6	57	0
in Ausbildung	61	22	6	73	0
arbeitslos	57	49	4	45	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	41	11	46	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	34	7	59	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	40	7	52	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	41	5	54	0
Landw./Selbst./Freib.	67	26	4	70	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	42	8	50	1
evangelisch	253	30	10	58	1
katholisch	84	33	3	64	0

Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Gleichheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Tabelle A12

Interesse an Politik

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr stark	stark	mittel	wenig	überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	9	23	42	16	10	0
Geschlecht							
männlich	493	13	31	34	15	8	0
weiblich	510	5	16	50	18	11	0
Alter							
18-24 Jahre	72	3	15	36	32	15	0
25-34 Jahre	142	7	15	41	16	21	0
35-44 Jahre	136	7	27	41	14	11	0
45-59 Jahre	285	7	25	49	14	6	0
60 Jahre und älter	368	13	25	39	16	6	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	259	7	15	43	24	10	0
10. Klasse	538	7	24	44	14	11	0
Abitur	96	10	20	42	21	8	0
(Fach-)Hochschule	110	22	41	29	7	1	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	505	7	24	44	14	11	0
in Ausbildung	61	4	20	37	21	18	0
arbeitslos	57	6	19	36	29	9	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	13	23	41	17	7	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	181	5	20	46	14	15	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	7	19	47	19	8	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	7	46	29	7	11	0
Landw./Selbst./Freib.	67	12	38	38	6	6	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	666	8	24	41	16	11	0
evangelisch	253	11	23	45	14	7	0
katholisch	84	8	18	45	23	7	0

Wie stark interessieren Sie sich für Politik?

Tabelle A13

Institutionenvertrauen: Bundesregierung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weit-gehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	5	21	40	20	14	1
Geschlecht							
männlich	493	5	19	37	24	15	0
weiblich	510	5	22	42	16	13	1
Alter							
18-24 Jahre	72	4	33	31	27	5	0
25-34 Jahre	142	3	23	31	28	15	0
35-44 Jahre	136	2	17	43	17	21	0
45-59 Jahre	285	3	20	41	21	16	0
60 Jahre und älter	368	9	20	43	16	10	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	259	10	22	35	19	12	2
10. Klasse	538	4	18	43	20	15	0
Abitur	96	4	17	37	28	14	0
(Fach-)Hochschule	110	3	33	40	15	8	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	505	1	22	41	21	14	0
in Ausbildung	61	8	18	37	24	14	0
arbeitslos	57	6	26	19	17	34	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	10	19	41	18	10	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	181	2	21	40	22	14	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	1	19	46	21	14	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	0	50	30	11	7	1
Landw./Selbst./Freib.	67	2	13	35	31	19	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	666	5	20	37	22	16	0
evangelisch	253	6	21	46	16	10	1
katholisch	84	4	27	40	17	9	3

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, wie sehr Sie ihr vertrauen. Wie ist das mit der Bundesregierung?

Tabelle A14

Institutionenvertrauen: Landesregierung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weit-gehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	6	30	40	13	9	2
Geschlecht							
männlich	493	6	31	35	16	10	2
weiblich	510	7	28	45	10	8	3
Alter							
18-24 Jahre	72	3	47	32	9	5	2
25-34 Jahre	142	4	27	41	19	7	2
35-44 Jahre	136	1	27	43	11	18	0
45-59 Jahre	285	4	28	42	16	8	2
60 Jahre und älter	368	12	30	38	9	8	4
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	259	9	31	39	9	8	4
10. Klasse	538	5	31	40	12	9	2
Abitur	96	5	19	42	21	10	2
(Fach-)Hochschule	110	5	33	40	14	6	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	505	2	30	44	15	8	1
in Ausbildung	61	7	30	37	13	11	3
arbeitslos	57	1	29	33	14	16	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	12	29	37	9	9	4
Berufsgruppe							
Arbeiter	181	4	36	38	15	7	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	1	23	50	16	8	1
höh.-leit. Ang./Beamte	46	2	47	30	17	2	1
Landw./Selbst./Freib.	67	3	26	44	15	12	1
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	666	6	29	38	14	11	2
evangelisch	253	7	28	43	12	6	4
katholisch	84	8	40	42	3	2	5

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, wie sehr Sie ihr vertrauen. Wie ist das mit der Landesregierung?

Tabelle A15

Institutionenvertrauen: Gerichte

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weit-gehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	15	32	32	10	6	5
Geschlecht							
männlich	493	16	32	30	12	7	3
weiblich	510	15	32	33	8	6	8
Alter							
18-24 Jahre	72	22	51	25	2	1	0
25-34 Jahre	142	22	31	28	15	3	0
35-44 Jahre	136	12	45	25	9	7	2
45-59 Jahre	285	15	34	31	9	7	4
60 Jahre und älter	368	14	22	37	10	8	10
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	259	16	21	34	11	8	11
10. Klasse	538	14	35	32	10	6	4
Abitur	96	23	35	29	6	5	2
(Fach-)Hochschule	110	16	39	27	10	5	3
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	505	15	37	30	10	6	2
in Ausbildung	61	27	35	33	5	0	0
arbeitslos	57	12	29	32	10	10	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	15	24	33	9	8	11
Berufsgruppe							
Arbeiter	181	17	34	33	11	3	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	14	37	32	10	6	1
höh.-leit. Ang./Beamte	46	18	64	11	4	3	0
Landw./Selbst./Freib.	67	5	33	29	16	15	3
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	666	15	33	31	10	8	4
evangelisch	253	16	31	34	9	4	6
katholisch	84	17	28	32	9	3	11

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, wie sehr Sie ihr vertrauen. Wie ist das mit den Gerichten?

Tabelle A16

Institutionenvertrauen: Polizei

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weit-gehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	24	42	24	4	4	1
Geschlecht							
männlich	493	26	43	18	7	6	0
weiblich	510	23	42	29	2	3	2
Alter							
18-24 Jahre	72	28	44	17	3	7	0
25-34 Jahre	142	21	40	22	8	9	0
35-44 Jahre	136	18	50	21	5	5	0
45-59 Jahre	285	22	45	26	4	4	0
60 Jahre und älter	368	30	38	25	3	2	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	259	34	31	27	3	3	2
10. Klasse	538	21	46	22	5	5	0
Abitur	96	22	48	19	5	5	2
(Fach-)Hochschule	110	20	45	26	7	2	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	505	22	47	22	6	4	0
in Ausbildung	61	20	34	26	6	14	0
arbeitslos	57	19	43	27	0	11	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	30	38	25	3	2	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	181	27	41	23	8	1	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	19	51	23	3	5	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	26	51	12	7	4	0
Landw./Selbst./Freib.	67	14	41	26	13	7	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	666	24	43	24	4	5	1
evangelisch	253	26	44	22	4	3	1
katholisch	84	23	37	27	8	1	4

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, wie sehr Sie ihr vertrauen. Wie ist das mit der Polizei?

Tabelle A17

Institutionenvertrauen: Europäische Kommission

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weit-gehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	3	16	34	19	15	12
Geschlecht							
männlich	493	4	14	29	24	20	9
weiblich	510	3	19	39	13	11	15
Alter							
18-24 Jahre	72	7	29	30	18	9	7
25-34 Jahre	142	3	22	32	17	18	8
35-44 Jahre	136	1	24	41	13	16	5
45-59 Jahre	285	3	16	31	21	17	12
60 Jahre und älter	368	3	10	36	19	15	17
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	259	4	11	33	20	10	22
10. Klasse	538	3	19	34	17	18	9
Abitur	96	4	17	32	19	16	12
(Fach-)Hochschule	110	3	16	41	22	14	3
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	505	2	20	36	18	16	9
in Ausbildung	61	11	24	30	12	13	10
arbeitslos	57	0	7	28	30	26	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	4	12	34	19	14	17
Berufsgruppe							
Arbeiter	181	2	18	29	22	15	14
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	1	19	44	13	16	7
höh.-leit. Ang./Beamte	46	1	29	34	20	13	3
Landw./Selbst./Freib.	67	2	24	25	21	21	6
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	666	3	16	32	20	18	10
evangelisch	253	2	15	39	19	11	13
katholisch	84	5	20	35	7	9	24

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, wie sehr Sie ihr vertrauen. Wie ist das mit der Europäischen Kommission?

Tabelle A18

Politische Eigenkompetenz

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	25	49	19	4	3
Geschlecht						
männlich	493	36	47	15	0	2
weiblich	510	14	52	24	7	4
Alter						
18-24 Jahre	72	16	46	34	3	1
25-34 Jahre	142	23	52	17	6	2
35-44 Jahre	136	23	59	13	2	3
45-59 Jahre	285	28	47	20	3	2
60 Jahre und älter	368	26	47	19	3	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	18	49	25	3	6
10. Klasse	538	28	47	19	4	2
Abitur	96	20	52	19	7	2
(Fach-)Hochschule	110	30	59	8	1	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	25	54	16	3	2
in Ausbildung	61	20	48	27	4	1
arbeitslos	57	18	41	34	6	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	26	45	21	3	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	20	59	18	2	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	19	56	17	5	4
höh.-leit. Ang./Beamte	46	42	49	8	0	0
Landw./Selbst./Freib.	67	49	39	9	4	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	26	50	18	4	2
evangelisch	253	22	54	19	1	5
katholisch	84	25	34	31	7	3

Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.

Tabelle A19

Fehlender Einfluss auf Regierung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	40	33	19	7	1
Geschlecht						
männlich	493	38	33	20	8	0
weiblich	510	43	33	17	6	1
Alter						
18-24 Jahre	72	19	33	36	8	4
25-34 Jahre	142	38	29	18	14	0
35-44 Jahre	136	46	33	16	5	0
45-59 Jahre	285	40	36	17	7	0
60 Jahre und älter	368	44	32	18	4	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	46	34	14	4	2
10. Klasse	538	43	33	19	5	0
Abitur	96	31	31	22	13	3
(Fach-)Hochschule	110	25	30	28	16	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	38	33	20	9	0
in Ausbildung	61	21	37	28	9	5
arbeitslos	57	41	38	14	7	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	46	32	16	4	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	41	38	12	8	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	38	32	23	8	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	31	28	21	20	0
Landw./Selbst./Freib.	67	42	23	31	4	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	42	33	18	7	1
evangelisch	253	38	33	20	8	1
katholisch	84	35	38	21	6	0

Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.

Tabelle A20

Grundüberzeugungen vs. aktuelle Meinungen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	nach Meinungen der Wähler richten	Beides gleich wichtig	Überzeugungen treu bleiben	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	56	5	36	2
Geschlecht					
männlich	493	51	4	43	2
weiblich	510	62	7	29	2
Alter					
18-24 Jahre	72	58	3	36	3
25-34 Jahre	142	62	4	33	0
35-44 Jahre	136	49	5	45	1
45-59 Jahre	285	58	7	33	2
60 Jahre und älter	368	55	6	37	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	69	4	25	2
10. Klasse	538	58	6	34	2
Abitur	96	47	4	47	2
(Fach-)Hochschule	110	29	7	62	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	54	6	38	2
in Ausbildung	61	57	2	41	0
arbeitslos	57	77	0	23	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	57	6	34	3
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	59	5	34	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	54	6	39	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	39	6	55	0
Landw./Selbst./Freib.	67	52	7	37	4
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	59	6	34	2
evangelisch	253	48	4	46	2
katholisch	84	63	9	26	2

Ist es aus Ihrer Sicht wichtiger, dass Politiker bei Entscheidungen ihren Grundüberzeugungen treu bleiben, oder wichtiger, dass sie sich nach den aktuellen Meinungen der Wähler richten?

Tabelle A21

Responsivität vs. politische Orientierung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	politische Orientierung wichtiger	Beides gleich wichtig	Anregungen aufzunehmen wichtiger	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	17	13	68	2
Geschlecht					
männlich	493	18	16	64	2
weiblich	510	16	11	72	2
Alter					
18-24 Jahre	72	23	8	66	3
25-34 Jahre	142	19	16	65	0
35-44 Jahre	136	15	16	68	1
45-59 Jahre	285	14	14	72	0
60 Jahre und älter	368	19	12	66	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	25	11	61	3
10. Klasse	538	12	13	73	2
Abitur	96	19	11	69	0
(Fach-)Hochschule	110	21	21	57	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	15	15	70	1
in Ausbildung	61	23	17	59	0
arbeitslos	57	15	10	73	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	20	11	66	3
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	8	12	78	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	17	14	69	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	19	25	56	0
Landw./Selbst./Freib.	67	27	13	59	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	15	13	70	2
evangelisch	253	25	13	59	2
katholisch	84	12	14	74	0

Und ist es aus Ihrer Sicht wichtiger, dass Politiker die Anregungen der Bürger aufgreifen, oder wichtiger, dass sie den Bürgern Orientierung bieten?

Tabelle A22

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Demokratiezufriedenheit: Sehr zufrieden	Ziemlich zufrieden	Ziemlich unzufrieden	Sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	3	43	40	12	2
Geschlecht						
männlich	493	5	43	39	12	1
weiblich	510	2	44	40	12	2
Alter						
18-24 Jahre	72	2	56	33	10	0
25-34 Jahre	142	3	38	42	14	2
35-44 Jahre	136	5	42	41	9	2
45-59 Jahre	285	2	37	45	15	1
60 Jahre und älter	368	4	48	36	10	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	3	47	41	7	3
10. Klasse	538	4	39	41	15	1
Abitur	96	5	51	33	10	1
(Fach-)Hochschule	110	3	51	35	9	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	2	43	42	11	1
in Ausbildung	61	5	49	31	15	0
arbeitslos	57	6	23	46	21	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	4	46	37	11	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	3	43	42	11	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	2	41	44	11	1
höh.-leit. Ang./Beamte	46	3	58	33	5	0
Landw./Selbst./Freib.	67	2	36	46	16	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	3	40	42	14	1
evangelisch	253	6	49	34	8	3
katholisch	84	2	52	40	6	0

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?

Tabelle A23

Demokratie besser als andere Staatsideen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	23	54	15	4	4
Geschlecht						
männlich	493	27	53	14	4	2
weiblich	510	18	55	17	5	5
Alter						
18-24 Jahre	72	17	64	15	3	0
25-34 Jahre	142	20	56	19	5	0
35-44 Jahre	136	27	53	17	2	0
45-59 Jahre	285	24	53	14	5	4
60 Jahre und älter	368	22	53	14	4	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	17	50	23	4	6
10. Klasse	538	22	54	15	5	3
Abitur	96	28	61	4	3	3
(Fach-)Hochschule	110	34	57	7	2	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	22	57	16	3	3
in Ausbildung	61	25	59	11	5	0
arbeitslos	57	14	61	20	5	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	25	49	14	6	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	19	55	20	2	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	21	57	16	4	2
höh.-leit. Ang./Beamte	46	26	64	4	6	0
Landw./Selbst./Freib.	67	34	48	15	3	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	19	56	16	4	4
evangelisch	253	31	46	14	4	4
katholisch	84	24	59	10	2	5

Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen.

Tabelle A24

Politische Partizipation: An einen Politiker wenden

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	18	46	36	0
Geschlecht					
männlich	493	24	41	35	0
weiblich	510	13	49	37	0
Alter					
18-24 Jahre	72	15	50	35	0
25-34 Jahre	142	21	48	30	1
35-44 Jahre	136	17	47	36	0
45-59 Jahre	285	25	46	27	1
60 Jahre und älter	368	13	42	44	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	7	45	48	0
10. Klasse	538	21	45	33	1
Abitur	96	21	48	31	0
(Fach-)Hochschule	110	31	47	21	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	23	46	30	1
in Ausbildung	61	16	57	27	0
arbeitslos	57	19	41	40	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	12	44	43	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	15	42	41	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	21	53	27	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	32	51	16	1
Landw./Selbst./Freib.	67	47	29	24	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	17	46	37	0
evangelisch	253	20	46	32	1
katholisch	84	21	43	35	0

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Sich an einen Politiker wenden.

Tabelle A25

Politische Partizipation: An einer Unterschriftenaktion teilnehmen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	42	51	7	0
Geschlecht					
männlich	493	42	51	7	1
weiblich	510	41	51	8	0
Alter					
18-24 Jahre	72	39	53	6	2
25-34 Jahre	142	42	50	7	1
35-44 Jahre	136	41	53	6	0
45-59 Jahre	285	47	49	3	1
60 Jahre und älter	368	38	51	11	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	32	57	10	0
10. Klasse	538	42	52	6	0
Abitur	96	50	38	10	2
(Fach-)Hochschule	110	57	38	5	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	47	47	5	1
in Ausbildung	61	33	58	7	2
arbeitslos	57	32	63	5	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	37	52	11	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	43	48	9	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	44	51	4	1
höh.-leit. Ang./Beamte	46	50	49	1	0
Landw./Selbst./Freib.	67	62	37	0	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	41	52	7	0
evangelisch	253	44	46	10	0
katholisch	84	41	51	7	1

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? An einer Unterschriftensammlung teilnehmen.

Tabelle A26

Politische Partizipation: In einer politischen Partei mitarbeiten

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	7	16	77	0
Geschlecht					
männlich	493	10	19	72	0
weiblich	510	4	13	83	0
Alter					
18-24 Jahre	72	3	34	62	0
25-34 Jahre	142	2	26	72	0
35-44 Jahre	136	6	16	78	0
45-59 Jahre	285	8	16	76	0
60 Jahre und älter	368	9	9	83	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	3	17	80	0
10. Klasse	538	6	16	78	0
Abitur	96	10	16	75	0
(Fach-)Hochschule	110	17	15	68	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	6	16	77	0
in Ausbildung	61	7	27	66	0
arbeitslos	57	6	37	57	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	7	11	82	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	6	13	81	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	6	16	78	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	9	20	71	0
Landw./Selbst./Freib.	67	9	30	61	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	6	16	78	0
evangelisch	253	10	15	75	0
katholisch	84	3	23	74	0

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? In einer politischen Partei mitarbeiten.

Tabelle A27

Politische Partizipation: In einer Bürgerinitiative mitarbeiten

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	11	56	31	1
Geschlecht					
männlich	493	14	57	27	2
weiblich	510	9	55	36	0
Alter					
18-24 Jahre	72	10	68	23	0
25-34 Jahre	142	10	53	37	0
35-44 Jahre	136	9	66	24	1
45-59 Jahre	285	13	60	25	2
60 Jahre und älter	368	12	49	39	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	7	48	44	1
10. Klasse	538	12	58	29	1
Abitur	96	12	61	27	0
(Fach-)Hochschule	110	20	63	17	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	12	58	28	1
in Ausbildung	61	7	62	30	0
arbeitslos	57	15	67	18	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	11	51	38	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	10	56	34	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	12	60	27	1
höh.-leit. Ang./Beamte	46	13	56	32	0
Landw./Selbst./Freib.	67	15	63	18	5
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	12	57	30	1
evangelisch	253	12	57	31	0
katholisch	84	7	48	45	0

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? In einer Bürgerinitiative mitarbeiten.

Tabelle A28

Politische Partizipation: An einer genehmigten Demonstration teilnehmen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	25	43	32	1
Geschlecht					
männlich	493	29	43	27	1
weiblich	510	21	42	37	0
Alter					
18-24 Jahre	72	35	34	31	0
25-34 Jahre	142	17	45	38	0
35-44 Jahre	136	25	56	19	0
45-59 Jahre	285	30	45	24	1
60 Jahre und älter	368	22	37	41	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	13	44	43	0
10. Klasse	538	27	42	30	1
Abitur	96	33	45	20	1
(Fach-)Hochschule	110	36	41	22	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	25	46	29	1
in Ausbildung	61	31	47	22	0
arbeitslos	57	36	44	20	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	23	38	39	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	30	44	26	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	21	48	31	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	24	51	24	2
Landw./Selbst./Freib.	67	23	35	37	5
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	25	45	29	1
evangelisch	253	26	41	33	0
katholisch	84	23	29	48	0

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? An einer genehmigten Demonstration teilnehmen.

Tabelle A29

Politische Partizipation: An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	4	19	76	1
Geschlecht					
männlich	493	5	25	68	1
weiblich	510	4	13	82	1
Alter					
18-24 Jahre	72	2	36	62	0
25-34 Jahre	142	2	20	78	0
35-44 Jahre	136	4	24	68	4
45-59 Jahre	285	5	21	72	2
60 Jahre und älter	368	5	11	83	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	5	8	86	1
10. Klasse	538	4	22	73	2
Abitur	96	4	26	70	0
(Fach-)Hochschule	110	7	22	69	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	5	19	73	2
in Ausbildung	61	3	42	54	0
arbeitslos	57	2	26	73	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	4	13	82	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	5	25	68	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	4	15	80	2
höh.-leit. Ang./Beamte	46	5	17	76	2
Landw./Selbst./Freib.	67	11	20	68	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	5	20	74	1
evangelisch	253	5	18	77	0
katholisch	84	1	10	85	4

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen.

Tabelle A30

Politische Partizipation: Für Ziele kämpfen, auch mit Gewalt

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	1	6	93	1
Geschlecht					
männlich	493	1	8	90	1
weiblich	510	1	3	95	1
Alter					
18-24 Jahre	72	0	12	87	1
25-34 Jahre	142	3	6	90	1
35-44 Jahre	136	0	3	97	0
45-59 Jahre	285	1	3	95	1
60 Jahre und älter	368	1	7	91	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	2	9	87	2
10. Klasse	538	0	5	95	0
Abitur	96	1	3	96	0
(Fach-)Hochschule	110	0	5	94	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	1	4	94	1
in Ausbildung	61	0	12	87	1
arbeitslos	57	0	3	97	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	1	7	91	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	2	3	95	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	1	4	94	1
höh.-leit. Ang./Beamte	46	0	5	93	1
Landw./Selbst./Freib.	67	0	7	93	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	1	6	92	0
evangelisch	253	1	6	92	1
katholisch	84	2	0	96	1

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Für die eigenen Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.

Tabelle A31

Links-Rechts-Selbsteinstufung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	weit rechts	etwas rechts	in der Mitte	etwas links	weit links	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	3	12	33	36	10	6
Geschlecht							
männlich	493	3	16	34	33	8	5
weiblich	510	3	8	31	39	12	7
Alter							
18-24 Jahre	72	7	18	26	40	5	3
25-34 Jahre	142	1	19	43	27	6	5
35-44 Jahre	136	1	9	35	43	10	2
45-59 Jahre	285	4	12	28	36	14	7
60 Jahre und älter	368	3	10	32	37	10	8
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	259	3	11	40	30	7	10
10. Klasse	538	3	13	31	36	12	5
Abitur	96	3	16	21	50	7	3
(Fach-)Hochschule	110	1	10	31	42	13	3
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	505	2	11	35	35	12	4
in Ausbildung	61	9	20	13	48	3	7
arbeitslos	57	3	15	28	46	7	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	2	12	33	34	9	10
Berufsgruppe							
Arbeiter	181	3	17	25	37	15	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	2	7	37	38	11	5
höh.-leit. Ang./Beamte	46	2	15	44	28	11	1
Landw./Selbst./Freib.	67	3	6	45	31	9	7
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	666	2	12	29	39	12	6
evangelisch	253	5	13	35	34	8	4
katholisch	84	0	9	56	23	3	9

In der Politik wird häufig von links und rechts gesprochen. Wie würden Sie sich selbst einstufen: sehr weit links, ziemlich weit links, etwas links, etwas rechts, ziemlich weit rechts oder sehr weit rechts [spontan: in der Mitte]? (Antworten "ziemlich weit links" und "sehr weit links zu" "weit links" sowie "ziemlich weit rechts" und "sehr weit rechts" zu "weit rechts" zusammengefasst)

Tabelle A32

Identifikation

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	nichts davon	Europäer	Deutscher	Ost-deutscher	Thüringer	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	3	7	27	15	48	0
Geschlecht							
männlich	493	4	11	29	13	44	0
weiblich	510	2	4	25	17	52	0
Alter							
18-24 Jahre	72	0	14	35	17	34	0
25-34 Jahre	142	2	6	25	18	49	0
35-44 Jahre	136	4	11	24	17	44	0
45-59 Jahre	285	4	5	26	15	50	0
60 Jahre und älter	368	2	7	28	13	50	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	259	1	3	26	13	56	0
10. Klasse	538	3	7	25	16	49	0
Abitur	96	4	10	32	20	34	0
(Fach-)Hochschule	110	2	15	34	11	37	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	505	4	8	26	14	49	0
in Ausbildung	61	0	11	40	25	24	0
arbeitslos	57	2	2	22	15	58	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	2	7	28	14	49	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	181	5	7	24	14	49	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	2	8	24	16	50	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	4	6	40	10	40	0
Landw./Selbst./Freib.	67	7	12	22	17	42	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	666	3	8	24	16	49	0
evangelisch	253	0	8	34	13	45	0
katholisch	84	6	2	31	14	48	0

Fühlen Sie sich in erster Linie als Thüringer, als Ostdeutscher, als Deutscher oder als Europäer?

Tabelle A33

Verbundenheit mit Gemeinde/Ort/Stadt

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr verbunden	Ziemlich verbunden	Nicht sehr verbunden	Überhaupt nicht verbunden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	52	33	12	4	0
Geschlecht						
männlich	493	53	33	10	5	0
weiblich	510	51	32	15	2	0
Alter						
18-24 Jahre	72	39	32	26	3	0
25-34 Jahre	142	42	42	13	4	0
35-44 Jahre	136	53	25	20	1	0
45-59 Jahre	285	50	35	10	5	0
60 Jahre und älter	368	58	30	9	4	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	55	33	9	2	0
10. Klasse	538	52	32	12	4	0
Abitur	96	43	31	22	5	0
(Fach-)Hochschule	110	50	37	10	2	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	53	33	11	3	0
in Ausbildung	61	41	26	29	3	0
arbeitslos	57	34	46	11	9	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	54	31	11	4	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	57	27	13	3	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	47	40	11	2	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	56	32	12	0	0
Landw./Selbst./Freib.	67	56	28	10	5	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	49	34	15	3	0
evangelisch	253	58	29	8	5	0
katholisch	84	56	37	5	1	0

Die Menschen haben unterschiedlich starke Bindungen zu ihrer Gemeinde/Stadt, zu ihrem Bundesland, zu Deutschland oder Europa. Wie ist das bei Ihnen? Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit Ihrer Gemeinde / Ort / Stadt?

Tabelle A34

Verbundenheit mit Thüringen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr verbunden	Ziemlich verbunden	Nicht sehr verbunden	Überhaupt nicht verbunden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	55	33	9	2	0
Geschlecht						
männlich	493	54	35	8	3	0
weiblich	510	56	32	10	1	0
Alter						
18-24 Jahre	72	36	34	28	2	0
25-34 Jahre	142	52	39	8	1	0
35-44 Jahre	136	56	32	13	0	0
45-59 Jahre	285	55	36	6	3	0
60 Jahre und älter	368	60	30	8	2	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	57	33	8	2	0
10. Klasse	538	56	34	7	2	0
Abitur	96	48	29	21	1	0
(Fach-)Hochschule	110	51	36	12	2	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	56	35	7	2	0
in Ausbildung	61	36	33	29	2	0
arbeitslos	57	47	46	5	2	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	59	29	10	2	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	60	32	6	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	49	41	9	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	67	26	7	0	0
Landw./Selbst./Freib.	67	54	33	9	5	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	54	34	9	2	0
evangelisch	253	57	31	10	2	0
katholisch	84	59	32	8	1	0

Die Menschen haben unterschiedlich starke Bindungen zu ihrer Gemeinde/Stadt, zu ihrem Bundesland, zu Deutschland oder Europa. Wie ist das bei Ihnen? Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit Thüringen?

Tabelle A35

Verbundenheit mit Deutschland

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr verbunden	Ziemlich verbunden	Nicht sehr verbunden	Überhaupt nicht verbunden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	49	40	9	1	0
Geschlecht						
männlich	493	50	39	9	2	0
weiblich	510	49	41	9	1	0
Alter						
18-24 Jahre	72	38	46	17	0	0
25-34 Jahre	142	49	38	12	1	0
35-44 Jahre	136	55	35	10	0	0
45-59 Jahre	285	46	44	8	2	0
60 Jahre und älter	368	53	39	7	1	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	50	42	8	1	0
10. Klasse	538	50	38	10	2	0
Abitur	96	41	48	11	0	0
(Fach-)Hochschule	110	51	40	8	0	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	50	40	9	1	0
in Ausbildung	61	38	49	13	1	0
arbeitslos	57	46	35	19	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	51	39	8	2	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	54	35	11	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	44	47	8	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	69	25	6	0	0
Landw./Selbst./Freib.	67	50	39	6	5	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	47	41	11	1	0
evangelisch	253	55	36	7	2	0
katholisch	84	53	43	3	0	0

Die Menschen haben unterschiedlich starke Bindungen zu ihrer Gemeinde/Stadt, zu ihrem Bundesland, zu Deutschland oder Europa. Wie ist das bei Ihnen? Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit Deutschland?

Tabelle A36

Verbundenheit mit Europäischer Union

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr verbunden	Ziemlich verbunden	Nicht sehr verbunden	Überhaupt nicht verbunden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	12	34	39	14	1
Geschlecht						
männlich	493	12	34	38	16	0
weiblich	510	12	34	40	12	2
Alter						
18-24 Jahre	72	7	39	50	4	0
25-34 Jahre	142	12	28	37	23	0
35-44 Jahre	136	18	29	38	15	0
45-59 Jahre	285	13	38	33	15	1
60 Jahre und älter	368	10	33	43	11	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	11	28	46	13	3
10. Klasse	538	12	34	38	16	1
Abitur	96	8	36	42	15	0
(Fach-)Hochschule	110	20	45	28	7	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	14	36	36	14	0
in Ausbildung	61	4	40	42	13	0
arbeitslos	57	5	28	41	26	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	12	31	43	12	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	11	32	40	16	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	12	40	36	12	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	19	41	32	7	0
Landw./Selbst./Freib.	67	23	35	23	19	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	11	36	37	16	0
evangelisch	253	11	30	45	12	1
katholisch	84	23	26	39	4	7

Die Menschen haben unterschiedlich starke Bindungen zu ihrer Gemeinde/Stadt, zu ihrem Bundesland, zu Deutschland oder Europa. Wie ist das bei Ihnen? Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit der Europäischen Union?

Tabelle A37

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Wichtig um 'Thüringer' zu sein: in Thüringen geboren sein: Sehr wichtig	Eher wichtig	Eher un-wichtig	Sehr un-wichtig	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	29	23	30	16	2
Geschlecht						
männlich	493	24	24	29	20	3
weiblich	510	33	23	30	13	2
Alter						
18-24 Jahre	72	24	17	48	12	0
25-34 Jahre	142	17	31	33	17	3
35-44 Jahre	136	26	25	35	13	1
45-59 Jahre	285	26	26	29	17	2
60 Jahre und älter	368	37	20	23	17	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	45	18	19	16	2
10. Klasse	538	27	26	30	14	2
Abitur	96	15	23	44	15	2
(Fach-)Hochschule	110	11	21	39	27	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	21	27	35	15	2
in Ausbildung	61	19	26	44	11	0
arbeitslos	57	46	19	17	18	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	37	19	22	18	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	20	30	32	14	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	20	27	38	14	1
höh.-leit. Ang./Beamte	46	29	24	33	14	1
Landw./Selbst./Freib.	67	27	15	33	25	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	27	24	31	16	2
evangelisch	253	30	20	30	17	3
katholisch	84	33	26	21	15	3

Es gibt ja unterschiedliche Ansichten darüber, was es bedeutet Thüringer zu sein. Bitte sagen Sie mir, wie wichtig – Ihrer Meinung nach – folgende Punkte sind, um ein Thüringer zu sein: In Thüringen geboren zu sein.

Tabelle A38

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Wichtig um 'Thüringer' zu sein: mind. ein Thüringer Elternteil haben				
		Sehr wichtig	Eher wichtig	Eher un-wichtig	Sehr un-wichtig	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	20	21	34	23	2
Geschlecht						
männlich	493	17	21	33	26	3
weiblich	510	23	20	35	21	1
Alter						
18-24 Jahre	72	3	24	53	20	0
25-34 Jahre	142	8	17	43	32	1
35-44 Jahre	136	17	26	37	20	0
45-59 Jahre	285	19	18	36	26	2
60 Jahre und älter	368	30	22	24	20	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	32	24	22	19	3
10. Klasse	538	18	22	35	23	2
Abitur	96	7	14	47	28	3
(Fach-)Hochschule	110	9	14	42	33	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	12	22	40	25	2
in Ausbildung	61	2	25	52	20	0
arbeitslos	57	39	14	26	21	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	30	20	24	23	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	13	25	43	18	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	15	20	36	27	2
höh.-leit. Ang./Beamte	46	14	14	39	33	1
Landw./Selbst./Freib.	67	6	21	39	33	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	19	20	35	24	2
evangelisch	253	22	20	31	23	4
katholisch	84	17	29	34	18	1

Es gibt ja unterschiedliche Ansichten darüber, was es bedeutet Thüringer zu sein. Bitte sagen Sie mir, wie wichtig – Ihrer Meinung nach – folgende Punkte sind, um ein Thüringer zu sein: Mindestens ein Thüringer Elternteil zu haben.

Tabelle A39

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Wichtig um 'Thüringer' zu sein: sich als Thüringer fühlen: Sehr wichtig	Eher wichtig	Eher un-wichtig	Sehr un-wichtig	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	50	32	11	5	2
Geschlecht						
männlich	493	49	28	13	7	3
weiblich	510	50	35	10	3	1
Alter						
18-24 Jahre	72	50	42	6	2	0
25-34 Jahre	142	56	32	10	1	1
35-44 Jahre	136	47	37	12	4	0
45-59 Jahre	285	48	27	16	6	3
60 Jahre und älter	368	50	32	9	6	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	60	30	4	5	1
10. Klasse	538	48	32	12	5	3
Abitur	96	46	31	16	4	3
(Fach-)Hochschule	110	37	36	18	6	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	50	30	14	5	2
in Ausbildung	61	50	35	13	2	0
arbeitslos	57	49	42	4	2	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	50	33	9	6	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	53	26	14	5	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	47	36	12	4	1
höh.-leit. Ang./Beamte	46	53	27	14	4	2
Landw./Selbst./Freib.	67	56	22	13	7	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	51	30	12	5	2
evangelisch	253	44	37	11	5	2
katholisch	84	59	31	9	1	0

Es gibt ja unterschiedliche Ansichten darüber, was es bedeutet Thüringer zu sein. Bitte sagen Sie mir, wie wichtig – Ihrer Meinung nach – folgende Punkte sind, um ein Thüringer zu sein: Sich als Thüringer zu fühlen.

Tabelle A40

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Wichtig um 'Thüringer' zu sein: am pol. Leben in Thüringen teilnehmen: Sehr wichtig	Eher wichtig	Eher un-wichtig	Sehr un-wichtig	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	23	40	27	7	3
Geschlecht						
männlich	493	23	38	27	9	3
weiblich	510	23	43	26	5	2
Alter						
18-24 Jahre	72	18	46	24	12	0
25-34 Jahre	142	22	35	35	7	2
35-44 Jahre	136	19	45	29	7	0
45-59 Jahre	285	20	44	24	9	3
60 Jahre und älter	368	28	37	25	5	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	31	34	26	5	4
10. Klasse	538	20	43	28	8	2
Abitur	96	20	39	26	12	2
(Fach-)Hochschule	110	24	45	24	6	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	20	42	28	8	1
in Ausbildung	61	21	45	23	10	0
arbeitslos	57	43	27	21	3	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	25	39	26	6	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	20	38	31	9	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	17	48	30	4	1
höh.-leit. Ang./Beamte	46	18	47	25	10	0
Landw./Selbst./Freib.	67	29	30	25	16	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	23	40	28	7	3
evangelisch	253	21	44	26	6	3
katholisch	84	30	35	22	12	1

Es gibt ja unterschiedliche Ansichten darüber, was es bedeutet Thüringer zu sein. Bitte sagen Sie mir, wie wichtig – Ihrer Meinung nach – folgende Punkte sind, um ein Thüringer zu sein: Am politischen Leben in Thüringen teilzunehmen.

Tabelle A41

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Wichtig um 'Thüringer' zu sein: in Thüringen aufgewachsen sein: Sehr wichtig	Eher wichtig	Eher un-wichtig	Sehr un-wichtig	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	35	31	24	9	2
Geschlecht						
männlich	493	30	30	26	11	2
weiblich	510	40	31	21	7	1
Alter						
18-24 Jahre	72	25	45	21	9	0
25-34 Jahre	142	23	36	29	10	1
35-44 Jahre	136	33	29	30	6	1
45-59 Jahre	285	33	28	27	10	2
60 Jahre und älter	368	44	28	17	9	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	52	24	17	7	0
10. Klasse	538	33	33	25	8	2
Abitur	96	23	35	28	11	3
(Fach-)Hochschule	110	17	34	30	17	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	27	34	29	9	2
in Ausbildung	61	30	40	17	13	0
arbeitslos	57	55	21	24	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	44	27	18	9	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	29	31	32	5	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	24	34	29	11	2
höh.-leit. Ang./Beamte	46	31	39	21	8	1
Landw./Selbst./Freib.	67	29	29	28	14	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	34	30	24	9	2
evangelisch	253	36	29	24	9	1
katholisch	84	38	39	18	5	0

Es gibt ja unterschiedliche Ansichten darüber, was es bedeutet Thüringer zu sein. Bitte sagen Sie mir, wie wichtig – Ihrer Meinung nach – folgende Punkte sind, um ein Thüringer zu sein: In Thüringen aufgewachsen zu sein.

Tabelle A42

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Wichtig um 'Thüringer' zu sein: lange in Thüringen gelebt haben: Sehr wichtig	Eher wichtig	Eher un-wichtig	Sehr un-wichtig	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	34	34	23	7	2
Geschlecht						
männlich	493	30	33	24	11	2
weiblich	510	38	34	23	4	1
Alter						
18-24 Jahre	72	36	26	33	5	0
25-34 Jahre	142	16	40	31	12	1
35-44 Jahre	136	25	46	21	7	1
45-59 Jahre	285	31	35	24	8	2
60 Jahre und älter	368	46	28	18	5	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	47	26	21	5	1
10. Klasse	538	32	36	22	8	2
Abitur	96	26	40	24	8	2
(Fach-)Hochschule	110	19	36	34	9	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	25	38	27	9	1
in Ausbildung	61	36	37	22	5	0
arbeitslos	57	56	14	22	8	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	42	31	19	6	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	31	40	21	7	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	21	41	28	9	1
höh.-leit. Ang./Beamte	46	27	31	36	5	0
Landw./Selbst./Freib.	67	25	33	32	8	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	35	33	22	8	1
evangelisch	253	33	32	26	6	3
katholisch	84	29	44	20	6	0

Es gibt ja unterschiedliche Ansichten darüber, was es bedeutet Thüringer zu sein. Bitte sagen Sie mir, wie wichtig – Ihrer Meinung nach – folgende Punkte sind, um ein Thüringer zu sein: Lange in Thüringen gelebt zu haben.

Tabelle A43

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Wichtig um 'Thüringer' zu sein: Dialekt sprechen				
		Sehr wichtig	Eher wichtig	Eher un-wichtig	Sehr un-wichtig	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	14	17	41	26	2
Geschlecht						
männlich	493	12	17	42	28	2
weiblich	510	17	17	41	25	1
Alter						
18-24 Jahre	72	9	13	44	34	0
25-34 Jahre	142	13	11	42	33	1
35-44 Jahre	136	7	18	56	19	0
45-59 Jahre	285	14	20	37	26	2
60 Jahre und älter	368	19	17	38	25	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	19	21	37	22	1
10. Klasse	538	15	16	43	24	2
Abitur	96	10	13	38	36	2
(Fach-)Hochschule	110	6	13	44	35	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	12	17	43	27	2
in Ausbildung	61	11	14	41	34	0
arbeitslos	57	19	11	50	20	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	17	18	38	25	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	7	13	53	26	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	16	23	36	23	2
höh.-leit. Ang./Beamte	46	15	12	34	39	0
Landw./Selbst./Freib.	67	13	10	45	32	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	14	16	41	28	2
evangelisch	253	15	19	42	22	2
katholisch	84	17	14	44	25	0

Es gibt ja unterschiedliche Ansichten darüber, was es bedeutet Thüringer zu sein. Bitte sagen Sie mir, wie wichtig – Ihrer Meinung nach – folgende Punkte sind, um ein Thüringer zu sein: Dialekt zu sprechen.

Tabelle A44

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Fremdsprachenkenntnisse: Englisch ja	nein	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	30	70	1
Geschlecht				
männlich	493	31	68	1
weiblich	510	28	71	1
Alter				
18-24 Jahre	72	73	27	0
25-34 Jahre	142	61	37	2
35-44 Jahre	136	35	64	1
45-59 Jahre	285	25	75	0
60 Jahre und älter	368	10	89	1
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	259	3	96	1
10. Klasse	538	29	70	1
Abitur	96	73	27	0
(Fach-)Hochschule	110	54	46	0
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	505	36	63	1
in Ausbildung	61	84	16	0
arbeitslos	57	31	69	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	12	88	1
Berufsgruppe				
Arbeiter	181	31	68	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	37	62	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	56	44	0
Landw./Selbst./Freib.	67	32	68	0
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	666	34	66	0
evangelisch	253	22	78	0
katholisch	84	19	77	3

Sprechen Sie Englisch gut genug, um sich an einem Gespräch zu beteiligen?

Tabelle A45

Erste Fremdsprache für Kinder: wann?

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	ab der weiterführenden Schule	ab 3. Schuljahr	ab 1. Schuljahr	im Kindergarten	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	7	21	15	56	2
Geschlecht						
männlich	493	7	24	13	54	2
weiblich	510	7	18	16	58	2
Alter						
18-24 Jahre	72	13	27	16	43	0
25-34 Jahre	142	6	25	25	44	1
35-44 Jahre	136	3	27	19	49	1
45-59 Jahre	285	6	20	11	61	2
60 Jahre und älter	368	8	16	12	62	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	12	18	19	49	3
10. Klasse	538	4	22	14	57	2
Abitur	96	7	21	7	64	0
(Fach-)Hochschule	110	5	17	17	59	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	5	22	18	53	1
in Ausbildung	61	8	28	13	50	0
arbeitslos	57	9	33	2	56	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	8	16	12	60	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	4	24	16	55	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	6	24	19	52	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	12	13	12	61	1
Landw./Selbst./Freib.	67	2	17	26	49	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	7	20	15	57	2
evangelisch	253	8	18	14	58	3
katholisch	84	3	33	20	43	0

Es gibt unterschiedliche Meinungen darüber, wann Kinder am besten die erste Fremdsprache erlernen sollen. Was meinen Sie?

Tabelle A46

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Internetnutzung ja	Internetnutzung nein
Gesamt	**1003**	66	34
Geschlecht			
männlich	493	74	26
weiblich	510	57	43
Alter			
18-24 Jahre	72	100	0
25-34 Jahre	142	95	5
35-44 Jahre	136	93	7
45-59 Jahre	285	77	23
60 Jahre und älter	368	29	71
Schulabschluss			
unter 10. Klasse	259	32	68
10. Klasse	538	74	26
Abitur	96	88	12
(Fach-)Hochschule	110	83	17
Erwerbstätigkeit			
erwerbstätig	505	86	14
in Ausbildung	61	100	0
arbeitslos	57	82	18
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	31	69
Berufsgruppe			
Arbeiter	181	82	18
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	85	15
höh.-leit. Ang./Beamte	46	95	5
Landw./Selbst./Freib.	67	89	11
Religionsgemeinschaft			
keine, andere	666	72	50
evangelisch	253	50	37
katholisch	84	63	34

Nutzen Sie regelmäßig das Internet?

Tabelle A47

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Bereitschaft zum Auswandern: ja	nein	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	39	60	1
Geschlecht				
männlich	493	45	53	1
weiblich	510	33	66	1
Alter				
18-24 Jahre	72	75	22	2
25-34 Jahre	142	57	39	5
35-44 Jahre	136	45	55	0
45-59 Jahre	285	49	50	1
60 Jahre und älter	368	14	86	0
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	259	20	78	2
10. Klasse	538	44	55	0
Abitur	96	57	40	2
(Fach-)Hochschule	110	42	58	1
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	505	48	51	2
in Ausbildung	61	80	17	3
arbeitslos	57	55	45	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	18	82	0
Berufsgruppe				
Arbeiter	181	45	54	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	42	55	3
höh.-leit. Ang./Beamte	46	66	34	0
Landw./Selbst./Freib.	67	61	39	0
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	666	43	55	2
evangelisch	253	29	71	0
katholisch	84	36	64	0

Sind Sie bereit, irgendwann in der Zukunft in einem andern Land als Deutschland zu leben oder zu arbeiten?

Tabelle A48

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Kontakte mit Zuwanderern: Nachbarn ja	nein	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	22	78	0
Geschlecht				
männlich	493	23	77	0
weiblich	510	21	79	0
Alter				
18-24 Jahre	72	34	66	0
25-34 Jahre	142	27	73	0
35-44 Jahre	136	22	77	1
45-59 Jahre	285	24	76	0
60 Jahre und älter	368	16	84	0
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	259	15	85	0
10. Klasse	538	24	76	0
Abitur	96	26	74	0
(Fach-)Hochschule	110	22	77	1
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	505	23	76	0
in Ausbildung	61	40	60	0
arbeitslos	57	15	85	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	18	82	0
Berufsgruppe				
Arbeiter	181	27	73	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	22	78	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	21	79	0
Landw./Selbst./Freib.	67	27	73	0
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	666	25	75	0
evangelisch	253	16	84	0
katholisch	84	17	83	0

Haben Sie aus anderen Ländern zugewanderte Nachbarn?

Tabelle A49

Kontakte mit Zuwanderern: Freunde

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	ja	nein	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	33	66	0
Geschlecht				
männlich	493	37	63	0
weiblich	510	30	70	1
Alter				
18-24 Jahre	72	64	36	0
25-34 Jahre	142	47	53	0
35-44 Jahre	136	39	61	0
45-59 Jahre	285	33	67	0
60 Jahre und älter	368	20	79	1
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	259	19	80	1
10. Klasse	538	32	68	0
Abitur	96	57	43	0
(Fach-)Hochschule	110	52	48	0
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	505	41	59	0
in Ausbildung	61	57	43	0
arbeitslos	57	30	70	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	20	79	1
Berufsgruppe				
Arbeiter	181	39	61	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	38	62	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	55	45	0
Landw./Selbst./Freib.	67	47	53	0
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	666	35	65	0
evangelisch	253	31	69	0
katholisch	84	31	69	0

Haben Sie aus anderen Ländern zugewanderte Freunde?

Tabelle A50

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Kontakte mit Zuwanderern: Familienmitglieder ja	nein	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	12	88	0
Geschlecht				
männlich	493	12	88	0
weiblich	510	13	87	0
Alter				
18-24 Jahre	72	18	82	0
25-34 Jahre	142	15	85	0
35-44 Jahre	136	11	89	0
45-59 Jahre	285	15	85	0
60 Jahre und älter	368	9	91	0
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	259	11	89	0
10. Klasse	538	11	89	0
Abitur	96	19	81	0
(Fach-)Hochschule	110	15	85	0
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	505	13	87	0
in Ausbildung	61	21	79	0
arbeitslos	57	13	87	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	11	89	0
Berufsgruppe				
Arbeiter	181	13	87	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	12	88	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	9	91	0
Landw./Selbst./Freib.	67	15	85	0
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	666	13	87	0
evangelisch	253	11	89	0
katholisch	84	10	90	0

Haben Sie aus anderen Ländern zugewanderte Familienmitglieder?

Tabelle A51

Vor- oder Nachteile durch Globalisierung für Deutschland

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	mehr Vorteile	die Vor-und Nachteile gleichen sich aus	mehr Nachteile	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	20	55	20	4
Geschlecht					
männlich	493	28	49	20	3
weiblich	510	13	62	20	5
Alter					
18-24 Jahre	72	29	62	10	0
25-34 Jahre	142	27	54	18	1
35-44 Jahre	136	17	53	29	1
45-59 Jahre	285	19	53	24	4
60 Jahre und älter	368	18	57	17	7
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	12	63	17	7
10. Klasse	538	20	54	23	3
Abitur	96	27	47	21	4
(Fach-)Hochschule	110	31	50	15	4
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	22	55	21	2
in Ausbildung	61	31	57	8	3
arbeitslos	57	5	53	42	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	18	57	18	8
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	27	54	18	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	19	56	22	3
höh.-leit. Ang./Beamte	46	22	58	16	4
Landw./Selbst./Freib.	67	22	49	27	2
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	20	57	19	3
evangelisch	253	18	53	25	4
katholisch	84	22	55	14	9

Es wird zurzeit viel über die weltweite wirtschaftliche und gesellschaftliche Verflechtung, also die Globalisierung gesprochen. Was meinen Sie, bringt die Globalisierung für unser Land …

Tabelle A52

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Einschränkung des Spielraums für politische Entscheidungen: Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	18	43	22	7	9
Geschlecht						
männlich	493	22	44	21	9	5
weiblich	510	14	42	24	6	14
Alter						
18-24 Jahre	72	12	42	36	10	1
25-34 Jahre	142	21	44	26	7	2
35-44 Jahre	136	16	43	27	7	6
45-59 Jahre	285	21	47	20	6	6
60 Jahre und älter	368	16	40	18	8	17
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	22	39	17	4	17
10. Klasse	538	18	46	23	6	8
Abitur	96	14	43	26	13	3
(Fach-)Hochschule	110	13	41	28	14	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	18	45	25	7	5
in Ausbildung	61	21	44	26	7	2
arbeitslos	57	22	59	14	5	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	17	38	19	8	17
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	15	45	29	7	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	15	45	26	8	6
höh.-leit. Ang./Beamte	46	14	53	21	11	2
Landw./Selbst./Freib.	67	35	36	19	2	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	18	45	23	7	8
evangelisch	253	19	43	19	8	10
katholisch	84	16	34	23	9	19

Die internationale Verflechtung schränkt den Spielraum für politische Entscheidungen in unserem Land zu stark ein.

Tabelle A53

Erhöhte Absatzchancen thüringischer Produkte im Ausland

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	36	44	11	3	6
Geschlecht						
männlich	493	39	46	9	4	3
weiblich	510	33	43	13	3	8
Alter						
18-24 Jahre	72	26	45	19	4	6
25-34 Jahre	142	31	52	13	3	1
35-44 Jahre	136	36	37	19	4	4
45-59 Jahre	285	39	48	5	3	4
60 Jahre und älter	368	37	40	10	3	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	39	41	11	2	7
10. Klasse	538	37	47	9	3	4
Abitur	96	29	35	21	5	10
(Fach-)Hochschule	110	29	48	12	5	7
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	34	49	11	3	3
in Ausbildung	61	32	39	18	4	7
arbeitslos	57	36	50	8	2	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	40	37	10	3	10
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	38	51	9	3	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	34	45	12	4	6
höh.-leit. Ang./Beamte	46	31	42	19	4	4
Landw./Selbst./Freib.	67	31	57	8	2	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	39	42	10	3	5
evangelisch	253	31	46	14	3	7
katholisch	84	26	59	6	3	6

Wettbewerb auf den Weltmärkten erhöht die Absatzchancen thüringischer Produkte im Ausland.

Tabelle A54

Wettbewerb auf den Weltmärkten führt zu Arbeitslosigkeit

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	16	29	32	16	5
Geschlecht						
männlich	493	13	29	36	18	4
weiblich	510	19	30	29	14	7
Alter						
18-24 Jahre	72	12	31	41	10	6
25-34 Jahre	142	10	33	33	21	3
35-44 Jahre	136	15	27	35	20	3
45-59 Jahre	285	21	24	35	15	5
60 Jahre und älter	368	16	33	28	16	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	21	29	26	18	6
10. Klasse	538	16	30	35	13	5
Abitur	96	7	33	31	20	8
(Fach-)Hochschule	110	11	23	36	24	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	15	28	37	16	4
in Ausbildung	61	19	28	32	15	7
arbeitslos	57	19	28	24	29	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	18	32	28	15	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	15	28	39	13	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	14	29	35	16	5
höh.-leit. Ang./Beamte	46	7	30	30	27	6
Landw./Selbst./Freib.	67	19	20	38	20	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	17	27	33	17	6
evangelisch	253	16	35	33	13	3
katholisch	84	12	30	27	21	10

Wettbewerb auf den Weltmärkten führt dazu, dass bei uns die Arbeitslosigkeit zunimmt.

Tabelle A55

Vor- oder Nachteile durch ausländische Investoren im Inland

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	mehr Vorteile	Vor- und Nachteile gleichen sich aus	mehr Nachteile	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	6	47	44	4
Geschlecht					
männlich	493	5	51	41	4
weiblich	510	7	44	46	3
Alter					
18-24 Jahre	72	6	55	39	0
25-34 Jahre	142	13	56	31	1
35-44 Jahre	136	4	50	43	3
45-59 Jahre	285	6	46	42	6
60 Jahre und älter	368	4	42	51	4
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	4	44	48	4
10. Klasse	538	6	45	45	4
Abitur	96	7	54	38	1
(Fach-)Hochschule	110	7	59	31	3
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	7	52	37	4
in Ausbildung	61	9	45	45	2
arbeitslos	57	4	54	42	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	4	40	53	4
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	9	51	36	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	7	51	38	4
höh.-leit. Ang./Beamte	46	3	62	35	0
Landw./Selbst./Freib.	67	1	52	39	7
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	6	45	45	4
evangelisch	253	5	50	43	2
katholisch	84	8	57	30	5

In letzter Zeit haben ausländische Investoren deutsche Unternehmen gekauft. Sehen Sie darin mehr Vorteile oder mehr Nachteile für unsere Wirtschaft, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?

Tabelle A56

Vor- oder Nachteile durch deutsche Investoren im Ausland

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	mehr Vorteile	Vor- und Nachteile gleichen sich aus	mehr Nachteile	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	20	51	24	5
Geschlecht					
männlich	493	22	55	21	2
weiblich	510	18	48	27	8
Alter					
18-24 Jahre	72	30	40	27	3
25-34 Jahre	142	22	67	10	1
35-44 Jahre	136	20	54	22	4
45-59 Jahre	285	22	47	26	5
60 Jahre und älter	368	16	50	28	7
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	15	48	28	9
10. Klasse	538	22	49	25	3
Abitur	96	22	55	19	4
(Fach-)Hochschule	110	17	64	14	4
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	21	55	21	3
in Ausbildung	61	34	44	18	5
arbeitslos	57	31	37	33	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	15	49	28	8
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	21	48	29	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	20	58	17	5
höh.-leit. Ang./Beamte	46	15	68	15	2
Landw./Selbst./Freib.	67	22	55	20	3
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	20	52	24	4
evangelisch	253	19	48	27	6
katholisch	84	18	58	15	9

Und wie ist das, wenn deutsche Investoren ausländische Unternehmen kaufen? Sehen Sie darin mehr Vorteile oder mehr Nachteile für unsere Wirtschaft, oder würden Sie sagen, Vor- und Nachteile gleichen sich aus?

Tabelle A57

Mitgliedschaft in Europäischer Union: Vor- oder Nachteile für Deutschland

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	mehr Vorteile	Vor- und Nachteile gleichen sich aus	mehr Nachteile	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	24	45	28	3
Geschlecht					
männlich	493	32	37	29	2
weiblich	510	17	52	28	4
Alter					
18-24 Jahre	72	35	55	10	1
25-34 Jahre	142	20	41	36	2
35-44 Jahre	136	26	45	29	0
45-59 Jahre	285	23	39	34	3
60 Jahre und älter	368	24	48	24	4
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	20	52	24	4
10. Klasse	538	22	43	33	2
Abitur	96	29	43	25	4
(Fach-)Hochschule	110	39	40	19	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	24	43	31	2
in Ausbildung	61	33	53	13	1
arbeitslos	57	22	37	41	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	24	47	25	4
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	21	46	31	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	24	41	32	3
höh.-leit. Ang./Beamte	46	23	39	35	4
Landw./Selbst./Freib.	67	34	43	24	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	24	43	31	2
evangelisch	253	24	48	25	3
katholisch	84	25	49	21	5

Hat Deutschland durch seine Mitgliedschaft in Europäischer Union eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, Vor- und Nachteile gleichen sich aus?

Tabelle A58

Mitgliedschaft in Europäischer Union: Vor- oder Nachteile für Befragten

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	mehr Vorteile	Vor- und Nachteile gleichen sich aus	mehr Nachteile	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	21	53	19	7
Geschlecht					
männlich	493	28	48	20	5
weiblich	510	15	59	17	9
Alter					
18-24 Jahre	72	37	43	19	1
25-34 Jahre	142	24	39	31	6
35-44 Jahre	136	27	49	19	5
45-59 Jahre	285	16	58	19	7
60 Jahre und älter	368	18	59	14	9
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	14	56	20	9
10. Klasse	538	19	53	22	7
Abitur	96	31	55	10	4
(Fach-)Hochschule	110	40	47	8	5
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	22	52	20	5
in Ausbildung	61	46	30	22	1
arbeitslos	57	9	58	27	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	17	58	15	11
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	20	55	20	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	21	51	22	6
höh.-leit. Ang./Beamte	46	35	50	9	6
Landw./Selbst./Freib.	67	27	45	24	3
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	20	53	21	6
evangelisch	253	21	57	16	7
katholisch	84	31	46	7	16

Haben Sie durch Deutschlands Mitgliedschaft in der Europäischen Union mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, Vor- und Nachteile gleichen sich aus?

Tabelle A59

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Mehr Zuständigkeiten an die Europäische Union übertragen: mehr Zuständigkeiten übertragen	gerade richtig	bereits zu viele Zuständigkeiten übertragen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	12	28	51	10
Geschlecht					
männlich	493	13	25	54	7
weiblich	510	10	30	48	12
Alter					
18-24 Jahre	72	17	47	31	5
25-34 Jahre	142	19	25	50	6
35-44 Jahre	136	6	40	47	7
45-59 Jahre	285	8	25	59	8
60 Jahre und älter	368	12	24	50	14
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	14	27	45	15
10. Klasse	538	9	25	58	8
Abitur	96	12	34	45	8
(Fach-)Hochschule	110	18	38	38	6
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	10	29	55	7
in Ausbildung	61	20	36	41	3
arbeitslos	57	10	32	46	12
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	13	24	49	14
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	9	23	61	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	11	35	48	7
höh.-leit. Ang./Beamte	46	7	37	50	6
Landw./Selbst./Freib.	67	10	20	64	6
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	14	27	52	7
evangelisch	253	8	30	49	14
katholisch	84	7	29	48	16

Sollten mehr Zuständigkeiten an die Europäische Union übertragen werden, wurden bereits zu viele Zuständigkeiten übertragen oder ist es gerade richtig?

Tabelle A60

Weitere Länder in die EU aufnehmen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Es sind schon zu viele Länder in der EU	Die Anzahl ist gerade richtig	Weitere Länder in die EU aufnehmen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	47	23	25	5
Geschlecht					
männlich	493	43	21	31	5
weiblich	510	51	24	19	6
Alter					
18-24 Jahre	72	41	26	33	0
25-34 Jahre	142	43	31	23	3
35-44 Jahre	136	40	23	30	8
45-59 Jahre	285	49	18	28	5
60 Jahre und älter	368	51	23	20	6
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	48	24	22	6
10. Klasse	538	49	22	25	5
Abitur	96	44	23	28	6
(Fach-)Hochschule	110	39	23	32	6
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	43	22	29	6
in Ausbildung	61	47	26	23	4
arbeitslos	57	52	25	22	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	51	23	21	5
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	46	23	26	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	43	24	28	6
höh.-leit. Ang./Beamte	46	45	12	39	4
Landw./Selbst./Freib.	67	40	21	31	7
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	48	23	24	6
evangelisch	253	47	19	30	4
katholisch	84	39	35	19	7

Sollten noch weitere Länder in die EU aufgenommen werden, sind schon zu viele Länder in der EU oder ist die Anzahl gerade?

Tabelle A61

Es gibt eine gemeinsame europäische Kultur

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	25	42	20	10	3
Geschlecht						
männlich	493	25	37	22	13	2
weiblich	510	24	46	18	8	4
Alter						
18-24 Jahre	72	20	51	17	10	2
25-34 Jahre	142	24	42	23	9	2
35-44 Jahre	136	25	49	15	9	1
45-59 Jahre	285	20	44	20	14	2
60 Jahre und älter	368	30	35	21	8	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	29	37	16	11	6
10. Klasse	538	23	44	21	10	2
Abitur	96	23	42	24	8	3
(Fach-)Hochschule	110	28	42	19	9	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	21	47	19	11	3
in Ausbildung	61	24	41	22	10	3
arbeitslos	57	13	51	25	9	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	32	33	20	10	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	17	47	21	10	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	21	51	15	10	2
höh.-leit. Ang./Beamte	46	28	42	22	6	2
Landw./Selbst./Freib.	67	34	32	17	15	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	24	40	22	11	3
evangelisch	253	29	42	14	11	4
katholisch	84	22	54	20	4	0

Trotz der kulturellen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern gibt es eine gemeinsame europäische Kultur.

Tabelle A62

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Wir müssen uns Wertvorstellungen anderer Kulturen stärker öffnen: Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	23	37	24	13	3
Geschlecht						
männlich	493	23	35	28	14	1
weiblich	510	24	40	19	13	4
Alter						
18-24 Jahre	72	17	46	21	15	0
25-34 Jahre	142	18	43	26	12	2
35-44 Jahre	136	23	31	30	16	1
45-59 Jahre	285	26	39	22	11	1
60 Jahre und älter	368	25	35	22	14	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	23	39	20	13	5
10. Klasse	538	21	35	27	16	2
Abitur	96	29	41	22	8	0
(Fach-)Hochschule	110	31	44	17	6	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	23	39	25	11	2
in Ausbildung	61	19	42	19	20	0
arbeitslos	57	21	29	33	17	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	24	35	21	15	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	23	31	33	11	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	21	44	21	11	2
höh.-leit. Ang./Beamte	46	37	41	17	4	1
Landw./Selbst./Freib.	67	23	47	20	9	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	26	35	23	13	2
evangelisch	253	19	41	23	15	2
katholisch	84	14	45	26	5	10

Wir müssen uns in Zukunft den Wertvorstellungen und Maßstäben anderer Kulturen stärker öffnen.

Tabelle A63

Einschätzung des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	1	57	27	2	12
Geschlecht						
männlich	493	1	59	27	2	10
weiblich	510	2	56	27	2	14
Alter						
18-24 Jahre	72	2	53	40	4	0
25-34 Jahre	142	1	59	35	0	4
35-44 Jahre	136	2	63	27	2	6
45-59 Jahre	285	1	55	27	4	13
60 Jahre und älter	368	2	57	22	1	19
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	2	57	24	0	16
10. Klasse	538	1	59	27	3	10
Abitur	96	1	57	31	1	10
(Fach-)Hochschule	110	3	49	34	2	12
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	1	57	31	1	10
in Ausbildung	61	2	58	35	5	0
arbeitslos	57	2	57	24	6	11
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	1	58	22	2	17
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	0	58	30	2	9
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	1	56	30	2	11
höh.-leit. Ang./Beamte	46	2	35	56	2	5
Landw./Selbst./Freib.	67	1	68	23	0	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	1	57	28	2	11
evangelisch	253	2	56	26	2	14
katholisch	84	1	61	25	3	10

Wie schätzen Sie das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und Kulturen hier in Thüringen ein? Ist es ...

Tabelle A64

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Verhältnis zu anderen Kulturen vor allem geprägt durch: alle gleich wichtig	Begegnungen mit Menschen anderer Kulturen	Erziehung in Kindergarten und Schule	Prägung durch Elternhaus	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	3	58	14	21	5
Geschlecht						
männlich	493	2	59	13	21	5
weiblich	510	4	56	15	20	6
Alter						
18-24 Jahre	72	1	53	13	33	0
25-34 Jahre	142	1	70	9	18	2
35-44 Jahre	136	1	65	9	21	4
45-59 Jahre	285	2	62	16	17	3
60 Jahre und älter	368	5	47	16	22	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	6	39	17	25	13
10. Klasse	538	2	61	14	20	3
Abitur	96	1	74	9	15	0
(Fach-)Hochschule	110	3	69	8	19	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	1	68	11	17	3
in Ausbildung	61	2	55	14	29	0
arbeitslos	57	2	48	12	38	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	5	45	18	22	10
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	1	66	13	17	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	1	64	13	18	3
höh.-leit. Ang./Beamte	46	0	74	8	17	1
Landw./Selbst./Freib.	67	3	80	5	13	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	2	60	14	20	4
evangelisch	253	4	52	14	24	6
katholisch	84	5	55	13	16	12

Wenn Sie einmal an Ihr Verhältnis zu anderen Kulturen denken. Wodurch ist dieses Verhältnis zu anderen Kulturen am stärksten geprägt worden?

Tabelle A65

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Wichtigste Einrichtungen zur Verbesserung der Integration: alle gleich wichtig	Unter-nehmen	Kitas und Schulen	Vereine	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	9	4	70	14	4
Geschlecht						
männlich	493	9	5	68	15	3
weiblich	510	8	3	73	12	4
Alter						
18-24 Jahre	72	3	3	82	11	0
25-34 Jahre	142	8	3	72	17	1
35-44 Jahre	136	10	3	73	14	0
45-59 Jahre	285	11	6	66	14	2
60 Jahre und älter	368	7	3	70	12	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	6	0	72	12	9
10. Klasse	538	9	5	69	15	2
Abitur	96	11	5	75	9	0
(Fach-)Hochschule	110	9	5	69	14	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	11	5	68	15	1
in Ausbildung	61	5	4	82	9	0
arbeitslos	57	8	4	65	20	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	6	3	72	12	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	8	6	68	17	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	15	2	69	13	1
höh.-leit. Ang./Beamte	46	6	11	66	16	1
Landw./Selbst./Freib.	67	10	4	73	10	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	9	3	72	13	2
evangelisch	253	9	4	68	14	6
katholisch	84	4	9	63	17	9

Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und Kulturen hier bei uns kann ja durch verschiedene Einrichtungen verbessert werden. Was denken Sie: Welche Einrichtungen sind dabei am wichtigsten?

Tabelle A66

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Zuwanderer tragen zur Sicherung unserer Renten bei: Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	17	34	21	17	10
Geschlecht						
männlich	493	22	40	17	15	6
weiblich	510	12	29	26	19	13
Alter						
18-24 Jahre	72	21	38	28	11	2
25-34 Jahre	142	13	43	24	15	4
35-44 Jahre	136	18	37	21	17	7
45-59 Jahre	285	19	29	20	21	12
60 Jahre und älter	368	16	33	21	17	13
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	17	35	19	13	15
10. Klasse	538	15	33	21	22	9
Abitur	96	14	41	29	10	6
(Fach-)Hochschule	110	29	31	22	10	7
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	18	35	24	16	7
in Ausbildung	61	15	37	34	13	2
arbeitslos	57	21	38	7	23	10
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	16	33	18	19	14
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	21	38	22	13	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	15	31	26	19	9
höh.-leit. Ang./Beamte	46	15	46	20	15	3
Landw./Selbst./Freib.	67	28	25	19	19	10
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	20	32	23	17	8
evangelisch	253	11	39	18	20	13
katholisch	84	18	38	21	9	14

Zuwanderer tragen zur Sicherung unserer Renten bei.

Tabelle A67

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Gut, dass wir durch Zuwanderer anderen Kulturen begegnen: Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	42	43	8	5	2
Geschlecht						
männlich	493	46	41	6	5	1
weiblich	510	38	45	9	5	3
Alter						
18-24 Jahre	72	52	35	8	5	0
25-34 Jahre	142	46	41	6	3	4
35-44 Jahre	136	39	46	10	5	1
45-59 Jahre	285	42	46	6	4	1
60 Jahre und älter	368	40	42	9	5	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	40	43	8	5	4
10. Klasse	538	38	46	8	6	2
Abitur	96	55	36	6	3	0
(Fach-)Hochschule	110	58	36	5	1	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	44	44	8	3	2
in Ausbildung	61	44	35	10	11	0
arbeitslos	57	47	45	4	4	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	40	43	8	6	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	41	51	6	1	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	43	41	7	5	3
höh.-leit. Ang./Beamte	46	44	45	6	4	1
Landw./Selbst./Freib.	67	57	29	11	3	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	44	42	10	3	1
evangelisch	253	38	45	5	8	4
katholisch	84	42	46	3	5	3

Es ist gut, dass wir durch die bei uns lebenden Zuwanderer anderen Kulturen begegnen.

Tabelle A68

Zuwanderer sollen ihren Lebensstil beibehalten

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	16	36	26	19	3
Geschlecht						
männlich	493	19	36	25	18	3
weiblich	510	14	36	28	21	2
Alter						
18-24 Jahre	72	29	29	25	17	0
25-34 Jahre	142	21	38	27	13	0
35-44 Jahre	136	15	43	19	23	2
45-59 Jahre	285	17	36	28	17	3
60 Jahre und älter	368	12	33	27	23	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	13	27	30	23	7
10. Klasse	538	16	38	25	20	1
Abitur	96	20	40	23	17	1
(Fach-)Hochschule	110	19	43	26	9	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	16	42	25	14	2
in Ausbildung	61	23	28	30	20	0
arbeitslos	57	33	24	21	19	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	12	30	28	26	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	19	41	23	15	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	11	42	27	18	2
höh.-leit. Ang./Beamte	46	11	61	18	9	1
Landw./Selbst./Freib.	67	27	28	27	17	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	18	36	26	18	2
evangelisch	253	13	37	23	24	3
katholisch	84	13	28	37	17	5

Die in Deutschland lebenden Zuwanderer sollten ihren Lebensstil beibehalten dürfen, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet.

Tabelle A69

Zuwanderer vollständig an unserem Leben teilnehmen lassen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	53	38	5	3	1
Geschlecht						
männlich	493	58	36	4	1	1
weiblich	510	47	40	7	4	2
Alter						
18-24 Jahre	72	56	30	7	5	3
25-34 Jahre	142	48	46	3	1	2
35-44 Jahre	136	52	34	7	6	1
45-59 Jahre	285	51	42	5	2	0
60 Jahre und älter	368	55	35	6	2	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	53	33	7	4	2
10. Klasse	538	47	43	5	3	1
Abitur	96	64	30	4	0	1
(Fach-)Hochschule	110	67	29	3	0	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	50	43	5	1	1
in Ausbildung	61	49	36	5	5	4
arbeitslos	57	55	21	15	9	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	56	34	5	4	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	47	47	3	0	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	49	41	7	3	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	50	43	3	4	0
Landw./Selbst./Freib.	67	60	39	1	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	52	40	4	2	1
evangelisch	253	53	34	9	4	0
katholisch	84	55	28	5	2	10

Wir sollten die in Deutschland lebenden Zuwanderer vollständig an unserem Leben teilnehmen lassen.

Tabelle A70

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Zuwanderer sollten das kommunale Wahlrecht haben: Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	31	37	17	12	3
Geschlecht						
männlich	493	35	35	16	12	2
weiblich	510	28	39	18	12	4
Alter						
18-24 Jahre	72	24	40	18	15	3
25-34 Jahre	142	26	41	19	13	0
35-44 Jahre	136	31	36	22	10	2
45-59 Jahre	285	31	37	17	11	5
60 Jahre und älter	368	34	35	13	13	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	34	35	14	13	4
10. Klasse	538	29	38	18	13	3
Abitur	96	30	36	18	13	3
(Fach-)Hochschule	110	35	37	17	7	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	29	40	19	9	3
in Ausbildung	61	25	35	15	20	4
arbeitslos	57	42	18	19	20	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	33	35	14	14	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	29	48	16	4	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	30	38	19	11	2
höh.-leit. Ang./Beamte	46	25	28	25	19	3
Landw./Selbst./Freib.	67	36	30	19	11	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	32	38	15	11	3
evangelisch	253	25	37	19	17	2
katholisch	84	40	28	23	4	5

Alle hier lebenden Zuwanderer sollten das kommunale Wahlrecht haben.

Tabelle A71

Zuzug einschränken bei Menschen aus: Frankreich

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Zuzug erleichtern	nichts ändern	Zuzug einschränken	weiß nicht / keine Angabe / TNZ
Gesamt	**1003**	19	46	25	9
Geschlecht					
männlich	493	22	50	17	11
weiblich	510	16	43	33	8
Alter					
18-24 Jahre	72	23	40	27	10
25-34 Jahre	142	19	56	19	7
35-44 Jahre	136	14	47	28	10
45-59 Jahre	285	21	49	22	8
60 Jahre und älter	368	18	42	29	11
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	16	40	36	9
10. Klasse	538	19	48	25	9
Abitur	96	17	56	17	10
(Fach-)Hochschule	110	28	47	10	15
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	19	48	23	10
in Ausbildung	61	24	44	26	5
arbeitslos	57	5	54	21	21
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	20	44	29	8
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	18	48	21	13
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	20	49	24	7
höh.-leit. Ang./Beamte	46	26	47	15	12
Landw./Selbst./Freib.	67	15	49	27	9
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	18	48	25	9
evangelisch	253	21	44	26	9
katholisch	84	24	40	24	12

Jetzt geht es um verschiedene Gruppen von Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen und bei uns leben wollen. Bitte sagen Sie mir, ob für diese Menschen der Zuzug erleichtert, eingeschränkt oder nichts geändert werden sollte. Wie ist es bei Menschen, die aus Frankreich kommen und bei uns leben wollen?

Tabelle A72

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Zuzug erleichtern	nichts ändern	Zuzug einschränken	weiß nicht / keine Angabe / TNZ
		Zuzug einschränken bei Menschen aus: Polen			
Gesamt	**1003**	15	40	36	9
Geschlecht					
männlich	493	18	45	27	10
weiblich	510	13	36	44	7
Alter					
18-24 Jahre	72	21	39	29	11
25-34 Jahre	142	12	44	38	6
35-44 Jahre	136	11	43	37	9
45-59 Jahre	285	16	41	34	9
60 Jahre und älter	368	17	37	37	8
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	13	35	44	8
10. Klasse	538	14	40	38	8
Abitur	96	14	51	26	9
(Fach-)Hochschule	110	28	46	13	13
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	15	41	34	10
in Ausbildung	61	20	42	32	5
arbeitslos	57	5	47	32	16
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	17	37	39	6
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	13	40	34	13
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	15	44	33	8
höh.-leit. Ang./Beamte	46	15	32	42	11
Landw./Selbst./Freib.	67	16	47	30	7
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	13	41	37	9
evangelisch	253	19	39	35	7
katholisch	84	19	41	31	10

Jetzt geht es um verschiedene Gruppen von Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen und bei uns leben wollen. Bitte sagen Sie mir, ob für diese Menschen der Zuzug erleichtert, eingeschränkt oder nichts geändert werden sollte. Wie ist es bei Menschen, die aus Polen kommen und bei uns leben wollen?

Tabelle A73

Zuzug einschränken bei Menschen aus: Russland

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Zuzug erleichtern	nichts ändern	Zuzug einschränken	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	14	42	38	6
Geschlecht					
männlich	493	16	47	32	6
weiblich	510	12	37	44	7
Alter					
18-24 Jahre	72	19	44	32	6
25-34 Jahre	142	11	48	35	6
35-44 Jahre	136	12	43	39	7
45-59 Jahre	285	16	39	39	6
60 Jahre und älter	368	13	40	40	7
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	11	35	48	6
10. Klasse	538	13	42	39	6
Abitur	96	12	49	31	8
(Fach-)Hochschule	110	25	50	17	8
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	14	42	37	7
in Ausbildung	61	16	42	34	7
arbeitslos	57	12	51	32	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	13	40	41	6
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	12	43	35	10
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	14	43	38	5
höh.-leit. Ang./Beamte	46	16	32	47	6
Landw./Selbst./Freib.	67	15	43	37	4
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	12	42	41	6
evangelisch	253	17	41	35	7
katholisch	84	16	44	28	11

Jetzt geht es um verschiedene Gruppen von Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen und bei uns leben wollen. Bitte sagen Sie mir, ob für diese Menschen der Zuzug erleichtert, eingeschränkt oder nichts geändert werden sollte. Wie ist es bei Menschen, die aus Russland kommen und bei uns leben wollen?

Tabelle A74

Zuzug einschränken bei Menschen aus: arabischen Ländern

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Zuzug erleichtern	nichts ändern	Zuzug einschränken	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	9	34	51	6
Geschlecht					
männlich	493	9	34	50	7
weiblich	510	9	33	52	6
Alter					
18-24 Jahre	72	17	24	54	6
25-34 Jahre	142	10	43	41	6
35-44 Jahre	136	8	37	48	7
45-59 Jahre	285	11	37	47	6
60 Jahre und älter	368	6	28	60	6
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	4	30	60	6
10. Klasse	538	8	33	53	6
Abitur	96	15	35	43	7
(Fach-)Hochschule	110	20	40	31	9
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	10	36	47	8
in Ausbildung	61	16	31	47	6
arbeitslos	57	9	39	48	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	7	30	59	5
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	8	37	46	9
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	11	36	46	7
höh.-leit. Ang./Beamte	46	14	26	54	6
Landw./Selbst./Freib.	67	9	36	50	5
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	9	33	52	6
evangelisch	253	8	33	54	5
katholisch	84	9	42	41	8

Jetzt geht es um verschiedene Gruppen von Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen und bei uns leben wollen. Bitte sagen Sie mir, ob für diese Menschen der Zuzug erleichtert, eingeschränkt oder nichts geändert werden sollte. Wie ist es bei Menschen, die aus arabischen Ländern kommen und bei uns leben wollen?

Tabelle A75

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Zuzug einschränken bei Menschen aus: Afrika			
		Zuzug erleichtern	nichts ändern	Zuzug einschränken	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	15	38	40	6
Geschlecht					
männlich	493	16	38	40	6
weiblich	510	14	39	41	6
Alter					
18-24 Jahre	72	30	24	42	4
25-34 Jahre	142	19	50	25	7
35-44 Jahre	136	12	46	36	6
45-59 Jahre	285	15	37	40	7
60 Jahre und älter	368	11	35	48	6
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	259	11	34	49	6
10. Klasse	538	14	39	41	6
Abitur	96	20	41	33	6
(Fach-)Hochschule	110	26	43	23	8
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	505	15	42	35	8
in Ausbildung	61	21	34	41	4
arbeitslos	57	14	44	37	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	14	34	47	5
Berufsgruppe					
Arbeiter	181	17	41	32	10
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	15	42	36	6
höh.-leit. Ang./Beamte	46	15	42	36	8
Landw./Selbst./Freib.	67	12	40	43	5
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	666	14	38	42	6
evangelisch	253	17	39	39	5
katholisch	84	15	42	32	11

Jetzt geht es um verschiedene Gruppen von Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen und bei uns leben wollen. Bitte sagen Sie mir, ob für diese Menschen der Zuzug erleichtert, eingeschränkt oder nichts geändert werden sollte. Wie ist es bei Menschen, die aus Afrika kommen und bei uns leben wollen?

Tabelle A76

Akzeptanz neuer Nachbarn aus Westdeutschland

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Würde mich überhaupt nicht stören	Würde mich kaum stören	Würde mich einigermaßen stören	Würde mich sehr stören	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	76	17	3	2	2
Geschlecht						
männlich	493	79	17	2	1	2
weiblich	510	74	17	4	2	2
Alter						
18-24 Jahre	72	73	20	2	5	0
25-34 Jahre	142	70	26	2	0	2
35-44 Jahre	136	80	14	2	2	2
45-59 Jahre	285	74	19	3	2	1
60 Jahre und älter	368	80	13	4	1	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	76	13	7	1	3
10. Klasse	538	75	20	2	2	2
Abitur	96	80	12	2	4	2
(Fach-)Hochschule	110	82	13	3	1	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	77	19	2	0	2
in Ausbildung	61	78	16	1	6	0
arbeitslos	57	65	25	0	11	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	77	14	6	1	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	75	22	1	0	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	75	20	2	1	2
höh.-leit. Ang./Beamte	46	75	23	2	0	0
Landw./Selbst./Freib.	67	90	8	2	0	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	77	18	2	1	1
evangelisch	253	76	15	6	2	2
katholisch	84	74	17	0	2	7

Stellen Sie sich vor, dass Sie neue Nachbarn bekommen. Wie sehr würde es Sie stören oder nicht stören, wenn diese aus Westdeutschland stammen?

Tabelle A77

Akzeptanz neuer Nachbarn aus Frankreich

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Würde mich überhaupt nicht stören	Würde mich kaum stören	Würde mich einigermaßen stören	Würde mich sehr stören	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	73	21	3	2	1
Geschlecht						
männlich	493	74	19	3	2	1
weiblich	510	71	22	4	2	1
Alter						
18-24 Jahre	72	67	26	1	6	0
25-34 Jahre	142	68	23	4	3	2
35-44 Jahre	136	74	20	1	3	2
45-59 Jahre	285	73	22	3	1	0
60 Jahre und älter	368	75	18	5	1	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	74	17	6	2	2
10. Klasse	538	70	24	3	1	1
Abitur	96	78	17	3	3	0
(Fach-)Hochschule	110	79	17	2	0	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	73	22	3	1	2
in Ausbildung	61	61	27	1	11	0
arbeitslos	57	79	15	3	4	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	74	19	5	1	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	71	24	2	1	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	71	24	3	0	1
höh.-leit. Ang./Beamte	46	72	24	1	2	0
Landw./Selbst./Freib.	67	79	14	5	0	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	73	20	4	1	1
evangelisch	253	72	22	3	2	1
katholisch	84	70	22	2	2	3

Stellen Sie sich vor, dass Sie neue Nachbarn bekommen. Wie sehr würde es Sie stören oder nicht stören, wenn diese aus Frankreich stammen?

Tabelle A78

Akzeptanz neuer Nachbarn aus Polen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Würde mich überhaupt nicht stören	Würde mich kaum stören	Würde mich einigermaßen stören	Würde mich sehr stören	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	65	23	8	3	1
Geschlecht						
männlich	493	68	22	6	3	1
weiblich	510	63	23	10	3	1
Alter						
18-24 Jahre	72	58	27	8	7	0
25-34 Jahre	142	62	23	8	4	2
35-44 Jahre	136	65	22	7	5	2
45-59 Jahre	285	64	24	9	1	1
60 Jahre und älter	368	69	21	7	1	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	65	21	9	4	1
10. Klasse	538	62	25	9	2	1
Abitur	96	73	17	4	4	2
(Fach-)Hochschule	110	76	17	5	0	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	65	24	8	2	2
in Ausbildung	61	57	19	10	13	0
arbeitslos	57	59	28	10	4	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	68	21	8	2	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	61	29	5	3	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	64	23	11	1	2
höh.-leit. Ang./Beamte	46	65	27	6	2	0
Landw./Selbst./Freib.	67	78	15	6	0	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	64	23	9	2	1
evangelisch	253	68	21	7	3	1
katholisch	84	68	24	2	3	3

Stellen Sie sich vor, dass Sie neue Nachbarn bekommen. Wie sehr würde es Sie stören oder nicht stören, wenn diese aus Polen stammen?

Tabelle A79

Akzeptanz neuer Nachbarn aus Russland

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Würde mich überhaupt nicht stören	Würde mich kaum stören	Würde mich einigermaßen stören	Würde mich sehr stören	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	63	22	10	3	2
Geschlecht						
männlich	493	64	21	10	3	2
weiblich	510	62	23	10	3	1
Alter						
18-24 Jahre	72	63	28	4	5	0
25-34 Jahre	142	59	26	11	2	2
35-44 Jahre	136	64	19	9	6	2
45-59 Jahre	285	60	21	14	4	1
60 Jahre und älter	368	66	21	9	2	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	65	18	11	4	3
10. Klasse	538	59	25	11	3	2
Abitur	96	69	20	7	2	2
(Fach-)Hochschule	110	72	19	7	1	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	61	23	11	3	2
in Ausbildung	61	57	29	4	11	0
arbeitslos	57	71	15	10	4	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	65	21	11	2	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	58	29	9	3	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	60	23	13	3	2
höh.-leit. Ang./Beamte	46	60	19	13	8	0
Landw./Selbst./Freib.	67	69	15	14	1	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	62	21	12	3	2
evangelisch	253	65	24	7	2	1
katholisch	84	64	21	3	8	3

Stellen Sie sich vor, dass Sie neue Nachbarn bekommen. Wie sehr würde es Sie stören oder nicht stören, wenn diese aus Russland stammen?

Tabelle A80

Akzeptanz neuer Nachbarn aus arabischen Ländern

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Würde mich überhaupt nicht stören	Würde mich kaum stören	Würde mich einigermaßen stören	Würde mich sehr stören	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	53	22	16	8	2
Geschlecht						
männlich	493	54	22	14	8	2
weiblich	510	52	22	17	8	1
Alter						
18-24 Jahre	72	59	21	8	12	0
25-34 Jahre	142	57	19	18	4	2
35-44 Jahre	136	53	27	9	9	2
45-59 Jahre	285	51	25	12	10	1
60 Jahre und älter	368	51	19	21	6	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	55	16	21	4	3
10. Klasse	538	49	25	14	11	2
Abitur	96	60	21	13	6	0
(Fach-)Hochschule	110	60	21	12	4	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	54	25	13	6	2
in Ausbildung	61	55	19	9	17	0
arbeitslos	57	61	19	3	17	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	50	18	21	7	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	48	31	16	3	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	54	21	13	10	2
höh.-leit. Ang./Beamte	46	56	29	13	2	1
Landw./Selbst./Freib.	67	61	21	14	2	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	53	22	15	9	2
evangelisch	253	52	20	18	8	2
katholisch	84	56	25	11	3	3

Stellen Sie sich vor, dass Sie neue Nachbarn bekommen. Wie sehr würde es Sie stören oder nicht stören, wenn diese aus arabischen Ländern stammen?

Tabelle A81

Akzeptanz neuer Nachbarn aus Afrika

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Würde mich überhaupt nicht stören	Würde mich kaum stören	Würde mich einigermaßen stören	Würde mich sehr stören	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	62	24	7	4	3
Geschlecht						
männlich	493	63	22	7	5	3
weiblich	510	61	26	8	4	2
Alter						
18-24 Jahre	72	69	21	3	8	0
25-34 Jahre	142	67	22	7	3	2
35-44 Jahre	136	62	29	3	5	2
45-59 Jahre	285	59	26	9	5	1
60 Jahre und älter	368	61	22	9	3	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	61	21	10	3	5
10. Klasse	538	60	27	6	6	2
Abitur	96	70	18	8	4	0
(Fach-)Hochschule	110	67	21	7	2	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	63	26	7	2	2
in Ausbildung	61	63	20	4	13	0
arbeitslos	57	73	14	3	9	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	59	23	10	5	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	59	30	7	2	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	63	24	8	4	2
höh.-leit. Ang./Beamte	46	57	34	6	3	1
Landw./Selbst./Freib.	67	70	23	5	0	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	61	24	8	4	2
evangelisch	253	62	23	7	6	2
katholisch	84	63	26	2	3	7

Stellen Sie sich vor, dass Sie neue Nachbarn bekommen. Wie sehr würde es Sie stören oder nicht stören, wenn diese aus Afrika stammen?

Tabelle A82

Anwerbung ausländischer Fachkräfte: Facharbeiter und Handwerker

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Bin dafür	Bin dagegen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	45	52	3
Geschlecht				
männlich	493	48	49	3
weiblich	510	42	56	2
Alter				
18-24 Jahre	72	48	52	0
25-34 Jahre	142	53	47	0
35-44 Jahre	136	40	60	0
45-59 Jahre	285	42	56	2
60 Jahre und älter	368	46	49	5
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	259	46	48	6
10. Klasse	538	42	56	1
Abitur	96	46	54	1
(Fach-)Hochschule	110	56	42	2
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	505	47	52	1
in Ausbildung	61	42	57	1
arbeitslos	57	20	80	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	46	49	5
Berufsgruppe				
Arbeiter	181	41	57	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	49	50	1
höh.-leit. Ang./Beamte	46	45	54	0
Landw./Selbst./Freib.	67	63	37	0
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	666	45	54	1
evangelisch	253	47	49	4
katholisch	84	44	51	5

Es wird erwogen, gezielt Arbeitskräfte im Ausland anzuwerben. Ich nenne Ihnen nun einige Berufsgruppen. Bitte sagen Sie mir, ob Sie für oder gegen die Anwerbung dieser Berufsgruppen sind: Facharbeiter und Handwerker.

Tabelle A83

Anwerbung ausländischer Fachkräfte: Pflegepersonal

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Bin dafür	Bin dagegen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	55	43	3
Geschlecht				
männlich	493	59	38	3
weiblich	510	51	47	2
Alter				
18-24 Jahre	72	45	53	2
25-34 Jahre	142	45	54	0
35-44 Jahre	136	46	51	3
45-59 Jahre	285	56	43	1
60 Jahre und älter	368	63	32	5
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	259	60	34	6
10. Klasse	538	50	48	1
Abitur	96	52	45	2
(Fach-)Hochschule	110	68	30	1
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	505	54	45	1
in Ausbildung	61	36	60	4
arbeitslos	57	48	52	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	60	35	5
Berufsgruppe				
Arbeiter	181	48	52	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	53	45	2
höh.-leit. Ang./Beamte	46	64	34	1
Landw./Selbst./Freib.	67	68	32	0
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	666	53	45	2
evangelisch	253	57	38	5
katholisch	84	59	36	5

Es wird erwogen, gezielt Arbeitskräfte im Ausland anzuwerben. Ich nenne Ihnen nun einige Berufsgruppen. Bitte sagen Sie mir, ob Sie für oder gegen die Anwerbung dieser Berufsgruppen sind: Pflegepersonal.

Tabelle A84

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Anwerbung ausländischer Fachkräfte: Ärzte Bin dafür	Bin dagegen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	61	37	2
Geschlecht				
männlich	493	64	33	2
weiblich	510	57	41	2
Alter				
18-24 Jahre	72	59	41	0
25-34 Jahre	142	60	40	0
35-44 Jahre	136	58	42	0
45-59 Jahre	285	60	40	0
60 Jahre und älter	368	63	32	5
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	259	65	29	6
10. Klasse	538	56	43	1
Abitur	96	64	36	0
(Fach-)Hochschule	110	71	28	1
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	505	60	40	0
in Ausbildung	61	53	47	0
arbeitslos	57	62	38	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	63	32	5
Berufsgruppe				
Arbeiter	181	64	36	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	54	46	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	53	46	0
Landw./Selbst./Freib.	67	71	28	0
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	666	57	41	1
evangelisch	253	69	28	3
katholisch	84	61	34	5

Es wird erwogen, gezielt Arbeitskräfte im Ausland anzuwerben. Ich nenne Ihnen nun einige Berufsgruppen. Bitte sagen Sie mir, ob Sie für oder gegen die Anwerbung dieser Berufsgruppen sind: Ärzte.

Tabelle A85

Anwerbung ausländischer Fachkräfte: Ingenieure

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Bin dafür	Bin dagegen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	60	36	4
Geschlecht				
männlich	493	64	32	3
weiblich	510	57	39	4
Alter				
18-24 Jahre	72	61	39	0
25-34 Jahre	142	67	33	0
35-44 Jahre	136	57	40	3
45-59 Jahre	285	60	37	3
60 Jahre und älter	368	60	34	6
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	259	61	32	7
10. Klasse	538	59	39	2
Abitur	96	60	39	1
(Fach-)Hochschule	110	67	30	3
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	505	61	37	2
in Ausbildung	61	61	39	0
arbeitslos	57	53	44	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	61	33	6
Berufsgruppe				
Arbeiter	181	62	38	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	55	41	4
höh.-leit. Ang./Beamte	46	75	24	0
Landw./Selbst./Freib.	67	69	27	3
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	666	59	38	3
evangelisch	253	61	33	5
katholisch	84	70	27	3

Es wird erwogen, gezielt Arbeitskräfte im Ausland anzuwerben. Ich nenne Ihnen nun einige Berufsgruppen. Bitte sagen Sie mir, ob Sie für oder gegen die Anwerbung dieser Berufsgruppen sind: Ingenieure.

Tabelle A86

Störend: Bau von Moscheen in der Nachbarschaft

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Nicht gestört	Eher nicht gestört	Eher gestört	Sehr gestört	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	29	21	23	26	1
Geschlecht						
männlich	493	28	20	24	26	1
weiblich	510	29	22	23	26	1
Alter						
18-24 Jahre	72	37	22	21	20	0
25-34 Jahre	142	29	23	24	24	0
35-44 Jahre	136	31	19	21	29	0
45-59 Jahre	285	27	24	26	21	2
60 Jahre und älter	368	28	18	23	31	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	34	18	20	27	1
10. Klasse	538	24	21	25	29	1
Abitur	96	36	22	20	21	1
(Fach-)Hochschule	110	33	25	24	14	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	29	22	26	22	1
in Ausbildung	61	32	22	22	23	0
arbeitslos	57	25	30	17	28	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	28	18	22	31	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	24	25	25	25	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	28	20	28	22	1
höh.-leit. Ang./Beamte	46	42	23	18	16	1
Landw./Selbst./Freib.	67	35	23	22	20	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	28	22	23	26	1
evangelisch	253	30	20	23	25	1
katholisch	84	34	10	25	27	4

Fühlen Sie sich durch Folgendes gestört? Der Bau von Moscheen in Ihrer Nachbarschaft.

Tabelle A87

Störend: Tragen von Kopftüchern im öffentlichen Dienst

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Nicht gestört	Eher nicht gestört	Eher gestört	Sehr gestört	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	27	20	24	27	1
Geschlecht						
männlich	493	26	22	23	29	1
weiblich	510	29	18	26	26	1
Alter						
18-24 Jahre	72	29	24	23	24	0
25-34 Jahre	142	35	26	20	18	0
35-44 Jahre	136	22	22	30	25	1
45-59 Jahre	285	29	21	23	26	0
60 Jahre und älter	368	25	15	26	33	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	31	17	22	28	2
10. Klasse	538	23	22	25	30	0
Abitur	96	32	23	23	22	0
(Fach-)Hochschule	110	35	17	26	19	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	28	23	27	22	0
in Ausbildung	61	29	25	21	25	0
arbeitslos	57	41	13	18	28	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	25	17	23	34	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	27	24	26	22	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	28	17	28	26	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	29	22	30	17	2
Landw./Selbst./Freib.	67	26	35	17	22	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	28	21	22	28	0
evangelisch	253	21	18	31	29	1
katholisch	84	41	20	21	15	3

Fühlen Sie sich durch Folgendes gestört? Wenn muslimische Frauen im öffentlichen Dienst (z. B. Lehrerinnen) Kopftücher tragen.

Tabelle A88

Islam ist Bedrohung für westliche Demokratie

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	16	28	26	20	10
Geschlecht						
männlich	493	18	27	26	22	7
weiblich	510	15	29	26	17	13
Alter						
18-24 Jahre	72	11	20	41	26	3
25-34 Jahre	142	7	26	33	26	8
35-44 Jahre	136	10	38	26	17	9
45-59 Jahre	285	16	29	30	21	4
60 Jahre und älter	368	24	27	17	16	16
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	21	34	16	14	14
10. Klasse	538	17	28	30	16	10
Abitur	96	10	26	21	37	6
(Fach-)Hochschule	110	8	18	36	35	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	11	30	31	22	6
in Ausbildung	61	11	21	38	27	3
arbeitslos	57	17	29	37	18	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	25	26	17	16	17
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	11	30	38	14	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	11	30	25	26	8
höh.-leit. Ang./Beamte	46	11	40	20	25	4
Landw./Selbst./Freib.	67	17	23	31	26	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	17	28	26	21	8
evangelisch	253	15	31	27	16	11
katholisch	84	12	20	27	19	22

Der Islam ist eine Bedrohung für die westliche Demokratie.

Tabelle A89

Muslime akzeptieren unsere Werte

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	10	33	29	13	16
Geschlecht						
männlich	493	12	34	28	12	13
weiblich	510	7	32	29	14	18
Alter						
18-24 Jahre	72	7	50	30	12	2
25-34 Jahre	142	8	36	30	18	8
35-44 Jahre	136	9	35	35	12	8
45-59 Jahre	285	10	35	27	12	16
60 Jahre und älter	368	11	26	26	13	24
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	12	27	28	11	22
10. Klasse	538	8	32	31	16	13
Abitur	96	8	41	27	10	14
(Fach-)Hochschule	110	10	46	19	6	19
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	9	36	29	14	13
in Ausbildung	61	4	49	32	11	4
arbeitslos	57	18	30	36	13	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	10	27	26	13	24
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	8	39	25	12	15
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	6	33	31	17	13
höh.-leit. Ang./Beamte	46	8	51	21	10	11
Landw./Selbst./Freib.	67	18	32	30	8	12
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	9	34	28	14	15
evangelisch	253	9	34	31	14	13
katholisch	84	13	25	26	7	29

Die meisten hier lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.

Tabelle A90

Wir brauchen eine starke Hand

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	28	35	16	20	2
Geschlecht						
männlich	493	23	35	18	22	1
weiblich	510	32	34	15	17	2
Alter						
18-24 Jahre	72	18	54	14	13	0
25-34 Jahre	142	19	43	20	17	0
35-44 Jahre	136	20	39	18	20	2
45-59 Jahre	285	28	33	18	19	2
60 Jahre und älter	368	35	27	14	22	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	43	25	14	16	2
10. Klasse	538	24	41	16	18	2
Abitur	96	20	42	17	18	3
(Fach-)Hochschule	110	15	22	22	39	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	23	37	19	19	2
in Ausbildung	61	17	47	21	15	0
arbeitslos	57	29	43	12	15	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	36	28	13	21	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	26	42	18	14	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	22	36	17	21	3
höh.-leit. Ang./Beamte	46	28	35	15	22	1
Landw./Selbst./Freib.	67	12	31	28	26	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	26	37	15	21	1
evangelisch	253	36	27	18	18	2
katholisch	84	16	42	21	15	5

In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.

Tabelle A91

Gehorsam und Disziplin wichtig

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	23	39	22	16	1
Geschlecht						
männlich	493	23	40	25	12	1
weiblich	510	23	38	19	20	1
Alter						
18-24 Jahre	72	12	52	21	15	0
25-34 Jahre	142	15	34	28	23	0
35-44 Jahre	136	14	34	33	19	1
45-59 Jahre	285	21	38	22	17	1
60 Jahre und älter	368	33	40	15	11	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	35	44	15	7	0
10. Klasse	538	21	38	24	16	1
Abitur	96	14	33	22	30	0
(Fach-)Hochschule	110	13	34	25	26	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	18	37	26	20	1
in Ausbildung	61	12	45	23	19	0
arbeitslos	57	24	47	21	8	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	32	39	17	12	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	23	42	24	12	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	17	32	27	24	1
höh.-leit. Ang./Beamte	46	17	40	20	23	0
Landw./Selbst./Freib.	67	10	36	28	23	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	22	38	23	16	1
evangelisch	253	28	36	19	17	1
katholisch	84	17	54	19	10	0

Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.

Tabelle A92

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Bundesrepublik durch viele Ausländer überfremdet: Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	17	31	24	25	3
Geschlecht						
männlich	493	16	27	24	32	1
weiblich	510	18	34	24	19	4
Alter						
18-24 Jahre	72	10	40	25	24	2
25-34 Jahre	142	8	25	38	28	1
35-44 Jahre	136	14	25	23	35	3
45-59 Jahre	285	18	30	23	26	3
60 Jahre und älter	368	23	34	20	20	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	27	35	22	14	3
10. Klasse	538	15	33	25	23	3
Abitur	96	12	22	24	40	3
(Fach-)Hochschule	110	7	13	28	50	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	12	27	29	28	3
in Ausbildung	61	9	35	22	32	2
arbeitslos	57	16	38	14	29	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	25	33	19	20	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	14	34	29	19	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	14	26	29	29	2
höh.-leit. Ang./Beamte	46	10	10	29	51	0
Landw./Selbst./Freib.	67	7	26	33	34	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	16	31	24	27	3
evangelisch	253	21	31	22	23	3
katholisch	84	14	28	36	22	0

Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Tabelle A93

Ausländer kommen, um Sozialstaat auszunutzen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	14	29	31	23	2
Geschlecht						
männlich	493	15	26	31	25	2
weiblich	510	14	32	31	21	2
Alter						
18-24 Jahre	72	9	32	31	28	0
25-34 Jahre	142	7	37	32	20	4
35-44 Jahre	136	14	26	36	19	5
45-59 Jahre	285	15	26	33	26	1
60 Jahre und älter	368	18	29	28	23	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	20	36	25	18	2
10. Klasse	538	16	30	32	20	3
Abitur	96	4	18	43	34	1
(Fach-)Hochschule	110	4	18	33	42	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	11	28	37	21	3
in Ausbildung	61	15	23	24	38	0
arbeitslos	57	11	31	30	26	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	19	31	26	23	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	15	24	41	13	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	9	33	35	22	1
höh.-leit. Ang./Beamte	46	15	25	25	34	0
Landw./Selbst./Freib.	67	5	30	37	28	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	15	30	31	22	2
evangelisch	253	14	25	33	26	2
katholisch	84	11	34	27	25	4

Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

Tabelle A94

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Ausländer sollten unter eigenen Landsleuten heiraten: Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	10	7	22	58	3
Geschlecht						
männlich	493	7	5	21	64	3
weiblich	510	12	9	23	52	3
Alter						
18-24 Jahre	72	4	8	27	61	0
25-34 Jahre	142	4	4	29	61	1
35-44 Jahre	136	9	7	19	63	2
45-59 Jahre	285	7	7	18	65	3
60 Jahre und älter	368	15	8	23	49	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	20	9	26	40	5
10. Klasse	538	7	8	22	60	2
Abitur	96	4	2	17	74	2
(Fach-)Hochschule	110	2	3	17	77	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	4	7	20	67	2
in Ausbildung	61	8	4	24	64	1
arbeitslos	57	17	10	26	43	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	16	7	24	48	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	4	11	20	61	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	5	4	22	66	2
höh.-leit. Ang./Beamte	46	1	8	13	74	4
Landw./Selbst./Freib.	67	3	1	16	79	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	8	6	22	60	3
evangelisch	253	14	8	20	57	1
katholisch	84	11	10	28	48	4

Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.

Tabelle A95

Es gibt wertvolles und unwertes Leben

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	8	16	10	63	2
Geschlecht						
männlich	493	6	17	11	64	2
weiblich	510	10	14	10	62	3
Alter						
18-24 Jahre	72	2	12	15	70	0
25-34 Jahre	142	9	20	6	65	0
35-44 Jahre	136	13	17	10	59	1
45-59 Jahre	285	9	14	10	66	2
60 Jahre und älter	368	7	16	12	61	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	9	25	10	51	6
10. Klasse	538	9	15	12	63	1
Abitur	96	5	7	9	79	0
(Fach-)Hochschule	110	6	6	5	80	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	8	14	12	65	1
in Ausbildung	61	9	4	11	76	0
arbeitslos	57	10	29	8	52	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	8	18	9	60	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	7	17	13	62	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	9	15	10	65	1
höh.-leit. Ang./Beamte	46	17	6	9	67	1
Landw./Selbst./Freib.	67	1	10	13	72	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	9	16	9	64	2
evangelisch	253	8	14	14	61	3
katholisch	84	4	18	9	64	5

Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

Tabelle A96

Der Stärkere sollte sich durchsetzen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	8	15	26	50	1
Geschlecht						
männlich	493	6	16	26	50	2
weiblich	510	9	13	27	49	1
Alter						
18-24 Jahre	72	7	7	46	40	0
25-34 Jahre	142	7	18	28	47	0
35-44 Jahre	136	3	12	24	59	1
45-59 Jahre	285	4	17	26	51	1
60 Jahre und älter	368	12	14	23	49	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	16	21	20	40	3
10. Klasse	538	5	13	28	52	1
Abitur	96	4	13	31	53	0
(Fach-)Hochschule	110	4	10	27	59	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	4	17	28	51	1
in Ausbildung	61	12	4	38	46	0
arbeitslos	57	3	19	25	53	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	12	13	24	48	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	4	17	27	51	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	4	14	26	56	0
höh.-leit. Ang./Beamte	46	13	17	25	45	0
Landw./Selbst./Freib.	67	3	22	31	41	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	8	13	27	51	1
evangelisch	253	8	17	26	46	1
katholisch	84	5	22	22	49	2

Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.

Tabelle A97

Deutsche Interessen gegenüber Ausland durchsetzen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	25	30	23	19	4
Geschlecht						
männlich	493	25	27	26	21	1
weiblich	510	25	33	20	16	7
Alter						
18-24 Jahre	72	12	43	26	17	2
25-34 Jahre	142	19	33	24	22	2
35-44 Jahre	136	16	29	36	19	0
45-59 Jahre	285	23	32	23	19	3
60 Jahre und älter	368	34	26	17	16	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	39	28	11	14	8
10. Klasse	538	23	33	25	17	2
Abitur	96	16	23	37	18	5
(Fach-)Hochschule	110	9	25	25	38	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	18	33	26	21	1
in Ausbildung	61	16	38	29	14	3
arbeitslos	57	18	39	22	14	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	37	23	17	16	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	21	34	32	13	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	17	32	24	25	2
höh.-leit. Ang./Beamte	46	14	28	19	39	0
Landw./Selbst./Freib.	67	19	34	22	23	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	23	30	23	21	2
evangelisch	253	33	28	20	14	6
katholisch	84	16	35	26	11	13

Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.

Tabelle A98

Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	9	26	29	31	5
Geschlecht						
männlich	493	12	22	31	31	4
weiblich	510	7	30	27	30	6
Alter						
18-24 Jahre	72	3	29	32	36	0
25-34 Jahre	142	13	22	34	31	1
35-44 Jahre	136	7	20	37	30	6
45-59 Jahre	285	7	24	27	37	5
60 Jahre und älter	368	11	31	25	25	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	12	33	23	22	10
10. Klasse	538	10	26	33	29	3
Abitur	96	2	19	29	47	3
(Fach-)Hochschule	110	4	20	25	46	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	7	24	34	32	4
in Ausbildung	61	6	26	24	43	1
arbeitslos	57	14	26	20	31	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	12	30	24	27	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	7	28	36	27	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	5	25	34	31	5
höh.-leit. Ang./Beamte	46	3	20	26	48	3
Landw./Selbst./Freib.	67	12	13	32	41	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	9	27	28	31	4
evangelisch	253	8	23	33	29	6
katholisch	84	8	28	23	33	8

Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.

Tabelle A99

Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	3	12	18	63	4
Geschlecht						
männlich	493	2	11	18	63	5
weiblich	510	4	12	17	64	3
Alter						
18-24 Jahre	72	5	23	19	53	0
25-34 Jahre	142	2	15	28	53	3
35-44 Jahre	136	6	14	18	61	2
45-59 Jahre	285	5	10	14	67	5
60 Jahre und älter	368	2	9	17	67	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	6	18	18	53	6
10. Klasse	538	3	11	20	62	4
Abitur	96	2	8	17	71	2
(Fach-)Hochschule	110	1	5	8	85	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	4	8	22	63	4
in Ausbildung	61	5	21	13	59	2
arbeitslos	57	0	27	13	54	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	3	12	14	66	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	4	10	22	60	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	4	10	22	63	1
höh.-leit. Ang./Beamte	46	4	3	29	63	2
Landw./Selbst./Freib.	67	3	6	11	73	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	4	14	17	62	4
evangelisch	253	2	9	21	65	2
katholisch	84	2	6	16	63	13

Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

Tabelle A100

Juden passen nicht so recht zu uns

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	3	7	19	64	7
Geschlecht						
männlich	493	3	6	20	63	8
weiblich	510	3	8	17	66	6
Alter						
18-24 Jahre	72	3	9	25	63	0
25-34 Jahre	142	1	5	27	64	4
35-44 Jahre	136	0	3	17	73	6
45-59 Jahre	285	2	8	20	64	6
60 Jahre und älter	368	5	9	14	62	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	6	7	16	59	12
10. Klasse	538	2	9	20	63	6
Abitur	96	2	3	18	74	3
(Fach-)Hochschule	110	1	3	16	76	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	1	7	21	67	4
in Ausbildung	61	3	5	28	63	0
arbeitslos	57	3	10	10	72	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	5	7	16	61	12
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	0	8	25	63	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	3	8	18	67	4
höh.-leit. Ang./Beamte	46	1	2	16	74	7
Landw./Selbst./Freib.	67	0	5	20	69	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	3	7	17	65	7
evangelisch	253	3	6	23	61	6
katholisch	84	0	8	13	66	13

Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

Tabelle A101

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Diktatur unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform: Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	4	11	20	59	6
Geschlecht						
männlich	493	5	11	17	65	3
weiblich	510	2	12	23	53	9
Alter						
18-24 Jahre	72	5	3	34	57	2
25-34 Jahre	142	4	10	15	68	3
35-44 Jahre	136	2	10	20	63	5
45-59 Jahre	285	4	13	18	61	3
60 Jahre und älter	368	3	13	21	51	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	4	14	23	46	13
10. Klasse	538	3	12	20	61	4
Abitur	96	3	7	19	67	4
(Fach-)Hochschule	110	3	7	18	70	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	2	12	19	62	5
in Ausbildung	61	11	5	30	52	2
arbeitslos	57	9	5	3	79	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	4	12	23	53	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	1	10	23	60	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	2	11	18	65	4
höh.-leit. Ang./Beamte	46	4	14	15	66	1
Landw./Selbst./Freib.	67	2	21	13	59	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	4	11	20	59	5
evangelisch	253	2	14	24	53	7
katholisch	84	2	8	10	70	9

Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.

Tabelle A102

In Thüringen können Zuwanderer ungefährdet leben

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Anga-be
Gesamt	**1003**	18	49	23	3	7
Geschlecht						
männlich	493	21	50	20	3	6
weiblich	510	15	48	26	3	8
Alter						
18-24 Jahre	72	17	49	24	6	3
25-34 Jahre	142	18	49	27	4	2
35-44 Jahre	136	17	49	28	3	4
45-59 Jahre	285	19	48	26	2	5
60 Jahre und älter	368	19	50	17	3	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	259	18	49	21	2	9
10. Klasse	538	19	47	24	3	6
Abitur	96	19	56	19	4	3
(Fach-)Hochschule	110	13	53	26	3	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	505	16	49	28	3	4
in Ausbildung	61	27	55	10	5	3
arbeitslos	57	26	41	29	4	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	18	49	18	3	12
Berufsgruppe						
Arbeiter	181	17	57	21	2	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	14	43	34	4	4
höh.-leit. Ang./Beamte	46	8	50	30	8	4
Landw./Selbst./Freib.	67	29	49	17	0	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	666	17	49	24	4	6
evangelisch	253	22	47	23	2	6
katholisch	84	17	56	13	0	13

In Thüringen können Zuwanderer ungefährdet leben.

Tabelle A103

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Wohnumgebung: Gebiete, die Zuwanderer nicht ungefährdet betreten können? ja	nein	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	**1003**	7	90	3
Geschlecht				
männlich	493	8	89	4
weiblich	510	5	91	3
Alter				
18-24 Jahre	72	22	75	2
25-34 Jahre	142	12	87	1
35-44 Jahre	136	5	92	3
45-59 Jahre	285	5	91	4
60 Jahre und älter	368	3	92	4
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	259	7	90	3
10. Klasse	538	6	91	4
Abitur	96	10	86	3
(Fach-)Hochschule	110	5	91	4
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	505	5	92	3
in Ausbildung	61	21	76	3
arbeitslos	57	13	85	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	380	5	91	4
Berufsgruppe				
Arbeiter	181	3	94	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	226	7	89	4
höh.-leit. Ang./Beamte	46	3	94	3
Landw./Selbst./Freib.	67	10	89	1
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	666	7	91	2
evangelisch	253	7	87	6
katholisch	84	3	92	5

Es wird gelegentlich berichtet, dass Zuwanderer bestimmte Gebiete nicht betreten können, weil sie durch Rechtsextreme bedroht werden. Wie ist das in Ihrer Wohnumgebung: Gibt es da Gebiete, die Zuwanderer nicht ungefährdet betreten können?